Kursbuch 46

Volksfront für Europa?

Wieser/Traub, Volksfront: Geschichte und Theorie
O. Kallscheuer, Modelle für die Zukunft Europas
E. Krippendorff, Italien: der Historische Kompromiß
Régis Debray, Frankreich ist nicht Chile
E. Maire, Dem »Gemeinsamen Programm« Beine machen
W. Herzog, Spanien: Faschisten, Demokraten, Linke
Gerhards/Rauch/Schirmbeck, Portugal heute
U. Schmiederer, Skandinavien: Volksfront an der Macht?
R. Havemann, Volksfront – vom Osten gesehen
U. Albrecht, Was sagt die NATO?

Kursbogen: Wacht auf Verdammte dieser Erde

Kursbuch/Rotbuch Verlag 8 Mark

Kursbuch

Herausgegeben von Karl Markus Michel und Harald Wieser
Unter Mitarbeit von Hans Magnus Enzensberger
Redaktion: Ingrid Karsunke

46 Volksfront für Europa? Dezember 1976

Harald Wieser / Rainer Traub, Die Volksfront. Zur Entstehung, Geschichte und Theorie 1
Otto Kallscheuer, Völker und Fronten. Modelle für die Zukunft Europas 33
Ekkehart Krippendorff, Italien: der Historische Kompromiß 55
Régis Debray, Frankreich ist nicht Chile. Ein Gespräch mit Arno Münster 77
Edmond Maire, Frankreich: dem »Gemeinsamen Programm« Beine machen. Ein Gespräch Ernst Gerhards mit dem Generalsekretär der CFDT 90
Werner Herzog, Spanien: der Faschismus, die »Demokratische Opposition« und die revolutionäre Linke 107
Christiane Gerhards / Malte Rauch / Samuel Schirmbeck, Portugal: sozialistische Verfassung und soziale Realität 131
Ursula Schmiederer, Skandinavien: die Volksfront auf der Regierungsbank? Die Sozialdemokratie und die Linke in Schweden, Norwegen und Dänemark 153
Robert Havemann, Volksfront im Westen – Sozialismus im Osten: ein Widerspruch? 169
Ulrich Albrecht, Was sagt die NATO? 182

Kursbogen: Wacht auf Verdammte [illegible]

76 199
05
Goethe-Institut e.V.
Bibliothek
ausgeschieden am: .....

Das Kursbuch erscheint in unregelmäßiger Folge, doch mit wenigstens vier Nummern im Jahr. Jedes Heft kostet im Jahresabonnement DM 6, im Einzelverkauf DM 8. Anschrift der Redaktion: Kursbuch/Rotbuch Verlag, Potsdamer Straße 98, 1000 Berlin 30, Telefon 2 61 11 96. Die Redaktion lädt zur Einsendung von Manuskripten ein, bittet jedoch darum, Rückporto beizufügen; sie erklärt, daß sie solche Sendungen in der Regel nicht kommentieren und keine Haftung für sie übernehmen kann. Verantwortlich für den Inhalt: Karl Markus Michel und Harald Wieser. © 1976 Kursbuch Verlag, Berlin. Alle Rechte, auch das der Übersetzung, für sämtliche Beiträge vorbehalten.
Druck: Georg Wagner, Nördlingen. Bindung: Hans Klotz, Augsburg.

Diesem Heft liegen Prospekte der Verlage Diogenes, Frommann-Holzboog, päd-extra, Rowohlt und Rotbuch bei.

Harald Wieser / Rainer Traub
Die Volksfront. Zur Entstehung, Geschichte und Theorie

Die Volksfront und die Deutschen

Ein Gespenst geht um in Europa. Das Gespenst der Volksfront. Auf diese Optik jedenfalls haben sich bei uns, wider besseres Wissen freilich, die Leute eingerichtet, die diese Republik beherrschen. Doch ihre Anstrengungen, das Gespenstermärchen in Umlauf zu bringen, wären vergebliche Liebesmüh geblieben, wenn ihnen dabei niemand geholfen hätte. Aber der Helfer waren viele. Sie saßen und sitzen hinter den Mikrophonen der Funkhäuser, in den Redaktionsstuben der mächtigen Presse und in den Public-Relations-Abteilungen der großen Parteien. Und dank ihres Einsatzes wurde aus der Anstrengung eine Kleinigkeit, ein Klacks. In erstaunlich kurzer Zeit und gegen alle Rationalität haben sie es inzwischen fertiggebracht, dem Mann und der Frau auf der Straße die der Gespensteroptik entsprechende Brille zu verpassen: Volksfront – das ist für nicht wenige Deutsche eine Brut des Ostens, eine Art kommunistischer Diebstahl, eine Apokalypse in Raten, kurzum und griffig: der Untergang des Abendlandes. Diese Stimmung hat Folgen. So werden die Zustände, welche in einigen anderen Staaten des europäischen Westens zum täglichen Bild der politischen Öffentlichkeit gehören: die nicht mehr wegzudenkende Existenz kommunistischer Parteien und ihr (parlamentarischer) Kampf, der Bourgeoisie an der Wahlurne ein paar Stimmen abzujagen – so werden diese ganz selbstverständlichen Zustände bei uns schon als *Idee* diffamiert, verteufelt wie ein Verbrechen an der Freiheit. Wer hierzulande die Volksfront, und sei es auch nur in der ohnmächtigen Gestalt einer »anderen Meinung« vertritt, gerät augenblicklich in Feindverdacht und ihm wird kurzerhand die demokratische Gesinnung abgesprochen.

In diesem Klima der Gegen-Aufklärung ist, von politischen Identifikationen ganz zu schweigen, nicht einmal mehr eine »sachliche« Information über das Phänomen Volksfront möglich. Was in diesem Klima vielmehr gedeiht, ist ein politischer Analphabetismus, mit dem, und das war immer so, die Rechte Punkte sammelt.

So ergab eine in diesem Jahr vor den italienischen Parlamentswahlen durchgeführte Befragung der Allensbacher Demoskopen, daß 30% der Bundesbürger das Wort noch nie gehört haben, 5% an den Volkssturm des

Dritten Reiches, 6% an etwas Militärisches und 3% an die Kartoffel- oder Braunkohlenfront in der DDR denken.

Was aber ist die Volksfront wirklich? In einer politischen Öffentlichkeit wie der bundesdeutschen, in der Dummköpfe (Carstens), Marionetten (Kohl) und Fachleute (Strauß) der Reaktion reformkapitalistische Politiker wie Wehner, Brandt und Schmidt als Marxisten bezeichnen können, ohne ausgelacht zu werden, gilt die Volksfront verständlicherweise als Marxismus par excellence. *Nichts aber ist falscher als das.* Für Marx z. B. war die »Volksfront« aus Sozialisten und Liberalen nach der Revolution von 1848/49, die gerade auch darum scheiterte, weil die Interessengegensätze der in dieser Front verbrüderten Kräfte schließlich zu groß waren, für den Rest seines Lebens *kein Weg* mehr, die Ziele der sozialistischen Bewegung durchzusetzen. Ferdinand Lassalle, der sich 1864 mehrmals mit Bismarck traf, um ihm für den Kampf seiner Arbeiterpartei gegen die Bourgeoisie Zugeständnisse abzutrotzen, mußte diese Gespräche verschweigen, weil ihn seine Arbeiter sonst zum Teufel gejagt hätten. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion der SPD stimmte, aus symbolischen Gründen, bis 1914 keinem einzigen Etat der konservativ-liberalen Mehrheit zu. Und der 1913 gestorbene August Bebel war (auch wenn das für unsere Ohren heute romantisch klingt) noch stolz darauf, »keinem Vertreter der herrschenden Klasse jemals die Hand geschüttelt« zu haben. Koalitionen zwischen Arbeiterbewegung und Bürgertum hat es, von Ausnahmen abgesehen, also über ein halbes Jahrhundert nicht gegeben.

Die Volksfront aber ist eine solche Koalition: die alte Volksfront der dreißiger Jahre (um die es in unserem Aufsatz geht) war diese Koalition als ein *Mittel* – die Volksfrontvarianten von heute sind diese Koalition als ein *Programm.*

Der politischen Paranoia des braven Deutschen ist mit solchen Tatsachen bislang nicht beizukommen. Selbst wenn Enrico Berlinguer in Italien die »Profitgesellschaft nicht zerstören« und die NATO nicht verlassen will, selbst wenn Georges Marchais in Frankreich die katholische Kirche umwirbt, selbst wenn Santiago Carrillo in Spanien den Faschismus gemeinsam mit Konservativen und Monarchisten bekämpft, und selbst wenn alle drei ihre wachsende Unabhängigkeit von der Sowjetunion in die Waage werfen: für den deutschen Wahlbürger sind diese eurokommunistischen Veränderungen nichts weiter als geschickte Tarnungen ein und derselben Gefahr: des Weltkommunismus aus einem Guß.

Wir wollen der rechten Verteufelung nun keine linke »Abrechnung« entgegensetzen, die die Volksfront, ihre Kompromisse und ihr Scheitern an der akademischen Elle marxistischer »Prinzipien« mißt. Sondern wir wollen uns auf die klassischen Beispiele ihrer Geschichte in Frankreich und Spanien *einlassen* und neben anderen Problemen der – schon damals umstritte-

nen, aber auch heute noch aktuellen – Frage nachgehen, mit der die Volksfront steht oder fällt: kann ein Bündnis der Linken, das Teile der Bourgeoisie integriert und in den Institutionen des Parlamentarismus Politik macht, seine sozialistischen Ziele auf Dauer erhalten, oder wird die sozialistische Substanz durch die Interessen des bürgerlichen Partners zwangsläufig verschlissen?
Daß wir die Geschichte der Volksfront nicht aus dem Blickwinkel des an ihrem Bündnis beteiligten Bürgertums oder der Sozialdemokratie[1], sondern aus dem Blickwinkel der Kommunisten und Komintern rekonstruieren, hat Gründe, die in der Geschichte der Volksfront selber zu suchen sind; denn die Volksfront *war* eine Erfindung kommunistischer Politik.

Fakten und Thesen

1 Die Volksfront als *Praxis* wird am 14. Juli 1935 in Frankreich geboren. In Paris kommt es an diesem Tag zu einer gewaltigen Demonstration, die von der KPF, der Sozialistischen Partei, den kleinbürgerlichen ›Radikalen‹ und verschiedenen demokratischen Komitees *gemeinsam* getragen wird. Ein Hauptziel dieser ersten Volksfront ist die Verteidigung der demokratischen Freiheiten gegen den wachsenden und von einer antiparlamentarischen Stimmungsmache begleiteten Terror der faschistischen Ligen. Der erste Schritt zu dieser Volksfront wurde, mit dem Zustandekommen der *Einheitsfront von oben*, ein Jahr zuvor gemacht: am 27. Juli 1934 war die KPF mit den bis zu diesem Zeitpunkt kompromißlos bekämpften Sozialisten einen Pakt eingegangen, der den ›Bruderzwist‹ zwischen den beiden Arbeiterparteien beenden sollte – auf Befehl der Kommunistischen Internationale (Komintern).

2 Als *Theorie* wird die Volksfront 1935 in Moskau ratifiziert: auf dem VII. und letzten Kongreß der Komintern. Dieser Kongreß kommt erst nach mehrmaligen Terminverschiebungen zustande und findet schließlich in einer vierwöchigen Klausurtagung statt: vom 25. Juli bis 20. August. Eine die Masse der Mitglieder beteiligende Diskussion über die neue Konzeption hat es bis zu diesen Tagen in keiner einzigen der kommunistischen Parteien gegeben; auch in der Parteipresse ist sie nicht vorbereitet worden. Die *große Wende* vollzieht sich hinter den verschlossenen Türen des Kongresses.

3 Die Volksfront ist eine *taktische Rechtswende* innerhalb der kommunistischen Bewegung. Denn sie verkehrt die seit 1928 verbindliche *ultralinke* Taktik (nach der sich die kommunistischen Parteien als *einzige* Interessenvertreterin der Arbeiterschaft verstehen und die sozialdemokratischen Füh-

rungen als ihren gefährlichsten Feind bekämpfen) in ihr *ultrarechtes* Gegenteil (Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie). Mit der *Einheitsfront*, der zwischen diesen beiden Taktiken angesiedelten dritten Strategievariante, hat die Volksfront nur sehr wenig zu tun. Denn im krassen Unterschied zur Einheitsfront, die den politischen Zusammenschluß der Arbeiterorganisationen bedeutet, heißt Volksfront: ein politisches Bündnis der Arbeiterschaft und ihrer Parteien *unter Einschluß* der antifaschistischen Fraktionen des *Bürgertums*. Die Volksfront ist 1935 eine Taktik, weil sie die Politik der Komintern nur vorübergehend bestimmen soll.

4 Die Volksfront ist kein *soziales* Produkt der Arbeiterbewegung, sondern ein *politisches Instrument* der Diplomatie Stalins. Denn möglich wird sie einzig und allein durch die, 1934 plötzlich eingeschlagene, *neue sowjetische Außenpolitik*. Die alte Außenpolitik gründete auf dem 1922 in Rapallo geschlossenen, gegen die Westmächte gerichteten Neutralitätsvertrag zwischen Deutschland und der Sowjetunion, die in Europa beide isoliert waren: Deutschland als Kriegsverlierer – die SU als sozialistischer Staat. Diesen Vertrag hat Stalin, ohne Rücksicht auf den Machtantritt Hitlers, 1933 noch einmal bekräftigt. Erst als klar wird, daß Hitler gegen die SU aufrüstet, kündigt Stalin dem Vertrag die Treue auf und verbündet sich mit seinen alten Gegnern, den bürgerlichen Regierungen des Westens – *gegen* Deutschland. Um diese neue Außenpolitik glaubwürdig zu machen, ist Stalin gezwungen, auch die von ihm beherrschten kommunistischen Parteien in den westlichen Ländern auf eine Linie zu verpflichten, die dem Charakteristikum und der ›Geste‹ der neuen Außenpolitik entspricht: die Parteien sollen ihr Verhältnis gegenüber der Bourgeoisie ›normalisieren‹. Diese neue Linie ist die Volksfront.

5 Die Volksfront-Taktik ist eine *urplötzliche* und selbst für führende Kader völlig unerwartete Wende. Noch wenige Monate vor dem entscheidenden Moskauer Kongreß, der den französischen Kurs für *alle* Sektionen der Komintern verfügt, liegen die Volksfront und ihr politisches Erkennungszeichen: die kommunistische Unterstützung bürgerlicher Regierungen bzw. die Regierungsbeteiligung, außerhalb jeder kommunistischen Vorstellungskraft; sie galten als opportunistische Erbsünde des Reformismus. Denn jahrelang bestimmte die Komintern das Dogma, nach welchem es zwischen Faschismus und Demokratie keinen Unterschied gibt. Das neue, von Kominternchef Dimitroff in seiner Kongreßrede verkündete Credo lautet: »Gegenwärtig haben die . . . Massen nicht zwischen proletarischer Diktatur und bürgerlicher Demokratie, sondern zwischen bürgerlicher Demokratie und Faschismus« zu wählen.

6 Die Volksfront ist kein Sieg, sondern das Ergebnis der größten *Niederlage* in der Geschichte des sozialistischen Kampfes. Sie wird aus der Not geboren: 1922 hat in Italien, 1933 hat in Deutschland der Faschismus gesiegt und die Arbeiterorganisationen zerschlagen. Um *überhaupt* noch handeln zu können, geben die (alleine inzwischen ohnmächtigen) Kommunisten ihren proletarischen Alleinvertretungsanspruch auf und bieten den sozialdemokratischen Parteien das Einheitsfrontbündnis an. Die sich auf diesem Boden später entwickelnde Volksfront ist also kein Zeichen der Stärke, sonden ein Zeichen der *Schwäche* der Arbeiterbewegung. Und sie ist keine offensive, d. h. *für* den Sozialismus votierende, sondern eine *defensive*, d. h. *gegen* den Faschismus gerichtete Taktik.

7 Obwohl die »Volksfront als Bewegung« das *politische* Interesse der Arbeiterschaft an der Klasseneinheit (Einheitsfront) preisgab, und obwohl die »Volksfront als Regierung« nicht den *sozialen*, antikapitalistisch orientierten Interessen ihrer proletarischen Basis entsprach, bedeutete sie *positiv* dennoch zweierlei: erstens wurde mit ihrer Doktrin des Kampfes gegen rechte Diktaturen die bis dahin auf unverantwortliche Weise bagatellisierte Gefahr des Faschismus endlich ernst genommen (ungeachtet seiner katastrophalen Niederlage hatte der »offizielle« Kommunismus den Faschismus in das letzte Gefecht des Kapitalismus umgedeutet); und zweitens führten die durch die Volksfront geweckten Hoffnungen zu einer von ihren machtpolitisch kalkulierenden Architekten absolut nicht gewollten millionenfachen Mobilisierung der Arbeiterschaft.

Die ›Russifizierung‹ der Komintern (1919-1933)

> Ich werde mich völlig einsam und deplaziert fühlen in dieser Körperschaft, die sich aus einem lebendigen, politischen Organismus in einen toten Mechanismus verwandelt hat, der an der einen Seite Befehle in russischer Sprache einschluckt und auf der anderen Seite diese Befehle in verschiedenen Sprachen ausspuckt, ein Mechanismus, der den . . . welthistorischen Sinn und Gehalt der russischen Revolution zu Spielvorschriften für Pickwickies-Klubs ummünzt.
> (Clara Zetkin am 25. März 1929 in einem Brief[2] an Jules Humbert-Droz)

Die Revolutionäre aller Länder waren sich, trotz mancher Kontroversen, 1917 in einem Punkte völlig einig: die gerade entstandene Sowjetunion könne ihre sozialen und politischen Errungenschaften nur unter der Voraussetzung behaupten, daß sie der Auftakt zum Sturz des Kapitalismus auch in Europa sei. Und daran, daß Europa sehr schnell sozialistisch würde, glaubten sie felsenfest. Ausdruck dieser Gewißheit war z. B. die heute weitgehend in Vergessenheit geratene Absicht, den Sitz der 1919 gegründe-

ten Kommunistischen Internationale von Moskau nach Berlin zu verlegen. Aber es kam anders. Schon im Frühjahr 1921 hatte sich die revolutionäre Welle der Nachkriegsjahre gebrochen. Nirgendwo war es einer kommunistischen Partei gelungen, die Mehrheit der Arbeiterschaft auch nur annähernd hinter sich zu bringen. Revolutionäre Erhebungen wie der Spartakusaufstand in Berlin, die ungarische Räterepublik oder die (eher putschistische) März-Aktion der KPD 1921 waren isoliert geblieben und blutig beendet worden.

Für die Sowjetunion hatte diese Entwicklung im Westen unabsehbare Folgen. Denn je mehr die Revolution in den Metropolen an Aktualität verlor, desto mehr »erhielt die Absicherung der sozialistischen Revolution in staatlicher Form innen- und außenpolitische Priorität«[3]. Der ohnehin vorhandene Widerspruch zwischen dem *Staatsinteresse* der SU auf der einen und den *internationalen Zielen* des Sozialismus auf der anderen Seite verschärfte sich: die revolutionäre Tradition machte einem zunehmenden nationalstaatlichen Denken Platz und die SU war genötigt, ganz anders als in der ersten Phase ihrer Existenz, mit einzelnen bürgerlichen Staaten traditionelle Diplomatie zu betreiben.

Diese Entwicklung, Produkt der »unvollendeten Revolution«, vollzog sich sozusagen spiegelbildlich in der Komintern, die sich, anfangs autonomer, in einen verlängerten Arm der KPdSU verwandelte.

»Solange, wie man annehmen konnte, . . . daß die russische Revolution (nur) ein erstes . . . Kapitel in der Geschichte der Weltrevolution war, überragte . . . die Autorität der Kommunistischen Internationale notwendigerweise diejenige jeder nationalen Regierung, einschließlich der Sowjetunion selbst . . . Aber als Sowjetrußland . . . durch den anhaltenden Verzug in der Ausbreitung der Revolution in die Kompromisse und Anpassungen der ›Neuen Ökonomischen Politik‹ getrieben wurde, veränderte sich das . . . Gleichgewicht von Autorität und Prestige zwischen der Komintern und der Sowjetunion radikal.«[4]

Schon der vierte Komintern-Kongreß im November 1922 beschloß eine strikte Zentralisierung der Internationale. Dieser Beschluß bedeutete eine vollständige Übertragung der bolschewistischen, an eine nationale Situation gebundenen Prinzipien auf die internationale Organisation und führte, so der englische Historiker Carr, »notwendigerweise zu einer noch exklusiveren Machtkonzentration in den Händen der dominierenden russischen Gruppe«.[5] Vor dieser Russifizierung der Komintern hatte Lenin[6], als einer von ganz wenigen, vergeblich gewarnt.

Hand in Hand mit der Auszehrung des *Internationalismus* vollzog sich eine Aushöhlung der *innerorganisatorischen Demokratie*. Kongresse, einst Foren für die Diskussion der Delegierten, fanden in immer größeren Abständen statt, das eigentliche Entscheidungsorgan, das 1922 ins Leben gerufene »Erweiterte Exekutivkomitee« (EKKI) konnte, spätestens ab 1929, keinen einzigen Schritt mehr ohne die Zustimmung Stalins tun, und gegenüber

Abweichlern verfügte die Komintern-Spitze über eine breite Skala[7] von drastischen Disziplinierungsinstrumenten.
Auch (tages-)*politische* Entscheidungen waren bald nicht mehr das Ergebnis von Auseinandersetzungen und nationalen Besonderheiten, sondern wurden von der russischen Gruppe oktroyiert. Ein Beispiel dafür ist der Wandel der kommunistischen Einheitsfrontpolitik, der ein Wandel in Form und Inhalt war. Die 1921/22 vollzogene Hinwendung der Komintern zur Einheitsfront war erstens noch in demokratischer Diskussion erfolgt und bezog zweitens die sozialdemokratische Basis *und* die sozialdemokratischen Führungen in die gemeinsame Front gegen die nach dem Weltkrieg wiedererstarkten Unternehmer ein. Diese realistische linke Politik wurde aber 1924 zugunsten einer *Einheitsfront von unten* aufgegeben: zugunsten abstrakter Appelle an die sozialdemokratischen Arbeiter, ihre Führungen zu ›entlarven‹ und sich den kommunistischen Parteien zu unterstellen. Ihren Höhepunkt fand diese ultralinke und den Realitäten ins Gesicht schlagende Politik schließlich 1928 auf dem sechsten Kongreß der Komintern, der (nach der Nachkriegsphase = Erste Periode, und nach der Phase der kapitalistischen Stabilisierung zwischen 1924 und 1928 = Zweite Periode) die sogenannte *Dritte Periode* des revolutionären Kampfes einleitete: den Kampf »Klasse gegen Klasse«, d. h. die Verketzerung der Sozialdemokratie als sozialfaschistische Partei und die Notwendigkeit, sie wie eine feindliche Klasse zu bekämpfen.
Diese ultralinke Politik aber war (der Form nach) weder breit diskutiert worden, noch nahm sie (ihrem Inhalt nach) Rücksicht auf nationale Unterschiede und politische Kräfteverhältnisse. Sie entsprach vielmehr, und das ist der springende Punkt auch für das Verständnis der späteren Volksfronttaktik, nur einer Situation: der Situation in Sowjetrußland. Was nämlich dort inzwischen die Zwangskollektivierung und die Ausschaltung der »Parteirechten« war, wiederholte sich in der Komintern als »Bruderkampf« gegen die Sozialdemokratie.

Stalins neue Außenpolitik und die (überraschende) Einheitsfrontpolitik der Komintern (1934/35)

Im Frühjahr 1934 war die europäische Arbeiterbewegung an einem Tiefpunkt angelangt. Es gab nur noch wenige europäische Staaten, die nicht von autoritären und faschistischen Bewegungen beherrscht oder wenigstens bedroht waren. Die kampflose Kapitulation der deutschen Arbeiterparteien vor dem Nationalsozialismus, »die vernichtendste Niederlage, die der Marxismus je erlitten hat« (Deutscher), hatte einen demoralisierenden Einfluß auch auf die internationale Bewegung. Der bewaffnete Widerstand österreichischer Arbeitergruppen gegen das klerikalfaschistische Dollfuß-

Regime im Februar 1934 war schnell gebrochen worden. Das faschistische Italien bereitete den Überfall auf Abessinien vor, der im Oktober 1935 stattfand. In den baltischen Staaten, in Polen, Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien und Portugal waren reaktionäre Regimes an der Macht. Hitler rüstete fieberhaft auf und ließ keinen Zweifel daran, daß die Vernichtung des Bolschewismus sein oberstes Ziel war. Deutschland hatte sich in den Feind Nummer 1 der Sowjetunion, des einstigen Bündnispartners von Rapallo verwandelt. Die einzige Kraft aber, die sich dem Faschismus hätte entgegenstellen können, die europäische Arbeiterbewegung, war paralysiert.

Das ist der politische Hintergrund, vor dem Stalin im Laufe des Jahres 1934 seine Außenpolitik grundlegend änderte und mit allen Mitteln versuchte, ein Bündnis *gegen* Deutschland herzustellen – mit den bürgerlichen Regierungen in England und Frankreich. Der Versuch schien Erfolg zu haben: Im September 1934 trat die UdSSR den Vereinten Nationen bei, einer Institution, welche die Bolschewiki bis dahin prinzipiell abgelehnt hatten: als Agentur des imperialistischen status quo. Nach siebzehn Jahren englisch-sowjetischer Feindschaft bereitete Stalin einem Mitglied der englischen Regierung im März 1935 einen herzlichen Empfang. Zwei Monate später – Hitler hatte gerade die allgemeine Wehrpflicht wieder eingeführt – wurde in Moskau ein sowjetisch-französischer Vertrag unterzeichnet.

Es war nur eine Frage der Zeit, bis sich der sowjetische Kurswechsel auf die Komintern übertrug. Noch während Stalin seine diplomatischen Fühler nach Westen ausrichtete, vollzog sich, parallel dazu, ein unmerklicher ideologischer Wandel in der Komintern, der in einer tastenden Wiederannäherung an die sozialdemokratischen Parteien bestand. Hinter vorgehaltener Hand war dieser ideologische Wandel schon früher erwogen worden. So herrschten nicht nur an der Basis der einzelnen KP's, sondern auch in den Parteiführungen und in Teilen des Kominternapparates seit der Niederlage der verfeindeten deutschen Arbeiterparteien gegen die Nazis Unruhe und Nervosität. Man probierte die Überlegung aus, ob die aus der Sozialfaschismus-Theorie abgeleitete kommunistische Politik nicht doch einen beträchtlichen Anteil an der Katastrophe gehabt habe und ob es nicht höchste Zeit sei, die Prinzipien der »Dritten Periode« zu revidieren. Tatsächlich gab es seit Dezember 1933 auch in der Kominternspitze versteckte, aber nicht unwesentliche Meinungsverschiedenheiten zwischen Vertretern der ›orthodoxen‹ Linie und Befürwortern einer Verständigung mit der Sozialdemokratie. Der damalige französische Repräsentant beim Exekutivkomitee erinnerte sich später, im Kominternapparat habe im Frühjahr 1934 »vollständige Verwirrung«[8] geherrscht.

Diese Konflikte blieben aber vorerst im Dunkeln, und der ideologische Wandel konnte sich noch nicht offen politisch artikulieren – da Stalin sich

noch nicht geäußert hatte. So galt, gegen die Vorbehalte einiger Kominternführer, bis auf weiteres die ›offizielle‹ Parole des bedingungslosen Kampfes gegen den »Sozialfaschismus«. Die Blindheit steigerte sich bis zu der absurden Behauptung, Hitlers Machtübernahme habe zu einer weiteren Konsolidierung[9] der KPD geführt.
Im Juni 1934 trat die Wende ein. Stalin segnete die neue Taktik ab. Damit war, quasi über Nacht, der Weg für die *Einheitsfront von oben* frei, die etwa sechs Jahre lang als konterrevolutionäres Teufelswerk gegolten hatte. Die Komintern reagierte auf der Stelle: im Juli ließ Dimitroff im Entwurf der Rede, die er auf dem VII. Kominternkongreß, dem Volksfront-Kongreß, ein Jahr später halten sollte, die Dogmen »sozialfaschistisch« und »sozialdemokratischer Verrat« fallen.
Dieser radikale Bruch in der Kominternpolitik, dem endlich eine realistische Einschätzung der faschistischen Gefahr zugrunde lag, wenngleich er letztlich erst durch Stalins außenpolitischen Kurswechsel möglich wurde, führte in den folgenden Monaten in mehreren europäischen Ländern zu Abkommen über gemeinsame Aktionen zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien. Diese Abkommen kamen in einigen Ländern wie der Tschechoslowakei und Italien schneller, bei ideologisch besonders schwerfälligen Parteien wie der KPD langsamer zustande.

Das Beispiel Frankreich: die Volksfront in den Fesseln des Parlamentarismus

> Vielleicht wird die Geschichte einmal feststellen, daß eines der größten Verdienste der kommunistischen Partei Frankreichs – um einen Ausdruck Nietzsches zu gebrauchen – die Umwertung aller Werte war. (Maurice Thorez)[10]

Die sozialen Verhältnisse

Frankreich war zu Beginn der 30er Jahre stärker von kleinbäuerlichen und kleinbürgerlichen Produktionsverhältnissen geprägt als die anderen Industrienationen. Die Bevölkerung, die unter den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise litt, lebte zur Hälfte immer noch auf dem Lande. Getreidemühlen, Schlachthöfe, Kreditwesen u. a. waren in den Händen mächtiger Monopole. Während in den Städten die Lebensmittelpreise stiegen, fielen die Erzeugerpreise für Weizen und Wein zwischen 1932 und 1936 um bis zu 25%. Die Privatindustrie, in der der Patron nahezu uneingeschränkt das Sagen hatte, verteilte sich auf eine Vielzahl kleiner und kleinster Betriebe mit zehn oder weniger Beschäftigten; lediglich 0,5% aller Betriebe waren Großunternehmen mit mehr als 100 Arbeitern. In ihnen war beinahe die Hälfte aller Arbeiter beschäftigt.
Fast 10% aller Lohnabhängigen bildeten die Beamten bzw. Staatsangestellten. Sie waren, verglichen mit den Verhältnissen in der Privatindustrie, gewerkschaftlich stark organisiert und stellten die soziale Hauptstütze der SFIO, der sozialistischen Partei dar. Ihr ohnehin beschei-

denes Einkommen war durch Notverordnungen konservativer Regierungen mehrfach gekürzt worden. Die Beamten waren also keine privilegierte Gruppe, sondern wurden objektiv und subjektiv immer mehr zu Verbündeten der Arbeiter und der abhängigen Landbevölkerung.[11] Die Arbeitslosigkeit näherte sich in Frankreich der Millionengrenze.

Die politischen Verhältnisse und die Arbeiterparteien

Die Weltwirtschaftskrise und wiederholte Franc-Abwertungen hatten auch in Frankreich große Teile des städtischen Kleinbürgertums ruiniert. Aus dem Reservoir dieser Enttäuschten rekrutierten sieben verschiedene faschistische Bewegungen ihre Anhänger, zusammen mehrere hunderttausend Menschen. Die parlamentarischen Institutionen waren schwach und durch eine Reihe undurchsichtiger Finanzskandale und Korruptionsaffären diskreditiert. 1932-1934 hatten fünf Regierungen einander abgelöst.

Ein Finanzskandal, in den einige Regierungsmitglieder verwickelt waren, lieferte den Anlaß für eine gewalttätige Demonstration der faschistischen Ligen am 6. Februar 1934, bei der ein Polizist und 16 Demonstranten getötet und auf beiden Seiten Hunderte verletzt wurden. Bemerkenswert ist, daß unter den rechtsgerichteten Demonstranten auch Kommunisten waren, die sich im Haß auf die Staatsorgane und »parlamentarischen Diebe«[12] mit den Faschisten einerseits einig waren, in ihren Sprechchören andererseits die Räterepublik (»les soviets partout«) forderten.

Die KP hielt, obwohl sie nicht zuletzt dadurch den größten Teil ihrer Mitglieder verloren hatte und politisch völlig impotent war[13], unbeirrt an der verhängnisvollen Politik der »Dritten Periode« fest. 1933 war sie mit nur noch 30 Tausend Mitgliedern so schwach wie in ihrer Parteigeschichte nie zuvor.

Die von Léon Blum geführte und an Mitgliedern fünfmal so starke sozialistische Partei verfügte, mit der mit ihr zusammenarbeitenden Gewerkschaft CGT, über erheblich mehr Einfluß in der französischen Arbeiterbewegung und beschloß, die Provokation der Faschisten eine Woche später mit einem Generalstreik zu beantworten. Pivert und Zyromski, die Repräsentanten des linken Flügels der SFIO, befürworteten, ebenso wie viele sozialistische und kommunistische Arbeiter, die sofortige Aktionseinheit von KPF und SFIO, stießen aber mit ihrem Vorschlag bei Léon Blum und der Parteiführung auf taube Ohren.

Auch die KPF selber zeigte zunächst keinerlei Neigung zu einer gemeinsamen Aktion mit der »sozialfaschistischen« SFIO, sondern rief zu einer eigenen Demonstration auf, die trotz eines Verbotes der Regierung stattfand und zu einer blutigen Auseinandersetzung mit der Polizei wurde. Einen Tag später jedoch revidierte die KP ihre starre Haltung und forderte ihre Anhänger und die Mitglieder der kleinen kommunistischen Gewerk-

schaft CGTU auf, sich an der Demonstration zu beteiligen. Der Streik und die Demonstration, die über 100 000 Menschen mobilisierten, verliefen ohne Zwischenfälle. Ungeachtet dieser ersten gemeinsamen sozialistisch-kommunistischen Aktion, setzte die kommunistische Presse ihre aggressiven Angriffe gegen die Sozialisten aber fort. Auch in den eigenen Reihen änderte sich das Klima vorerst nicht. So verdammte die Komintern am 16. Mai den KP-Dissidenten Doriot, der sich mit einer kleinen Hausmacht für die Herstellung einer Einheitsfront mit den Sozialisten engagiert hatte. Wenig später wurde er aus der Partei ausgeschlossen.[14]
Erst eine direkte Intervention der Komintern brachte den Umschwung. Ein Telegramm vom 24. Juni forderte kategorisch zur sofortigen Übereinkunft mit der SFIO auf und übermittelte den Entwurf eines Einheitspaktes der Einfachheit halber gleich mit. Und schon am darauffolgenden Tag erklärte Thorez, die Einheitsfront sei für das Proletariat »eine Frage von Leben und Tod« und »um jeden Preis« notwendig.[15] Doriot hatte dieselbe Parole kurz vorher noch die Parteimitgliedschaft gekostet.

Der sozialistisch-kommunistische Pakt und die Volksfront-Kampagne

Am 27. Juli wurde der Pakt zwischen KPF und SFIO unterzeichnet. Er sah gemeinsame Aktionen zur Verteidigung der demokratischen Freiheiten und gegen die faschistischen Ligen, gegen die Notverordnungen der Regierung und den faschistischen Terror in Deutschland und Österreich vor. Beide Parteien verpflichteten sich überdies, die gegenseitigen Angriffe einzustellen.[16] Bei den Kommunalwahlen Mitte Oktober traten die (bislang verbalradikalen) Kommunisten erstmals mit einem gemäßigten Reformprogramm an die Öffentlichkeit. Es zielte darauf ab, die Mittelklassen nicht zu verschrecken, und sollte verhindern, daß sie wie in Deutschland ins Lager der Reaktionäre überliefen. Ein absolutes Novum war, daß Sozialisten und Kommunisten ihre Kandidatur zugunsten des jeweils aussichtsreichsten Bewerbers wechselseitig zurückzogen. Die Sozialisten verbuchten leichte, die Kommunisten erhebliche Gewinne. Der große Verlierer der Wahl war die (vorher stärkste) Radikale Partei, die traditionelle politische Vertretung des Kleinbürgertums.
Der KPF hatte das Ende der Weimarer Republik inzwischen gezeigt, daß man das Kleinbürgertum keinesfalls der Rechten überlassen durfte.[17] Diese Gewißheit führte (neben den Direktiven Moskaus) zu ihrer neuen Politik. Am 12. Oktober druckte *L'Humanité* eine Thorez-Rede mit der Balkenüberschrift: »Schlagt den Faschismus um jeden Preis. Für eine breite antifaschistische Volksfront.«[18] Von dieser Stunde an war die Volksfront für die KP-Presse das oberste Propagandaziel. Sehr wichtig ist dabei folgendes: Unter Volksfront verstand die KP noch nicht (wie später) ein

primär *parlamentarisches* Wahlbündnis (auch mit den bürgerlichen »Radikalen«), sondern gemeinsame *außerparlamentarische* Aktionen der Arbeiter und aller übrigen »kleinen Leute«. Die Volksfront-Komitees, die die Arbeiter und kleinen Leute sich dem Plane der KP nach überall wählen sollten, kamen allerdings nicht zustande.

Im November 1934 unterbreitete die KP der SFIO-Exekutive dann den ersten Entwurf eines Volksfront-Programms. Er sah u. a. die Auflösung der faschistischen Ligen, Hilfe für in Not geratene Bauern und arbeitslose Arbeiter sowie öffentliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit insgesamt vor. Die SFIO lehnte die Unterzeichnung jedoch ab. Begründung: das Programm enthalte »keine einzige sozialistische Maßnahme«.

Wenige Tage, nachdem die Munizipalwahlen vom Mai 1935 einen deutlichen Linksruck gebracht hatten (die Kommunisten verdoppelten ihre Sitze), wurde in Paris ein diplomatisches Kommuniqué veröffentlicht, das wie eine Bombe einschlug. Dieses Kommuniqué erläuterte den Sinn des französisch-sowjetischen Bündnisvertrages, den Stalin und der konservative Außenminister Laval, dem die Öffentlichkeit Verbindungen zu den Faschisten nachsagte, soeben paraphiert hatten. Der sensationelle Satz lautete:

»Stalin versteht und begrüßt vollständig die Politik der nationalen Verteidigung, die Frankreich betreibt, um seine Streitkräfte auf dem Niveau zu halten, das seinen Sicherheitsbedürfnissen entspricht.«[19]

Die KPF gehorchte, plakatierte aller Orten »Stalin hat recht«[20] und folgerte aus dem Kommuniqué eine gänzlich neue Strategie. Dieselbe KP, die seit ihrem Bestehen jede nationale Verteidigung des französischen Kapitalismus entschieden abgelehnt und die Idee eines Militärbündnisses zwischen Frankreich und der SU noch wenige Monate zuvor als »monströsen Verrat« bezeichnet hatte, gab nun die Devise aus »für ein freies, starkes und glückliches Frankreich«. Die KPF war mit einem Schlag eine *nationale* Partei geworden.

Am 14. Juli 1935, dem Jahrestag des Bastille-Sturms (die KP hatte im Juni mit der Radikalen Partei auch erstmals parlamentarischen Kontakt aufgenommen), war Paris der Schauplatz einer Demonstration, an der mehr als eine halbe Million Menschen teilnahmen, mit Trikoloren und roten Fahnen durch die Straßen zogen und gemeinsam bekannten:

»Wir schwören, zur Verteidigung der Demokratie, zur Entwaffnung der faschistischen Ligen, zur Sicherung unserer Freiheiten vor dem Faschismus vereint zu bleiben. Wir schwören, die demokratischen Freiheiten zu verteidigen, die das französische Volk erobert hat, den Arbeitern Brot, der Jugend Arbeit und der Welt den großen Frieden unter den Menschen zu geben.«

Die Führer der drei künftigen Volksfront-Parteien standen zusammen auf der Tribüne und nahmen den Schwur entgegen. In ganz Frankreich kam es zu ähnlichen Kundgebungen. Der Mythos der Volksfront war geboren.

Das Programm der Volksfront, bei dessen Vorbereitungen die Kommunisten in allen Streitfragen mit den bürgerlichen Radikalen und gegen die Vorstellungen der Sozialisten stimmten, beschränkte sich auf »unmittelbar anwendbare Maßnahmen« und verzichtete vollends auf sozialistische Perspektiven. Der politische Programm-Teil verlangte u. a. die Wiederherstellung der vollständigen Presse- und Meinungsfreiheit, die Anerkennung der Gewerkschaftsrechte, die Verstaatlichung der Kriegsindustrie und das Verbot des privaten Waffenhandels. Der ökonomische Programm-Teil umfaßte u. a. eine Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit (ohne Zahlenangabe), einen nationalen Fond für Arbeitslosenhilfe, ein nationales Getreidebüro und die Nationalisierung der (immer noch privaten) Bank von Frankreich.

Die große Wende. Die Komintern beschließt die Volksfront-Taktik (1935)

Während die französische Volksfront langsam zur Realität wurde, fand in Moskau im Juli und August 1935 der VII. Weltkongreß der Komintern statt. Auf Linientreue um jeden Preis bedacht, mußte er bewerkstelligen, was nur gelingen konnte, wenn man die Wahrheit auf den Kopf stellte: im ersten Schritt die 1934 verordnete Einheitsfront und im zweiten Schritt die Volksfront als konsequente Fortsetzung der ultralinken Strategie der »Dritten Periode« und des gegen die Sozialdemokratie gerichteten Kampfes »Klasse gegen Klasse« auszugeben – obwohl sie genau das Gegenteil waren. Denn anders als die ultralinke Linie schloß die Volksfront nicht nur die Sozialdemokraten *nicht* aus (Einheitsfront), sondern erweiterte das kommunistische Bündnis über diese hinaus auf die demokratische Bourgeoisie. Dennoch: das Kunststück gelang, indem der Kongreß die Volksfront als einen besonderen historischen Ausdruck der ansonsten unveränderbaren leninistischen Prinzipien (über die Untrennbarkeit von demokratischem und sozialistischem Kampf) darstellte. Für die Niederlagen und »sektiererischen Fehler« der Bewegung wurden nicht die alte Strategie, sondern einzelne Parteien und Parteiführer verantwortlich gemacht. Obwohl die Sozialfaschismus-Theorie durch die Volksfront-Taktik *praktisch* ganz offensichtlich erledigt war, wurde sie explizit mit keinem Wort kritisiert.[21] Auch die Gleichsetzung von Faschismus und bürgerlicher Demokratie wurde, als hätte die Komintern nie etwas anderes verlauten lassen, stillschweigend fallengelassen. Dimitroff:

»Wir verteidigen in den kapitalistischen Ländern jeden Fußbreit der bürgerlichen, demokratischen Freiheiten, die der Faschismus und die bürgerliche Reaktion angreifen, und werden es auch in Zukunft tun, weil das die Interessen des Klassenkampfes und des Proletariats verlangen.«[22]

Und der französische Delegierte Cachin verteidigte den Laval-Stalin-Pakt mit den Worten,

»daß dies der einzige mögliche Weg ist, und daß unser großer Stalin noch einmal das Seine – eine wirkliche Führertat – getan hat.«[23]

Auch insgesamt beherrschte den Kongreß die traditionelle Rhetorik. Kritische Überlegungen, daß es sich bei der Volksfronttaktik um einen Bruch mit der (durch den Stalinismus zwar aufs ungehörigste entstellten) kommunistischen Klassenpolitik handeln könnte, hatten keine Chance. So endete der Kongreß, der einen entscheidenden Einschnitt in der Geschichte der Internationale markierte, wie er begonnen hatte: mit ausdauernden Huldigungen an die Adresse Stalins.

Der Wahlsieg der Volksfront und die Radikalisierung der Arbeiterschaft

Zu Beginn des Jahres 1936 spitzte sich, parallel zur internationalen Situation, auch die Lage in Frankreich zu. Im Februar wurde Léon Blum bei einem faschistischen Attentat auf offener Straße angeschossen und kam nur durch das Einschreiten einiger Bauarbeiter mit dem Leben davon. Im März kündigte Hitler den Locarno-Pakt über die Entmilitarisierung des Rheinlandes; deutsche Truppen marschierten im Rheinland ein. Die französische Regierung, die nach dem Rücktritt der »radikalen« Minister aus dem konservativen Kabinett im Januar unter Sarraut gebildet worden war, sah tatenlos zu. Die politischen Auseinandersetzungen standen ganz im Zeichen der bevorstehenden Wahlen, die Ende April/Anfang Mai 1936 stattfanden.

Die Wahlen endeten mit einem Sieg der in der Volksfront zusammengeschlossenen Parteien: Die Sozialisten stabilisierten mit 20% ihren Stimmenanteil von 1932 und wurden damit unerwartet zur stärksten Partei des Landes. Die »Radikalen« erlitten dagegen beträchtliche Einbußen und mußten sich mit 19,5% zufrieden geben. Die Kommunisten aber verdoppelten ihre Stimmen auf 15% und schickten, aufgrund der für sie vorteilhaften Wahlabsprachen, nun (statt bisher 10) 72 Abgeordnete ins Parlament. Ihre neue Taktik hatte sich ausgezahlt. Wie erklärt sich dieser Sieg der Volksfront?

Die sozialökonomische Krise hatte die Masse der Bauern in Frankreich nicht (wie in Deutschland) nach rechts getrieben. Ihre politische Vertretung, die Radikale Partei, hatte ihren Wahlkampf vor allem gegen den beherrschenden Einfluß der Finanzoligarchie, der sogenannten *200 Familien* geführt. Zielscheibe dieser kleinbürgerlich-republikanischen Agitation war die von wenigen großen Geschäftsfamilien gesteuerte *Bank von Frankreich* gewesen, deren harte Kreditbedingungen nur von den Reichen, nicht aber von den existenziell auf die Darlehen angewiesenen Bauern erfüllt werden konnten. So hatte die Propaganda der »Radikalen« die Bank von Frankreich als *neue Bastille* bekämpft.

Die KP hatte sich diese erfolgversprechende Kampagne der »Radikalen« lautstark zu eigen gemacht und versprach jedem etwas: den Arbeitern wie den Arbeitslosen, den Bauern wie den Angestellten, den Hausfrauen wie den Künstlern. Die Kommunisten zogen alle Register des Nationalismus. So entwarfen sie z. B. angesichts des Geburtenrückgangs die düstere Vision einer »Nation von Greisen«: »Wir wollen nicht zulassen, daß das französi-

sche Volk immer schwächer, immer kleiner wird.«[24] Ihr »Rettungsplan« (Thorez) gegen diese Entwicklung hielt ein simples Rezept bereit: man müsse »die Reichen zahlen lassen«. Dieser kommunistische Feldzug für die Interessen der »Nation« konnte sich auf einen in der Bevölkerung tief verwurzelten republikanisch-jakobinischen Geist stützen, und seine Verbindung mit dem Abwehrkampf gegen die politische Reaktion im Innern und Äußeren verschaffte ihm die erhoffte Popularität.

Unter der Arbeiterschaft, deren gespaltene Gewerkschaften CGT (sozialistisch) und CGTU (kommunistisch) sich im März 1936 wiedervereinigt hatten, entluden sich die durch den Wahlsieg der Volksfront geweckten Hoffnungen *spontan* und ohne Rücksicht auf die »große Politik« der Parteien schon wenige Tage nach der Wahl. Noch bevor die siegreichen Parteien Zeit hatten, eine neue Regierung zu bilden, organisierten die Arbeiter die gewaltigste Streikbewegung, die Frankreich je gesehen hatte. Eine in einigen Fabriken begonnene Welle von Sitzstreiks griff schnell auf andere Betriebe über und nahm Ende Mai 1936 lawinenartige Ausmaße an. Diese Bewegung entzog sich der Kontrolle der unter dem Namen CGT wiedervereinigten Gewerkschaft und der Parteien fast vollständig. Die sozialistische Journalistin Simone Weil kommentierte in jenen Tagen:

»Warum warteten die Arbeiter nicht die Bildung einer neuen Regierung ab? Vor allem deshalb, weil man nicht mehr die Kraft hatte, zu warten. Es geht bei dieser Bewegung um etwas anderes als um diese oder jene besondere Forderung, so wichtig sie auch sein mag . . . Es handelt sich darum, daß man endlich wagt, sich zu erheben, nachdem man immer geduckt alles hingenommen, monate- und jahrelang alles geschluckt hat: Aufrecht zu gehen. Selbst die Initiative zu übernehmen. Sich einige Tage lang als Menschen zu fühlen.«[25]

Das mit dem Sieg der Volksfront gewachsene Selbstbewußtsein und die Militanz der Arbeiterschaft lösten bei der verblüfften Bourgeoisie Panik aus. Denn die Streiks und Betriebsbesetzungen hatten Ausmaße angenommen, die ihre schlimmsten Befürchtungen übertrafen. Für die Bourgeoisie stand die Revolution vor der Tür. Tatsächlich muß die Angst der Unternehmer sehr groß gewesen sein. Denn es passierte etwas, was den Klassenkampf der gerade in Frankreich ansonsten sehr intransigenten Unternehmerschaft nicht eben charakterisiert: Aus Furcht vor dem Bürgerkrieg flehten die Repräsentanten der Unternehmerverbände den Chef der noch amtierenden bürgerlichen Übergangsregierung an, die besetzten Betriebe, komme was da wolle, auf keinen Fall *mit Gewalt* räumen zu lassen.[26] Und dem Sozialistenführer Léon Blum sagten die Unternehmer die umgehende Erfüllung aller Volksfront-Forderungen zu, wenn es ihm nur gelinge, die »außer Rand und Band geratenen« Arbeiter *friedlich* zur Beendigung ihrer Streiks zu bewegen.

Die Volksfront in der Regierung

In dieser explosiven Situation wurde Léon Blum zur vorzeitigen Regierungsübernahme gedrängt. Die Volksfront war an der »Macht«. Blum kündigte im Radio die unverzügliche Einführung der 40-Stunden-Woche, kollektive Tarifverträge und bezahlten Urlaub an.
Durch seine Vermittlung kam zwischen der Gewerkschaft und den Unternehmerverbänden am 8. Juli das berühmte, nach dem Regierungssitz benannte, *Matignon-Abkommen* zustande. Es garantierte, über die versprochenen Reformen Blums hinaus, eine generelle Lohnerhöhung von 7-15%, das Recht der Belegschaften auf die Wahl von Betriebsräten und die Zusage der Unternehmer, die Streikenden nicht zu bestrafen. Innerhalb weniger Tage nahmen Parlament und Senat die von Blum eingebrachten Gesetzesvorlagen an.
Die Arbeiter aber waren, obwohl KP, Gewerkschaft und SFIO alles dafür taten, nur zögernd bereit, ihre Arbeit wieder aufzunehmen.Nur der kleine revolutionäre Flügel der SFIO um Marceau Pivert und machtlose syndikalistische und trotzkistische Gruppen versuchten, die Dynamik der spontanen Bewegung weiterzutreiben.

»Sicherlich hatten die Streikenden nicht das erklärte Ziel, ›die Revolution zu machen‹; sicherlich wurden diese Streiks oft als ›Feste‹ erlebt und nicht als Vorspiel zum ›letzten Gefecht‹. Aber was zählt ist, daß eine solche elementare Bewegung die gewohnten Gegebenheiten des französischen politischen Lebens, wo das Wesentliche sich auf der parlamentarischen Bühne abzuspielen scheint, von Grund auf umstößt. Was zählt, ist nicht, daß die Streiks nicht *explizit* revolutionär sind, sondern daß die Massen, nach einer Leninschen Formulierung, *in Bewegung sind.*«[27]

Aber die Appelle der Volksfront-Führer erwiesen sich als stärker als die Agitation der radikalen Linken: die Militanz der Basis wurde in die vertrauten parlamentarischen und parteipolitischen Kanäle gelenkt. Es klingt paradox, aber genau dieser Widerspruch signalisierte, daß der *Sieg* von Matignon gleichzeitig der Keim des *Niedergangs* der Volksfront war.
Zunächst aber nahm die organisierte französische Arbeiterbewegung einen nie dagewesenen Aufschwung. 1936-1937 wuchs die Mitgliedschaft der CGT von 1 Million auf 5,3 Millionen. Einige bislang gewerkschaftlich eher tote Industriezweige waren in kürzester Zeit zu 50% und mehr gewerkschaftlich organisiert. Fast über Nacht wurde die CGT zur Repräsentantin der französischen Arbeiterklasse. Und auch die KP verzeichnete einen sprunghaften Mitgliederzuwachs: allein von Januar bis August 1936 verdreifachten sich die kommunistischen Mitgliedsbücher.
Das Volksfront-Kabinett des Léon Blum war aus Sozialisten und »Radikalen« gebildet worden. Die Kommunisten unterstützten die Regierung zunächst zwar loyal, weigerten sich aber, in die Regierung einzutreten. Der genaue Grund dafür ist bis heute unklar. Vermutlich spielten neben der

Taktik, sich jederzeit die Möglichkeit zur Kritik offenzuhalten, zwei andere Überlegungen eine Rolle: zum einen wollten sie das (schon jetzt verängstigte) Bürgertum durch eine kommunistische Regierungsbeteiligung nicht noch mißtrauischer gegen die Volksfront machen; und zum zweiten wollte die KP das französisch-sowjetische Bündnis nicht gefährden. Denn den Laval-Stalin-Pakt hatte das Parlament noch immer nicht ratifiziert.
Am 18. Juli 1936 brach in Spanien der Bürgerkrieg aus. Das stellte die französische Volksfront vor die erste große Bewährungsprobe. Denn die spanische Linke erbat Waffen und Flugzeuge aus Frankreich. Blum sagte die Hilfe zu, mußte sein Versprechen aber wieder zurücknehmen, nachdem die »radikalen« Minister eine französische Intervention zugunsten der spanischen Republik abgelehnt, die konservative Regierung in England vor einem französischen Eingreifen unüberhörbar gewarnt und die französische Rechte die Öffentlichkeit mit hysterischen Drohungen aufgeschreckt hatte. Gegen starken Widerstand in der eigenen Partei und der Gewerkschaft beschloß die Regierung Blum, nicht zu intervenieren. Ausgerechnet die Kommunisten griffen die Regierung deswegen an, obwohl die SU gleichzeitig dem *Nichtinterventionsbündnis* beitrat und damit einen Schritt unternahm, den die KPF selbstverständlich guthieß.

Auch diese Haltung der KP hatte zu einem großen Teil wahrscheinlich außenpolitische Ursachen. Denn eine französische Intervention in Spanien hätte Frankreich automatisch zum Gegner der faschistischen Mächte wie zum Gegner Englands und hätte die französisch-sowjetische Allianz unvermeidlich gemacht. Der Beschluß, nicht zu intervenieren, war dagegen gleichbedeutend mit einem (zwar noch unausgesprochenen) französisch-britischen Bündnis und hielt die Möglichkeit einer Wiederannäherung Frankreichs an Deutschland offen. Bezeichnenderweise erwähnte die kommunistische Presse bei ihrer Kampagne gegen Blums Spanien-Politik nie die (zustimmende) Rolle der »radikalen« Minister. Denn die KP favorisierte ein von den »Radikalen« geführtes Volksfrontkabinett, da die »Radikalen« traditionell gute Beziehungen zur Sowjetunion hatten.

Im August 1936 propagierte die KP (die Blums Spanien-Politik bis dahin von *links* kritisiert hatte) plötzlich ein neues politisches Konzept: die *Front (des) Français*, die Front der Franzosen. Das hieß: Die Volksfront sollte *noch weiter nach rechts* geöffnet werden und die bürgerliche und nationalistische Rechte einbeziehen – gegen die Faschisten im engeren Sinn. Diese extreme Anstrengung, soziale Gegensätze um außenpolitischer Ziele willen mit nationalen Einheitsparolen zu übertünchen, scheiterte jedoch am Desinteresse der übrigen Parteien.

Der Zusammenbruch der Volksfront

Die Regierung Blum hatte eine schwer angeschlagene Volkswirtschaft übernommen. Der Produktionsindex lag noch immer erheblich unter dem Index von 1929, die Staatsverschuldung war größer denn je, und seit

Monaten hielt eine alarmierende Kapitalflucht an. Im Frühherbst hatten sich die Unternehmer von ihrem Juni-Schock erholt, sabotierten die Matignon-Absprachen mit allen Mitteln und machten ihre (durch den Vertrag mit den Gewerkschaften) erhöhten Lohnkosten durch gezielte Preiserhöhungen mehr als wett. Die Kommunisten forderten unermüdlich, »die Reichen zahlen zu lassen«, widersetzten sich aber zugleich wirksamen Kontrollmaßnahmen gegen die Kapitalflucht – um nicht durch ›zuviel Dirigismus‹ die »Radikalen« zu verschrecken.

In dieser prekären Lage blieb der Volksfrontregierung nichts anderes übrig, als mit einer Politik zu reagieren, die die Spielregeln des Kapitalismus anwendet: Ende September wertete sie den Franc ab, eine Maßnahme, deren Leidtragende vor allem die Arbeiter und kleinbürgerlichen Schichten waren: ihre Ersparnisse schmolzen dahin. Die KP, die vor einer Abwertung ständig gewarnt hatte, unterstützte nun den Beschluß im Parlament. Denn das Dilemma war: eine kommunistische Ablehnung der Abwertung hätte den Zusammenbruch der Volksfront bedeutet. Aber auch dieses Zugeständnis und immer weitergehende Konzessionen, mit dem Ziel, die Volksfront zusammenzuhalten, konnten ihre Erosion nicht aufhalten. Warum?

Der Grund dafür lag nicht, wie man vorschnell vermuten könnte, in einem grundsätzlich nicht zu schlichtenden Widerspruch zwischen den Interessen der Arbeiterschaft und den Interessen des Kleinbürgertums (wie beinahe 40 Jahre später in Chile). Im Gegenteil: das Bündnis von Arbeiterschaft und Kleinbürgertum entsprach den sozialökonomischen Bedingungen Frankreichs, seiner republikanischen Tradition und den Bedürfnissen der unteren Klassen sogar in hohem Maße. Diese historische Tatsache hatte sich nicht zuletzt darin gezeigt, daß weite Teile des Kleinbürgertums den Streiks der Arbeiter im Mai und Juni 1936 zunächst durchaus mit Sympathie gegenüberstanden. Die Erosion hat einen anderen Grund: Zwischen der Volksfront als potentieller Massenbewegung mit sozialistischer Orientierung auf der einen und der Volksfront als parlamentarischer und Regierungskoalition auf der anderen Seite bestand ein Antagonismus[29], der dadurch, daß die parlamentarischen Aktionen der Volksfrontparteien durch außenpolitische Imperative weitgehend verfremdet waren, nur noch größer wurde. Während sich also die Basis der die Volksfront tragenden Parteien die neue Gesellschaft erwartete, war die Regierung gezwungen, eine sozialistische Maßnahme nach der anderen den »Gesetzen« der sie umgebenden und schließlich vollends einschnürenden kapitalistischen Realität zu opfern. Dieser politisch-soziale Antagonismus machte sich zwar nicht sofort, aber umso stärker bemerkbar, je länger die Volksfront im Amt war.

Charakteristisch für diesen Antagonismus, die politische Stimmung und die Enttäuschung des pauperisierten Kleinbürgertums ist die Klage, die der linke Volksfront-Kritiker Daniel Guérin wiedergibt:

»Die gegenwärtige Regierung ist gewählt worden, weil sie feierlich versprach, nicht abzuwerten. Die Abwertung war eine ihrer ersten Handlungen. Sie hat zu wiederholten Malen versprochen, daß die Gesetze, die sie in Kraft gesetzt hat, keine Auswirkungen auf die Lebenshaltungskosten haben würden. Nun sind die Lebenshaltungskosten um mehr als 30% gestiegen, und ein Ende ist nicht abzusehen. Sie hat versprochen, die kleinen Sparer und Mittelklassen zu schützen. Nun hat sie die kleinen Sparer zermalmt und sich mit den Industriemagnaten verständigt.«[30]

Das Kleinbürgertum und seine Partei, die »Radikalen«, begannen sich von der Volksfront abzuwenden. Die KP hatte sich ihre Fesseln selber angelegt: Unternahm sie nichts gegen die sozialen Folgen der ökonomischen Krise und wies sie ihre Kader zur »Sozialpartnerschaft« an, dann lief sie Gefahr, den gerade gewonnenen Einfluß in den Fabriken wieder zu verspielen. Führte sie aber ohne Rücksicht auf die *Volksfront als Regierung* die Streiks der Arbeiter an, dann gab sie dadurch der Propaganda der »Radikalen« Nahrung und riskierte den Zusammenbruch des Bündnisses.
An diesem *unvermeidlichen* Konflikt zerrieb sich die französische Volksfront. Am 13. Februar 1937 erklärte Léon Blum, es sei Zeit für eine »Pause«, d. h. einen befristeten Verzicht auf Lohnerhöhungen, denn die Wirtschaft sei erschöpft und müsse sich erholen. Widerwillig stimmte die KP zu. Doch auch dieses Zugeständnis brachte der Regierung nur eine Galgenfrist. Am 10. Juni 1937 forderte sie finanzielle Vollmachten zur Bewältigung der Krise. Das Parlament billigte die Vollmachten mit seiner Volksfrontmehrheit – der Senat aber lehnte ab. Die Regierung Blum trat zurück. Frankreich schrieb den 22. Juni 1937.

Der Regierung Blum folgte ein, wiederum von den Volksfront-Parteien getragenes, Kabinett unter Führung des »Radikalen« Chautemps. Blum wurde sein Stellvertreter. Dieser zweiten Volksfront bot die KP (anders als der ersten) ihre Regierungsbeteiligung an, doch Chautemps lehnte ab. Nichtsdestoweniger unterstützte die KP die neue Regierung der Linken, weil sie sich von ihr eine größere Bereitschaft erhoffte, die französisch-sowjetischen Beziehungen zu vertiefen. Chautemps blieb der SU gegenüber aber völlig passiv und ging gegen neue Streiks und Fabrikbesetzungen Ende 1937 gewaltsam vor. Als er im Parlament im Januar 1938 die Vertrauensfrage stellte, kündigten die Kommunisten ihre Enthaltung an. Die Regierung brach zusammen. Ein neues Kabinett Chautemps (Januar-März 1938) und eine zweite Regierung Blum, die ganze 26 Tage dauerte, beendeten die Volksfrontepoche. Die Linke hatte in Frankreich insgesamt 18 Monate die Regierung gestellt.

Nachspiel: Nach seiner Rückkehr aus Hitlers München im Oktober 1938 hob der neue Regierungschef Daladier per Dekret die 40-Stunden-Woche auf. Die CGT rief daraufhin zu einem 24-stündigen Generalstreik auf. Noch vor dem anberaumten Termin besetzten streikende Arbeiter aus Protest gegen das *Münchner Abkommen* unter kommunistischer Anleitung mehrere Fabriken. Die Regierung ließ die besetzten Werke durch die Mobilgarde stürmen und berief Arbeiter und Angestellte für den Tag des Generalstreiks aufgrund des *Kriegsdienstleistungsgesetzes* zur Arbeit ein. Die Arbeiter folgten dem unter schweren Strafandrohungen erlassenen Einberufungsbefehl – der Generalstreik scheiterte. Die Kraft der Arbeiterbewegung war gebrochen. Während des folgenden Jahres bis zum Ausbruch des Krieges gab es in Frankreich keinen einzigen Streik mehr. Die Mitgliederzahl der Gewerkschaft ging von 5 Millionen im Jahre 1937 auf 2 Millionen im Jahre 1939 zurück.

Das Beispiel Spanien. Die Volksfront gegen die Revolution

> Die Geschichte des spanischen Bürgerkriegs verhält sich zum Zickzack der französischen Volksfront wie sengendes Feuer zu stickigem Schlamm. (F. Borkenau[31])

Die Republik der Armut (1931)

Im Frühjahr 1931 trat in Spanien an die Stelle der Monarchie die Republik. Nicht eine revolutionäre Bewegung brachte diese Veränderung zuwege. Die morsche Diktatur der Generale Primo di Rivera und Berenguer brach von selbst zusammen; König Alphons XIII. setzte sich ins Ausland ab. Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse wurden durch die neue Staatsform nicht angetastet. Die überwiegende Mehrheit der Spanier: Land- und Industriearbeiter, Kleinbauern und kleine Handwerker lebten am Rande des Existenzminimums, während die parasitäre, halbfeudale Bourgeoisie, die Großgrundbesitzer, Unternehmer, Militärs, die Beamten und der hohe Klerus einen provozierenden Luxus zur Schau stellten. Die republikanische Regierung war nicht in der Lage, die überfällige Agrarreform durchzuführen. Einige tausend Großgrundbesitzer besaßen die Hälfte des spanischen Bodens, während Millionen Landarbeiter bettelarm waren. Eine eigenständige, selbstbewußte Bourgeoisie im westeuropäischen Sinn hatte sich in Spanien nicht entwickeln können. Also hing das Schicksal der Republik vom fragilen Gleichgewicht zwischen der reaktionären Rechten und den Kräften der Arbeiterschaft ab.

Der Terror der (regierenden) Rechten und die »erste Schlacht des Bürgerkrieges« (1933-1935)

Die spanische Arbeiterbewegung, in der nicht die politischen Parteien, sondern die Gewerkschaften CNT (anarchosyndikalistisch) und UGT (sozialistisch) den Ton angaben, aber war gespalten: in einen sozialistischen Flügel mit dem Schwerpunkt Kastilien/Madrid und einen anarchistischen Flügel mit dem Schwerpunkt Katalonien/Barcelona. Infolge der traditionellen Wahlenthaltung der Anarchisten und nach zwei Jahren halbherziger republikanischer Pseudoreformen siegte bei den Wahlen von 1933 die Rechte. Das *bienio negro* begann, die »zwei schwarzen Jahre«, in denen die bescheidenen Errungenschaften der schwachen Republik rückgängig gemacht und Demokraten wie Sozialisten aufs Brutalste verfolgt wurden.
Im Oktober 1934 kam es im Anschluß an einen mißlungenen Generalstreik, der sich gegen eine weitere Rechtsverschiebung in der Regierung richtete, aber an der Uneinigkeit der Linken scheiterte, zu einem Bergarbeiteraufstand in Asturien. Der Aufstand wurde blutig niedergeschlagen. Diese »erste Schlacht des Bürgerkriegs« (Brenan) polarisierte das Land endgültig. Mehr als 30 Tausend Menschen wurden, oft völlig willkürlich, ins Gefängnis geworfen. Die Rechte erwies sich jedoch als unfähig, ihre momentane Stärke in einen entscheidenden Sieg über die Republik umzumünzen. Arbeiterbewegung und bürgerliche Linke konnten sich neu formieren.

Die KP, Caballero und die radikale Linke

Die spanische KP, bis Anfang der dreißiger Jahre mit höchstens 1000 Mitgliedern mehr einem Schatten ähnelnd als einer politischen Partei, spielte vor Ausbruch des Bürgerkrieges im politischen Leben des Landes eine völlig untergeordnete Rolle. Erst im September 1934, am Vorabend des asturischen Bergarbeiterstreiks, war die Wende der Kominternpolitik bis in die spanische KP durchgedrungen. Sie gab ihre verbalrevolutionäre Selbstisolierung auf und schloß sich der aus den Gewerkschaften und den linken Parteien gebildeten *Arbeiterallianz* an, welche sich an die Spitze des Aufstandes gestellt hatte. Die Mehrheit der spanischen Sozialisten (PS) hatte sich nach ihrer Wahlniederlage von 1933 von Grund auf umorientiert, ihren reformistischen, auf Staatshilfe setzenden Kurs revidiert und sich zur sozialistischen Revolution und *Diktatur des Proletariats* bekannt.

Prototypisch für diese Linksentwicklung der sozialistischen Partei ist ihr Vorsitzender Largo Caballero. Aus ärmlichen Verhältnissen stammend, hatte er mit 24 Jahren Lesen gelernt. Nach jahrzehntelanger Kleinarbeit in UGT und Partei entdeckte er, im Kampf für die Tagesinteressen der Arbeiter alt geworden, mit 67 Jahren die marxistische Theorie. Nach dem asturischen Aufstand begann er im Gefängnis Marx und Lenin zu lesen. Bei ihnen fand er die Stichworte, die seine Erfahrungen auf den Begriff zu bringen schienen. Mit dieser seiner persönlichen Entwicklung aber war »Largo Caballero . . . nur ein Spiegelbild der Entwicklung der großen Masse der Arbeiter und Bauern. Ebenso wie ihn hatten Republik und Reformismus auch die Massen enttäuscht, vor allem nach der Niederlage vom Oktober 1934. Wie er waren sie für die Revolution gewonnen worden. So wurde Caballero ihr Mann.«[52]

Den dazu entgegengesetzten, liberal-reformistischen Flügel in der Sozialistischen Partei verkörperte Indalecio Prieto, der vor allem den Apparat, aber auch einige durch Niederlagen vorsichtig gewordene Arbeiterbezirke hinter sich hatte. Prieto setzte auf eine langsame und gleichmäßige Evolution des Landes und schlug ein politisches Bündnis mit der bürgerlichen Linken vor. Über einen gewissen Einfluß in Katalonien schließlich verfügte die im Februar 1936 gegründete »Partei der marxistischen Arbeitereinheit«, die POUM. Sie war ein Zusammenschluß revolutionärer Splittergruppen und ihre Führer kamen aus der ehemaligen trotzkistischen Opposition in der KP.

Im Juni 1935 schlug die KP, dem Beispiel der französischen Partei folgend, die Bildung einer Volksfront aus den republikanischen- und Arbeiterparteien vor. Als Grundlage des gemeinsamen Programms nannte die KP:

1. Beschlagnahme des Großgrundbesitzes und seine Verteilung an kleine Bauern zur individuellen Bewirtschaftung
2. Befreiung der unterdrückten Völker Kataloniens, Galiziens und des Baskenlandes
3. Allgemeine Lohnerhöhungen und Garantie der bürgerlichen und gewerkschaftlichen Rechte
4. Amnestie für alle politischen Gefangenen[53]

Obwohl die radikale Linke starke Vorbehalte gegen diese Volksfront hatte, schien ihr (auch im Hinblick auf das Wahlrecht, welches Wahlbündnisse enorm begünstigte) ein Zusammenschluß der republikfreundlichen Kräfte gegen die vereinigte Rechte das Gebot der Stunde zu sein. Also beschloß die Sozialistische Partei gegen den Widerstand Caballeros, sich an der Volksfront zu beteiligen. Caballero setzte sich aber in einem Punkt durch: die Volksfront sollte ausschließlich ein *Wahlbündnis* sein, *nach* den Wahlen jedoch, egal wie diese ausfielen, keine Gültigkeit mehr haben. Bei einem Wahlsieg der Linken sollte, verpflichtet zwar auf das *gemeinsame* Programm, nur *eine* der Volksfront-Parteien die neue Regierung bilden: die bürgerlichen Republikaner.
Neben den bürgerlichen Republikanern, den Sozialisten und den Kommunisten traten die Gewerkschaft UGT und kleinere sozialistische Gruppierungen der Zweckbündnis-Volksfront bei. Sie akzeptierten im großen und ganzen die von den Kommunisten im Juni bekannt gemachten politischen Vorstellungen, gaben aber bei den Programmverhandlungen, die diese Vorstellungen differenzieren sollten, in allen wesentlichen Fragen den bürgerlichen Republikanern nach. Zentrale Forderungen der Volksfront waren schließlich:
- Agrarreformen (z. B. Abschaffung des Wuchers)
- Neuorganisation des Schulwesens
- Schutzmaßnahmen für Kleinindustrie und Kleinhandel
- Festsetzung von Mindestlöhnen

Die Anarchisten, der Volksfront-Wahlsieg und die Konzeptionslosigkeit der Linken (1936)

Bei der im Februar 1936 stattfindenden Wahl gaben die Anarchisten ihren traditionellen und bis dahin prinzipiellen Boykott des Parlamentarismus zum ersten Mal auf und stimmten überwiegend für die republikanischen und sozialistischen Parteien. Das Volksfront-Bündnis siegte, vor allem wegen des Versprechens einer politischen Amnestie, mit einigen hunderttausend Stimmen Vorsprung und bekam gegenüber den Zentrums- und Rechtsparteien die große Mehrheit der Mandate: 269 gegenüber 205 der Rechten. Obwohl sich die KP von einem (1933) auf siebzehn Sitze und die Sozialisten von 58 auf 88 Sitze verbessert hatten, blieben die Arbeiterparteien innerhalb der Volksfront in der Minderheit. Da die Verteilung der Mandate aber nicht von der Zahl der Stimmen abhing, die die einzelnen Parteien auf sich vereinigen konnten, sondern von Vereinbarungen bei der Aufstellung der Kandidatenlisten, gab die Sitzverteilung im Parlament keinen Aufschluß über die wirkliche Stärke der beteiligten Parteien – ganz abgesehen davon, daß die entscheidende Kraft der spanischen Arbeiterbe-

wegung, der Anarchosyndikalismus, in den »Cortes« gar nicht vertreten war. Die anarchistischen Arbeiter waren nur wegen des Amnestieversprechens an die Wahlurnen gegangen und hatten überwiegend für die republikanischen Parteien gestimmt. Gegenüber den Sozialisten nämlich waren sie voller Mißtrauen, denn diese hatten, vor ihrem Linksschwenk, wenige Jahre zuvor noch mit autoritären Regierungen gegen die Anarchisten zusammengearbeitet.[34]

Die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften einerseits, der Organisationen der Rechten andererseits vermitteln ein viel genaueres Bild des wirklichen Kräfteverhältnisses im Frühjahr 1936: Während CNT und UGT mit jeweils etwa 1,5 Mio. Anhängern auf zusammen 3 024 000 Mitglieder kamen, zählten die Organisationen der Rechten zusammen nur 549 000 Mitglieder.[35]

Der Wahlausgang versetzte der spanischen Rechten einen schweren Schock. Sie ließ die Hoffnung fallen, die Macht auf parlamentarischem Wege wiederzugewinnen, und rüstete zum Bürgerkrieg. Bei den Linken löste die Nachricht vom Volksfront-Wahlsieg stürmische Kundgebungen aus, die die Freilassung der gefangenen Arbeiter noch vor der Verkündung der Amnestieordnung erzwangen. Die einsetzende Flut militanter Streiks beantworteten die Unternehmer mit Aussperrungen. Auf dem Land gingen die elend dahinvegetierenden Bauern zur Selbsthilfe über, besetzten die Ländereien der Großgrundbesitzer und begannen, sie auf eigene Rechnung zu bewirtschaften. *Sie* verstanden unter ›Agrarreform‹ etwas Handfesteres als die Architekten des Volksfront-Programms.
Die, wie verabredet, alleine aus den Reihen der bürgerlichen Republikaner gebildete Regierung manövrierte während der letzten Monate vor dem Militärputsch am 18. Juli ängstlich und hilflos zwischen der revolutionären Linken und den konterrevolutionären Generalen hin und her. In der sozialistischen Partei hatte sich Caballero diesmal mit seiner entschiedenen Ablehnung einer Regierungsbeteiligung gegen den gemäßigten Prieto-Flügel durchgesetzt. In seiner Zeitung *Claridad* kündigte er an, die sozialistische Revolution stehe direkt bevor.

»Eine extreme Polarisierung der sozialen und politischen Kräfte hatte stattgefunden. Die wichtigsten Kerne der Bourgeoisie einschließlich des größten Teils der mittleren Bourgeoisie und wichtiger Schichten des städtischen und ländlichen Kleinbürgertums – im wesentlichen diejenigen, die Lohnarbeit ausbeuteten – bildeten einen de facto-Block mit der landbesitzenden Aristokratie, den militärischen und kirchlichen Kasten und den faschistischen Gruppen . . . Es gab einen gemeinsamen Nenner: Angst vor dem Vormarsch der Revolution. Der Block war vereint durch die Idee, daß die Rückkehr zu einer starken Regierung, zu einer Diktatur der einzige Weg sei, die Ordnung, die Familie, die Religion, das Vaterland und ähnliche ›ewige Werte‹ vor dem Vormarsch der Revolution zu retten . . . Tatsächlich war das Proletariat mit überwältigender Mehrheit auf extrem revolutionäre Positionen übergegangen. Vollkommen desillusioniert über die parlamentarische Republik vom 14. April und ihre liberalen Politiker, vertraute es jetzt nur noch auf seine eigene Stärke, auf seine Klassenorganisationen: es glaubte nicht mehr an ein ›Minimalprogramm‹ oder halbherzige Maßnahmen. Es ist keine Übertreibung, wenn man sagt, daß sein ›Minimalprogramm‹ jetzt die soziale Revolution war.«[36]

Wie verhielt sich die KP in dieser Situation? Die Komintern hatte für Spanien eine spezielle Theorie entwickelt, nach welcher angesichts des starken feudal-klerikalen Einflusses vorerst nicht die proletarische, sondern die bürgerlich-demokratische Revolution auf der Tagesordnung stehe. Erst wenn die bürgerliche Revolution vollständig durchgeführt sei, könne die Linke in fernerer Zukunft an eine sozialistische Politik denken. Zunächst aber komme es auf ein Volksfront-Bündnis mit dem republikanischen Bürgertum an. Zugleich engagierte sich die KP für die Vereinigung mit den Sozialisten, eine Kampagne, die im März 1936 zu einem bedeutenden Teilerfolg führte: Die kommunistische und sozialistische Jugend schlossen sich unter Führung von Santiago Carrillo, der die spanischen Kommunisten noch heute führt, zusammen. In kürzester Zeit beherrschte die KP die neue Einheitsorganisation. Die 200 000 revolutionär gesinnten und aktiven jungen Arbeiter, welche die *sozialistische* Partei damit verlor, verschafften der KP erstmals eine Art Massenbasis. Sie stemmte sich der sozialrevolutionären Stimmung, die das Land im Sommer 1936 erfaßt hatte, mit aller Kraft entgegen, rief zur Mäßigung auf und behauptete, die Streiks seien von den Unternehmern »aus politischen Sabotagegründen« provoziert.[37] Ihre Konzeption deckte sich am Vorabend von Francos Putsch also etwa mit der Haltung der »rechten« Prieto-Gruppe. Und diese Position stand in krassem Gegensatz zur Radikalisierung des spanischen Stadt- und Landproletariats.

Der Grund für diese Politik des Bremsens ist auch für die spanische KP in der sowjetischen Außenpolitik zu suchen: Stalin konnte zu diesem Zeitpunkt nichts weniger gebrauchen als eine sozialistische Revolution in Spanien. Denn sie hätte eine gefährliche Herausforderung an die bürgerlichen Demokratien in England und Frankreich bedeutet, die Stalin noch immer als Alliierte gegen Hitler umwarb. Ebensowenig wünschte er den Sieg der Konterrevolution, das heißt eine weitere Stärkung des Faschismus in Europa. Aus dieser doppelbödigen Interessenlage der sowjetischen Außenpolitik heraus erging an die spanische KP die Pflicht zur strikten Verteidigung des Staates und der bürgerlichen Eigentumsverhältnisse – eine Politik gegen links und rechts. Diese Politik war die Volksfront.

Die große Mehrheit des spanischen Proletariats, Anarchosyndikalisten und »Caballeristen«, war im Sommer 1936 zwar revolutionär, hatte aber ebensowenig wie ihre Führer konkrete Vorstellungen über den Weg zur Machtergreifung. Im Grunde beschränkte sich ihr strategischer Plan darauf, *abzuwarten*: die Republikaner würden von selber abwirtschaften und der Linken fiele die Macht dann wie eine reife Frucht zu. Überaus leichtsinnig unterschätzten sie die offenkundigen Bürgerkriegsvorbereitungen der Rechten und überhörten die Warnungen der in diesem Punkt realistischeren KP.
Der faschistische Militärputsch begann am 18. Juli auf dem spanischen Festland. Die Militärs konnten verschiedene strategische Zentren im Handstreich nehmen, da die Arbeiterorganisationen völlig überrascht wurden und keine Waffen hatten. Um nicht gegen die Generale mit der Revolution gemeinsame Sache machen zu müssen versuchte die Regierung, sich mit den

Faschisten zu verständigen. Vergeblich. CNT und UGT riefen zum Generalstreik auf und schließlich blieb der zweimal umgebildeten Regierung nichts anderes übrig, als Waffen an die Milizen der Arbeiterparteien und Gewerkschaften auszugeben. In den nächsten Tagen gelang es den Milizen unter ungeheuren Opfern, die meisten Zentren zurückzuerobern und aus der Abwehr des Faschismus entwickelte sich, für einen historischen Augenblick, die Sozialrevolution.

»In den Wochen nach dem 19. Juli hörte die kapitalistische Ordnung im republikanischen Gebiet praktisch auf zu existieren: die Produktionsmittel und die politische Macht gingen in die Hände der Arbeiterorganisationen über.«[18]

Die Regierung führte nur noch ein Schattendasein. In den ersten Kriegswochen strebten die »Caballeristen«, die Anarchosyndikalisten und die POUM eine reine Arbeiterregierung an. Diese Strategie wurde durch die Intervention des Sowjetbotschafters aber verhindert, der die dringend benötigte sowjetische Hilfe von der Einhaltung bzw. Wiederherstellung der »republikanischen Legalität« abhängig machte und eine Regierung *unter Einschluß des Bürgertums* forderte. Die Stoßrichtung der sowjetischen Erpressung deckte sich mit der Politik der KP und harmonierte im ersten Schritt auch mit den Zielen der bürgerlichen Liberalen und des Reformflügels der Sozialisten. Aus den Memoiren des damaligen Staatspräsidenten Azaña geht hervor, daß die intelligenten Teile der Bourgeoisie einen »Zwei-Etappen-Plan« verfolgten: Zunächst sollte die kommunistische Partei als Bollwerk gegen »Caballerismo« und Anarchosyndikalismus benutzt werden; im zweiten Schritt sollte sie dann selber ausgeschaltet werden. Bei dieser Liquidation, so spekulierte die Bourgeoisie, würde die Tatsache eine Hilfe sein, daß die KP sich durch ihre antirevolutionäre Politik in Gegensatz zu den revolutionären Gruppen der Arbeiterschaft bringen müßte; dieser Gegensatz aber konnte die KP nur schwächen.

Die Doppelexistenz des legalen, aber machtlosen bürgerlichen Staates auf der einen und der proletarischen Machtorgane auf der anderen Seite konnte nicht von Dauer sein. Die drohende internationale Isolation der spanischen Revolution und das unentschlossene, oft hilflose Verhalten der führenden »Caballeristen« und Anarchosyndikalisten gaben dann auch den Ausschlag zugunsten der Wiederherstellung der bürgerlichen Ordnung. Caballero fand sich Anfang September schließlich doch bereit, eine Volksfrontregierung unter kommunistischer Beteiligung zu bilden. Und indem sie mit allen anarchistischen Traditionen brachen, traten Anfang November sogar vier CNT-Leute in die Madrider Regierung ein. Wie Caballero glaubten sie, der Verzicht auf die Weiterführung der Revolution sei nur eine vorübergehende Notwendigkeit, um sowjetische Waffenhilfe zu bekommen und mit vereinten Kräften zuerst einmal den Krieg gegen Franco zu gewinnen. Diese Überzeugung sollte sich als falsch erweisen.

Die stalinistische Hexenjagd auf die Revolution und Francos Triumph

Mit Hilfe der ab Anfang Oktober 1936 einsetzenden sowjetischen Waffenlieferungen, die Stalin der Republik nicht etwa als Beweis der Solidarität stiftete, sondern sich teuer bezahlen ließ, konnten die republikanischen Streitkräfte den Großangriff der Franco-Truppen im Winter abwehren. Bei der Verteidigung Madrids taten sich, durch Disziplin und Kampfkraft, vor allem die *Internationalen Brigaden* hervor, die aus Freiwilligen vieler Länder aufgestellt worden waren.

Aber die am nachhaltigsten von den Kommunisten betriebene militärische Zentralisierung (und Konsolidierung) hatte einen hohen Preis: Dieser Preis war die Entmachtung der selbständigen Arbeitermilizen und die Festigung der Staatsautorität. Schon im Oktober war das Zentralkomitee der Milizen aufgelöst worden, im Dezember wurde die politische Polizei zentralisiert und das Tragen von Waffen in Madrid verboten. Die *Prawda* veröffentlichte am 17. Dezember einen Artikel, in dem die erbarmungslose Säuberung der Bewegung ›von trotzkistischen und anarchosyndikalistischen Elementen‹ angekündigt wurde – nach dem Muster der Moskauer Schauprozesse, die seit August 1936 im Gange waren. Obwohl die KP nie mehr als zwei Minister im spanischen Volksfrontkabinett hatte, verfügte sie dank ihrer guten Verbindung zur SU über entscheidenden Einfluß. Ihre Mitgliederzahl wuchs ständig. Ein Grund dafür war die offenkundige militärische Kompetenz und Disziplin ihrer Kader, Eigenschaften, die sie von der nicht selten verheerenden Unbekümmertheit der anarchistischen Milizen positiv unterschieden. Ein anderer Grund aber war ihr äußerst gemäßigtes Programm. Nach und nach wurde die KP zum Sammelbecken solcher kleinbürgerlicher Kräfte, die nichts mehr fürchteten als den Erfolg der Revolution.[39] Am 21. Dezember schickte Stalin, mit »freundschaftlichen Ratschlägen«, einen Brief an Caballero. Die »Ratschläge« rieten: Die Interessen der Kleinbürger und Kleinbauern müßten ebenso wie das ausländische Kapital verteidigt werden; eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Republikanern sei unerläßlich, damit Spanien von seinen Feinden nicht als »Kommunistische Republik« diffamiert werden könne; und der parlamentarische Weg sei in Spanien wahrscheinlich ein wirksameres revolutionäres Mittel als in Rußland.[40]

»Während die reaktionäre Presse der ganzen Welt mit aller Macht dabei war, die Greuel einer von Kommunisten gelenkten und mit Moskauer Gold bezahlten ›bolschewistischen Revolution‹ in Spanien auszumalen, trat die kommunistische Partei vom ersten Augenblick an unzweideutig für die Aufrechterhaltung der republikanischen Ordnung, für den Schutz des Privateigentums und für die Wahrung der Legalität ein.«[41]

Im Mai 1937 kam es in Barcelona zu offenen Kämpfen zwischen kommunistischen und Regierungstruppen auf der einen und anarchosyndikalisti-

schen und »trotzkistischen« Arbeitern auf der anderen Seite. Sie endeten mit dem Sieg der Regierungstruppen. Die Hexenjagd auf alle, die links von der KP standen, kannte jetzt keine Grenzen mehr. Im Juni wurde der Vorstand der POUM als »faschistische Agentur« verhaftet und ihr Führer Nin von der sowjetischen Geheimpolizei ermordet. Die Gefängnisse füllten sich mit CNT- und POUM-Anhängern. Caballero, der sich weigerte, diese Kampagne mitzumachen, wurde gestürzt. Der liberal-reformistische Sozialist Negrin bildete ein neues Kabinett aus Republikanern, gemäßigten Sozialisten und Kommunisten. Die neue Regierung errichtete einen »starken« Staat, verbot jede Kritik an der Sowjetunion, eliminierte alle Überreste von Arbeiterkontrolle und Egalität, zahlte wieder Dividenden an das ausländische Kapital und führte für Kritik an militärischen Vorgesetzten die Todesstrafe ein. Die Volksfront hatte die Revolution besiegt.
Der Krieg, dem die Revolution geopfert worden war, wurde dadurch nicht gewonnen. Im März 1939 zogen in Madrid triumphierend Francos Truppen ein.

Zur politischen Dialektik der Volksfront
Fragen. Antworten. Fragen

Beinahe 40 Jahre nach dem Sieg der spanischen Faschisten über die Republik und dem politischen Offenbarungseid Léon Blums in Frankreich, haben sich heute in Madrid und Paris erneut Parteien zu Bündnissen zusammengeschlossen, die der alten Volksfront *ähnlich* sind; identifiziert werden aber wollen die Anhänger der neuen »Volksfront« mit ihren klassischen Vorbildern nicht. Also meiden sie ängstlich den alten Kampfbegriff und treten unter neuen Namen an: in Spanien als »Demokratische Junta« oder »Demokratische Koordination« und in Frankreich als »Front de la Gauche« oder »Union populaire«. Abgesehen davon, daß die neuen Bündnisse mit der alten Volksfront tatsächlich nicht identisch sind, hat diese propagandistische Vorsicht verschiedene Gründe. So meidet der spanische Kommunistenführer Santiago Carrillo den alten Namen, weil er an Bürgerkrieg und Spaltung erinnert – die KPS aber genau das Gegenteil will: den Sieg des Parlaments und die Einheit der Nation. Und die französischen Kommunisten ersetzen das Wort, weil es von der Aura der Niederlage umgeben ist. Gebrannte Kinder also hier wie dort.
Und tatsächlich: die Volksfronten in Spanien und Frankreich sind gescheitert. Aber nicht nur sie. Auch in allen anderen Ländern der kapitalistischen Demokratie, in denen im Gefolge der französisch-spanischen Vorläufer der politische Versuch unternommen wurde, eine Volksfront-Regierung mit dem Ziel zu etablieren, die bürgerlichen Freiheiten gegen die Bedrohung von rechts zu verteidigen oder aber auf ihrem Wege den Sozialismus

herbeizuführen, ist das Experiment immer wieder mißglückt. Der Niedergang der Volksfront hatte dabei zwar nicht jedesmal dieselben, im wesentlichen aber zwei Gründe: entweder ging sie an den Kontroversen der sie ohnehin nur dürftig zusammenhaltenden (zu) ungleichen Partner, an der ihr Programm aushöhlenden Übermacht kapitalistischer »Gesetze«, bzw. an der infolge enttäuschter Hoffnungen zerbröckelnden Loyalität ihrer sozialen Basis zugrunde (Frankreich 1938) – oder die Volksfront-Regierung wagte sich umgekehrt, dominiert durch die Linke, mit ihren sozialistischen Plänen soweit vor, daß die oppositionelle Rechte mit brutaler Gewalt gegen das Bündnis mobil machte. Nach diesem politischen »Muster« vollzog sich die Zerstörung des jüngsten und bislang wohl bedeutendsten Volksfront-Experiments: die Zerstörung der Unidad Popular in Chile 1973 durch CIA und Militär.

Das Schicksal der »klassischen« Volksfronten in Frankreich und Spanien ist daher kein Einzelfall. Und so entspricht es einer bitteren Ironie der Geschichte des Kapitalismus: klassisch an der Volksfront ist (bislang) vor allem ihr Untergang.

Eine positive *Theorie der Volksfront,* die für sich in Anspruch nimmt, materialistisch zu verfahren, muß diese historische Tatsache, auch wenn sie gewissen parteipolitischen Opportunitäten nicht gerade einen Gefallen tut, wohl oder übel berücksichtigen. Und eine solche Theorie setzt außerdem voraus, daß so etwas wie *die* Volksfront als eine einigermaßen *einheitliche* politische Linie existiert hat oder heute existiert. Gibt es also eine Theorie der Volksfront und wird sie diesen beiden an sie gestellten Fragen gerecht?

Die offiziellen Vertreter und ideologischen Sympathisanten des »realen Sozialismus« (also bei uns der DKP) verfügen, unbesehen der ganz offensichtlichen Rückschläge in der Geschichte der Volksfront, über eine derartige Theorie und halten an der grundsätzlichen Richtigkeit der Volksfront-Strategie unbeirrt fest. Auch sie kommen zwar nicht daran vorbei, das wiederholte Scheitern der Volksfront in Rechnung zu stellen, aber sie machen in erster Linie die aggressive Politik des politischen Gegners und nicht (oder nur am Rande) die Volksfront-Strategie selbst dafür verantwortlich: nicht ihre unausweichlichen inneren Widersprüche (Klassenkoalition) und nicht ihre ganz zwangsläufigen Schwierigkeiten nach außen (Kapitalismus und Parlament). Wie sollen sie auch anders? Schließlich gelten, obwohl damals als *taktische* Wende konzipiert, die Beschlüsse des VII. Weltkongresses der Komintern aus dem Jahre 1935 als Richtschnur bis auf den heutigen Tag. Die (Arbeiter-)Einheitsfront, welche *historisch* einmal etwas anderes als die Volksfront war und *politisch* nach wie vor von ihr verschieden *ist,* die Einheitsfront ist dieser Kongreß-Tradition inzwischen vollends zum Opfer gefallen: die (»rechte«) Volksfront und die (»linke«) Einheitsfront werden in allen Verlautbarungen, Lehrbüchern und Programmen des Kreml-Pankow-orientierten Sozialismus seit langem einfach als dasselbe unterstellt und beinahe synonym gebraucht. Diese Gleichsetzung ist, höflich gesagt, eine Art Bilderbuch-Opportunismus. *Erfahrungen* haben jene nunmehr vier Jahrzehnte alten Beschlüsse und die ihnen entsprechende *Ideologie* bislang keineswegs erschüttern können. Auch die chilenischen Erfahrungen nicht. Das heißt: mit *der* Volksfront soll auch in Zukunft eben jene Klassengesellschaft bekämpft werden, die ihr bereits mehrfach das Grab geschaufelt hat.

In Wirklichkeit, und dies ist das zweite Argument gegen eine *positive* Theorie der Volksfront, hat es *die* Volksfront nie gegeben. Schon der Vergleich zwischen den beiden »klassischen« Bündnissen zeigt, daß sie mehr trennte, als sie Gemeinsamkeiten hatten. Gemeinsam war ihnen etwa folgendes: beide etablierten sich auf Befehl (Spanien) bzw. im Interesse (Frankreich) Stalins – beide setzten durch ihre Wahlerfolge eine in ihren Ausmaßen nicht erwartete Mobilisierung der Arbeiterschaft in Gang – beide haben der sich mit dieser Mobilisierung Bahn brechenden revolutionären Dynamik den Stachel gezogen und in die Kanäle parlamentarischer Parteienpolitik gelenkt – und beide haben sich (in Spanien auf Druck der Kommunisten [!] und in Frankreich u. a. infolge der Rücksichtnahme auf ihr »radikales« Mitglied) wie ganz normale bürgerliche Regierungen verhalten (müssen). Sehr unterschiedlich dagegen waren die Entstehungsbedingungen: In Frankreich entsprach die Volksfront, obwohl sie unter der Arbeiterschaft Hoffnungen weckte, die sie als Regierung weder erfüllen konnte noch wollte, dennoch weitgehend der nationalen Situation des Landes: der jakobinischen Tradition und der republikanischen Mentalität der meisten Franzosen. Die Republik der Volksfront und die Mehrheit des französischen Volkes – sie waren für eine Zeitlang tatsächlich miteinander identisch. In Spanien dagegen, wo es diese demokratische Tradition nicht gab, wo die schwache Republik ein Werkzeug der Reichen war und wo krasseste Klassengegensätze das Land in zwei Lager gespalten hatten, besaß die kommunistisch beherrschte Volksfront, die eben diese Republik, das private Eigentum einer parasitären Klasse und den Parlamentarismus verteidigte, diese psychologische Anziehungskraft zu keiner Minute. Mehr noch als in Frankreich war die Volksfront in Spanien ein Exportartikel Stalins, der mit den sozialen Besonderheiten des Landes nicht nur nichts zu tun hatte, sondern sie von außen vergewaltigt hat. Während die französische Volksfront zwar nicht revolutionär, wohl aber politisch ambivalent war, gebärdete sich die spanische Volksfront eindeutig antirevolutionär. Sie war weder mit den Bedürfnissen des Volkes noch mit dem Bürgerkrieg identisch. Im Gegenteil: sie war ein »Bürgerkrieg im Bürgerkrieg«. Oder um im Bild zu sprechen: während die französische Volksfront die »Rolle eines ehrlichen Maklers zwischen den Unternehmern und der Arbeiterschaft« (KPO) spielte – war die spanische Volksfront eine »Allianz zwischen Räubern und Beraubten« (Orwell).

Wenn also schon die Volksfronten der 30er Jahre nur schwer unter ein einziges politisches Dach zu bringen sind, so ist dies für die Volksfrontvarianten im Europa unserer Tage noch schwieriger. Denn der »Historische Kompromiß« in Italien ist weniger eine Volksfront als vielmehr ein parlamentarisches Links-Rechts-Bündnis zur Sanierung der angeschlagenen Staatsfinanzen; die »Union populaire« in Frankreich ist, was ihr *politisches* Programm angeht, zwar eine Volksfront, wiederholt aber *sozial* eher die (linke) Einheitsfront; und die »Demokratische Koordination« in Spanien hat das Bündnisangebot der »klassischen« Volksfront noch

weiter nach rechts geöffnet: es ist auch für Monarchisten und »europäisch« gesonnene Bankiers attraktiv.

Eine positive Theorie der Volksfront kann es daher nur zu zwei Preisen geben: sie hat erstens Legitimationscharakter und ist zweitens darauf angewiesen, diese nationalen Unterschiede zugunsten einer übergreifenden Strategie hinwegzurationalisieren. Diese übergreifende Strategie ist das politische Konzept der (bis auf das Großkapital im engsten Sinn) *alle* sozialen Gruppen zufriedenstellenden »antimonopolistischen Demokratie«. Sie mag antimonopolistisch und demokratisch sein – der Sozialismus ist sie so wenig wie die Volksfront es bisher war.

Die Volksfront aber gibt es, und das halten wir für den springenden Punkt, aus einem weiteren Grunde nicht: sie ist *große Politik* und *Massenbewegung* zugleich. Als »große Politik« war und ist sie bürgerlich – als Massenbewegung ist sie (wie heute in Italien) potentiell revolutionär. Diese politisch-soziale Doppelnatur hat sie in Frankreich, Spanien und auch in Chile charakterisiert. Bis auf den heutigen Tag hat die »Volksfront als Parlament und Regierung« die »Volksfront als soziale Bewegung« stets besiegt, so daß sich, als sie (wie in Frankreich 1938) am Ende war, keine Hand mehr zu ihrer Verteidigung erhob. Der umgekehrte Weg kann sich bisher auf keine Erfahrung stützen – auszuschließen ist er darum nicht, schon gar nicht vom Schreibtisch aus. Und in dieser Dialektik liegt, tertium non datur, trotz allem eine Chance der Volksfront.

Anmerkungen

1 Eine Beurteilung aus sozialistischer Sicht gibt z. B. Julius Braunthal, *Geschichte der Internationale*, Band 2, Hannover 1963, S. 473 ff. Braunthals Fakten folgen wir in dem kleinen Abschnitt »Nachspiel« (zur französischen Volksfront).

2 Der Brief an den damaligen Kominternsekretär Humbert-Droz ist bislang noch nicht veröffentlicht. Den freundlichen Hinweis auf diesen Brief verdanken wir Prof. Siegfried Bahne, Bochum.

3 Ursula Schmiederer, »Aspekte sowjetischer Außenpolitik«, in: *Übergangsgesellschaft: Herrschaftsform und Praxis am Beispiel der Sowjetunion*, Ffm. 1971, S. 186.

4 E. H. Carr, *The Bolshevik Revolution*, Penguin, Band 3, S. 438.

5 Carr, a.a.O., S. 446.

6 Vgl. Lenin, *Werke* Band 33, Berlin 1971, S. 416

7 Vgl. Isaac Deutscher, *Stalin. A Political Biography*, Harmondsworth 1968, Penguin, S. 392 ff.

8 D. R. Brower, *The New Jacobins. The French Communist Party and the Popular Front*, Ithaca 1968, S. 8 ff. u. S. 50.

9 *The Communist International. Documents, selected and edited by Jane Degras*, Band 3 (1929-1943), London u. a. 1965, S. 320 ff.

10 Maurice Thorez, *Ausgewählte Reden und Schriften 1933-1960*, Berlin 1962, Dietz, S. 108.

11 H. W. Ehrmann, *French Labor. From Popular Front to Liberation*, New York 1947, S. 5 ff.

12 Brower, *The New Jacobins . . .*, a.a.O., S. 31 ff. Außerdem: G. Lefranc, *Histoire du Front Populaire (1934-1938)*, Paris 1965, S. 18 ff.; Daniel Guérin, *Front Populaire-Revolution Manquée*, Paris 1970, Maspero, S. 66 f.

13 Auch kommunistische Historiker sprechen davon, die KPF sei 1932/33 »im Zustand einer Sekte« gewesen. Vgl. z. B. C. Willard, »Prologue au Front Populaire«, in: *Le Front Populaire. La France de 1934 à 1939*, Paris 1972, S. 26.

14 Lefranc, *Histoire . . .*, a.a.O., S. 45. Thorez erklärte u. a. »Das Verbrechen des Genossen Doriot besteht in seiner schimpflichen Allianz mit den ewigen Spaltern der Arbeiterklasse und in seinem Versuch, die KP zu spalten, die Vorkämpferin und Organisatorin der Einheit der Arbeiterklasse.«

15 Brower, *The New Jacobins . . .*, a.a.O., S. 60.

16 Das sozialistisch-kommunistische Abkommen ist abgedruckt bei Lefranc, *Histoire . . .*, a.a.O., S. 433 ff.

17 Sehr wichtig ist in diesem Zusammenhang allerdings folgendes: Wenn die KPF aus den Fehlern der KPD gelernt hatte, dann nicht etwa in dem Sinne, daß sie nun alles daran gesetzt hätte, das Kleinbürgertum zu »politisieren« und nach links zu orientieren. Daran lag den Kommunisten in Frankreich nichts. Worum es ihnen ging, war, die Kleinbürger an einer Rechtsentwicklung zu hindern und sie sozusagen »in der politischen Mitte« festzuhalten und dort zu neutralisieren.

18 Der Erfinder des Begriffes *Volksfront* (Front Populaire) soll Fried, der Repräsentant der Komintern in Paris, gewesen sein.

19 Lefranc, *Histoire . . .*, a.a.O., S. 73. Daniel Guérin kommentiert: »Der machiavellistische Georgier verbündete sich ohne jede Rücksicht auf das französische Proletariat offen mit der französischen Bourgeoisie, so wie es ihm später gelingen sollte, mit Hitler zu paktieren«, vgl. Guérin, *Front Populaire . . .*, a.a.O., S. 82.

20 Maurice Thorez tat ein übriges und leistete den politischen Offenbarungseid. Vor dem Zentralkomitee seiner Partei erklärte er am 1./2. Juni: »Man hat uns gesagt: ›Stalin ist von euch abgerückt, werdet ihr jetzt auf ihn hören?‹ Nun, wir werden auf ihn hören. So sind wir nun mal. Wieder wird man uns entgegenhalten: ›Ihr seid eben Knechte.‹ Nein, das sind wir nicht, aber die Erfahrung hat uns gezeigt, daß Lenin und die Bolschewiki bei allen großen Entscheidungen recht gehabt haben.« Vgl. Thorez, *Ausgewählte Reden . . .*, a.a.O., S. 40.

21 Lenin dagegen, dessen Erbe auf dem Kongreß mannigfach beschworen wurde, hatte geschrieben: »Das Verhalten einer politischen Partei ist eines der wichtigsten und sichersten Kriterien für den Ernst einer Partei und für die *tatsächliche* Erfüllung ihrer Pflichten gegenüber ihrer *Klasse* und den werktätigen *Massen*. Einen Fehler offen zugeben, seine Ursachen aufdecken, die Umstände, die ihn hervorgerufen haben, analysieren, die Mittel zur Behebung des Fehlers sorgfältig prüfen – das ist das Merkmal einer ernsten Partei.« Vgl. Lenin, *Der ›linke‹ Radikalismus, die Kinderkrankheit im Kommunismus*, Moskau 1969 (APN), S. 53.

22 *Protokolle des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale*, Erlangen 1974, Band 1, S. 338.

23 *Protokolle*, a.a.O., S. 139.

24 Thorez, *Ausgewählte Reden . . .*, a.a.O., S. 57.

25 Simone Weil in »La Révolution Prolétarienne«, zit. bei: Bodin/Touchard, *Front Populaire: 1936*, Paris 1972, S. 103 f.

26 Léon Blum schildert diese Vorgänge einige Jahre später in Riom, als ihm das reaktionäre Pétain-Regime den Prozeß macht, vgl. *L'Œuvre de Léon Blum*, Band 5 (1940-1945), S. 262 ff.

Goethe Institut e. V. Bibliothek

27 M. Perrot/A. Kriegel, *Le Socialisme Français et le Pouvoir*, Paris 1967, S. 115 f.

28 Brower, *The New Jacobins* . . ., a.a.O., S. 161.

29 So auch Guérin, *Front Populaire* . . ., a.a.O., S. 102 ff.

30 Zit. bei Guérin, a.a.O., S. 141.

31 Franz Borkenau, *Der europäische Kommunismus. Seine Geschichte von 1917 bis zur Gegenwart*, München 1952, S. 179. Ein trotz seines militanten Antikommunismus in mancher Hinsicht interessantes Buch.

32 Broué/Témime, *Revolution und Bürgerkrieg in Spanien*, Ffm. 1969, S. 77.

33 Der 1965 wegen ›Linksabweichung‹ aus der spanischen KP ausgeschlossene Fernando Claudin datiert den ersten Volksfront-Vorschlag der KP in seiner hervorragenden Analyse von Volksfront und Bürgerkrieg auf April 1935. Vgl. F. Claudin, »Spain – The Untimely Revolution«, in: *New Left Review* 74/1972, S. 6. Franz Borkenau dagegen bestreitet, daß die Initiative von der KP ausging. Denn das sei »im Hinblick auf ihre Bedeutungslosigkeit . . . absurd«. Vgl. Borkenau, *Der europäische Kommunismus* . . ., a.a.O., S. 151. Wir folgen in diesem Punkt der KP-offiziellen Darstellung, die am ausführlichsten dokumentiert ist in: *Guerra y revolucion en España 1936-1939*, Moskau 1967, Band 1, S. 67 ff.

34 Die Darstellung der Ereignisse durch die spanische KP wertet die Übermacht der bürgerlichen Parteien im Parlament als Beweis dafür, daß der Kapitalismus in Spanien keineswegs bedroht gewesen sei. Eben damit sei auch die Behauptung der Faschisten widerlegt, der Volksfront-Wahlsieg sei der Prolog zu einer sozialistischen Revolution gewesen. Die KP: »Der 16. Februar eröffnete die Perspektive einer friedlichen und parlamentarischen Entwicklung der Demokratie in Spanien.« Vgl. *Guerra y revolucion* . . ., a.a.O., S. 80. Dieser Satz gibt aber nicht die Tatsachen wieder, sondern fördert die stalinistische Geschichtslegende, nach welcher eine *sozialistische* Revolution in Spanien nie zur Debatte stand. Diese Legende übersieht die ›Kleinigkeit‹, daß der größte Teil der spanischen Arbeiterschaft 1936 einen erbitterten Klassenkampf mit sozialistischen und libertären Zielen führte – allerdings nicht im Parlament.

35 Carlos M. Rama, *La crisis española del siglo XX*, Mexico-Buenos Aires, 1962, S. 233.

36 Claudin, a.a.O., S. 8.

37 Broué/Témime, *Revolution und Bürgerkrieg* . . ., a.a.O., S. 100.

38 Claudin, a.a.O., S. 15.

39 Bei D. Cattel, *Communism and the Spanish Civil War*, Berkeley-Los Angeles 1955, S. 94 findet sich eine interessante Aufschlüsselung der sozialen Herkunft der KP-Mitglieder, aus welcher der große Einfluß des Kleinbürgertums in der Partei verständlich wird.

40 Der Brief und Caballeros Antwort in: *Guerra y revolucion* . . ., Band 2, a.a.O., S. 101 ff.

41 Broué/Témime, *Revolution und Bürgerkrieg* . . ., a.a.O., S. 285.

Otto Kallscheuer
Völker und Fronten
Modelle für die Zukunft Europas

> »Also sträubte ich mich kaum; ich erwähnte nur, daß ich von Futurologie nichts verstehe. Tarantoga erwiderte, fast niemand verstehe etwas von Schiffspumpen, doch beim Ruf ›Alle an die Pumpen‹ eile jeder an seinen Platz.«
> (Stanislaw Lem, *Der futurologische Kongreß*)

Beschäftigt sich die Linke mit der Zukunft? Ihrem Selbstverständnis nach ist sie auf die Zukunft angewiesen – zumindest dann, wenn sie nicht auf einen ›real existierenden Sozialismus‹ verweisen kann oder will, in dem es weder parlamentarische noch Basisdemokratie, weder freie Gewerkschaften noch freie Assoziation der Produzenten gibt, zwar Verstaatlichung, aber keine freie gesellschaftliche Organisation der Lebensbedingungen. Doch mit ihrer Konkretheit (von der noch das »Gespräch über die Zukunft« zwischen Enzensberger, Dutschke, Rabehl und Semler im *Kursbuch* 14/1968 zeugte) hat jene Utopie vom Sozialismus/Kommunismus – die ja nicht *einfach* eine wissenschaftliche Prognose ist – auch ihren Charakter als Utopie zunehmend verloren: Die Linke beschäftigt sich heute eher mit der Vergangenheit, der der Arbeiterbewegung, und zieht aus einer der vergangenen Fraktionen, Phasen, Strategien der Arbeiterbewegung ihr (zumeist sektenhaftes) Selbstverständnis . . . oder aber sie geht auf in der Macht der Gegenstände, der Gegenwart, der – legitimen – Verteidigung ihres Lebensraumes gegen die Repression.

Wieweit aber gehen Gedanken über die Zukunft ins aktuelle Handeln, in die Strategiefindung der Linken ein? (Zukunft hier verstanden als die der nächsten drei, vier, fünf Jahre.) Auch hier trifft der Spruch, mit dem vor einigen Jahren in Berlin die Spontis die KPD (vormals AO) belegt haben – »Mit der KPD sicher in die 20er Jahre« –, durchaus eine Haltung der gesamten westdeutschen Linken (zumindest außerhalb der SPD): sich ihre Modelle von Arbeiterbewegung, Partei, Räten, Revolution aus der Vergangenheit zu holen.

Dieser Extremzustand ist allerdings charakteristisch für die westdeutsche Linke und ihre (*auch* objektiven) Schwierigkeiten. In Ländern mit entwickelteren Klassenkampferfahrungen gibt es da durchaus andere Beispiele.

Ein weiterer Grund für die Zukunftslosigkeit linker Diskussion in der BRD mag sein, daß bei uns marxistische Gesellschaftswissenschaft noch kaum den Grad an Konkretheit und Präzision erreicht hat – insbesondere was die *politische* Theoriebildung betrifft –, um halbwegs brauchbare Prognosen oder »begründete Erwartungen«[1] für die nächsten Jahre formulieren zu

können. Zugegeben, doch wird dieser Mangel verhängnisvoll in der Zeit der heutigen und morgigen ›europäischen Innenpolitik‹, in der z. B. die ›eurokommunistischen‹ Parteien nicht nur zum bundesrepublikanischen Wahlkampfthema geworden sind, sondern in der die politische Konstellation Frankreichs, Italiens usw. auch unmittelbare Folgen für die Manövrierfähigkeit deutscher Kapitale, für unsere politische Landschaft und sozialen Konflikte hat.

Lassen sich diese Folgen an fünf Fingern abzählen? Dies ist wohl die Voraussetzung der meisten ›Szenarios‹, die die Entwicklung der ›politischen Großwetterlage‹ (Macher-Jargon) nach der Art des Laubfrosches prognostizieren zu können meinen: »Die Schwächen dieser Form liegen auf der Hand. Da der Szenarist meist seine ideologischen Prämissen unterschlägt, da er in sein Kalkül eine unabsehbare Zahl von Variablen aufnehmen muß und da er unter einer exponentiell wachsenden Zahl von Möglichkeiten nur eine einzige, allenfalls eine überschaubare Menge auswählen kann, ist der prognostische Wert des Resultats gering. Das Szenario gerät gewöhnlich zum Wunsch- oder Alptraum.«[2]

Das bedeutet natürlich nicht, daß wir auf Prognosen verzichten könnten, die überprüfbar, handlungsrelevant, korrigierbar sind. Mit metaphysischen Sätzen vom Typ ›Die bürgerliche Gesellschaft treibt mit der Notwendigkeit eines Naturprozesses ihrer eigenen Auflösung entgegen‹ wird sich jedenfalls keine linke Politik begründen lassen. (Insofern verstehen sich die folgenden Fragmente durchaus als Beitrag zur Diskussion um sozialistische Strategie im Westeuropa von heute und morgen.) Der Marxismus (oder die Marxismen) haben bisher noch nicht einmal eine brauchbare Theorie über die Gesamtheit der strukturellen (ökonomischen, politischen, ideologischen . . .) Randbedingungen gesellschaftlichen Handelns entwickelt[3] – abgesehen vielleicht von den Ansätzen in Gramscis Gefängnisheften –, von einer Theorie gesellschaftlichen Handelns selbst (wozu dann auch ›Revolutionstheorie‹ gehören würde) ganz zu schweigen.

Dennoch: Der Frage ›Was passiert, wenn . . .?‹ können wir uns nicht entziehen oder sollten es nicht tun. Im folgenden wird diese Frage nicht beantwortet, es werden – in Ergänzung zu den übrigen Beiträgen dieses Bandes – nur einige Hypothesen, Tendenzen, Elemente genannt und ›durchgespielt‹, die zu einer solchen Antwort notwendig sind. (Das ursprüngliche Vorhaben, trotz aller ideologischen Vorbehalte gegen diese Form ein ›materialistisch-phantastisches‹ Szenario zu entwerfen, erwies sich als zu kompliziert und für den hier zur Verfügung stehenden Raum als zu weitläufig.) Es werden also die wichtigsten der faßbaren und formulierten[4] ›Modelle‹ der politischen Zukunft Europas auf ihre Voraussetzungen, Entwicklungsbedingungen und Grenzen abgeklopft und dabei einige eigene Thesen entwickelt, mehr nicht.

Was natürlich fehlt, ist ein ›Modell Revolution‹. Abgesehen davon, daß es am Schreibtisch sowieso nicht zu entwickeln ist, daß die strategischen Vorstellungen der meisten linken Organisationen dazu völlig unbrauchbar sind, daß weit mehr an Phantasie, Realismus und Utopie erforderlich ist, als ich derzeit aufzubringen vermag . . . welcher Art die Revolution im Westen sein wird, weiß ich einfach nicht. Es spricht jedoch vieles dafür, daß ›reformistische‹ Linksregierungen ein notwendiges – nicht hinreichendes – Element dabei bilden werden. Dann aber beginnen erst die eigentlichen Probleme . . .

Modell Helsinki (aus Moskauer Sicht)

Zur Entspannungspolitik, dem Modell eines geregelten Miteinander von Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, gibt es für die sowjetische Elite *keine Alternative:* Die Politik des Kalten Krieges, allein auf das ›atomare Patt‹ gestützt, in einer Konfrontation mit dem westlichen Imperialismus die eigene wirtschaftliche Machtposition zu verbessern, ist auch für die Sowjetunion gescheitert – s. die gleichzeitigen Modernisierungsversuche durch die ›Ökonomischen Reformen‹ und das Aufbrechen der Klassenkämpfe in Ungarn, Polen, der DDR in den 50er Jahren. Auch die Chruschtschowsche Hypothese, daß der Sozialismus sowjetischer Prägung zu einer effektiveren wirtschaftlichen Entwicklung führe als der kapitalistische Westen, wurde falsifiziert: mit der Konsequenz, daß sich gegen Ende der 60er Jahre die strukturelle Unfähigkeit der sowjetischen Gesellschaften zeigte, aus sich heraus ein ausreichend hohes Konsumniveau zu liefern, um die politisch entmündigten Massen bei der Stange zu halten. Diese Krise des inneren ›ökonomischen‹ Gleichgewichts ist aber für die sowjetischen Gesellschaften gleichzeitig Struktur- und Legitimationskrise. Die Breschnewsche Außenpolitik ist Resultante dieser nur scheinbar widersprüchlichen Tendenzen, direktes Ergebnis auch der versteckten[5] oder explodierenden Klassenkämpfe (ČSSR 1968, Polen, 1970/71 und zuletzt 1976) im sowjetischen Machtbereich selbst:

– Wachsende ökonomische Abhängigkeit vom Westen (die natürlich ideologisch als ›Sieg über die Entspannungsfeinde‹ verkauft wird), sowohl was Investitionsgüter als auch (bekanntestes Beispiel ist der amerikanische Weizen) was Konsumgüter angeht. Nach den polnischen Aufständen »markierte der Abgang Gomulkas eine grundlegende politisch-ökonomische Wende: von da an haben die östlichen Führer besser begriffen, daß der Konsum nicht mehr den Investitionen geopfert werden könne«.[6]

– Zwischenstaatliche (staatsvertragliche) Garantie der wechselseitigen politisch-militärischen Einflußsphären, die natürlich den Großmächten inner-

halb ihres Einflußbereichs im großen und ganzen freie Hand läßt (s. Breschnew-Doktrin der begrenzten Souveränität sozialistischer Länder, auch ›proletarischer Internationalismus‹ genannt).
Die Grenzen dieses Modells liegen in eben den Entwicklungstendenzen, die es notwendig machen:
– Die Politik der ökonomischen Zusammenarbeit mit dem Westen hat in allen Bereichen (industrielle Konsumgüter, landwirtschaftliche Produkte, Ausrüstungsgüter) zu einer sprunghaften Verschuldung der Ostblockländer gegenüber dem Westen geführt: allein 1975 hat sich das Defizit der europäischen COMECON-Länder gegenüber den 6 ökonomisch stärksten kapitalistischen Industrienationen (USA, Japan, BRD, Frankreich, Großbritannien, Italien) *verdreifacht:* von −2 371,4 Millionen Dollar 1974 auf −6 947,6 Millionen 1975; Anfang 1976 hat sich die durchschnittliche monatliche Verschuldung der europäischen COMECON-Länder gegenüber den USA, der BRD, Frankreich und Japan (andere Zahlen liegen noch nicht vor) um 20,3% erhöht.[7] Die COMECON-Länder versuchen, diesem Dilemma durch eine Ausweitung ihrer Märkte in der Dritten Welt zu entkommen. Wie Samir Amin feststellte, ist

»die Position der osteuropäischen Länder gegenüber den unterentwickelten Ländern genau umgekehrt: sie haben es kaum nötig, Rohstoffe zu importieren, haben jedoch große Exportkapazitäten an Fertigwaren. Sie wollen also ihr Defizit mit dem Westen dank ihres Handels mit den unterentwickelten Ländern decken. Unter diesem Gesichtswinkel und mit dieser Strategie glauben sie, von einer Verschärfung des Nord-Süd-Konflikts schwer in Mitleidenschaft gezogen zu werden.«[8]

Ob sich jene ›Solidarität‹ der Dritten Welt mit den (westlichen wie östlichen) Industrienationen allerdings herstellen lassen wird, erscheint zunehmend fraglicher.
– Selbst wenn man von der (nicht unbedingt wahrscheinlichen) Annahme ausgeht, daß der sowjetische Einflußbereich selbst auf absehbare Zeit von inneren Erschütterungen frei bleiben wird, ist es eine Voraussetzung des Breschnewschen Modells Helsinki, daß Westeuropa ökonomisch und politisch stabil – Partner der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa – bleibt. Moskau braucht in Westeuropa also den status quo.
Natürlich widerspricht dieser Umstand den offiziellen Stellungnahmen, bleibt aber nichtsdestoweniger real, wie in der jüngsten Vergangenheit etwa dadurch deutlich geworden ist, daß sogar die vergleichsweise orthodoxe portugiesische KP im Juli 1975 (also just in dem Moment, als sie von der sozialistischen Partei und der Rechten am härtesten attackiert wurde) ihre sowjetische ›internationale Deckung‹ entzogen bekam, um den Erfolg der Helsinkier Konferenz nicht zu gefährden.[9] »Die sowjetische Elite zieht die Sicherheit des amerikanischen Weizens der zweifelhaften Aussicht von Cunhal an der Macht, mit der Unterstützung der UdSSR, vor.«[10]

Hier liegt denn auch *ein* Grund[11] für die Schwierigkeiten, die Moskau mit den heterodoxen großen westlichen KPs in Frankreich, Italien und Spanien hat, und den Georges Marchais, Generalsekretär der PCF, auf dem gesamteuropäischen KP-Gipfeltreffen in Ostberlin klar beim Namen genannt hat:

»Übrigens ergeben sich aus der Entwicklung der friedlichen Koexistenz neue Probleme im Hinblick auf die Beziehungen zwischen (kommunistischen) Parteien der sozialistischen und kapitalistischen Länder. (. . .) Die einen, die Regierungsverantwortung tragen, unterhalten (was ein beträchtlicher Erfolg ist) Beziehungen der Zusammenarbeit mit Regimes, die die anderen mit allen Kräften bekämpfen. Das ist ganz normal und es gibt da keinerlei Widerspruch. Dennoch können wir keinen Schritt hinnehmen, der im Namen der friedlichen Koexistenz zwischen den Staaten den Interessen des Kampfes, den wir gegen die Macht des Großkapitals, für Demokratie und Sozialismus führen, zuwiderlaufen würde.«[12]

Neben diesem Umstand, daß die sowjetische Elite im Westen einen politisch-ökonomisch stabilen (Handels)Partner braucht, ist es die Entwicklung neuer, demokratischer Sozialismusmodelle, die ihr Angst macht. Denn diese könnten innerhalb des sowjetischen Machtbereichs selbst Anziehungskraft ausüben. Spaniens KP-Chef Carillo:

»Wenn die italienischen Kommunisten an die Regierung kommen, wenn in Spanien die Linke weiter an Gewicht gewinnt und wenn es in Portugal keinen entscheidenden Rechtsrutsch gibt, wird Westeuropa ein neuer Orientierungspol für die Arbeiterbewegung auf der ganzen Welt. (. . .) Mir ist durchaus klar, daß Moskau darüber beunruhigt ist.«[13]

Obwohl also gerade wegen der wachsenden sozialen Spannungen in Westeuropa die Realisierungschancen des Modells Helsinki nicht rosig sind, ist keine Alternative in Sicht. Im Verhältnis zu den Befreiungsbewegungen der Dritten Welt hat die sowjetische Außenpolitik eine (im wohlverstandenen Eigeninteresse) gewisse Flexibilität erreicht, die von der Tolerierung einer syrisch-maronitischen Pax Americana im Nahen Osten bis zur direkten Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegungen in Afrika reicht – im Verhältnis zur westeuropäischen Linken und insbesondere den südeuropäischen kommunistischen Parteien ist sie *hilflos:* Ideologisch kann sie die – ohnehin inzwischen eher symbolischen – Bindungen nicht aufgeben, muß sich im Gegenteil als Wächter des einzig möglichen leninschen Weges zur Macht gegenüber ›nationalistischen und opportunistischen Tendenzen‹ in den Bruderparteien aufspielen[14], faktisch hat sie am Erfolg von deren Politik kein Interesse: »Das Ergebnis ist, daß die Politik der sowjetischen Elite zwischen Aufforderungen, die Macht zu ergreifen, und dem Auf-die-Bremse-treten hin und herschwanken muß.«[15] Ist es noch nötig, zu betonen, daß dies keine Politik einer ›aufsteigenden Supermacht‹ ist?[16]

Die Amerikaner (und die europäischen Proamerikaner) haben nach Vietnam, Chile und Angola noch keine neue einheitliche internationale Strategie für Westeuropa wiedergefunden. Auch im Weißen Haus und im Pentagon werden die Bilanzen aus Helsinki gezogen: weder hat die verstärkte ökonomische Zusammenarbeit der beiden Großmächte – die zudem aufgrund der strukturellen Systemunterschiede quantitativ und qualitativ begrenzt bleibt – bisher integrative Wirkungen gezeigt, noch hat sich das Entspannungsgefüge der amerikanischen Nach-Vietnam-Politik als stabil erwiesen; Helsinki hat Angola nicht verhindern können und wird auch den Befreiungskrieg gegen die Rassistenregimes im südlichen Afrika nicht aufhalten können, der u. a. mit sowjetischen Waffen geführt wird. Zur Zeit stehen schematisch vereinfacht zwei (nicht in allen Punkten) alternative Modelle US-amerikanischer Strategie zur Diskussion, die formuliert wurden von Henry Kissinger einerseits und seinem Freund und Europa-Beauftragten Helmuth Sonnenfeld andererseits – der auch als der Amerikaner bekannt ist, der bisher die meisten Gesprächsstunden mit Breschnew verbracht hat. (Eine der Sonnenfeld-Doktrin entsprechende Konzeption vertritt auch der amerikanische Politologe Zbigniew Brzezinski – bis vor kurzem im Beraterkreis Senator Jacksons –, der während der Wahlen im ›brain trust‹ des demokratischen Präsidentschaftskandidaten Jimmy Carter saß und unter Präsident Carter wahrscheinlich zum Nachfolger Kissingers wird: Man kann also – natürlich unter dem Vorbehalt, daß die Politik eines US-Präsidenten nicht allein von den Plänen seines ›brain-trusts‹ bestimmt wird – auch vom Modell Ford bzw. Modell Carter sprechen.)[17]

Modell Kissinger ist ziemlich einfach – von brutaler Einfachheit. Es geht – wie Kissinger sich in seiner Bostoner Rede vom 11. März dieses Jahres ausdrückte – darum, wie die amerikanische Außenpolitik mit der Gefahr der »Herrschaft der kommunistischen Parteien in einem Teil Westeuropas« fertigwird. Denn andernfalls verlöre nicht nur »das Engagement des amerikanischen Volkes zur Aufrechterhaltung des Kräftegleichgewichts in Europa, auch wenn es aus pragmatischen und weltpolitischen Gründen gerechtfertigt bliebe, die moralische Basis, die es seit 30 Jahren hatte«: was Kissinger fürchtet, ist die »Unumkehrbarkeit« eines Prozesses, der die Kommunisten in die Regierung trägt, sowie die möglichen kurzfristigen Folgen für das immer mehr *politisch* geschwächte westliche Sicherheitssystem. Wenn die Kommunisten in Italien oder Frankreich an die Macht kämen – so Kissinger in seiner Bostoner Rede –

»würden sie unausweichlich ein zweitrangiges Interesse den Verteidigungs- und Sicherheitsanstrengungen des Westens zukommen lassen, die nicht nur für die Verteidigung der Freiheit Europas, sondern auch für die Aufrechterhaltung des weltweiten Kräftegleichgewichts wesent-

lich sind. Sie würden versucht sein (und hier irrt Kissinger, s. u. Modell Eurokommunismus, s. o. Modell Helsinki, O. K.), ihre Volkswirtschaften nach Osten zu orientieren. Im günstigsten Falle müßte man erwarten, daß die westeuropäischen Regierungen, in denen die Kommunisten eine vorherrschende Rolle spielten, sich den Positionen der blockfreien Länder annähern. Die politische Solidarität und die kollektive Verteidigung des Westens würden unausweichlich geschwächt, wenn nicht gar auf Null reduziert werden.«

Welche Gegengifte gegen den – wie Kissinger sich ausdrückt – Verlust an »politischer Stabilität«, den »Legitimitätsverlust« der herrschenden Klassen Südeuropas stehen im Kissinger-Modell zur Verfügung? Die Aussichten einer *politischen Lösung* mit den Mitteln der parlamentarischen Demokratie werden offensichtlich nicht allzu günstig eingeschätzt: Gewiß, es gibt die (nord)europäischen Sozialdemokratien und Soares, der in Portugal ihrem Beispiel zu folgen versucht[18]: die Mechanismen der parlamentarischen Demokratie aber reichen für ihren Erfolg – wie gerade der Fall Portugal beweist – kaum mehr aus. Was vonnöten ist, sind also andere Druckmittel vor allem ökonomischer Natur, über die in Puerto Rico gesprochen wurde. Doch geht es hier nicht allein um diesen oder jenen Milliarden-Kredit, der einem sozialdemokratischen Portugal gewährt wird und einem italienischen ›historischen Kompromiß‹ verweigert würde: Es geht – wie sich in neueren Äußerungen Kissingers über den »positiven Beitrag«, den die Europäische Gemeinschaft zur Solidarität des freien Westens leisten könne, abzeichnet – um eine völlige, auch institutionelle, *politisch-ökonomische Restrukturierung Westeuropas unter US-amerikanischer Hegemonie*. Diese ist vor allem auf ›Modell Deutschland‹ (s. u.) angewiesen – in Ländern wie Frankreich, Italien, Spanien – wo ein Soares fehlt – wird sie ›innenpolitisch‹ kaum Erfolg haben ohne eine Transformation des politischen Regimes, die Elementen des ›autoritären Staates‹ (gaullistische Verfassung, christdemokratischer Staat, Frankismus) eine quasi-parlamentarische Form gibt, die gleichermaßen die Verwundbarkeit einer Obristendiktatur wie die Unsicherheiten der parlamentarischen Demokratie vermeidet. Damit würde »die politische Garantie der USA grundsätzlich und definitiv entscheidend für diese ökonomische Führungsschicht« Europas[19]. Oder knapper: »Gemeinsamer Markt heißt NATO«.[20]

Da sich dieses Modell kaum problemlos durchziehen lassen wird, ist die zweite – entscheidende – Trumpfkarte des Pentagon: die 6. Flotte im Mittelmeer, die Stützpunkte auf den Azoren, die Abmachungen mit Spanien, die berüchtigten Ledernacken (die derzeit zum erstenmal in einem ›big lift‹-Manöver in Westeuropa eingesetzt wurden!) usw. Der scheidende Präsident Ford zog es vor, nicht mehr von ›detente‹ zu sprechen. Trotz der Widerstände des Kongresses (mit demokratischer Mehrheit) haben Kissinger/Ford eine Erhöhung des Militärbudgets durchsetzen können:

»Die weitreichenden militärischen Forderungen im amerikanischen Regierungshaushalt für

1975/76 – ein alle Rekorde brechender Militärhaushalt von 100 Milliarden Dollar – waren diesbezüglich ein sprechender Zeuge. Die Militärwaffe des imperialen amerikanischen Staates in Übersee hat nicht nur ihre vor-Vietnam-Position wieder erreicht, sondern ein weit größeres Ausmaß angenommen – mit neuen Waffen und Einrichtungen sowie der Fähigkeit, die Expansion der USA in Übersee und die Aufrechterhaltung ihrer Weltmacht zu sichern.«[21]

Entsprechend zieht Kissinger gegenüber dem Ostblock derzeit »die klassischere Taktik vor, dem Gegner, wo man kann, Schläge zu versetzen, um ihn in seine Grenzen zu weisen – heute schnappe ich Dir Ägypten weg, morgen nehmen wir uns Europa vor«.[22]
Was die Aktivbilanz für ein Kissinger-Modell betrifft, so ist sie nicht von der Hand zu weisen:

»Sowohl in Termini finanzieller Macht als auch militärischer Kapazität – zwei wesentlichen Bestandteilen der Aufrechterhaltung ihrer Weltmacht – behalten die Vereinigten Staaten weiter die Kontrolle über die wichtigsten Instrumente der kapitalistischen Welt. Der einzige Bereich relativen Niedergangs ist der des Handels, in dem der relative Anteil der USA gefallen ist.«[23]

Das Problem ist nur, daß sich die politische Wirkung von ökonomischem Boykott und militärischer Intervention im voraus schwer einkalkulieren läßt. Anders gesagt, selbst wenn man davon ausgeht, daß die »amerikanische Vorherrschaft von der politischen *Führungsschicht* in Europa (mit wenigen Ausnahmen) unterstützt und gewollt wird«[24], so kann das Kissingersche EG-NATO-Modell sehr leicht an der parlamentarischen Demokratie – die es doch zu schützen vorgibt – scheitern (von den Widerständen des amerikanischen Kongresses ganz zu schweigen). Wie in Angola zeichnet sich auch in Europa die vielleicht einzige Gemeinsamkeit des amerikanischen Staatssekretärs mit seinem Vorbild Metternich ab – seine Unfähigkeit, die sozialen Prozesse zu sehen, die seine politischen Pläne beständig durchkreuzen. In mancher Hinsicht scheint die Sonnenfeld-Doktrin die gleichen Ziele zu verfolgen – nur realistischer.

Modell Sonnenfeld/Brzezinski (Carter)

Im Gespräch mit Rossana Rossanda sagte Santiago Carrillo:

»Ich glaube, daß die Amerikaner gespalten sind. Die stärkere Gruppe setzt auf einen spezifischen Neoimperialismus, der auf der ökonomischen Ebene arbeitet und sich auf die vorhandenen Ressourcen stützt. Ein Teil der herrschenden Klasse Amerikas fragt sich, ob es, anstatt bei jeder kommunistischen Regierungsbeteiligung – in welchem Land auch immer – sofort einen Pinochet auf den Thron zu heben und sich damit langfristig um jede Einflußmöglichkeit zu bringen, nicht günstiger sei, durch andere Mittel und Wege seinen Einfluß zu sichern.«[25]

Ein solches taktisch vom Kissingerschen verschiedenes Projekt hat Helmuth Sonnenfeld im Dezember 1975 vor einer Versammlung der US-

amerikanischen Botschafter in Europa skizziert, das im Februar 1976 an die Presse kam. Es geht darum, wie die USA mit dem Umstand fertig werden, daß 1. die Sowjetunion heute als eine Supermacht erscheint, deren Auftreten – wie Sonnenfeld schreibt – »zu verhindern wir keine Mittel haben«. Sonnenfeld geht von der militärischen Unbesiegbarkeit der SU für die USA (wie umgekehrt) aus, konstatiert aber eine fundamentale Schwäche des sowjetischen Machtsystems, die es von allen anderen »Imperien« – wie er sich ausdrückt – unterscheide: weder verfüge es über einen ökonomischen dynamischen Mechanismus, der reale Interessenkonvergenzen mit den »eroberten« machtpolitisch abhängigen Ländern schaffe, noch – wie die »freie Welt« – über eine einheitliche integrierende Ideologie: innerhalb des sowjetischen Einflußbereichs und auf Basis des eigenen Wertesystems sieht sich die sowjetische Ideologie von rechts wie von links mit permanenter Opposition konfrontiert. Angesichts der Gefahr der Eskalation bei jedem frontalen Zusammenstoß bleibe der westlichen Führungsmacht somit nur eine Möglichkeit und reale Chance: Koste es, was es wolle, auf die ökonomische Integration der SU in den kapitalistischen Weltmarkt zu setzen und damit zugleich durch die Werte der Konsumgesellschaft die sowjetische Staatsideologie an ihrem schwächsten Punkt zu unterlaufen. Auf diplomatischer Ebene und in der politischen Generallinie hingegen schlägt Sonnenfeld eine aktive Unterstützung der Stabilisierung der SU und ihres Machtbereichs als weltpolitischer Ordnungsmacht vor, weiter auf der Straße von Helsinki. (Damit ist die Sonnenfeld-Doktrin in der Tat das genaue Pendant zum Moskauer Helsinki-Modell (s. o.), was in amerikanischen Politologenkreisen nicht unverborgen geblieben ist, wenn bereits von der ›Breschn-feld-Doktrin‹ die Rede war.) In die gleiche Richtung weisen übrigens einige Äußerungen des neuen Präsidenten Jimmy Carter, der von möglichen Reduzierungen amerikanischer Truppenstationierungen in Westeuropa sprach.

2. Auch was die südeuropäischen KPs betrifft, schlagen Sonnenfeld und Brzezinski vor, von der Konfrontationsstrategie abzugehen – denn diese könnte kurzfristig die Kommunisten eher stärken – und auf eine längerfristige *»Destabilisierung«* zu setzen, die von den außenpolitischen Absichts- und Garantieerklärungen der Eurokommunisten gegenüber dem westlichen Bündnis (s. u.) genauso zehren kann, wie von den sozialen Schwierigkeiten, denen sich jede Linksregierung angesichts Kapitalflucht, Abwertung der Währung usw. sofort gegenübersehen würde. Und Jimmy Carter erklärte mitten im italienischen Wahlkampf gegenüber dem italienischen Fernsehen über die italienischen Kommunisten:

»Ich halte es für wahrscheinlich, daß sie einen Teil der Macht erhalten und sich an der Regierung beteiligen werden. Ich glaube, daß es dem amerikanischen Volk oder seinen leaders nicht zukommt, den Italienern Ratschläge zu erteilen, wie sie zu wählen haben. (. . .) Wenn die

Kommunisten einen Teil der Macht erhalten sollten, so will ich glauben, daß sie das Mögliche tun, um die Welt zu überzeugen, daß sie außerhalb des sowjetischen Einflußbereiches zu bleiben wünschen.«[26]

Dies bedeutet natürlich keinesfalls – wie dies beispielsweise die Führung der italienischen Kommunisten z. T. anzunehmen scheint[27] –, daß Jimmy Carter als Präsident eine ›fortschrittlichere‹ oder auch nur für die westeuropäische Linke günstigere Außenpolitik betreiben wird. Eher im Gegenteil. Wie Jean Pierre Vigier nachgewiesen hat[28], stehen hinter den unterschiedlichen Strategien von Kissinger und Carter *auch* unterschiedliche amerikanische Kapitalfraktionen: Die dynamischere ›finanzkapitalistische‹ Fraktion, die an die Erdölgesellschaften und die ›multinationalen‹ Investitionen im Ausland gebunden ist, hat die im Gefolge der amerikanischen Politik der letzten Jahre verstärkte europäische und japanische Konkurrenz auf dem US-Inlandsmarkt nicht zu befürchten. Die Kissingersche Politik sichert ihnen ihren Einfluß auf den Auslandsmärkten. Anders steht es hingegen für das alte ›nationale‹ amerikanische Industriekapital (Eisen, Automobile), das von der Öffnung des amerikanischen inneren Marktes für die europäischen und japanischen Konkurrenten schwer in Mitleidenschaft gezogen wird. In seiner Opposition zur Kissingerschen Politik für die Multis wird es auch von den großen amerikanischen Gewerkschaften (AFL/CIO) unterstützt (die seit Jahrzehnten bereits zur Klassenkollaboration übergegangen sind). Von dieser Seite kommt die Forderung, die Auslandsengagements der USA (zumindest selektiv) einzufrieren – auf der Basis der nunmehr erreichten neuen internationalen Arbeitsteilung versteht sich:

»In diesem Rahmen müssen für Europa Westdeutschland, für den Nahen Osten der Iran, Brasilien für Lateinamerika in den Rang von Prokonsuln aufsteigen – oder sind dies bereits – im Rahmen einer neuen Politik also, die mit dem ›Isolationismus‹ der 30er Jahre nichts zu tun hat.«[29]

Modell Deutschland nimmt also in jeder denkbaren Variante der zukünftigen US-Außenpolitik eine zentrale Rolle ein.

Modell Deutschland (auch: Giscard d'Estaing-Modell)

Wie die Pariser Tageszeitung *Le Monde* in ihrem Leitartikel vom 1. September 76 (»Begehrte Modelle«) hervorhebt, ist das Wirtschaftsprogramm des neuen französischen Premiers Barre, das die Austeritätspolitik Valery Giscard d'Estaings nunmehr unter der einen und einzigen Priorität des *Kampfs gegen die Inflation* fortzusetzen unternimmt, am Beispiel sozialdemokratischer westdeutscher Wirtschaftspolitik orientiert. Der vom französischen Präsidenten so gesuchte »berühmte soziale Konsens« – schreibt *Le Monde* –

»hat in der Bundesrepublik gegenüber der inflationistischen Gefahr funktioniert. Von den ›verständnisvollen‹ Gewerkschaften wurde eine Lohnpause verlangt, und sie scheuten sich nicht zu erklären, daß zu hohe Einkommenssteigerungen die Inflation anheizen würden. Die in den verschiedenen Berufszweigen abgeschlossenen Tarifverträge legen von diesem gewerkschaftlichen Realismus Zeugnis ab: Das Ansteigen der *Nominal*löhne (der *Real*löhne natürlich nicht, O. K.) gleicht in diesem Jahr nur die etwa bei 5-6% liegenden Preissteigerungen aus.«

Dieses Modell des sozialdemokratischen Klassenkompromisses hat es natürlich nicht verfehlt, die herrschenden Klassen Westeuropas zu beeindrucken.
Es ist jedoch nicht nur an die Stärkeposition westdeutscher Kapitale in Westeuropa gebunden – die paradoxerweise seine Übernahme in Ländern wie Frankreich oder Italien gerade verhindern, wo das Kapital zu seinen inneren Schwierigkeiten mit der keineswegs ›verständnisvollen‹ Arbeiterklasse noch die Probleme mit der erdrückenden westdeutschen Konkurrenz hat! –, es ist auch an politisch-institutionelle Realitäten gebunden, die gerade in Frankreich nicht aufzufinden sind. Nach dem Mai 68 hat der damalige Premier Chaban-Delmas schon einmal versucht, in einer Art ›aufgeklärtem Gaullismus‹ »eine sozialdemokratische Politik ohne Sozialdemokratie« durchzuführen.

»Dies war natürlich ein unmögliches Projekt. Wenn die Bourgeoisie eine sozialdemokratische *Politik* braucht, dann braucht sie eine sozialdemokratische *Partei*, die die Arbeiterklasse kontrollieren kann. Die Bourgeoisie hat kein Interesse an den Nachteilen sozialdemokratischer Politik, den Kompromissen usw., wenn Chaban die Arbeiterklasse überhaupt nicht kontrolliert. Darum ist Chabans Politik gescheitert«,

diagnostizierte vor zwei Jahren Nicos Poulantzas.[30]
Diese Diagnose gilt verstärkt für die Austeritätspolitik des derzeitigen französischen Präsidenten, die nicht mehr (wie im Falle Chaban) in erster Linie die Interessen des ›nationalen‹ industriellen Flügels der französischen ›inneren Bourgeoisie‹ verfolgt, sondern des pro-atlantischen bzw. pro-europäischen Finanzkapitals.[31] Daher hat sich die französische Industriepolitik im Unterschied zur westdeutschen Konjunkturpolitik nicht auf eine Lohnpause stützen können[32] und ihre intendierte antizyklische Wirkung völlig verfehlt: Im Gegenteil wurde 1974 die Rezession durch die deflationistischen Maßnahmen des damaligen Wirtschaftsministers Fourcade noch verstärkt – Rückgang der Importe nicht aufgrund eines Rückgangs der Inflation, sondern als Rezessionsphänomen; mit den Maßnahmen zur ›Wiederaufnahme‹ 1975 wurde die ›natürliche‹ Überhitzung im Konjunkturaufschwung noch weiter angeheizt: weiterer Anstieg der Inflationsrate, Zunahme des Zahlungsbilanzdefizits mit erneuter Ankurbelung der Importe. Die Politik Giscards hat bisher ihre beiden Hauptziele – Zurückschrauben der Inflationsrate und außenwirtschaftliche Absicherung – somit nicht nur nicht erreichen können, sondern die Ausgangsbedingun-

gen für ein französisches ›Modell Deutschland‹ noch verschlechtert.[33] Die Aufgabe des neuen Premiers – des ›Technokraten‹, ›Wirtschaftsfachmanns‹, ›dezidierten Europäers‹ Raymond Barre – im Kampf gegen die Inflation ist dementsprechend denn auch der Angriff auf die Reallöhne (also Lohnstopp, nicht Lohn- *und* Preisstopp), faktisch also die Aufhebung der Bindung des ohnehin niedrigen garantierten Mindestlohns (SMIC) an die Inflationsrate unter ausdrücklicher Vernachlässigung der Arbeitslosenrate. Wie *Le Monde* im zitierten Leitartikel schreibt, »ist die Versuchung groß, nunmehr dem gewerkschaftlichen Lager den schwarzen Peter zuzuschieben«. Die Gewerkschaften haben bereits ihre feste Opposition angekündigt und wie es der jetzigen (ohnehin nur noch im Parlament bestehenden) ›Mehrheit‹ gelingen soll, über ihre eigenen inneren Widersprüche (Gaullisten gegen Europäer/Atlantiker) und über die nächsten (Gemeinde-)Wahlen im März 77 bzw. dann die Wahlen zur Nationalversammlung (März 78) hinwegzukommen, steht in den Sternen. Genau aus diesem Grunde hatte der scheidende Premier Chirac – der nicht an den Erfolg des Giscardschen Unternehmens glaubte, die ›Mehrheit‹ bis zur ›linken Mitte‹ auszudehnen (also die Union de la Gauche zu spalten) – vergeblich darauf bestanden, die Parlamentswahlen auf den Anfang 77 vorzuziehen . . . ein Jahr später sei die ›Mehrheit‹ sowieso verloren.

Kurz gesagt: »Das deutsche Modell scheint auf Frankreich schwer übertragbar zu sein.« *(Le Monde)* Genau dies aber ist es, was die Politik Bundeskanzler Schmidts von den europäischen Partnern im Grunde verlangt – das Unmögliche. Und dies liegt weniger – oder zumindest nicht in erster Hinsicht – am deutschen Modell der Bundesverfassung im Gegensatz zum gaullistischen Präsidentialstaat (wie Rudolf Augstein in Wahlkampfstimmung schrieb: »Modell Deutschland« *Spiegel*, 30. 8. 76, S. 89), sondern an der Wirtschaftspolitik. Eine Folge der hauptsächlich exportbestimmten Stärkeposition westdeutscher Kapitale ist nämlich die *Zensor*rolle, die sich Bundesbank und Bundesregierung nunmehr gegenüber der Zahlungsbilanz und Wirtschaftspolitik vor allem der südeuropäischen Länder anmaßen können[34] und auch tun: Schon 1974 forderte Bundeskanzler Schmidt in der Aprilnummer von *Foreign Affairs* für die Bundesrepublik (neben den USA) die Position

»eines ›Verschiebebahnhofs‹ für die internationalen Kapitalbewegungen. (. . .) Ein solcher ›Verschiebebahnhof‹ würde die selektive Verlagerung der Kapitalflüsse in die Länder begünstigen, die sich als Resultat der Ölkrise größeren Zahlungsausgleichsproblemen gegenübersehen.«

Durch diese Rolle eines internationalen Bankiers kann die BRD von Ländern wie Frankreich und Italien direkt die Wiederherstellung ihrer Zahlungsfähigkeit (ohne deren Rückkehr zu protektionistischen Haltungen) fordern. Dies war in diesem Jahr die westdeutsche Forderung beim europäischen Ministertreffen in Luxemburg am 1./2. April: ›Wenn ihr auf

unsere Finanzhilfe rechnen wollt, dann bringt zunächst eure eigenen Angelegenheiten in Ordnung!‹ – auf gut bundesdeutsch: setzt bei euch eine Lohnpause durch. Und wie die Schmidtschen Äußerungen über die Abkommen von Puerto Rico zeigen, schließt diese wirtschaftspolitische Zensur eine politische Zensur *tout court* ein: Regierungen mit führender Beteiligung starker kommunistischer Parteien können keine ›Inflationsbekämpfung‹, keinen Lohnstopp durchführen. Dieser Aspekt von Modell Deutschland geht also über Wahlkampfkalküle weit hinaus, wie Pierre Joxe, einer der engsten Berater François Mitterands, wohl am klarsten formuliert hat:

Die Schmidtschen Äußerungen über Puerto Rico sind »eine überlegte Initiative, die in gewisser Weise die Übertragung der seit gut zwanzig Jahren von der SPD in Deutschland praktizierten Klassenkollaboration auf die europäische Ebene bedeutet. Die Logik dieses Schritts läuft auf einen Lehnseid auf den Imperialismus hinaus, auf die ›heilige Allianz‹, nach der Formulierung von François Mitterand.«[33]

Diesbezüglich also hat Modell Deutschland die ihm in den verschiedenen Strategien der zukünftigen möglichen US-amerikanischen Politik zugedachte Rolle eines Prokonsuls mit Befehlsgewalt bereits übernommen, eine Rolle, die sich, wie wir sehen, nicht nur darauf beschränkt, »für den Fall des Siegs der Union de la Gauche mit ökonomischen Schwierigkeiten zu drohen« (P. Joxe): Die BRD-Regierung hat auch die Hoffnungen Giscards, Westdeutschland auf dem euroatlantischen Weg als gleichberechtigter Partner zu folgen, in wenigen Wochen zunichte gemacht, dem dahinvegetierenden französischen Franc keine Spritze gegeben – was es Valery Giscard d'Estaing natürlich ausgesprochen erschwerte, dem ›nationalen‹ französischen Industriekapital bzw. den Gaullisten die Vorzüge eines vereinten Europa klar zu machen und *ein* Hintergrund der schleichenden Krise der französischen Regierungs-›Mehrheit‹ ist. Modell Deutschland heißt nämlich nicht nur sozialdemokratischer Klassenkompromiß, sondern gleichzeitig (und als Grundlage davon) Exportoffensive *gerade in Südeuropa*. In den letzten fünf Jahren (1970-75) hat der Anteil der USA an den bundesdeutschen Exporten von 39% auf 26% abgenommen, während der Südeuropas von 54% auf 56% und der des Nahen Ostens von 7% auf 17,5% zunahm. Dadurch werden gerade in den ›gefährdeten‹ Ländern die institutionell-politisch ohnehin fehlenden Grundlagen für sozialdemokratische Politik noch zusätzlich ökonomisch unterminiert und zwei nicht unbedingt konvergierende soziale Tendenzen verstärkt, die aber jedenfalls einem Europa nach dem Modell Deutschland (oder Carter) geradezu entgegenlaufen:

– Verschärfung der ökonomischen Krise, also der negativen Zahlungsbilanz, der Inflation, der strukturellen Arbeitslosigkeit; also Verschärfung der sozialen Konflikte, d. h., in Südeuropa (zunächst) Stärkung der Linkskräfte; und

– die Beförderung protektionistischer Tendenzen bei einem Teil der herr-

schenden Klassen, dem ›nationalen‹ Industriekapital, dem handgreiflich vor Augen geführt wird, was es von einem amerikanisch-bundesrepublikanisch dominierten vereinten Westeuropa zu erwarten hat. Dies gilt natürlich noch verstärkt für die (alten und neuen) Mittelschichten; und darin liegen auch die Ursachen für die Schwierigkeiten, die Giscard in Frankreich mit der stärksten Partei seiner Regierungs-›Mehrheit‹, der UDR hat (die ihn jetzt dazu gebracht haben, nach einer treffenden Formulierung der PCF-Tageszeitung *Humanité*, den gaullistischen ›Baron‹ Olivier Guichard mit einem eigenen »Ministerium für die nächsten Wahlen« zu betrauen).
Weit davon entfernt, die Gegensätze zwischen pro-amerikanischen und national(istisch)en Fraktionen in den herrschenden Klassen Westeuropas zu glätten – wie es im Modell Deutschland vorgesehen ist –, trägt gerade die zunehmende Führungsposition des BRD-Kapitals alles dazu bei, diesen Gegensätzen, die nach Poulantzas »in der europäischen Bourgeoisie selbst interiorisiert sind und auf interiorisierte Weise reproduziert werden«, eine zunehmend explosivere Natur zu geben. Bei der Arbeiterklasse und anderen ökonomisch abhängigen und politisch unterdrückten Schichten aber trägt sie zur Wiederentdeckung einer ›nationalen Ideologie‹ gegenüber der politisch-ökonomischen Bedrohung durch den westdeutschen Imperialismus (von der 6. US-Flotte und dem ›big lift‹ ganz zu schweigen) bei, die trotz aller ihrer Widersprüche *in der gegenwärtigen politischen Konjunktur* zunächst einen tendenziell anti-imperialistischen Charakter hat. Wenn es allerdings eine Linksregierung gibt, dann kann – wie vor allem die Geschichte der PCF zeigt (welche die PCF im Unterschied zur spanischen oder italienischen KP wohl am wenigsten ›bewältigt‹ hat) – der potentiell *auch* gegenrevolutionäre Charakter der ›nationalen Ideologie‹, d. h., die Disziplinierung der antikapitalistischen Massenbewegungen und auch regionaler Autonomiebewegungen im Interesse ›der Nation‹ sehr schnell wieder in den Vordergrund treten. Die *›nationale Frage‹*, die eines der unbewältigten Probleme der deutschen sozialistischen Bewegungen war und ist, wird also für die südeuropäische Linke gerade durch die nordatlantisch/europäischen Implikationen des ›Modells Deutschland‹ von zentraler Bedeutung. Weder mit der (stalinistischen) pro-Volksfront-Ideologie noch mit den (anti-stalinistischen) anti-Volksfront-Ressentiments wird die Linke dieser Realität gerecht werden können.

Eurokommunistische und (süd-)eurosozialistische Modelle

Daß der Begriff vom ›Eurokommunismus‹ allenfalls die Ablehnung des sowjetischen Sozialismusmodells und die Betonung der demokratischen (also auch parlamentarischen) Freiheiten in allen Gesellschafts- und Le-

bensbereichen als Gemeinsamkeit der westlichen Massen-KPs impliziert (s. auch Anm. 11), nicht aber eine gemeinsame Strategie der südeuropäischen KPs, dürfte inzwischen bekannt sein. Wohl haben die italienische, spanische, französische KP inzwischen ein völlig anderes Verhältnis zur Europäischen Gemeinschaft als in den ersten Jahren nach den Römischen Verträgen entwickelt[36], wohl wollen sie – wenn sie in der Regierung sind – auch die vertraglichen Bindungen der NATO akzeptieren, um das »internationale Gleichgewicht« nicht einseitig zu gefährden . . . Innerhalb dieser Gemeinsamkeiten geben die PCI und die spanische KP einerseits und die PCF andererseits dem Verhältnis ihrer respektiven Nationen zum euroatlantischen Rahmen jedoch ein unterschiedliches Gewicht und eine unterschiedliche Richtung. Die PCI setzt – wie die PCE für ein Spanien nach der demokratischen Wende – klar auf ein vereintes Europa, also auch auf die Überwindung der Kompetenzen der Nationalstaaten durch die supra-nationale Gemeinschaft, während die französischen Kommunisten jedem europäischen Zugriff auf die ›nationale Souveränität‹ Frankreichs (hierin mit den Gaullisten einig) feindlich gegenüberstehen. (Dies wurde beispielsweise an der unterschiedlichen Haltung beider Parteien zur Direktwahl des europäischen Parlaments deutlich.)

Das Problem ist nur, daß die politischen Konsequenzen, die klassenpolitische Dynamik, die wirtschafts- und sozialpolitischen Auswirkungen der respektiven ›europäischen‹ bzw. ›nationalen Wege‹ zum Sozialismus in den Verlautbarungen der kommunistischen Parteien nie deutlich werden. Scheut man sich, die Konsequenzen bis zu Ende zu denken?

Der »neue sozialistische Pol in Westeuropa«, von dem Carillo sprach (s. Anm. 13), versteht sich ebenso wie der Berlinguersche historische Kompromiß im Rahmen eines vereinten Europa.[37] Es ist kein Zufall, daß ein Nicht-Kommunist, der (bei den diesjährigen italienischen Wahlen auf den Listen der PCI gewählte) ehemalige EG-Kommissar Altiero Spinelli, die dem ›europäischen Weg‹ der PCI zugrundeliegende Hypothese bisher am klarsten ausgesprochen hat, wenn er im Gespräch mit dem Redakteur der *Unità*, Alberto Jacoviello, sagte,

»daß die europäische Einheit die einzige Weise darstellt, nicht äußeren Hegemonien unterworfen zu werden. In dieser letzten Zeit kommen aus den Vereinigten Staaten ununterbrochen Aufforderungen, alles in Washington machen zu lassen. Was hier zum Ausdruck kommt, ist eine imperiale Konzeption. (. . .) Falls wir solche aus Washington kommenden Signale akzeptieren sollten, ist nicht einzusehen, warum Moskau nicht seinerseits gleichartige, entgegengesetzte Signale lancieren sollte. Welches aber wäre dann die europäische Perspektive, wenn nicht genau die einer Spaltung zwischen amerikanischer und sowjetischer Partei?«[38]

Nun kommen aber die Washingtoner Signale – um so mehr nachdem Carter die Wahl gewonnen hat – aus Bonn. Anders gesagt, die im ›europäischen Weg‹ vorausgesetzten ›europäischen Bourgeoisien‹, die (wie man in der

Peking Rundschau lesen kann) gegen die ›Hegemoniebestrebungen der Supermächte‹ kämpfen, existieren nicht. Entweder handelt es sich um *nationale* Autarkiebestrebungen (etwa in Frankreich) eines Industrieflügels der herrschenden Klasse . . . oder aber – und dies ist auf absehbare Zeit die vorherrschende Tendenz – die Bestrebungen zum vereinigten Europa finden unter Federführung der Bonner und Pariser Pro-Atlantiker statt, bilden die Investitur des amerikanischen Prokonsuln BRD (s. o.). Die nordeuropäische Sozialdemokratie aber hat sich – wie Vigier schreibt[39] – zuletzt im Falle Portugal als »linker Flügel der amerikanischen Partei in Westeuropa« erwiesen. Der historische Kompromiß bedeutet also, wird er seinen eigenen Intentionen gemäß auf die europäische Ebene übertragen (wie sich die Genossen des CERES-Flügels der französischen PS treffend ausgedrückt haben),

»eine faktische Teilung Westeuropas in zwei Zonen (zu akzeptieren): den durch den Einfluß der Sozialdemokratie beherrschten Norden und den durch die kommunistischen Parteien dominierten Süden. (. . .) Ein europäischer historischer Kompromiß bedeutet letztendlich die absurde Idee, in Südeuropa ein oder zwei Cubas aufzumachen.«[40]

Es ist natürlich ehrenwert von den italienischen Genossen, daß sie auf einen sozialdemokratischen Wahlsieg in der Bundesrepublik (also auf eine Niederlage F. J. Strauß') gehofft haben. Ihre ›Realpolitik‹, auf die sozialdemokratische Hegemonie in Nordeuropa zu vertrauen und auf einen Präsidenten Carter zu warten, impliziert jedoch schon heute[41] wenigstens eine *»Enthaltung«* gegenüber Regierungschef Andreottis und Carlis (des neuen Präsidenten des italienischen Unternehmerverbands CONFINDUSTRIA) Versuchen, in Italien dem ›Modell Deutschland‹ nachzueifern: Für Italien bedeutet dies

»kurzfristig die Unterordnung unter eine Deflationspolitik, mittelfristig (. . .) die Wahl einer Verengung der produktiven Basis innerhalb einer neuen internationalen Arbeitsteilung und daher noch höhere gesellschaftliche Kosten. Darum sind die Gegenleistungen für die (von der PCI von den Gewerkschaften geforderten, O. K.) ›Opfer‹ nicht nur derzeit nicht vorhanden, sie schließen auch für die Zukunft eine wirkliche Veränderung des herrschenden Blocks und des Typs der gesellschaftlichen Organisation aus«, schreibt Lucio Magri[42], Wortführer der wohl wichtigsten Gruppierung der italienischen Neuen Linken, des PDUP/Manifesto.

Aus all dem scheint zu folgen, daß die (derzeit noch vorherrschende) ›nationale Orientierung‹ der französischen Kommunisten gegenüber einem NATO-BRD-Europa wesentlich realistischer ist. (Und in der Tat würde ich den Warnungen vor der ›europäischen‹ Demagogie, wie sie von so unterschiedlichen Seiten wie der Linken der PS oder dem alten Kommunisten Vigiers kommen, vollauf zustimmen.) Bedeutet dies nun, daß sie eine wirtschaftspolitische Konzeption entwickelt haben, wie ein links regiertes Frankreich gegenüber einer feindlichen politisch-sozialen Umwelt mit Kapitalflucht, Franc-Abwertung, Wirtschaftsboykott nicht nur überleben,

sondern den ›Weg zum Sozialismus‹ antreten kann? Leider berechtigt weder die Lektüre des ›Gemeinsamen Regierungsprogramms‹ noch die entsprechender Schriften von PCF-Wirtschaftstheoretikern[43] zu einer solchen Aussage: Sicher, die Nationalisierung des Kredits und von französischen ›Schlüsselindustrien‹ wird einer Regierung der vereinigten Linken wesentliche Instrumente für eine ›demokratische Wirtschaftsplanung‹ in die Hand geben. Die Richtung, die eine solche Planung nehmen soll, ist aber bisher allenfalls *sozialpolitisch* (Lohnniveau, Mitspracherecht der Arbeiter in den Betrieben, Förderung der Klein- und Mittelunternehmen . . .), keinesfalls jedoch *wirtschaftspolitisch* vorhersehbar. Die Frage, wie sich eine Linksregierung gegenüber der von ihr als Bündnispartner in Anspruch genommenen ›nationalen‹ Bourgeoisie verhalten wird – denn gerade deren Konkurrenzfähigkeit hat sich verschlechtert, weil vor allem sie von erhöhten Lohnkosten in die Enge gedrängt wird –, ist völlig offen (wenn man nicht das zweifelhafte Verhalten der PCF in der Nachkriegsperiode zur Richtschnur nehmen will). Man muß hier leider den Ausführungen Leithäusers zustimmen:

»Die bisher in den Parteiprogrammen, dem Gemeinsamen Programm oder von autorisierten Zirkeln der in der Linksunion vertretenen Parteien vorgesehenen Studien zur ›demokratischen Wirtschaftsplanung‹ lassen bisher noch kein theoretisch fundiertes, voll ausgearbeitetes, operationales Konzept erkennen. Dies gilt gleichermaßen für die Konzepte der KPF, auch wenn sie auf die Bedeutung einer ›wirtschaftlichen Entwicklung neuen Typs‹ hinweist. Die eigentlichen, im übrigen u. a. auch durchaus technokratischen Probleme der bisher weitgehend konjunkturlosen demokratischen Wirtschaftsplanung müssen sich nach der Machtübernahme durch die Linksunion offenbar in einer Art ›soziologischem Experiment‹ präzisieren.«[44]

Vergleichbares gilt auch für die Konzeptionen, die innerhalb der südeuropäischen sozialistischen Parteien bisher entwickelt wurden – mit dem wesentlichen Unterschied, daß die Führungen *aller* sozialistischen Parteien zwar nicht in allen Punkten dem ›Modell Deutschland‹, wohl aber der EG-Orientierung der SPD folgen. Die linkeste Konzeption, die Anfang des Jahres auf dem Pariser Treffen der südeuropäischen Sozialisten vorgelegt wurde, die der spanischen PSOE, lehnte sich stark an das gesellschaftspolitische Projekt der PCI an[45], klammerte aber die Frage der im Rahmen der EG überhaupt möglichen ›nationalen‹ sozialistischen Politik praktisch aus. Die weitreichendste und konkreteste Vorstellung, die bisher zu dieser Frage überhaupt vorgelegt wurde, ist die des CERES-Flügels der französischen Sozialisten: Die Genossen setzen der (oben angedeuteten) Vorstellung eines historischen Kompromisses auf europäischer Ebene eine Europapolitik einer zukünftigen französischen Linksregierung entgegen, die sie »*geographischer Kompromiß*« nennen.[46] Eine Linksregierung soll sich demnach um eine Neudefinition französischer (bzw. südeuropäischer) Europapolitik in folgenden Richtungen bemühen:

»1) Weigerung, die Möglichkeit einer je unterschiedlichen Entwicklung bestimmter südeuropäischer Länder zum Sozialismus auf eine statische und kapitalistische Teilung Europas (in einen ökonomisch-politisch dominanten Norden und einen abhängigen Süden, O.K.) zu gründen;
2) die Perspektive einer von der Linken kontrollierten Destabilisierung in Europa (im Gegensatz zu einer durch den Kapitalismus kontrollierten Destabilisierung);
3) ein auf die nordeuropäischen Sozialdemokratien ausgeübter Druck, der sich auf die Zunahme inter-imperialistischer Widersprüche zwischen den USA und Nordeuropa stützt (und nicht auf das Akzeptieren einer westdeutschen Vermittlung gegenüber dem Imperialismus . . .);
4) die Entwicklung einer einheitlichen Dialektik für ganz Europa in den Ländern, in denen die Einheit der Arbeiterbewegung dahin tendiert, sich mit einer antikapitalistischen Linie zu reformieren. In Frankreich sind die Einheit der Arbeiterbewegung und der Bruch mit dem Kapitalismus am engsten verknüpft. (. . .)
Es handelt sich (. . .) nicht darum, vorzugeben, auf einmal ohne jede Vorbereitung für ganz Europa eine Strategie des Bruchs mit den Klassenverhältnissen zu projizieren, die Ergebnis der Entwicklung der Klassenverhältnisse der französischen Gesellschaft ist, sondern vielmehr darum, eine solche Ausweitung *vorzubereiten* und damit den internationalen Manövrierspielraum der Linken in Frankreich und den südeuropäischen Ländern zu erweitern.«[47]

Was den ökonomischen Spielraum einer Linksregierung betrifft, so zeigen die Genossen deutlich genug auf, inwiefern gerade die abhängigen imperialistischen Länder (pays impérialistes secondaires) wie Frankreich innerhalb der aktuellen imperialistischen Arbeitsteilung betroffen sind:

– zunehmende Exportabhängigkeit (über 20% der französischen Produktion);
– zunehmende Kontrolle ausländischer multinationaler Konzerne über einen wachsenden Teil der französischen Produktion (zwischen 20% und 25% der französischen Industrie);
– wachsende ›Multinationalisierung‹ französischer Unternehmen.

Wenn es darum den Bourgeoisien der abhängigen imperialistischen Länder »immer schwerer fällt, der mittleren und Kleinbourgeoisie und bestimmten Schichten der Arbeiterklasse Zugeständnisse zu machen«[48], wird dies einer Linksregierung nicht zunächst noch schwerer fallen?
Von einem operablen sozial- und wirtschaftspolitischen Modell des ›Übergangs zum Sozialismus‹ läßt sich also bei den eurokommunistischen und südeuropäischen sozialistischen Parteien bisher kaum sprechen. Im Gegenteil: die PCI – die in diesem Jahr alles getan hat, um *nicht* eine Linksregierung bilden zu müssen – delegiert den Kampf um sozialpolitische Forderungen zunehmend an die (in dieser Hinsicht weit fortgeschrittenere) italienische Gewerkschaftsbewegung und nimmt gegenüber der Wirtschaftspolitik des Andreotti-Kabinetts eine »Nicht-Mißtrauens«-Haltung ein; die PCF und die PS legen in ihrem ›Gemeinsamen Programm‹ den Akzent auf die Sozialpolitik und die Verstaatlichung zentraler Industriezweige und des Kreditwesens, ohne an wirtschaftspolitischen Orientierungen viel mehr erkennen zu lassen als die (keynesianische) Hoffnung, durch die Steigerung der Massenkaufkraft zum Wirtschaftsaufschwung beitragen

zu können. Die Gefahr dieser Programmlosigkeit liegt gerade darin, daß die im Ernstfall tatsächlich durchgeführte Politik dann vergleichsweise ›empirisch‹ den kapitalistischen (Welt-)Marktgesetzlichkeiten folgt.
Was die für einen ›Übergang zum Sozialismus‹ unabdingbare Veränderung der institutionellen Mechanismen hin zu Formen von Basisdemokratie und Arbeiterkontrolle betrifft, so finden die z. T. bemerkenswerten programmatischen Ansätze des CERES für Frankreich und von Teilen der PCI für Italien in den offiziellen Parteiprogrammen kaum Niederschlag. Hier liegt also eine wesentliche Funktion von linken Gruppierungen wie der PSU in Frankreich oder des PDUP/Manifesto in Italien, die sich um eine kritische Einheitspolitik mit den reformistischen Arbeiterparteien bemühen. Im Interesse ihrer Konzeptionen von ›Selbstverwaltungssozialismus‹ und ›proletarischer Demokratie‹ müssen sie jedoch ihre traditionell agnostische Haltung vor allem gegenüber der (noch unter kapitalistischen Bedingungen beginnenden) Wirtschaftspolitik aufgeben, womit insbesondere die PDUP/Manifesto-Gruppierung bereits begonnen hat.[49]

Anmerkungen

1 s. Claus Offe, »Wahlen und Wählen«, in: *links*, Juni 76.
2 H. M. Enzensberger, Dossier »Konkrete Utopie«, in: *Kursbuch* 14/1968, S. 134.
3 Zur politischen Theorie vgl. die Methodenkontroverse zwischen Nicos Poulantzas, Ralph Miliband und Ernesto Laclau, die in diesem Herbst unter dem Titel *Kontroverse über den bürgerlichen Staat* beim Merve-Verlag erscheint.
4 Das Problem liegt hier natürlich bereits darin, was *nicht* formuliert vorliegt, was im politischen oder politologischen Diskurs *nicht* mehr faßbar ist: nämlich jene sozialen Bewegungen, die nicht durch Apparate repräsentiert werden. Vgl. Jacques Rancière, *Wider den akademischen Marxismus*, Westberlin (Merve-Verlag) 1975 und die in Paris erscheinende Zeitschrift *Révoltes Logiques*, die sich bemüht, eine solche ›mémoire populaire‹ wiederaufzuspüren. (Bisher erschienen 2 Nummern vor allem zur französischen Arbeiterbewegung. Für 60 Francs Jahresabonnement zu bestellen bei den éditions Solin, 1, rue des Fossés Saint Jacques, 750 05 Paris.)
5 vgl. M. Holubenko, »The soviet working class – discontent and opposition«, in: *Critique. A journal of soviet studies and socialist theory*, Nr. 4 (Glasgow 1975), S. 5–25.
6 Alain Vernholes, »Les pays de l'est approchent du point du rupture financière«, in: *Le Monde de l'Economie*, 31. 8. 76.
7 ebda.
8 Interview mit Samir Amin, »Le compromis de Nairobi«, in: *Politique Hebdo* Nr. 225, 3. 6. 76.
9 vgl. Carlos de Sá Rêgo, »Portugal: Le PC sans stratégie« (1) in: *Politique Hebdo*, Nr. 210, 19. 2. 76; (2) in: *Politique Hebdo*, Nr. 211, 26. 2. 76.
10 H. H. Ticktin, »The current crisis and the decline of an super power«, in: *Critique* Nr. 5 (Glasgow 1975), S. 109.
11 Ein anderer liegt in der zunehmenden Unmöglichkeit für die westlichen Massen-KPs, die

›sozialistischen‹ Regimes noch mit ihrem Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie in Einklang zu bringen. Ich habe diesen Prozeß und seine Widersprüche am Beispiel der PCF analysiert im *Info des Sozialistischen Osteuropakomitees* Nr. 15/16, April 1976 (S. 23-34: »Die PCF zwischen Rom und Moskau«).

12 Rede Marchais' auf der Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas, zit. nach *Neues Deutschland*, 1. 7. 76.

13 »Ein neuer Pol des Sozialismus in Westeuropa?«, Gespräch Rossana Rossandas mit Santiago Carillo, in: *links*, Febr. 76.

14 Dies wird derzeit an der eigenwilligen Weise deutlich, in der die östlichen Staatsparteien die Ergebnisse der Berliner Konferenz auslegen; s. Manuel Lucbert, »Les PC au pouvoir interprètent à leur façon les résultats de la conférence communiste de Berlin«, *Le Monde* 27. 8. 76. Vgl. meine Analyse im *Langen Marsch* Nr. 19/Dez. 75, »Zur Krise der kommunistischen Weltbewegung«, sowie den in Anm. 11 angeführten Artikel.

15 Ticktin, a.a.O., S. 109.

16 Es soll hier natürlich keineswegs *prinzipiell* eine erneute ›militaristische‹ Wendung der sowjetischen Außenpolitik ausgeschlossen werden. Die Grundlagen dafür sind in der Sowjetunion zweifellos vorhanden: einerseits gibt es in diesen (nichtkapitalistischen) Klassengesellschaften inzwischen zweifellos dem ›militärisch-industriellen Komplex‹ analoge Phänomene bzw. einen starken Militärflügel innerhalb der Elite selbst (dessen Hauptgegner die ›Reformpartei‹ ist); denn die kontinuierliche Zunahme der sowjetischen Rüstung *auch* an Offensivwaffen (s. *Spiegel* Nr. 34, 16. 8. 76) hat sicherlich den sowjetischen Gesellschaften *interne* Ursachen. Andererseits ist bei der zu erwartenden Zunahme innenpolitischer Schwierigkeiten vor allem in der Sozialpolitik natürlich niemals die Versuchung ausgeschlossen (für die es in der Geschichte von Herrschaftssystemen genügend Beispiele gibt), innere Legitimationskrisen durch außenpolitische Erfolge zu ›kompensieren‹. Was bei unserer ›Modell‹-Revue jedoch von Interesse ist, sind nicht ausschließlich die *Absichten* (z. B. Expansionsgelüste) der Großmächte, sondern ebenfalls ihre Realisierungschancen in *Westeuropa*. So hat die Sowjetunion ohne Zweifel alles Interesse an einer Desintegration der NATO, was sich an ihrer mehrmals die Fronten wechselnden Politik im Zypern-Konflikt zeigte oder an der jahrelangen Vorbedingung für die Helsinki-Verhandlungen, an der Sicherheitskonferenz solle die USA nicht teilnehmen. Nur: eben diese Vorbedingung haben die sowjetischen Führer fallen gelassen. Entsprechendes gilt für die EG: Der Gaullismus war eine Politik, die den sowjetischen Interessen, mit Westeuropa in geregelte Wirtschaftsbeziehungen zu kommen und gleichzeitig den Zusammenhalt des kapitalistischen Westens zu desintegrieren, am meisten entgegenkam. Eine ›Gaullisierung‹ Westeuropas (nicht ›Finnlandisierung‹, wie F. J. Strauß verkündet) *war* also durchaus Ziel sowjetischer Europapolitik. Nur: inzwischen ist Frankreich auf die europäisch/atlantische Linie voll wiedereingeschwenkt und der NATO-Prokonsul BRD (s. u. Modell Sonnenfeld, Modell Deutschland) steht an erster Stelle der Handelspartner der UdSSR. Die sowjetische Führung hat hier derzeit keine Wahl, als sich – gegen den Widerstand der DDR-Führung übrigens – nach der Decke zu strecken.

17 Für die Kissinger- und Sonnenfeld-Doktrin folge ich der Analyse Rossana Rossandas, siehe *Il Manifesto*, 20. 4. 76 und 16. 5. 76. Kissingers Bostoner Rede wird im Folgenden zitiert nach *Le Monde*, 13. 3. 76, Sonnenfelds Rede nach *Le Monde*, 14. 4. 76.

18 Nach der Konferenz der sozialistischen Parteien Westeuropas Ende Januar in Elsenör sagte Soares gegenüber der portugiesischen Presseagentur ANOP: »Die Sozialdemokratie repräsentiert ohne Zweifel in diesen Ländern (d. h. in Skandinavien, BRD, Großbritannien, Österreich, O.K.) die Arbeiterklasse. Im Gegensatz dazu gibt es in den südeuropäischen Ländern stark verankerte kommunistische Parteien. Die Taktik und Strategie der südlichen sozialistischen Parteien sind darum notwendigerweise von denen der nordeuropäischen

Sozialdemokratien verschieden. (. . .) Was den Fall Portugals interessant macht, ist, daß wir uns einer Situation nähern, deren politische Charakteristika den im Norden existierenden sehr nahe kommen. Auch wir haben eine große sozialistische Partei, die unzweifelhaft einen großen Teil der Arbeiterklasse repräsentiert, und eine äußerst sektiererische kommunistische Partei, deren reduzierter Einfluß sich auf den Industriegürtel von Lissabon und die Bezirke mit Großgrundbesitz im Alentejo beschränkt.« Zitiert nach *Le Monde*, 24. 1. 76.

19 Antonio Negri, »Anhang 2. Thesen zur Krise: Die Arbeitermultinationale«, in: Bologna/Negri/Carpignano, *Crisi e organizzazione operaia*, Milano (Feltrinelli) 1974, S. 172. Dieser Anhang (schwer zugängliche dt. Übersetzung bisher im Zürcher *Klassenkampf/Materialien zur Intervention* Nr. 5) wird wahrscheinlich enthalten sein in: A. Negri, *Partei gegen die Arbeit*, angekündigt beim Trikont-Verlag München.

20 Nicos Poulantzas, *Diese Krise ist nicht nur eine ökonomische Krise*, Westberlin (Merve-Verlag) 1974, S. 22; siehe auch meine Einleitung a.a.O., besonders S. 11-14; sowie Nicos Poulantzas, *Die Internationalisierung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und der Nationalstaat*, Westberlin (Merve-Verlag) 1973.

21 James Petras, Robert Rhodes, »The Reconsolidation of US-Hegemony«, in: *New Left Review* Nr. 97/Mai-Juni 76, S. 39.

22 R. Rossanda, *Il Manifesto*, 20. April 76.

23 Petras/Rhodes, a.a.O., S. 39.

24 Negri, »Thesen zur Krise«, a.a.O., S. 172.

25 *Links*, Februar 76.

26 zit. nach *Il Manifesto*, 16. 5. 76.

27 siehe die brilliante Kritik an dieser Hoffnung der PCI von Lucio Magri, »Warten auf Carter«, Leitartikel von *Il Manifesto*, 22. 7. 76.

28 Jean Pierre Vigier: »Comment les structures ont engendré la crise«, in: *Le Monde Diplomatique*, Nov. 74; »Comment les USA exportent leur Crise«, in: *Politique Hebdo* Nr. 158, 16. 1. 75; »Les rétombes mondiales de la Crise USA«, in: *Politique Hebdo* Nr. 159, 23. 1. 75; »L'Europe à l'heure allemande« in: *Le Monde*, 22. 7. 76 (Der oppositionelle Kommunist Vigier war früher Mitglied des ZK der PCF.).

29 Vigier, »L'Europe à l'heure allemande«, a.a.O.

30 *Diese Krise ist nicht nur eine ökonomische Krise*, a.a.O., S. 23.

31 Diese hier etwas holzschnitthaft vereinfachte innere Brechung der europäischen Bourgeoisien wird genauer analysiert in: N. Poulantzas, *Les classes sociales dans le capitalisme aujourd'hui*, Paris (éd. du Seuil) 1974; Guido Viale, »Face à la crise prolongée de l'imperialisme«, in: *Les Temps Modernes*, Nr. 335/Juni 74, S. 2124-2149.

32 s. *Le Monde*, 11. Aug. 76, »La hausse des salaires reste forte en France«. (Dabei ist allerdings zu beachten, daß die regierungsoffiziellen Lohnstatistiken in Frankreich immer um mehrere Punkte über den gewerkschaftlichen Indizes liegen.)

33 s. Pierre Jérôme, »Mal barré«, in: *Politique Hebdo*, Nr. 235, 2. 9. 76. (Die beste deutschsprachige Analyse der aktuellen französischen Wirtschaftspolitik ist die von Gerhard Leithäuser, »Alternative wirtschaftspolitische Konzeptionen in Frankreich«, in: *Blätter für Deutsche und Internationale Politik* 7/76, S. 768-782.).

34 Die folgenden Ausführungen sind sinngemäß dem Dossier über die ökonomische Vorherrschaft der USA und Nordeuropas über die südeuropäischen Länder entnommen, das die Genossen vom (ca. 25% der Partei umfassenden) Selbstverwaltungsflügel der Sozialistischen Partei aus Anlaß ihres Colloquiums über den »geographischen Kompromiß« im Juni 76 zusammengestellt haben; in: *Repères*. Les Cahiers du CERES, Nr. 33/Juni 76, s. vor allem S. 66-90. (Die Nr. ist für 15 Francs zu bestellen bei »Repères«, 5 rue Payenne, Paris-3 e.).

35 »Helmut Schmidt ou le sous impérialisme allemand«, Interview mit P. Joxe, in: *Politique Hebdo*, Nr. 233, 28. 7. 76. (Joxe, Mitglied des Exekutivbüros der PS, gehört zu einer eher ›zentralistisch‹ orientierten Linken innerhalb der PS-Mehrheit. Diese Tendenz, die jetzt auch eine eigene Zeitschrift *Pour l'union* herausgibt, ist dezidiert anti-atlantisch und daher gegen ein (vorgeblich) einheitliches Europa eingestellt.)

36 Vgl. Jean Claude Mouret, »Les derniers défenseurs de l'intégration«, in: *Le Monde Diplomatique*, März 74; Jean-Pierre Vigier, »L' évolution du mouvement ouvrier en Europe«, in: *Le Monde Diplomatique*, Aug. 74; ders., »Crise chez les communistes«, *Le Monde*, 9. 1. 76.

37 Vgl. Berlinguers Eröffnungsrede auf dem XIV. Parteitag der PCI, Beilage zur *Unità*, 19. 3. 75.

38 *Unità*, 3. 6. 76.

39 *Le Monde*, 9. 1. 76.

40 *Repères*, Nr. 33, S. 65.

41 s. meine Analyse in *links*, Oktober 76.

42 *Il Manifesto*, 21. 7. 76; vgl. auch Magris Rede zur Eröffnung des italienischen Parlaments, *Il Manifesto*, 10. 8. 76.

43 etwa: Paul Boccara, »Entwicklung und Organisation der Wirtschaft in der fortgeschrittenen Demokratie, der revolutionären Übergangsphase zum Sozialismus«, in: *Sozialistische Politik*, Nr. 19 (1972), S. 1-27; Philippe Herzog, *L'union populaire et la maitrise de l'économie*, Paris (éd. sociales) 1972.

44 Leithäuser, a.a.O. (S. Anm. 34), S. 780 f.

45 Vgl. etwa die folgenden Formulierungen aus dem Bericht der PSOE: »Zur gegenwärtigen historischen Periode handelt es sich nicht nur darum, 51% der Wählerstimmen zu bekommen. Man muß ebenfalls auf weite gesellschaftliche Schichten zählen können, die das von der Linken vorgeschlagene politische Projekt unterstützen. Die Koordinierung der Linkskräfte erfordert die Zusammenarbeit:
– a) der sozialistischen Parteien der verschiedenen Länder;
– b) zwischen den sozialistischen und kommunistischen Parteien;
– c) mit den fortschrittlichen (christlichen, radikalen usw.) Kräften;
– d) mit den Gewerkschaften.«
zit. nach *Le Monde*, 24. 1. 76. Mit ähnlichen Formulierungen hatte allerdings seinerzeit auch Soares angefangen, der sich heute anders äußert (s. Anm. 18).

46 Vgl. dazu neben der Nr. 33 von *Repères* auch den Artikel des (Exekutivbüromitgliedes der PS) Didier Motchane, »Le compromis géographique«, *Le Monde* 19. 6. 76 und den Kommentar von Hervé Hamon in: *Politique Hebdo* Nr. 227, 17. 6. 76.

47 *Repères*, Nr. 33, S. 65.

48 a.a.O., S. 94.

49 S. *Unità Proletaria* Nr. 5 (Dez. 75), »Cambiare politica per una nuova politica economica«, Gespräch von Daniele Protti mit (dem Wortführer der Linken in der PSI) Riccardo Lombardi, S. 12-17.

Ekkehart Krippendorff
Italien: der Historische Kompromiß
Die kommunistische Partei zwischen Anpassung und Bürgerkrieg

Thesen

1. Der Historische Kompromiß hat zwar Gemeinsamkeiten mit der Strategie der Volksfront, ist aber nicht dasselbe wie diese Strategie.
2. Der Historische Kompromiß stellt keine Abweichung und keinen »Verrat« der KPI an der italienischen Arbeiterklasse dar, sondern artikuliert eine in der Geschichte der Partei angelegte und verwurzelte Linie.
3. Die Strategie des Historischen Kompromisses ist aber nur *eine* Variante möglicher KPI-Politik. Denn ihre eigene Geschichte enthält Alternativen, die auf ähnliche Weise in der Partei verankert und Ausdruck davon sind, daß eine Arbeiterpartei in der kapitalistischen Gesellschaft, notwendig, widersprüchlichen Charakter hat.
4. Die in naher Zukunft mögliche Verwirklichung des Historischen Kompromisses würde mit großer Wahrscheinlichkeit zu einer schwerwiegenden Niederlage der italienischen Arbeiterschaft als Klasse und politische Kraft führen; sie *muß* aber nicht mit einer Niederlage enden.

Abstrakte linke Kritik

Ich möchte mit zwei Feststellungen beginnen, die im folgenden zwar nicht weiter untersucht werden, aber andeuten, worum es in diesem Beitrag geht. Ich gehe zum einen davon aus, daß die als Historischer Kompromiß bekanntgewordene Strategie der Kommunistischen Partei Italiens von der Mehrheit der sich als revolutionär verstehenden Linken in der Bundesrepublik abgelehnt bzw. oft besserwisserisch als ein großer Fehler kritisiert wird. Und ich gehe zum zweiten davon aus, daß die nun hundertjährige Geschichte revolutionärer Parteien in den kapitalistischen Kernländern eine Geschichte ihrer Niederlagen war und ist. Diese beiden Tatsachen im Auge, meine ich erstens, daß eine Kritik an der KPI, die dieser wirklich gerecht werden will, wenigstens versuchen muß, sich auf die analytische und politische Erfahrungsebene dieser Partei zu begeben – und zweitens, daß die hundertjährige Geschichte der Niederlagen sich weder mit dem Rückgriff auf Marx' Definition proletarischer Revolutionen im *18. Brumaire* verdrängen läßt noch durch den subjektivistisch-moralisierenden Verweis auf den »Verrat« seitens einiger Führer erklärt werden kann.

Der Historische Kompromiß als »Große Koalition«

Was heute unter dem Begriff des Historischen Kompromisses zum festen Bestandteil des politischen Vokabulars geworden ist, hat im engeren und spezifischen Sinne erstmals Enrico Berlinguer, der Generalsekretär der KPI, formuliert; und zwar in drei Grundsatzartikeln unmittelbar im Anschluß an den faschistischen Staatsstreich in Chile, der das bis heute jüngste Volksfrontexperiment mit einer Brutalität beendete, die auch die schlimmsten Befürchtungen übertraf. Berlinguer schlug, auf der Ebene von Parlament und Regierung, ein langfristiges »strategisches« Bündnis mit der Christlich-Demokratischen Partei (DC) vor, also eine Große Koalition zur Lösung der wichtigsten strukturellen und ökonomischen Probleme des Landes. Neben dieser Parlamentstrategie trat er für eine – mit den Christdemokraten gemeinsame – Mobilisierung der Bauern und Landarbeiter, der Handwerker und kleinen Gewerbetreibenden und, ideologisch gesehen, des großen katholisch-demokratischen Reservoirs ein. Ziel dieser »neuen Etappe der demokratisch-antifaschistischen Revolution« (Berlinguer) sollte die Wiederbelebung des in den Verwaltungen ineffizienten und politisch gelähmten italienischen Staates und, als Folge davon, die ökonomische Gesundung sein. Berlinguer drückte das so aus:

»Seit 25 Jahren praktizieren wir eine Kraftprobe mit der DC und diese Kraftprobe hat das Land ruiniert . . . Wir können so nicht weitermachen, während das Land zugrundegeht.«

Und Giorgio Amendola ist

»der Meinung, daß Italien ein Land ist, das niemand allein regieren kann, nicht einmal wir Kommunisten, aber noch weniger die DC oder die Linke Mitte. Darum die . . . Annäherung.«

Auf den ersten Blick – und dieser Blick ist trotz der verbleibenden großen Unterschiede nicht ganz falsch – ähnelt der Historische Kompromiß der in der BRD einst praktizierten Formel von der Großen Koalition, welche der SPD bei bis dahin unsicheren Wählern politischen Respekt einbrachte und die Partei regierungsfähig erscheinen ließ. Auch die KPI, obwohl in der Administration von Kommunen und Regionen ähnlich bewährt wie damals die SPD in Städten und Ländern, »leidet« heute gleichwohl immer noch unter einem Wählermißtrauen, das ihr die Regierungsfähigkeit abspricht. Der Historische Kompromiß aber, und das ist der springende Punkt, würde dieses Mißtrauen abbauen helfen. Viel weniger als mit einer Volksfront hat der Historische Kompromiß also mit einer Art Großer Koalition zu tun. Die einzige wesentliche Gemeinsamkeit zwischen Volksfront und Historischem Kompromiß liegt in der ausdrücklichen Verpflichtung der kommunistischen Parteien auf die Aufrechterhaltung und Festigung des bürgerlich-parlamentarischen Staates und seiner verfassungsmäßig kodifizierten Institutionen.[1] Nicht zufällig, wenn auch damit nicht erklärt, wird der Histori-

sche Kompromiß von der Sowjetunion einigermaßen unverhüllt abgelehnt. (Darauf komme ich später noch zurück.)

Historischer Rückblick: die Ausnahme-Volksfront von 1948 und die Konfrontationsangst der KPI

In der italienischen Nachkriegsgeschichte hat es lediglich einen konkreten Volksfront-Versuch gegeben, und zwar anläßlich der damals zu Recht als entscheidende Weichenstellung verstandenen Wahlen vom 18. April 1948. Die Sozialistische und Kommunistische Partei schlossen sich zur »Demokratischen Front für Frieden, Freiheit und Arbeit« zusammen. Dieses politische Bündnis hatte begründete Aussichten auf eine relative parlamentarische Mehrheit, denn bei den Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung im Jahre 1946 hatten die Sozialisten 20,7 und die Kommunisten 18,9 – beide zusammen also 39,6% der Stimmen erhalten, während die DC auf nur 35,1% gekommen war. Gegenüber dieser historischen Situation sind die jüngst von den USA (Henry Kissinger) und der BRD (Helmut Schmidt) offen ausgesprochenen Warnungen an den italienischen Wähler, der von vielen erwartete kommunistische Wahlsieg könne für das Land eine Katastrophe bedeuten, ein außerordentlich schwacher Abglanz des Drukkes, der 1948 ganz unverhüllt ausgeübt wurde, um den Sieg der linken Front zu verhindern. Zu diesem Druck gehörten *von außen:* Briefkampagnen, Lebensmittelspenden, Kreditbewilligungen sowie Flottendemonstrationen im Mittelmeer, und gehörte *von innen* eine schamlos-demagogische Hetzkampagne von DC und Kirche gegen den »gottlosen Kommunismus« und die angeblich ins Haus stehende sowjetische Invasion. Das Ergebnis dieser Hetze war eine in der Tat historisch zu nennende Niederlage der Linken (31%) und die absolute Mehrheit der DC im Parlament mit 48,7% der Stimmen. Trotzdem bedeutete das Wahlergebnis für die KPI ihre parlamentarische Absicherung, fiel ihr doch aufgrund des Wahlsystems mit seinen Präferenzstimmen für individuelle Kandidaten die große Mehrheit der von der Front gewonnenen Sitze (143 von 182) zu; die große Verliererin des Wahlbündnisses war die Sozialistische Partei (39 Sitze gegenüber noch 115 in der Verfassunggebenden Versammlung), deren Abstieg seitdem nahezu kontinuierlich gewesen ist.

Dieses Volksfront-Experiment stellt jedoch in der Geschichte der italienischen Linken bzw. der KPI eine Ausnahmeerscheinung dar, gilt für sie im Rückblick als empirischer Beweis gegen jegliche Polarisierungs-Strategie und unterstützt ihre These, daß die Konfrontation zwischen Links und Rechts um jeden Preis zu vermeiden sei. Diese Erfahrung erklärt z. B. auch den 1974 verzweifelt unternommenen Versuch der KP, das vor allem von der kleinen Radikalen Partei forcierte Scheidungs-Referendum durch

größtmögliche Kompromißbereitschaft gegenüber der DC zu vermeiden. Seit 1976 steht ein weiteres, wiederum von den Radikalen »auf der Straße« durchgesetztes Referendum zur Debatte, und zwar das der freien Abtreibung, welches die Linke und mit ihr die KPI erneut in Zugzwang bringt. Nur die vorzeitige Parlamentsauflösung und die Neuwahlen vom 20./21. Juni haben es der KPI erst einmal erspart, das Referendum abzulehnen; sie konnten es durch eine der DC genehme Abtreibungsreformgesetzgebung vorerst umgehen.

Die Ausnahme-Konstellation der 1948er Front war der KPI aufgezwungen worden, nachdem die Partei im Mai 1947 auf amerikanischen Druck aus der Regierung ausgeschlossen worden war. Neben der zu Anfang durchaus berechtigten Erfolgshoffnung des Bündnisses ermöglichte es die Volksfront der KPI aber auch, die aufgestaute Militanz der eigenen Basis in das Ritual des Wahl-Kampfes umzulenken. Denn der 47er Regierungsausschluß, von der Parteiführung als antidemokratische Maßnahme propagandistisch bekämpft, aber zugleich akzeptiert (und heute als Beweis für die Bereitschaft der KPI, die demokratischen Spielregeln von sich ablösenden Regierungen zu respektieren, vorgebracht), hatte bei großen Teilen der Parteibasis nicht nur Unruhe, sondern auch die Bereitschaft zum militanten Widerstand ausgelöst. Am Abend jenes 31. Mai 1947 erklärte das KPI-Sekretariat:

»Von bestimmten Kreisen aus dem Innenministerium werden alarmierende Gerüchte über angebliche und absurde Pläne der Gewaltanwendung und über bewaffnete Aufstände verbreitet, die innerhalb der Kommunistischen Partei als Reaktion auf die antidemokratische Lösung der Regierungskrise existierten. Das Parteisekretariat hält es für überflüssig, derartige Gerüchte zu dementieren. Die Kommunisten lehnen jene Kampfform ab, die innerhalb der Nation unüberbrückbare Gräben aufreißen könnte, und sie verurteilen die Handlungen all derer als Provokationen, die dem, in welcher Form auch immer, auch nur den Anschein einer Rechtfertigung geben.«[2]

Die Vorbereitungen der 1948er Wahlen zum ersten Parlament der Republik konnten die aufgestaute Militanz und revolutionäre Kampfbereitschaft noch einmal absorbieren und in »friedliche« Bahnen lenken. Aber drei Monate nach der (erwähnten) Niederlage entlud sich die Militanz der Basis mit einer Wucht, die selbst die KP-Führung überraschte und in schwerste Bedrängnis brachte. Um die Mittagszeit des 14. Juli 1948 wurde von einem faschistischen Studenten ein Attentat auf Palmiro Togliatti verübt, das ihn schwer verwundete. Die Nachricht verbreitete sich in Windeseile und noch am selben Nachmittag kam es im ganzen Lande, vor allem aber im Norden, zu großen und gewalttätigen Demonstrationen, die die Potenz eines bewaffneten Aufstandes in sich trugen. In Genua und Mailand wurden Fabriken besetzt, die Polizei entwaffnet (die sich daraufhin kaum noch aus den Kasernen traute), wurden Straßensperren errichtet, die FIAT-Betriebsleiter gefangengenommen und die kommunistische Gewerkschaft CGIL proklamierte den Generalstreik.

Am 15. Juli 1948 bestand in Italien objektiv eine Bürgerkriegschance; die alten Partisanen hatten ihre 1945 versteckten Waffen wieder ausgegraben und waren zum großen Streit bereit. Ein großer Teil der italienischen Bourgeoisie rechnete mit Prager Zuständen und schien dem Fiasko wie gelähmt gegenüberzustehen. Aus den Reihen der Arbeiter, die in Rom zu Zehntausenden zusammenkamen, erscholl der Ruf an die Parteiführung: »Gebt uns das Startzeichen!«; aber KPI-Sprecher D'Onifrio zog der Empörung angesichts der ringsum aufgefahrenen Panzerfahrzeuge von Polizei und Carabinieri geschickt den Stachel: »Bürger, Genossen, ich schlage vor, Togliatti zu ehren, indem wir schweigend an den Toren des Poliklinikums vorbeidefilieren . . .« In der Nacht des 15. Juli hob die CGIL den Generalstreik auf, und die Aktion der Partei erschöpfte sich in einer halbherzigen Aufforderung zum Rücktritt der Regierung. Für die Ernsthaftigkeit der Kampfbereitschaft aber spricht, daß die Mitglieder die Aufhebung des Generalstreiks erst für eine Falschmeldung hielten.

Der Erfahrungshintergrund, ohne den diese strikte Linie der Partei, sich um keinen Preis provozieren zu lassen, nicht verständlich werden kann (und den auch ihre linken Kritiker ernst nehmen sollten) ist der griechische Bürgerkrieg. Es war zunächst alleine Togliatti, der die Partei, nachdem er im März 1944 als unumstrittener Führer aus der Sowjetunion zurückgekommen war, auf die »svolta di Salerno«, die Wende von Salerno festlegte: Zusammenarbeit mit der vom Faschismus völlig kompromittierten Monarchie, Eintritt in das Kabinett des ehemaligen faschistischen Generals Badoglio und Übernahme der faschistischen Lateranverträge mit dem Vatikan. Die seit diesem Zeitpunkt bis heute im Grundsätzlichen unverändert gebliebene Einschätzung der Kräfteverhältnisse war die: der revolutionäre Alleingang der italienischen Arbeiterklasse unter der Führung der KPI wäre Selbstmord für die Partei und für die Arbeiterklasse, denn die Sowjetunion ist entweder unwillig oder unfähig, militärisch in einen italienischen Bürgerkrieg zugunsten der Arbeiter einzugreifen, den diese gegen den im Konfliktfall geschlossenen und von den USA unterstützten Block der mittleren und großen italienischen Bourgeoisie unmöglich siegreich überstehen kann. Togliatti argumentierte 1945 gegen

»die Tendenz, die auf eine fortschreitende Verschärfung der politischen und der Klassenkämpfe zielt . . ., in der Weise, daß sie Komplikationen und Unruhen provoziert . . . Diese Tendenz würde Italien das bescheren, was ich als eine ›griechische Perspektive‹ bezeichnen würde, d. h. den gewaltsamen Zusammenstoß, den bewaffneten Konflikt zwischen den organisierten antifaschistischen Kräften und den Kräften der Polizei und des Heeres, die unter der Kontrolle antidemokratischer Elemente stehen.«

Rückblickend wird man zwar Bedenken anmelden können, ob der Anpassungsgrad der KPI gerechtfertigt und in seinem Ausmaß objektiv nötig war (so hat Liugi Longo Ende 1975 immerhin eingestanden, die KPI hätte nach

1945 »einer aggressiveren Massenbewegung, einer hartnäckigeren und konkreteren Initiative« zum Leben verhelfen können, »als dies tatsächlich geschah, um einige Errungenschaften sowohl auf dem Gebiet sozio-ökonomischer Reformen als auch auf institutioneller Ebene zu verwirklichen«), aber andererseits wird man das »Griechenland-Trauma« der Partei nicht auf eine psychologische Kategorie reduzieren dürfen: denn nicht nur in Griechenland, sondern auch in Vietnam (immerhin seit 1950), in Guatemala (1954, fast vergessen!) und zuletzt in Chile 1973 hat der (amerikanische) Imperialismus bewiesen, wozu er fähig ist, wenn er sich bedroht fühlt. Bei aller Kritik an der KPI hat die Partei mit ihrer harten und unzweideutigen Distanzierungspolitik gegenüber dem im Wortsinn unverantwortlichen Gerede einiger militant-revolutionärer Gruppen jedenfalls Recht, die als Konsequenz aus den seit dem Ende der 60er Jahre verschärften Klassenkonflikten quasi gebetsmühlenhaft den bewaffneten Aufstand fordern.

Aktuelle Bilanz: die KPI als sozialdemokratische Partei?

Ausgangspunkt eines jeden Versuchs, die KPI politisch einzuschätzen, muß nach alledem die Anerkennung sein, daß sie die Partei des Antifaschismus schlechthin verkörpert: Entstanden in der Illegalität, ging ihr Weg, an dessen vorläufigem Ende sie heute eine so bedeutende Kraft in der italienischen Republik ist, über die faschistischen Gefängnisse, über die Untergrundarbeit und über den bewaffneten Partisanenkampf von 1943 bis 1945.[3] Die auf diesem Weg von »realpolitischen« Lagebeurteilungen diktierten, systematischen Abwiegelungsparolen der Führung, beginnend mit der »Wende von Salerno«, waren von der Basis letztlich immer als notwendige Taktiken aufgrund vermeintlich besserer Einsichten der Führung (die im antifaschistischen Kampf schließlich selbst an vorderster Front gestanden hatte) hingenommen worden. Zur Vertrauenskrise oder gar zum ernsthaften Bruch zwischen der Führung, den militanten Kadern und der Masse der Mitglieder und Anhänger konnte es schon deshalb nicht kommen, weil die Anpassungsstrategie der »staatstragenden KPI« von der italienischen Bourgeoisie *überhaupt nicht honoriert* wurde. Im Gegenteil: der Niederlage von 1948 folgte eine systematische und breit angelegte Repressionswelle gegen Kommunisten und ehemalige Partisanen, die der Partei den Überlebenskampf geradezu aufzwang: allein zwischen 1948 und der Jahresmitte 1950 fielen im Kampf mit der Polizei oder bei Zusammenstößen mit agrarfaschistischen Gruppen 62 Arbeiter, davon 48 Kommunisten; 3162 Arbeiter wurden verwundet, davon waren 2367 Kommunisten ; 92 169 Arbeiter, darunter 73 780 Kommunisten, wurden verhaftet und dem Richter vorgeführt; 19 306 Arbeiter, davon 15 429 Kommunisten, wurden zu Strafen verschiedener Höhe verurteilt. Am 18. Oktober 1950 unterzeichnete die

kommunistische Gewerkschaft CGIL – nicht ohne Druck der Partei – ein Abkommen, das den Unternehmern, die sich durch die Einführung arbeitssparender Technologien auf den ökonomischen Aufschwung des in die westeuropäische Wirtschaft eingegliederten Landes vorbereiteten, die individuelle Kündigung von Arbeitern zugestand. Das von den Kommunisten nicht vorhergesehene Resultat war eine systematische Ausschaltung gewerkschaftlicher und politischer Aktivisten aus den Betrieben. 1953 untersagte FIAT, später von anderen Firmen gefolgt, das Abhalten von Zusammenkünften der Betriebskommissionen während der Arbeitszeit. Die Arbeiter wehren sich mit spontanen Streiks, die KPI mahnt zur Zurückhaltung, die Maßnahme aber bleibt. Was die Partei jedoch immer ganz wesentlich zusammenhielt, und auch daran muß erinnert werden, war das unbedingte Vertrauen auf den Vormarsch des Sozialismus im Weltmaßstab und das wachsende politische Gewicht der Sowjetunion, von deren zunehmendem Einfluß sich die Partei auch eine innenpolitische Gewichtsveränderung erhoffte. Jede Kritik an der SU wurde bis hin zum Parteiausschluß unerbittlich unterbunden, eine Rigorosität, die sich, orientiert an der Symbolfigur Stalins, ganz und gar auf eine breite Zustimmung der Basis stützen konnte. An diesen Ereignissen zeigt sich auf dramatische Weise, und darin liegt der Sinn des historischen Rückblicks, daß und warum die KPI in ihrer Gesamtheit, in dem also, was sich in ihr an historischen Erfahrungen verdinglicht hat, *keine sozialdemokratische Partei* ist. Sie kann sehr wohl dazu werden, und die gegenwärtige Strategie ihrer Führung beinhaltet in der Tat ihre mögliche Sozialdemokratisierung, d. h. die bewußte Etablierung als breite Volkspartei und ihre Integration in die bestehende Wirtschafts- und Verfassungsordnung. Denn richtig ist, daß sich durch die Geschichte der KPI seit der italienischen Kapitulation und der Formierung der Partisanenbrigaden in Mittel- und Norditalien wie ein roter Faden das erfolgreiche Bemühen der Führung zieht, die revolutionäre »Ungeduld« und Kampfbereitschaft der eigenen Kader zu zügeln, sie zu disziplinieren und auf die Einhaltung der Spielregeln der bürgerlichen Demokratie festzulegen.

Aber mindestens zwei Umstände sprechen eher gegen diese Transformation: zum einen die sich zuspitzenden ökonomischen und daraus erwachsenden innerstaatlichen Schwierigkeiten des Landes; zum anderen ist die Geschichte der KPI als Partei des bewaffneten antifaschistischen Kampfes noch zu jung und unmittelbar präsent, als daß man sie bereits heute mit den nordeuropäischen Sozialdemokraten gleichsetzen könnte; denn das hieße, die ihr nach wie vor innewohnende Dynamik und latente Militanz herunterzuspielen. Was aber in der BRD geradezu pathetische Formen angenommen hat: die duckmäuserische Furcht der Gewerkschaften, auch nur durch den Gebrauch des Wortes »Kapitalismus« als verfassungsfeindliche Organi-

Goethe

sation diffamiert zu werden, und die verzweifelten Anstrengungen der SPD, ihre »Verfassungstreue« durch die Aushöhlung der Verfassung selbst und damit ihrer einzigen Überlebenschance gegenüber der westdeutschen Bourgeoisie unter Beweis zu stellen – diese Angst hat für die KPI eine viel realere Basis und hat gleichwohl bisher weder formal noch politisch zu ihrer Sozialdemokratisierung geführt.

Der Marxismus als Bestandteil der italienischen Kultur

Diese drei Phänomene: die antifaschistische Tradition, die Erfahrung von mindestens zwei Jahrzehnten der Repression und die Identifikation mit der Sowjetunion und damit dem weltweiten anti-imperialistischen Kampf, müssen im Vordergrund jeder Analyse stehen, welche die Stärke, Einheit und disziplinierte Geschlossenheit der KPI von heute angesichts einer Situation erklären will, in welcher die bislang herrschende politische Klasse Italiens unter nicht gerade geringfügigen Zerfallserscheinungen leidet. Das erste Phänomen, die antifaschistische Tradition also, sicherte ihr trotz aller Repression einen festen ideologischen Platz im Italien der Nachkriegszeit, dessen offizielles Selbstverständnis auch heute noch das einer »aus dem antifaschistischen Widerstand geborenen Republik« ist, derzuliebe der Präsident der Republik alljährlich ein Lippenbekenntnis ablegen muß. Das zweite Phänomen, die Repressionserfahrung, erhielt der Partei bis heute die nach wie vor so gut wie ungebrochene politische Loyalität der (zudem sehr aktiven) Arbeiterklasse, deren prozentualer Anteil an der Gesamtmitgliedschaft nur leicht, und zwar von 45,5% (1947) auf 41,05% (1973) zurückgegangen ist, während die größte Zahl der »Neulinge« die meist aus Arbeiterhaushalten kommenden Hausfrauen sind, deren Anteil von 2,1% auf 16,7% im selben Zeitraum wuchs. Das dritte Phänomen, die antiimperialistische Identifikation, hat der Partei bis heute nicht nur eine allgemeine starke internationalistische Orientierung erhalten, sondern hat über die solidarische Unterstützung mit den Erfolgen der Befreiungsbewegungen vor allem in der Dritten Welt eine latente, aber im Krisen- und Konfliktfall aktualisierbare kämpferische Militanz gefördert. All dies zusammengenommen, hat die Partei sowohl die Jahre der massiven Repression als auch das Jahrzehnt des »italienischen Wirtschaftswunders«, an dem die Arbeiterklasse vergleichsweise gering, aber doch für sie selbst spürbar partizipierte, ohne große Einbußen überleben lassen und ihren Mitgliederbestand von mehr als 1,5 Millionen erhalten können. Der »harte Kern« der Partei wird heute auf etwa 80 000 Kader geschätzt.

Die konsequent durchgehaltene *Strategie der Vermeidung einer direkten Konfrontation mit der Bourgeoisie* und dem von ihr beherrschten Staatsapparat bedeutete positiv und in den Worten Togliattis, »sich jeder Falte der

Gesellschaft geschmeidig anzupassen«. Tagespolitisch bedeutete diese Strategie zum einen die Verteidigung und den Ausbau aller Positionen auf kommunaler und regionaler Ebene, die ihr z. T. noch im Prozeß der Befreiung und der ersten Jahre danach zugefallen waren. Nicht zuletzt die auch jenseits eines nur inner-italienischen Vergleichs vorbildliche Verwaltungstätigkeit (Musterbeispiel: Bologna)[4] hat schließlich wesentlich zu dem großen Gemeindewahl-Erfolg vom 15. Juni 1975 beigetragen: von den 47 Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern haben allein 24, und das sind mehr als 54% der italienischen Bevölkerung, eine kommunistisch-sozialistische Regierung: in ausnahmslos allen Großstädten: in Mailand, Turin, Genua, Venedig, Bologna, Florenz und Neapel regieren Kommunisten. Und erst vor wenigen Wochen »fiel« in langwierigen Verhandlungen auch das traditionell DC- und katholisch beherrschte Rom an eine linke Koalition. Von insgesamt 1025 Regionalräten sind 318, von 2754 Provinzialräten sind 925 und von 8066 Bürgermeistern sind 1250 Kommunisten, wobei die mehr als 900 mit kommunistischer Unterstützung regierenden sozialistischen Bürgermeister im Grunde noch hinzugezählt werden müssen. Zu den traditionell »roten Regionen« Emilia-Romagna, Toskanien und Umbrien haben sich nun drei weitere: Piemont, Ligurien und Lazium gesellt, und neu dabei ist, daß den Regionen (die etwa den westeuropäischen Ländern vergleichbar sind) aufgrund kommunistischen Drucks 1970 endlich die von der Verfassung vorgesehenen größeren Entscheidungsbefugnisse zugestanden wurden. Darüber hinaus hat die Partei sich systematisch, d. h. gewissermaßen krebsartig über eine Vielzahl von Organisationen in der Gesellschaft eingegraben: Partisanenverband, Italienische Frauenunion, Bauernvereinigung, Volkssport-Verband, Kulturgesellschaft u. a., und ist auf diese Weise soziologisch überall präsent.[5] Es gibt heute kaum eine relevante gesellschaftliche Gruppe, die die Partei nicht unermüdlich anspricht bzw. deren Interessen sie nicht mitzuvertreten versucht – bis hin zu den vom Großen Kapital bedrohten kleinen und mittleren Unternehmern. Und schließlich ist es der Partei durch ihre breit verankerte Präsenz gelungen, »den Marxismus« im guten Sinne des Wortes »hoffähig« zu machen und sich weit über die in Wählerzahlen erfaßbaren Grenzen hinaus als »links« bzw. »antikapitalistisch« zu legitimieren. Damit ist ihre Politik ein integraler Bestandteil dessen, was mit dem Begriff der »Kultur« ebenso unpräzise wie richtig umschrieben wird. Daß Hammer und Sichel kein abschreckendes, sondern ein von mehreren Gruppen und Parteien (einschließlich der Sozialisten) beanspruchtes und folglich allen vertrautes Symbol im tagtäglichen visuellen Erfahrungsbereich ist, mag analytisch zunächst nicht viel bedeuten, hat aber doch eine wesentliche Funktion in eben der Legitimierung revolutionär-sozialistischer Tradition. Die allsommerlichen »Festival dell' Unità« auch noch in den kleinsten Gemeinden stellen Kristallisations-

und Höhepunkte des sommerlichen Kulturlebens in ganz Italien dar; die kommunistische *Unità* ist die größte nationale Tageszeitung und wird, ebenso wie neuerdings der populäre *Paese Sera,* weit über die Partei hinaus gelesen. Kurz: unterhalb jener scheinbar magischen Schwelle der Regierungsbeteiligung ist die Kommunistische Partei Italiens ein fester und überhaupt nicht mehr fortzudenkender Bestandteil der italienischen Gesellschaft geworden.

Der Heiße Herbst des Jahres 1969 und die Reaktion der KPI

Die Taktik des Abwartens, des Sich-Eingrabens in alle Poren der Gesellschaft und der strikten Konfrontationsvermeidung, welche die Wähler mit einem leichten, aber doch ständigen Zuwachs an Stimmen belohnten (1953: 22,6%, 1958: 22,7%, 1963: 25,3%, 1968: 26,9%, 1972: 27,2%), wurde durch das plötzliche Wiederaufleben der Arbeitskämpfe im Heißen Herbst 1969 geradezu jäh unterbrochen. Jetzt war es soweit: die Partei mußte »Farbe bekennen« und ihre nie ganz eindeutige strategische Linie offenlegen. Zwar war die KPI auch schon bis dahin für die klassenbewußten Arbeiter der völlig unumstrittene primäre Bezugspunkt, aber *die* Partei der Arbeiterklasse war sie entgegen allen Beteuerungen nicht: schließlich waren 35% der DC-Wähler immer noch Arbeiter. Dafür gibt es verschiedene Gründe, u. a. den, daß die italienische Arbeiterschaft auf eine vergleichsweise große Fülle von kleinen und mittleren Betrieben verstreut ist. 1969 passierte nun folgendes: einerseits paßte sich die Partei den vor allem gewerkschaftlich geführten Konflikten zwischen der Arbeiterschaft und dem Kapital (dem »Padronat«) durch eine Linkskorrektur an, andererseits bekräftigte sie unmißverständlich erneut ihre Bündniswilligkeit mit zumindest Teilen der Bourgeoisie. Zu dieser Haltung gehörte z. B. der unerwartete Ausschluß der linken Manifesto-Gruppe. Zwar verlor sie dadurch erst einmal einen großen Teil ihrer in die außerparlamentarische Opposition überwechselnden Jugendorganisationen (1967: 135 510 Jugendliche, 1970: nur noch 66 451), aber von vereinzelten Abspaltungen abgesehen, hatte sie zu Beginn der 70er Jahre, dank der Arbeit ihrer loyalen Kader, die politische Unterstützung der Arbeiterklasse zurückgewonnen. Es setzte sogar ein gewisser Rückfluß von Oppositionellen und ein Eintritt von »linksradikalen« Militanten der 69-70er Phase in die Partei ein.

Chile, die Wahlen von 1976, die Partei, die Arbeiterschaft und die Linke

Der faschistische Putsch in Chile 1973 ist dann für die italienische KP die Geburtsstunde der Formel vom Historischen Kompromiß, die einerseits die Volksfront-Linie der dreißiger Jahre wiederholt, sie andererseits aber

auch stark modifiziert, d. h. noch weiter nach rechts verschiebt, als nunmehr das »Koalitionsangebot« nicht mehr nur Teilen der herrschenden Klasse gemacht wird, sondern *der DC als ganzer Partei.* Der von der KPI aus Chile gezogene Schluß bekräftigte nun keineswegs die Haltung, daß 51% linker Wähler bzw. eine Regierung der linken parlamentarischen Mehrheit zum Bürgerkrieg führen müsse (den die Linke in Italien, abgesehen von den menschlichen und gesamtgesellschaftlichen Kosten, in jedem Falle verlieren würde), sondern er soll ausdrücken, daß der »italienische Weg zum Sozialismus« nur über eine »historische«, d. h. auf *unbestimmte Dauer* konzipierte Version von Großer Koalition führt. Doch dieses Ziel, der Sozialismus, steht in dieser Konzeption an letzter Stelle. Denn auch wenn der Historische Kompromiß als eine Etappe auf dem »langen Marsch« zum Sozialismus verkündet wird, beinhaltet er, was seine Formulierung betrifft, nicht einmal einleitende Schritte zur Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise; vielmehr steht – wie die KPI-Führung nicht müde wird zu betonen – für Italien heute lediglich die Überwindung der eigenen ökonomischen Rückständigkeit in der Konkurrenz mit den anderen kapitalistischen Industrienationen, insbesondere innerhalb der EWG, auf der Tagesordnung. *Nicht Abbau sondern Ausbau des italienischen Kapitalismus ist das nächste Ziel der KPI:* Ausbau durch Vernichtung des lähmenden Klientelsystems, durch Rationalisierung der staatlichen Administration, durch die Entwicklung effizienter Infrastrukturen wie Post, Telefon, Verkehr, durch Regionalplanung, Investitionslenkung und Schaffung von Arbeitsplätzen im Süden. Zwar sind diese Forderungen, einzeln betrachtet, auch Forderungen der antikapitalistischen Kräfte und allen voran der Arbeiter selbst (denen an sicheren und gesunden Arbeitsplätzen, an einem Ende der Zwangs-Emigration und an der Bestrafung von Korruption und Spekulation einer nur noch parasitären Staatsbourgeoisie gelegen ist), aber politisch verknüpft sich für die Arbeiter mit diesen Forderungen die Überwindung der italienischen Misere durch einen kreativen Kommunismus.

Mit dem Programm des Historischen Kompromisses ging die KPI am 20./21. Juni dieses Jahres in die Wahlen. Und diese Wahlen waren weniger wegen des großen Stimmengewinns ein Erfolg, sondern vor allem deswegen, weil die Partei mit ihnen (und man ist geneigt zu sagen, ohne ihr Zutun) erstmals tendenziell die bis dahin nie erreichte Hegemonie über die Arbeiterschaft errungen hat. Noch gibt es zwar keine detaillierten Wähleranalysen, aber das bis 1976 geltende Grundmuster, daß die KPI zwar die relative Mehrheit, die DC aber ein gutes Drittel der Arbeiterstimmen erhielt, wurde im Juni im Prozeß der allgemeinen Polarisierung erstmals durchbrochen. Das heißt: Heute ist die KPI nicht mehr nur (wie früher) dem rhetorischen Anspruch nach, sondern auch de facto die Wahl-Partei

der Arbeiterklasse, und zwar einer Klasse mit militant antikapitalistischem Bewußtsein und einer reichen Kampferfahrung. Zwar versucht die Partei, den darin liegenden latenten Widerspruch zwischen Wähler- und Mitgliedererwartung einerseits und dem vorsichtigen Taktieren der Führung mit dem Historischen Kompromiß andererseits herunterzuspielen. So stellte der für Organisationsfragen zuständige Parteisekretär Ugo Pecchioli fest:

»Von 1,8 Millionen eingeschriebenen Mitgliedern sind mehr als die Hälfte in den letzten fünf Jahren zur Partei gestoßen«, und: »Für welche Linie wohl haben sie sich eingeschrieben? Und warum wohl haben so viele für uns gestimmt?«[6]

Aber die unausgesprochene Furcht der Partei, auf einem Tiger zu reiten, bleibt. Schon jetzt bereitet es ihr z. B. große argumentative Schwierigkeiten, den Wählern, die gestern noch für sie stimmten, um die DC zu entmachten, heute die parlamentarische Stimmenthaltung und damit die Unterstützung der »neuen« christdemokratischen Regierung plausibel zu machen. Zwar hat der Wahlverbund der »extremen Linken«, der sich ganz unzweideutig auf eine linke Regierungsbildung festgelegt hatte, eine (gemessen an den allgemeinen und auch eigenen Erwartungen) empfindliche Niederlage erlitten. Aber die KPI ist sich ihres offen zur Schau getragenen Triumphes über diese Niederlage der Linken keineswegs sicher, denn nahezu alle Kenner der politischen Szenerie sind sich darüber einig, daß die für die »Democrazia Proletaria« (PDUP, AO, LC) abgegebenen mehr als 500 000 Stimmen (1,5%) nicht einmal entfernt die tatsächliche Präsenz und das reale Gewicht widerspiegeln, welches diese »Gruppen« in der italienischen Gesellschaft im allgemeinen und in der Arbeiterschaft im besonderen haben: in den Gewerkschaften, unter den Betriebsräten, in den Gemeinden und – durch drei Tageszeitungen – in der Presseöffentlichkeit. Dieses Gewicht kann für das KPI-Monopol dann eine reale Gefahr werden, wenn der Historische Kompromiß verwirklicht wird und – sich als Fehlschlag erweist. Symptomatisch und nur scheinbar nebensächlich ist, daß alle bürgerlichen Zeitungen die Democrazia Proletaria und z. T. auch die Radikale Partei in ihren Parlaments-Graphiken linksaußen plazieren, während sie in der kommunistischen Presse immer rechts von der KPI auftauchen.

Die KPI und die italienische Bourgeoisie

Nicht die Partei selbst, sondern die mit ihr zwangsläufig in Kauf genommene militante Parteibasis ist es auch, vor der sich die italienische und außeritalienische Bourgeoisie fürchtet. Das im Innern der Partei schwelende Potential ist also der Grund, welcher es der Bourgeoisie immer noch höchst riskant erscheinen läßt, das Angebot des Historischen Kompromisses anzunehmen. Denn daß die KPI als Partei, daß ihre politische Führung und ihre Parlamentsfraktion sich als ein sehr verantwortungsbewußter und zuverläs-

siger Partner erwiesen haben, dürfte die Bourgeoisie wohl kaum noch ernsthaft in Zweifel ziehen. Im Gegenteil: zumindest für den politisch relativ schwachen Teil der wirtschaftlichen Bourgeoisie, für die kleinen und mittleren Unternehmer und für die im internationalen Konkurrenzkampf stehende Großindustrie wäre die Regierungsmitverantwortung der KPI sogar eher wünschenswert. Denn sie ist mit ihr einig im Kampf *gegen* die die politische Klasse bereichernde Staatsindustrie und *für* einen nach »wirtschaftlichen« Kriterien geführten Hochkapitalismus. An dieser »Reformfront« hat sich die KPI aber seit Jahren um den Staat verdient gemacht: sie hat in ihrer Presse Korruption und staatliche Mißwirtschaft angeprangert (wenn auch notwendigerweise mit wenig Erfolg, denn diese Praktiken gehören zum christdemokratischen System), und sie hat im Parlament an den meisten Gesetzen aktiv mitgearbeitet. Und mehr noch: dort, wo Gesetze (wie in der italienischen Legislaturpraxis möglich) lediglich in einzelnen Ausschüssen verhandelt und verabschiedet werden, ohne überhaupt ins Plenum zu gelangen, und wo folglich die Öffentlichkeit so gut wie ausgeschlossen ist, sind Einfluß und Kooperationsbereitschaft der Partei seit jeher besonders sprichwörtlich, während sie im Plenum in der Regel eher ihr Oppositions-Image betont und mit Nein stimmt. Konkret heißt das: im Durchschnitt stimmte die KPI von 1948 bis 1976 77,4% aller Gesetzesentwürfe von Regierung und DC zu; im Plenum verabschiedete sie jedoch nur 41,1% aller Gesetze mit. Im krassen Widerspruch zur offiziellen bürgerlichen Demagogie weiß jeder auch nur halbwegs Eingeweihte, daß die Angelegenheiten, die in Italien parlamentarisch noch funktionieren, wesentlich der KPI zu verdanken sind und daß sie, auch schon vor dem 20./21. Juni 1976, den Gesetzgebungsmechanismus weitgehend hätte blokkieren können. Die wichtigste Forderung, die die KPI als Gegenleistung zur Stimmenthaltung bei der Vertrauensfrage für die neue Einparteien-DC-Regierung von Andreotti erhob, bestand darin, von der DC-Führung genau diese staatstragende Rolle in aller Öffentlichkeit und mit Nachdruck anerkannt zu bekommen.

Von einer KPI-Mitregierung unmittelbar bedroht wäre folglich zunächst nur die Staatsbourgeoisie mit ihren Steuerhinterziehungen, überhöhten Doppel- bis Dreifachgehältern in der verstaatlichten Industrie und der ganze parasitäre Rattenschwanz von Staatsangestellten ohne wirklich produktive Funktion. Damit aber wäre die wirtschaftliche Bourgeoisie, wäre die Privatindustrie durchaus einverstanden – und mit den nun der KPI erstmalig zugestandenen Vorsitz-Posten in wichtigen Parlamentsausschüssen hält die Partei bereits ein kleines Damoklesschwert in Händen. Was die Bourgeoisie in ihrer Gesamtheit jedoch fürchtet, ist alleine der Verlust der Disziplinierungsfunktion der Partei in bezug auf die Arbeiterklasse im Falle der Großen Koalition; sie hat Angst vor einer Entwicklung, in der das

aufgestaute antikapitalistische Potential der Basis nicht nur *neben*, sondern auch *innerhalb* der Partei durchbrechen könnte.
Die italienische Bourgeoisie weiß besser als alle anderen, wie eng inzwischen die Grenzen selbst für lediglich sozialdemokratische Reformen des Systems gezogen sind und wie wenig sie zur Erfüllung sozialpolitischer Forderungen und Erwartungen tatsächlich anzubieten hat. Wenn sie ihre Bücher kommunistischen Ministern öffnen müßte, wäre dies ein furchtbarer ökonomischer Offenbarungseid und eine staatspolitische Blamage ohnegleichen. So befindet sich die Bourgeoisie in einem Dilemma: einerseits braucht sie die Kommunisten zur Sanierung ihrer Finanzen, andererseits würde sie die Kommunisten durch eine Regierungsbeteiligung national und international als regierungswürdig legitimieren und hätte damit einer in ihren Konsequenzen kaum abzuschätzenden Dynamik eine große Hürde aus dem Weg geräumt. Ein italienisches Chile will sie sicherlich nicht; und doch bliebe ihr, setzte sich diese Dynamik in Gang, nur eben jener Rückgriff auf den Staatsstreich übrig. Denn auch darüber sind sich wohl alle Beobachter einig: so einfach wie 1947, wo man die kommunistischen Minister einfach nach Hause schickte, eine Hetzkampagne entfachte und die Partei dann an den Wahlurnen schlug, so einfach wird man kommunistische Minister heute nicht mehr los. Und die KPI? Sie kann, nachdem sie jahrzehntelang die Schwäche einer revolutionären Bewegung in einer kapitalistischen Umwelt am eigenen Leibe erfahren hat, gar nicht anders, als sich mit dem Mute der Verzweiflung der Hoffnung hinzugeben, daß es im italienischen Kapitalismus immer noch Reformmargen gibt, mit denen sie ihre Regierungsbeteiligung vor den Wählern und der militanten Arbeiterklasse anbietet. Aber diese Reformmargen sind so gering, daß der Historische Kompromiß, die maximale Absicherung des bürgerlichen Lagers also, letztlich eine alternativlose Notwendigkeit darstellt. So paradox es klingen mag, gerade darum war die KPI vor dem 20./21. Juni 1976 geradezu in Sorge, sie selbst und die gesamte Linke könnte *zu viele Stimmen* erhalten und die DC könnte zu schwach werden. Denn die Nichtübernahme einer, obwohl dann parlamentarisch möglichen, linken Regierung hätte zu einer tiefen Vertrauenskrise innerhalb der Partei und der gesamten Linken geführt. Insofern stellt das jüngste Wahlergebnis zwar kein ideales Resultat für die KPI dar (ein Rückgang der DC-Stimmen auf 35% wie bei den Gemeindewahlen 1975 wäre ihr lieber gewesen), aber es ist doch ein Ergebnis, das der Verwirklichung des Historischen Kompromisses mehr Chancen gibt, als dies ein überwältigender Erfolg der Linken getan hätte. Eine Chance nicht gerade für den Augenblick, aber mit großer Wahrscheinlichkeit für das nächste Jahr, nachdem die westdeutschen und amerikanischen Wahlen den internationalen Druck etwas reduziert haben.

Die KPI, das europäische Kapital und die westdeutsche Bourgeoisie

Das Damoklesschwert der feindlichen internationalen Bourgeoisie ist für die KPI darum auch das entscheidende Argument, mit dem sie ihre *Koalitionsstrategie um jeden Preis* begründet. Der Regierung Allendes war von den eigenen Generälen schließlich nur der »Gnadenstoß« gegeben worden: ihr Todesurteil wurde vom internationalen Kapital gefällt, von der internationalen Bourgeoisie und der amerikanischen Regierung als deren Interessenwahrer. Auch die griechische Linke (deren Geschichte die andere Fundamentalerfahrung der KPI ist) wurde nicht von der griechischen Rechten alleine, sondern durch das Bündnis der Rechten mit amerikanischen und englischen Interventen besiegt. Das heißt: Mit der eigenen Bourgeoisie würde die italienische Arbeiterklasse in ihrer heutigen Verfassung ideologischer Reife, organisatorischer Kohäsion und militanter Schlagfertigkeit schon (siegreich) fertig werden, und bis zu diesem Punkt haben die revolutionären Gruppen mit ihrer Kritik an der Zaghaftigkeit der KPI auch sicherlich recht; aber die KPI, und hierin ist gerade sie viel klarsichtiger als die meisten ihrer linken Kritiker, fürchtet mit gutem Grund, daß hinter der schwachen eigenen die starke westdeutsche und amerikanische Bourgeoisie stehen, die ein »sozialistisches Experiment« in Italien aufgrund der Verwundbarkeit der italienischen Ökonomie in kürzester Zeit zunichte machen können und werden. Der Historische Kompromiß bedeutet also vor allem die Absicherung kommunistischer Regierungsbeteiligung nach außen, insbesondere gegenüber der Bundesrepublik: weder SPD noch CDU könnten ihren angedrohten ökonomischen Boykott mit all seinen unabsehbaren Konsequenzen für die westeuropäische Wirtschaft wahrmachen, wenn die DC mit den Kommunisten gemeinsam in der Regierung sitzt und der mächtige Fiat-Chef Agnelli dem Historischen Kompromiß seinen Segen gegeben hat. Insofern ist das lautstarke Gerede von Helmut Schmidt auch gar nicht weiter ernst zu nehmen. Im Gegenteil: für ein (im Sinne Schmidts) sozialdemokratisch beherrschtes Westeuropa wäre ein Italien unter auch zukünftiger alleiniger DC-Führung eher ein Klotz am Bein: ineffizient, ständig hilfebedürftig und krisenanfällig; eine permanente Belastung, eine Achillesferse also. Darum ist die Karte, auf die die KPI setzt, ihr *europäisches Angebot*, das auch von ihren Feinden nur schwer zurückzuweisen ist. Denn dieses Angebot deckt sich mit der langfristigen Perspektive der europäischen Bourgeoisie, einen eigenständigen, sowohl von den USA als auch vom Comecon unabhängigen imperialistischen Block zu bilden, der seine enormen Rohstoff- und Energiebedürfnisse in der Dritten Welt und der Sowjetunion zu befriedigen in der Lage ist. Die Entstehung dieses Wirtschaftsblocks aber setzt die für eine nicht allzu ferne Zukunft zu erwartende Emanzipation gerade der BRD von der Hegemonie des ameri-

kanischen Kapitals voraus. Denn nur so kann die BRD ihre eigene Hegemonie über Westeuropa im Rahmen der EWG etablieren. Die (wie man in der SPD nur zu gut weiß) nur durch kommunistische Regierungsbeteiligung mögliche Stabilisierung des italienischen Kapitalismus aber ist dafür eine entscheidende Voraussetzung. Darum ist es nicht verwunderlich, daß derselbe Helmut Schmidt sich bei anderer Gelegenheit von den scharfen Abgrenzungserklärungen Henry Kissingers distanziert und die westdeutsche politische Klasse in Portugal gezeigt hat, daß sie durchaus fähig ist, eine mit revolutionärem Potential geladene Situation geschickt und in ihrem Interesse zu entschärfen. Die westdeutsche Bourgeoisie ist also, trotz aller antikommunistischen Stimmungsmache, *nicht* der eigentliche Gegner des Historischen Kompromisses.

Die USA und die Sowjetunion als eigentliche Feinde des Historischen Kompromisses

Der unerbittlichste Widerstand gegen den Historischen Kompromiß kommt vielmehr aus den USA und der Sowjetunion. Dieser Widerstand hat zumindest einen gemeinsamen, und zwar ökonomischen Nenner: die Verhinderung eben jener Entwicklung eines von Westdeutschland aus dominierten europäischen Konkurrenz-Imperialismus, der das angestrebte und schon heute zaghaft funktionierende Ko-Management des internationalen Systems durch die beiden »Supermächte« gefährden bzw. wieder zerstören könnte. Für die USA bedeutete die Verwirklichung des Historischen Kompromisses den Verlust Italiens an die BRD und damit das Ende einer mehr als dreißigjährigen politischen Kontrolle der italienischen Innenpolitik, die die USA u. a. durch Bestechungen, Geheimdienste, Partei und Gewerkschaftsspaltungen (1947), durch ihre Verbindungen mit terroristischen Rechtsgruppen und ihre NATO-Basen ausgeübt haben.
Für die Sowjetunion bedeutete der Historische Kompromiß den »Verlust« der KPI bzw. bedeutete der von der KPI geführte Eurokommunismus 1. eine langfristig wirkende Erosion ihrer politischen Kontrolle über ihren osteuropäischen Herrschaftsbereich, das heißt die Stärkung autonomistischer Tendenzen auch in diesen Ländern, und 2. den Verlust der westeuropäischen KPs als Instrumente der sowjetischen Außenpolitik und insofern eine Schwächung ihrer Positionen gegenüber den USA. Das sowjetische Dilemma an diesem Punkt ist bekannt: eine offizielle Exkommunikation der KPI wäre eher konterproduktiv; die dieser Haltung entsprechende Zensur der KPI-Texte in der sowjetischen Presse enthüllt daher eher Hilflosigkeit. Also tritt sie die »Flucht nach vorn« an, indem sie die italienischen Kommunisten immer wieder an die leninistische Formel von der »Diktatur des Proletariats« erinnert und die Unmöglichkeit betont, daß

die Partei sich sozusagen an die Macht »schleichen« könne. Mit großer Wahrscheinlichkeit ist diese Propaganda der SU sogar als Munition für die bürgerlichen Gegner des historischen Kompromisses gedacht.

Resümee: eine prekäre Situation

Die strategische Situation der KPI stellt sich so gesehen, trotz ihrer Verankerung in der italienischen Gesellschaft und trotz ihrer organisatorischen Geschlossenheit, jetzt, da sich die Partei im Vorhof der Regierungsbeteiligung aufhält, als ungemein prekär dar.
Gegen sich hat sie den großen, wenn auch nicht mehr homogenen Block der eigenen Staats- und Klientelbourgeoisie[7]; *gegen sich* hat sie einen maßgebenden Teil der westeuropäischen Bourgeoisie: die französische einigermaßen geschlossen und die deutsche, soweit sie hinter der CDU und mehr noch der CSU steht; *gegen sich* hat sie (ungeachtet der »gemäßigten« Äußerung Carters) den amerikanischen Imperialismus; *gegen sich* hat sie die Sowjetunion, die ihre Flotten im Mittelmeer, im Falle einer bürgerkriegsähnlichen Zuspitzung, zur Blockierung amerikanischer Drohmanöver kaum einsetzen würde; und *gegen sich* hat sie nicht zuletzt die katholische Kirche. *Auf ihrer Seite* aber hat sie »nur« eine politisch qualifizierte und militante Mehrheit der Arbeiterklasse und – taktisch ambivalent – einen Teil der italienischen Industriebourgeoisie.

Der Historische Kompromiß und die Zukunft

In diesem Szenario gibt es zum Historischen Kompromiß *keine Alternative.* Man wird legitimerweise darüber nachdenken können, ob der Handlungsspielraum einer KP-geführten linken Koalition (die ohnehin, außer im unwahrscheinlichen Falle von Neuwahlen, erst 1981 wieder möglich ist) in der Tat so eng ist, wie die KPI selbst behauptet, und ob es deshalb notwendigerweise zum Bürgerkrieg kommen muß (wovon z. B. liberale Politologen fest überzeugt sind). Warum? Weil die Democrazia Cristiana eben keine »moderne Partei« ist, sondern sich in ihr das *ganze* kapitalistische Regime Italiens, also auch die korrupte, politisch aggressive Bourgeoisie zusammenfaßt. Man wird auch bestreiten können, daß die Rechnung machiavellistischer Zyniker aufgegangen wäre, die eine KPI-Regierung gerade jetzt (1976) nicht ungern gesehen hätten, weil die Partei dann, im modifizierten Chile-Stil, vernichtend hätte geschlagen werden können.[8] Aber derartige Perspektiven stellen sich nach dem 20./21. Juni dieses Jahres nicht mehr: die KPI ist de facto in den Kreis der Regierungsparteien eingetreten, der Historische Kompromiß hat einen weiteren Schritt nach vorn gemacht und er wird, mit großer Wahrscheinlichkeit, noch während

der laufenden Legislaturperiode durch den Eintritt kommunistischer Minister in die Regierung auch formal ratifiziert werden.
Was aber dann? Die Antwort auf die Frage nach den politischen Chancen und sozialen Perspektiven eines kommunistischen Regierungseintritts hängt, vereinfacht gesagt, von zwei Faktoren ab: erstens von der Entwicklung der Weltwirtschaftskrise im allgemeinen und der italienischen Krise im besonderen und zweitens von der Reaktion der italienischen Arbeiter.
Auch wenn man der Versuchung widerstehen muß, die Möglichkeiten einer antikapitalistischen Mobilisierung der Arbeiterbewegung direkt aus ökonomischen Gesetzmäßigkeiten, und das heißt vor allem aus dem Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate, abzuleiten[9], sprechen doch beinahe alle Indizien dafür, daß der italienische Kapitalismus *auf kapitalistische Weise nicht mehr sanierbar* ist. Was von einer ohnehin schwachen ökonomischen Ausgangsposition her in den 60er Boomjahren an Strukturreformen, an produktiven Investitionen, am Ausbau von Forschung und Entwicklung, an industrieller Diversifikation und an Modernisierung der Landwirtschaft versäumt worden ist, läßt sich heute, unter den Bedingungen der Krise, erst recht nicht mehr nachholen. Für eine solche reformerische Tour de force fehlen sowohl die fiskalischen Mittel als auch die soziale Basis. Italien kann, so scheint es, als Kapitalismus nur im sozialen status quo und mit immer neuen Anleihen weiterexistieren, die eine unproduktive Bourgeoisie vor allem aus Westeuropa mit der Beschwörung der ins Haus stehenden sozialistischen Revolution erpreßt. Dabei ist das Wort vom »status quo« angesichts der objektiven Verschlechterung der Dienstleistungen und des Lebensstandards der Arbeiter, unteren Mittelschichten, des Kleingewerbes und der Rentner eher ein Euphemismus.
Der zweite Faktor ist die Reaktion der italienischen Arbeiterschaft. Mit Sicherheit voraussagen läßt sich diesbezüglich nichts. Ich habe wiederholt deren Militanz und Klassenbewußtsein betont und damit auf eine latente Vertrauenskrise gegenüber der Partei gerade seitens der Nichtorganisierten hinweisen wollen. Diese Vertrauenskrise konnte und kann so lange überspielt werden, wie die Partei in der Opposition ist. Aber je länger die ökonomische Krise sich hinschleppt und die Hereinnahme der KPI in die Regierung verzögert wird, um so höher gespannt werden auch die Erwartungen. Diese Erwartungen kann sie niemals wirklich erfüllen. Zwar wird es der Partei unter Aufbietung aller ihrer enormen organisatorischen Kräfte, durch den bislang stets wirksamen Appell an die politische Loyalität und nicht zuletzt mit Hilfe der Gewerkschaften gelingen, die Arbeiterschaft zu disziplinieren, Streiks einzudämmen, den weitverbreiteten Absentismus zu reduzieren und Lohnforderungen zurückzustellen. Aber für wie lange? Für ein halbes Jahr?
Für ein Jahr? Jedenfalls ist nur schwer vorstellbar, daß der »soziale Frie-

den« ohne konkrete und für die Arbeiter spürbare Gegenleistungen sehr lange anhält. Wie stark aber, wie »massenhaft« wird dann der Druck von unten, von der »Straße«, aus den Fabriken, innerhalb der Gewerkschaften und möglicherweise auch innerhalb der Partei selbst sein? Wird er stark genug sein, die Partei innerhalb des Historischen Kompromisses zur Konfrontation zuerst mit der parasitären Staatsbourgeoisie und anschließend mit dem Kapital überhaupt zu zwingen? Eine, zwei oder drei mittlere Fabrikbesetzungen unter Arbeiterselbstverwaltung wird die Partei durch Appell und/oder polizeiliche Gegenmaßnahmen noch mehr oder minder friedlich liquidieren können – was aber wird sie tun, wenn es sich um mehr und um größere Aktionen handelt? In Neapel und Turin, um nur zwei Beispiele zu nennen, sitzen die neuen kommunistischen Bürgermeister auf einem Pulverfaß und sind sich dessen sehr wohl bewußt. Bisher haben sie sich durch Public-Relations-Operationen über Wasser halten können: durch (buchstäblich) großzügige Fassadenerneuerungen in Turin, durch den Abriß der ersten (von eigentlich Tausenden) gesetzwidrig gebauten Spekulantenhäusern und eine verbesserte Müllabfuhr in Neapel. Niemand vermag zu sagen, wie lange das gut geht.

Aber ebensowenig vermag jemand zu sagen, ob die Toleranzmarge der italienischen Arbeiterschaft nicht vielleicht doch größer ist, als vielfach angenommen wird, insbesondere dann, wenn es der KPI gelingen sollte, ihre militanten Kader davon zu überzeugen, daß die direkte Konfrontation, der unmittelbare Konflikt zwischen Kapital und Arbeit der sichere Tod der ganzen Organisation sein würde. Die Militanz ist schließlich nur das eine Gesicht der italienischen Arbeiterklasse. Das andere Gesicht ist ihre (wie oben schon bemerkt) von der Partei systematisch betriebene Integration in die bürgerliche Gesellschaft. »Die Italiener«, und dieser Pauschalismus hat hier ausnahmsweise einmal seine Berechtigung, haben eine weit in ihre komplizierte Geschichte zurückreichende Tradition des geschickten Sich-Anpassens an schwierige Situationen, des Improvisierens hinter sich. Sie sind daran gewöhnt, aus der Not eine Tugend des Überlebens zu machen. Daß »die Regierenden« korrupt und bestechlich sind und in ihre eigene Tasche wirtschaften, weiß hier jedes Kind, und das regt, von der linksliberalen Presse einmal abgesehen, niemanden ernstlich auf. »Sind wir ein Scheißland?« – so machte die Wochenzeitschrift *Panorama* in einer fetten Titelüberschrift nach den letzten Wahlen auf. Sie wollte damit die erstaunliche Tatsache treffen, daß 39 % aller Italiener der DC ihre Stimme gaben, obwohl die Christdemokraten nach Bestechungs- und Korruptionsenthüllungen bis hinauf zu Staats- und Ministerpräsidenten »eigentlich« vollkommen diskreditiert waren. Es ist bis heute natürlich nicht ausgemacht, ob und in welchem Maße auch die Arbeiterschaft von diesem Virus einer Mischung aus Resignation und Zynismus angesteckt und entsprechend »akkulturi-

siert« worden ist. Die historische Erfahrung dieser Klasse, sowohl die des eindrucksvollen antifaschistischen Kampfes als auch die neuere der vergangenen zehn Jahre, spricht zwar gegen eine solche Vermutung. Aber andererseits trägt der Historische Kompromiß, so überzeugend er als *Taktik* aus bestimmten objektiven Zwängen auch abgeleitet sein mag, in dem Moment, wo er zur *Strategie* wird, alle Merkmale des Prozesses in sich, der in der politischen Tradition Italiens als »Transformismus« bezeichnet wird: ein Arrangement mit den Herrschenden, welches alles beim Alten beläßt. Sollte das der Fall sein, dann würde der Historische Kompromiß zur historischen Niederlage der italienischen Arbeiterklasse – und nicht nur dieser. Wahrscheinlicher aber ist, daß auch der Historische Kompromiß den zerfallenden italienischen Kapitalismus nicht mehr zu retten vermag, er sich also nicht als Dauerlösung über Jahre hinweg erweist, sondern die Klassenkonflikte nur verzögert; und zwar zum Preis einer nicht mehr geschlossenen, sondern von Flügelkämpfen geschwächten KPI.
Eine derartige Entwicklung *kann* dann die Stunde der Revolutionäre und links von der KPI operierenden Organisationen sein: die Stunde des autonomen Handelns der allzu lange »geführten«, manipulierten, duldsamen, aufs ewige Abwarten orientierten und mit dem kleinen Glück des Konsumismus vertrösteten Massen.

Anmerkungen

1 Zur Begriffsbestimmung und Zusammenfassung der historischen Erfahrungen der Volksfront vgl. das von Gilbert Ziebura verfaßte entsprechende Stichwort in *Sowjetsystem und Demokratische Gesellschaft – Eine vergleichende Enzyklopädie*, Verlag Herder, Freiburg.
2 Soweit nicht anders vermerkt, habe ich für Zitate die soeben neuaufgelegte *Storia de Partito Communista Italiano* (1957) von Giorgio Galli, Milano 1976, benutzt.
3 Die Literatur dazu ist inzwischen Legion. Eindrucksvoll neuerdings vor allem Giorgio Amendolas *Intervista sull' antifascismo*, Bari-Laterza, 1976.
4 Dazu neuerdings auf deutsch Max Jäggi, Roger Müller, Sil Schmidt, *Das Rote Bologna – Kommunisten demokratisieren eine Stadt im kapitalistischen Westen*, Verlagsgenossenschaft Zürich, 1976.
5 Vgl. dazu die faktenreiche Untersuchung des Instituts ›Carlo Cattaneo‹, *La presenza sociale del PCI e della DC, Il Mulino, Bologna 1968.*
6 *La Repubblica* vom 1. August 1976.
7 Vgl. dazu Eugenio Scalfari u. Giuseppe Turani, *Razza padrona. Storia della borghesia di Stato*, Feltrinelli, Milano 1974.
8 Die intelligenteste und fundierteste linksliberale Analyse der politischen Krise Italiens, welche für eine (linke) reformistische »Wachablösung« plädiert, ist die Arbeit von Giorgio Galli, *Dal bipartismo imperfetto alla possibile alternativa*, Il Mulino, Bologna 1975.
9 Vgl. dazu neuerdings Werner Lang, Manfred G. Schmidt, »Profitratentheorie und Politik der Arbeiterbewegung in Österreich, Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland«, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 76/2, S. 235-248.

campus

Neuerscheinungen Herbst 1976

Sozialwissenschaften: Studiensituation, Vermittlungsprobleme, Praxisbezug
Orientierungshilfen für Studenten und Dozenten
ca. 240 Seiten, ca. DM 12,–

Bader u. a.
Einführung in die Gesellschaftstheorie
• Gesellschaft, Wirtschaft und Staat bei Marx und Weber
Bd. 1: 260 Seiten, DM 18,–
Bd. 2: 267 Seiten, DM 18,–

Niels Kadritzke
Faschismus und Krise
Zum Verhältnis von Politik und Ökonomie im Nationalsozialismus
216 Seiten, DM 16,–

Stanley Diamond
Kritik der Zivilisation
Anthropologie und die Wiederentdeckung des Primitiven
278 Seiten, DM 19,–

Schweitzer, Mühlenbrink, Späth
Über die Schwierigkeit, soziale Institutionen zu verändern
Entwicklungsarbeit im sozialpädagogischen Feld 1
ca. 220 Seiten, DM 18,–

Ute Holzkamp-Osterkamp
Grundlagen der psychologischen Motivationsforschung 2
Die Besonderheit menschlicher Bedürfnisse – Problematik und Erkenntnisgehalt der Psychoanalyse
488 Seiten, DM 24,–

Rainer Seidel
Denken – Psychologische Analyse der Entstehung und Lösung von Problemen
243 Seiten, DM 18,–

Ali Wacker (Hg.)
Die Entwicklung des Gesellschaftsverständnisses bei Kindern
207 Seiten, DM 19,80

Siegfried Zepf
Grundlinien einer materialistischen Theorie psychosomatischer Erkrankung
144 Seiten, DM 19,80

Ingrid Herlyn, Ulfert Herlyn
Wohnverhältnisse in der BRD
197 Seiten, DM 22,80

Marianne Welteke
Theorie und Praxis der Sozialen Marktwirtschaft
Einführung in die politische Ökonomie der BRD
237 Seiten, DM 20,80

Prospekte durch Campus Verlag · Postfach 180240 · 6000 Frankfurt 18

Irmtraud Morgner
Leben und Abenteuer der Trobadora Beatriz

nach Zeugnissen ihrer Spielfrau Laura. Roman in dreizehn Büchern und sieben Intermezzos. 698 Seiten. Leinen. DM 32,–

„Trobadora Beatriz ist nicht nur ein Buch, das von Emanzipation handelt, es ist auch ein Stück Emanzipation innerhalb der Literatur."
Frankfurter Rundschau

Luchterhand

Régis Debray
Frankreich ist nicht Chile
Ein Gespräch mit Arno Münster

Frage: Wir wollen über die zukünftigen Möglichkeiten, aber auch die inneren Schwierigkeiten und äußeren Fesseln der Linksunion in Frankreich sprechen. Aus zwei Gründen liegt es nahe, dabei erst einmal auf die Ereignisse in Chile zurückzublicken. Aus einem politischen und einem persönlichen Grund. Denn erstens ist Chile das jüngste, wenn auch außereuropäische und brutal beendete Beispiel eines Volksfront-Experiments; und zweitens bist du aufgrund deiner Erfahrungen ein exzellenter Kenner sowohl der damaligen chilenischen wie der heutigen französischen Verhältnisse. Als besonders interessant kommt hinzu, daß du, der einstige Gefährte Che Guevaras, vor wenigen Jahren noch ein prinzipieller linker Kritiker der Volksfront warst – während du die Volksfront heute engagiert unterstützt. Was ist deine Meinung: Muß die in zwei Jahren sehr wahrscheinliche Machtübernahme der Linken in Frankreich ähnlich scheitern wie die Unidad Popular unter Allende?

Régis Debray: In Frankreich stellt sich die Situation ganz anders dar, denn Frankreich hat – im Gegensatz zu Chile – eine Tradition des aktiven revolutionären Kampfes. Schon auf der Ebene der revolutionären Mythologie und des kollektiven geschichtlichen Bewußtseins kann man hier in Frankreich an konkreten revolutionären Ereignissen anknüpfen: der Französischen Revolution, den Ereignissen von 1830 und 1848, der Pariser Commune und der Résistance. Auch die strukturellen Bedingungen sind in Frankreich ganz andere: Chile war ein Land mit einem zwar bürgerlichen Überbau, aber einem agrarischen Unterbau, ein unterentwickeltes Land mit einem abhängigen Kapitalismus, kurzum: ein Land der »Dritten Welt«. In Frankreich hingegen entspricht der ökonomische Unterbau genau dem Überbau. Mit anderen Worten: In Frankreich entsprechen die Mechanismen der bürgerlichen Demokratie genau den Strukturen der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft an der Basis, während es in Chile ganz eindeutig eine Diskrepanz zwischen einem bestimmten Entwicklungsgrad der bürgerlichen Kultur und der »Primitivität« der ökonomischen Entwicklung, dem niedrigen Entwicklungsgrad der Produktivkräfte, gab. Drittens schließlich ist das Kräfteverhältnis in Frankreich für die Linke wesentlich günstiger als in Chile. In Frankreich gibt es z. B. keine so zweideutige und zwielichtige Mehrklassenallianz-Partei wie die Christdemokratie in Chile. Die Polarisierung zwischen den in der »Union de la Gauche« zusammengeschlossenen Volkskräften auf der einen und dem bürgerlichen Lager auf der anderen Seite ist in Frankreich viel klarer und eindeutiger. Zu dieser Eindeutigkeit der politischen Polarisierung hat im übrigen der französische

Mai erheblich beigetragen, und zwar in widersprüchlicher Weise. Denn er hat einerseits zu einer Konsolidierung der bürgerlichen Herrschaft geführt, wie er gleichzeitig ein Element der Revolutionierung des Bewußtseins für die Massen war. Der Mai 1968 hat die außerordentliche Zerbrechlichkeit der ideologischen Herrschaft der Bourgeoisie in Frankreich unter Beweis gestellt. Er hat ferner gezeigt, daß das Kleinbürgertum – zumindest teilweise – für die Sache des Sozialismus sensibilisierbar ist. Insgesamt sind die Ideen des Sozialismus in Frankreich viel stärker ins kleinbürgerliche Lager eingedrungen als in Chile. Wenn man einen Vergleich zwischen beiden Ländern anstellt, so fällt auf, daß die Studentenbewegung in Chile nicht ausschließlich links orientiert war, während in Frankreich die Jugend- und Studentenbewegung nahezu vollständig von der Linken kontrolliert wird. Das ist ein Faktor, von dem im Falle einer Krise das revolutionäre Lager profitiert. In Chile hingegen waren die Revolutionäre nur eine Minderheit innerhalb der Studentenschaft, und es war die politische Rechte, die aus den Reihen der Studenten ihre Terrorkommandos aufstellte. All das hat natürlich seine historischen Wurzeln: in einer anderen klassenmäßigen Zusammensetzung der Angehörigen des Erziehungswesens usw. Insgesamt kann man also sagen, daß das Kräfteverhältnis in Frankreich für die Linke wesentlich günstiger ist, trotz der Spaltung der Gewerkschaftsbewegung, die in Chile nicht existierte.

Frage: Aber während Chile ein Land der Peripherie, der »Dritten Welt« mit einem unterentwickelten, abhängigen und daher leichter zerbrechlichen Kapitalismus ist, dessen Herrschaftsstruktur gerade deshalb um so leichter zu erschüttern war, gehört Frankreich zu den Metropolen des Kapitalismus und seine Bourgeoisie ist wesentlich mächtiger, und das heißt: wesentlich schwerer zu besiegen. Gewiß ist der französische Kapitalismus durch die Mai-Ereignisse 1968 erschüttert worden; danach aber hat er alles daran gesetzt, um sich erneut zu konsolidieren.

Régis Debray: Zweifellos. In Frankreich ist der traditionell zentralistische Staat erheblich stärker und unangreifbarer. Der staatliche Zentralismus hat hierzulande eine jahrhundertealte Tradition. Diese Tatsache hat aber auch eine Kehrseite: Denn die Periode der bürgerlichen Herrschaft ist hier schon derart alt, daß sie ihrem Ende zugeht. Also dort, wo wir einen abhängigen Kapitalismus vor uns haben, haben wir es mit einer zwar schwachen, aber noch relativ jungen Bourgeoisie zu tun, d. h. mit einer Bourgeoisie, die noch in ihrer »Experimentierperiode« lebt, die ihre Expansion noch vor sich hat, die sich noch nicht »überlebt« hat. In Frankreich hingegen haben wir es mit einer zwar viel stärker durchstrukturierten bürgerlichen Gesellschaft und Kultur zu tun, deren Ablösung aber, historisch gesehen, auf der Tagesordnung steht. Ich bin daher davon überzeugt, daß die politische Situation in Frankreich für die Linke um vieles günstiger ist. Dennoch werden wir in Frankreich mit ähnlichen Problemen wie in Chile (unter der Volksfront) konfrontiert werden. Wir werden jedoch hier über mehr und

bessere Mittel verfügen, diese Probleme zu lösen. Ein großes Problem wird z. B. die Frage sein, wie man die bürgerlichen Institutionen gegen die bürgerliche Herrschaft selbst wenden kann; ich denke dabei an das alte Problem des Übergangs vom Reformismus zur Revolution, das in Chile nicht gelöst werden konnte; in Frankreich sind wir dafür besser gerüstet. Die Partie ist jedoch noch nicht entschieden. Es hieße zu weit gehen, wollte man behaupten, Frankreich sei vor einer Entwicklung wie in Chile vollständig gefeit.

Frage: In Chile wurde das Experiment der Volksfront durch einen Staatsstreich der reaktionärsten Kräfte der Armee beendet. Auch in Frankreich, dessen Armee größer, besser organisiert und ausgerüstet ist als die chilenische, wird die Armee notwendigerweise in einer Situation des verschärften Machtkampfes zwischen dem Links- und dem Rechtsblock eine wichtige Schlüsselposition innehaben. Äußerungen wie die des Armeeministers Yvon Bourges, »die Armee sei die letzte entscheidende Stütze der liberalen Demokratie«, deuten ja in ziemlich unmißverständlicher Form an, wie sich dieses Problem in der Sicht der Bourgeoisie darstellt.

Régis Debray: Es ist ziemlich klar, daß die augenblickliche Militärpolitik der Regierung Giscard d'Estaings, die darin besteht, die Ausrüstung der französischen Armee mit Nuklearwaffen zu reduzieren und den sog. »operationellen Einheiten des Territoriums« und der »klassischen Armee« wieder ein größeres Gewicht zu verleihen, nicht nur von finanziellen und strategischen Erwägungen bestimmt ist, sondern ganz eindeutig auch von politischen. Taktische Atom- und Thermo-Nuklear-Waffen sowie die »Force de Frappe« sind nun einmal strategisch-militärisch weniger verwendbar, wenn der Feind im Lande selbst steht. Panzerdivisionen hingegen sind für solche Zwecke sehr gut zu gebrauchen.

Frage: Nun hat es allerdings in letzter Zeit auch innerhalb der französischen Armee eine Gegenbewegung gegeben; in vielen Einheiten und Regimentern entstanden Soldatenkomitees, die nicht nur für eine Demokratisierung der extrem hierarchischen Strukturen innerhalb der Armee eintreten, sondern sich auch politisch dem antikapitalistischen Lager zugehörig fühlen. Die KPF hat sich von diesen als »linksradikal« verschrienen Soldatenkomitees sofort distanziert und zunächst auch den von Disziplinarmaßnahmen betroffenen Soldaten ihre Solidarität verweigert; und auch seitens der Führung der Sozialistischen Partei war man sehr reserviert gegenüber dieser in der Armee nach dem »Manifest der 100« um sich greifenden Basisbewegung. Die entscheidende Frage in einer Übergangsstrategie unter einer Volksfront wird jedoch sein: Welche Voraussetzungen müssen vorhanden sein, um in einer Situation der verschärften Klassenkämpfe, des evtl. Boykotts der Wirtschaftspolitik der Volksfrontregierung durch das nationale und internationale Kapital die politische *Hegemonie* der Arbeiterschaft herzustellen und den Sieg des Sozialismus definitiv durchzusetzen?

Régis Debray: Zunächst möchte ich den Vorbehalt machen, daß mir der Ausdruck »Volksfront« hier nicht der richtige Begriff zu sein scheint. Der Begriff »Volksfront« gehört ja in den Kontext des antifaschistischen Kampfes gegen die Nazi-Diktatur in den 30er Jahren. Ziel der Volksfront war vor allem die Verteidigung der republikanischen Traditionen und Institutionen. Sie hatte keine spezifische Strategie zur Überwindung des Kapitalismus

entwickelt. Sie war nicht das Produkt eines gut ausgeklügelten perspektivreichen Langzeitprogramms, sondern ein Notbehelf; ein zwar guter, nützlicher und unerläßlicher Notbehelf, aber immerhin doch ein Notbehelf. Und dieser ausgesprochen bürgerliche Zielinhalt der Volksfront – der Kampf um den Erhalt, den Weiterbestand der republikanischen Institutionen und nicht um den Aufbau des Sozialismus – spiegelt sich in der Klassenstruktur dieser Volksfront wider, d. h. die Volksfrontregierungen standen damals eindeutig unter der Herrschaft des republikanisch gesonnenen Kleinbürgertums, d. h. der Radikalen (Bürger)Partei. Die gegenwärtige Situation ist jedoch eine ganz andere: Ebenso wie in Chile (1970) kristallisiert sich die heutige Linksfront um ein *Programm des Übergangs zum Sozialismus*, das im wesentlichen von den Parteien der Arbeiterbewegung getragen wird, wo eindeutig die Kräfte der Arbeiterklasse dominieren. Die alte Volksfront der 30er Jahre hatte im Grunde genommen gar kein Regierungsprogramm; aber *die Linksunion* in Frankreich heute *hat ein Regierungsprogramm*.

Frage: Aber ist es wirklich ein Programm zur Durchsetzung des Sozialismus?

Régis Debray: Wenn die Union populaire sich nicht eines Tages in die im Kampf gegen einen auswärtigen Feind geeinte »Union des französischen Volkes« verwandelt, d. h. solange die sog. »französische Ideologie«, die jakobinische Tradition der nationalen Unabhängigkeit, deren teilweise Emanation auch der Gaullismus ist (ich unterstreiche hier das Wort »teilweise«), nicht eine Synthese mit einer Klassenfront sozialistischer Richtung und sozialistischen Inhalts eingeht, halte ich einen langfristigen Sieg der »Union de la Gauche« für nicht sehr wahrscheinlich. Die Volksunion hätte eine Chance gerade in dem Moment größter Gefahr, wo durchaus ein Umschlag des Negativen ins Positive erfolgen kann, z. B. im Falle einer erneuten [militärischen] Präsenz Deutschlands bzw. angesichts der Bedrohung durch einen anderen offensiven, expansiven europäischen Kapitalismus, der die nationale Souveränität Frankreichs durch einen Angriff auf sein Territorium oder andere gegen sie gerichtete aggressive Handlungen wirtschaftlicher, politischer und evtl. auch militärischer Art bedrohen würde. Das würde eine Volksmobilisierung auf breitester nationaler Basis ermöglichen. Also gerade das Moment, das eine Volksfront eventuell zu Fall bringen könnte, könnte paradoxerweise der Volksunion – durch diesen Umschlag – zum Siege, zum Durchbruch verhelfen. Ohne eine sehr tiefe Krise der kapitalistischen Wirtschaft, durch die das materielle Lebensniveau der Massen erheblich gesenkt wird, ohne tiefgreifende Veränderungen im militärischen Machtapparat der herrschenden Klasse, ohne einen Krieg im internationalen Maßstab kann sich meines Erachtens in Frankreich keine genügend breite, genügend solide Kraft bilden, die in der Lage wäre, einen revolutionären Prozeß in Bewegung zu setzen. Denn die heutige Krise der

kapitalistischen Wirtschaft hält sich in gewissen Grenzen; sie erreicht nicht das Ausmaß der Weltwirtschaftskrise des Jahres 1929; und die Zahl von 1 Million Arbeitslosen stört den normalen Funktionsablauf der kapitalistischen Gesellschaft Frankreichs nicht im Geringsten; sie schafft zwar soziale Spannungen, führt aber zu keinem radikalen Bruch.

Frage: Du erwähnst die Gefahren, die auf eine mögliche Volksfront in Frankreich von außen zukommen: die Gefahr der Einkreisung durch die anderen großen imperialistischen Mächte, vor allem die großen nordamerikanischen und westdeutschen multinationalen Trusts. Aber vielleicht gibt es neben diesem äußeren Feind und dem inneren Feind, der nationalen Bourgeoisie, noch einen anderen, viel versteckteren Feind, und zwar einen Feind, der innerhalb der Volksfront selbst zu suchen wäre und der sich heute schon dadurch ankündigt, daß er die Kämpfe der Arbeiterklasse in der letzten Zeit nicht unterstützt hat. Ich denke hier z. B. an den Kampf der Belegschaft der LIP-Fabrik von Besançon, der von der KPF und der ihr nahestehenden CGT z. T. sabotiert worden ist. Hinzu kommt, daß die revolutionärsten Kräfte in Frankreich – ebenso wie in Chile die MIR – nicht innerhalb der Volksunion, sondern links-außen von ihr stehen. Auf ihre Mitwirkung an einer Volksfrontkoalition gegen die bürgerlichen Parteien legen weder die KPF noch die PS den geringsten Wert. Und geben nicht viele führende Persönlichkeiten der »Union de la Gauche«, die sich durch ihre frühere Mitwirkung an bürgerlichen Regierungen mehr oder weniger kompromittiert haben, der Arbeiterklasse, die in ihrer Mehrheit große Hoffnungen in die Volksunion setzt, völlig unzureichende Garantien bezüglich ihres Engagements, den Kampf gegen die Bourgeoisie in entschlossener Weise zu führen?

Régis Debray: Natürlich. Aber zum ersten wäre zu sagen, daß die von dir erwähnten »kämpferischsten, militantesten Sektoren der Arbeiterklasse« weitestgehend ein Mythos sind. Sie existieren überhaupt nicht. Es ist die Volksunion, die mit Abstand die große Mehrheit der Arbeiterklasse repräsentiert. Die Parteien der extremen Linken verfügen über keinerlei repräsentative Verankerung unter den Massen. Sie haben vor allem die Funktion, Druck von der äußersten linken Position her auszuüben und ideologiekritisch zu wirken. Ihre soziale Breitenwirkung ist nicht groß genug, um eine konkrete politische Alternative aufzustellen. Das ist also nicht der schwache Punkt der Linksunion. Die Schwäche der Linksunion liegt viel eher in der Heterogenität ihrer Zusammensetzung, d. h. in dem Faktum, daß der ideologische Klassenkampf die verschiedenen Fraktionen der Linksunion selbst durchzieht; die damit zusammenhängenden Probleme und Konflikte können und müssen daher innerhalb der Volksunion selbst ausgetragen werden. Man muß auch unterscheiden zwischen der kulturell-politischen Ausstrahlungskraft der radikalen Linken und ihrer realen soziologisch-politischen Bedeutung. In Italien z. B. entfallen auf die organisierte revolutionäre Linke nicht mehr als 1% der Stimmen. Sie ist also nicht der entscheidende, determinierende Faktor. Es handelt sich da viel eher um eine stimulierende kritische Kraft als um mächtige Organisationen. Ein viel größeres und realeres Problem ist die Frage, wie sich einerseits das Verhältnis zwischen Kommunisten und Sozialisten und andererseits die Tendenz-

kämpfe innerhalb der Sozialistischen Partei entwickeln. Dort liegt das eigentliche Risiko.

Frage: Bleiben wir bei der Sozialistischen Partei (PS). Soweit bekannt ist, gibt es in ihr drei verschiedene Strömungen: eine Rechte, ein Zentrum und eine Linke. Die radikale linke Strömung gruppiert sich um das »Centre d'Etudes et de Recherches Socialistes« (CERES). Welche Bedeutung und welchen Einfluß hat diese radikale Linke innerhalb der PS?

Régis Debray: Tatsächlich ist die Sozialistische Partei eine aus mehreren Kräften zusammengesetzte politische Organisation, eine Art Föderation verschiedener Gruppen. Diese Föderation repräsentiert zwar einen ziemlich großen Wähleranhang, ihre politische Kraft entspricht dem aber nicht genau, denn der Mangel an organischem Zusammenhalt und ideologischer Klarheit ist in dieser Partei so groß, daß die Mehrheit der Wähler dieser Partei, die heute etwa 30% der Gesamtwählerschaft ausmacht, den *verschiedensten* Einflüssen ausgesetzt ist. Wir haben augenblicklich innerhalb der Sozialistischen Partei also einen ziemlich wirren Zustand der sozusagen künstlichen Fusion der verschiedensten Strömungen, der es schwer macht, genau zwischen einer rechten, einer zentristischen und einer linken Strömung innerhalb der Partei zu unterscheiden. Die Sozialistische Partei stellt heute ein Sammelbecken der verschiedensten politischen Strömungen dar, die aus taktischen Gründen darin übereingekommen sind, François Mitterand einen gewissen Manövrierspielraum zu lassen; aber im Falle einer Regierungsübernahme würden die Demarkationslinien zwischen diesen einzelnen Strömungen vermutlich sehr schnell sichtbar werden.

Frage: Und hältst du es für völlig ausgeschlossen, daß eines Tages eine Konstellation eintritt, die es dem auf *Arbeiterkontrolle* orientierten äußersten linken Flügel der Partei, dem CERES, ermöglichen könnte, innerhalb der Partei die dominierende Kraft zu werden?

Régis Debray: Die Anhänger der Arbeiterselbstverwaltung (»autogestion«) sind nicht alle automatisch dem linken, revolutionären Flügel zuzurechnen. Es gibt auch Anhänger der Arbeiterselbstverwaltung auf dem rechten Flügel der Partei, während es andererseits auf dem linken Flügel Kräfte gibt, die sich nicht unbedingt mit dem Konzept der »autogestion« identifizieren. Ich denke hier z. B. an die Gruppe um Pierre Joxe, die eindeutig dem linken Flügel zuzurechnen ist, sich aber eher an einem zentralistischen Modell orientiert. Man muß in diesem Zusammenhang jedoch unterstreichen, daß sich hier zum ersten Mal in der Geschichte der Sozialdemokratie eine innere Linke herausgebildet hat, die über ihr eigenes politisches Profil verfügt und keineswegs nur eine Randposition innehat. Auch hierin ist die heutige Situation verschieden von der des Jahres 1936. Damals war die linke Fraktion innerhalb der von Léon Blum geführten SFIO eine so kleine Minderheit, daß der Auszug von Zyromski und Marceau Pivert die Partei keineswegs schwächte. Es handelte sich um eine vom Trotzkismus beein-

flußte Fraktion, die zwar auf intellektueller Ebene sehr aktiv, in den Organisationsstrukturen der Partei jedoch nur schlecht verankert war. Heute hingegen ist es so, daß der CERES-Flügel 25% der Mitglieder der Sozialistischen Partei ausmacht. Dergleichen hat es in der politischen Geschichte Frankreichs noch nie gegeben.

Frage: Nun gibt es innerhalb der Linksunion ja noch einen anderen gewichtigen Faktor, der sich neben den traditionellen Kräften der Sozialdemokratie den revolutionären Kräften entgegenstellen oder ihren Elan zumindest stark bremsen könnte: die Kommunistische Partei. Diese bis vor kurzem noch starr stalinistische, prosowjetische Partei, die sich seit 1968 und vor allem seit dem letzten Parteikongreß verstärkt in Richtung auf die undogmatischen italienischen Kommunisten hin zu orientieren beginnt, ist der Hauptpartner der PS innerhalb der Linksunion. Obwohl die prosowjetischen und stalinistischen Kräfte innerhalb der KPF in letzter Zeit etwas an Terrain verloren haben, sind sie noch ziemlich präsent, vor allem im Apparat der Partei. Und analysiert man die Politik der KPF in den letzten 10 Jahren, so fällt auf, daß die Bündnispolitik der Partei gegenüber den Mittelschichten u. a. die Konsequenz hatte, daß die KPF die spektakulärsten Avantgardekämpfe der Arbeiterklasse und anderer gegen das Kapital rebellierender Schichten der Gesellschaft (z. B. der Studenten) nicht unterstützt hat. Natürlich muß man zwischen Parteispitze und Basis unterscheiden, aber nimmt man die sehr vorsichtige, den revolutionären Aktivitäten der Basis nicht sehr wohlgesonnene und auch sonst legalistisch-parlamentarisch orientierte Politik der KPF der letzten 10 Jahre zum Maßstab, so drängt sich die Befürchtung auf, daß die KPF im Falle eines Sieges der Volksfront erneut die Rolle des Bremsklotzes spielen wird, daß z. B. Georges Marchais der Salengro einer neuen Volksfrontregierung werden könnte.

Régis Debray: Ich glaube nicht, daß sich eine derartige Konstellation sofort einstellen wird. Zu einem späteren Zeitpunkt würde ich eine solche Entwicklung allerdings auch nicht ganz ausschließen. Bestrebt, um jeden Preis das Kräfteverhältnis gegenüber dem Rechtsblock zugunsten der Linken zu verändern, verfolgt die KP eine Politik, zu deren Grundsätzen es gehört, alles zu unterlassen bzw. zu bekämpfen, was das Kleinbürgertum irritieren könnte. Im übrigen gibt es nicht auf der einen Seite die bösen »Revisionisten« und bösen »Stalinisten«, wie du es darstellst, und auf der anderen eine instinktiv revolutionäre Arbeiterklasse, die von ihnen niedergehalten wird. Die KPF ist der historische Ausdruck der Arbeiterklasse und ihres Selbstverständnisses, und es ist einfach eine Tatsache, daß die bestorganisierten und politisch reifsten Gruppen der französischen Arbeiterklasse sich stets mit der Kommunistischen Partei und ihrer jeweiligen Politik identifiziert haben. Selbstverständlich müssen die neuen Kräfte innerhalb der Arbeiterbewegung, wie z. B. die auf die Arbeiterkontrolle abzielende CFDT, zur Kenntnis genommen werden. Man darf jedoch dabei nicht vergessen, daß es sich hier noch um relativ schlecht strukturierte Kräfte handelt, die vor allem ein noch sehr junges Proletariat repräsentieren, d. h. Leute, die überwiegend vom Lande kommen, erst seit kurzer Zeit proletarisiert sind und deren verbal-revolutionäre Gebärden noch kein sehr ernstzunehmendes politisches Engagement ausdrücken. Es ist nicht alles Gold, was glänzt, und das

ganze Gerede um die Revolution muß nicht unbedingt sehr revolutionär sein. Gerade in der CFDT machen sich auch noch viele christlich-spiritualistische und auch anarchistische Einflüsse bemerkbar, die punktuell einen revolutionären Bruch ausdrücken können, die aber im großen und ganzen eher eine politische Schwäche und Unreife ausdrücken. Ich glaube daher nicht, daß die CFDT die führende Kraft des französischen Proletariats sein wird. Meiner Ansicht nach wird es die CGT sein, die den harten Kern der Arbeiterklasse bei den kommenden Klassenauseinandersetzungen in Frankreich verkörpert. Innerhalb der CFDT dagegen arbeiten Kräfte zusammen, die teils Anhänger eines technokratisch-reformistischen Sozialismus sind, und teils einem kleinbürgerlich-individualistischen Anarchismus anhängen. Wir finden dort also eine für die Arbeiterbewegung ziemlich »klassische« Konstellation vor. Ich bin mir daher nicht so sicher, ob es innerhalb dieser Richtung der CFDT, die man grob als eine linke Tendenz bezeichnen könnte, nicht auch rechte Kräfte gibt.

Deine Einschätzung bezüglich der angeblichen Gefahren, die von der KPF ausgehen, kann ich nicht in diesem Maße teilen. Ich glaube, die Gefahren, die von der Sozialdemokratie ausgehen, sind viel größer; denn die französische Sozialdemokratie hat noch viele organische Verbindungen zur europäischen Sozialdemokratie, der es darauf ankommt, die Arbeiter in das kapitalistische Herrschaftssystem zu integrieren. Dort also liegt die eigentliche Gefahr. Meines Erachtens sind Brandt und Soares viel gefährlicher als Georges Marchais und Leonid Breschnew . . .

Frage: Obwohl die KPF mit ihrer Unterstützung für die portugiesische PCP nicht unbedingt eine Organisation gestärkt hat, die sich konsequent für den Aufbau der Volksmacht (»poder popular«) von unten, sondern eher für ein zentralistisches Modell des Sozialismus eingesetzt hat. Aber zurück zur Sozialistischen Partei Frankreichs. An ihrer Spitze steht eine Persönlichkeit, die sich nicht dem Marxismus verbunden fühlt, sondern schon in zahlreichen früheren bürgerlichen Regierungen der IV. Republik mitgewirkt hat, und zwar zu Zeiten, als Frankreich noch ein aggressives Kolonialreich war, das von Indochina bis Nordafrika reichte. Liegt daher nicht zumindest die Gefahr nahe, daß sich innerhalb der Sozialistischen Partei Frankreichs die alte Garde derjenigen Mitglieder durchsetzt, die früher in der SFIO Guy Mollets tonangebend war?

Régis Debray: Man sollte vielleicht nicht vergessen, daß auf dem Kongreß von Epinay 1970 eine *neue* Sozialistische Partei entstanden ist. Auch wenn es dabei vielleicht nicht zu einer vollständigen Erneuerung an Haupt und Gliedern gekommen ist, so wird sich heute jedenfalls kein französischer Sozialist mit der alten SFIO identifizieren. Dies bedeutet nicht, daß die frühere SFIO vollständig verschwunden ist; selbstverständlich wirkt sie noch nach, aber sie ist absolut nicht mehr das politische Gravitationszentrum der Partei. Dennoch sollte man die vollzogene Umwandlung der Mitterand-Partei in eine sozialistische (nicht-sozialdemokratische!) Partei nicht unterschätzen; andererseits gibt sie auch zu keinen Euphorien Anlaß.

Insgesamt aber gibt die Analyse der jetzigen Situation durch das Aufkleben oberflächlicher Ettiketten nur sehr wenig her. Meines Erachtens wäre es wenig gerecht und auch nicht wissenschaftlich, mit der Methode der Antizipation zu arbeiten, um eine Bewegung zu analysieren, deren Zukunft nicht genau voraussehbar ist. Denn gerade die Sozialistische Partei enthält ein sehr großes reiches Potential, das die verschiedensten politischen Wege möglich macht. Und diese werden langfristig nicht von irgendwelchen Persönlichkeiten, sondern von den Massen bestimmt.

Frage: D'accord. Nur, ein wichtiger determinierender Faktor für diese Wege, für die Entwicklung und Perspektiven dieser Massenkämpfe unter einer Volksfront wird vermutlich das Kleinbürgertum sein. Die chilenische »Unidad Popular« stützte sich auf die Arbeiterparteien (KP und SP); das vom »Radikalismus« beeinflußte Kleinbürgertum war in ihr nur am Rande vertreten (in Gestalt der PIR) und hat sich auch relativ schnell (Anfang 1972) wieder aus der Allianz mit der KP, der SP, der MAPU und anderer in der UP zusammengeschlossener Gruppierungen zurückgezogen. Auch in Frankreich wird vermutlich das Kleinbürgertum die historische Entscheidung darüber fällen, ob eine auf antimonopolistische Maßnahmen orientierte Volksfront sich gegen das Großkapital wird durchsetzen können, oder ob sie vom Klassengegner in die Knie gezwungen wird. In Chile trat schließlich das Phänomen der »Schere« auf: das Kleinbürgertum verteidigte, obwohl es objektiv von der antimonopolistischen und antiimperialistischen Wirtschaftspolitik der linken Regierung profitierte, *subjektiv* die politisch-ideologischen Positionen der Großbourgeoisie. Siehst du irgendwelche Anzeichen dafür, daß die Voraussetzungen für eine Integration des Kleinbürgertums in die antimonopolistische Strategie der Volksunion in Frankreich besser sind als in Chile unter Allende?

Régis Debray: Unbestritten sind die Ideen des Sozialismus tiefer ins Bewußtsein des französischen als des chilenischen Kleinbürgertums eingedrungen. Es gibt in Frankreich einige eng mit unserem Kulturkreis verbundene Aspirationen sozialistischer Färbung, für die das Kleinbürgertum sensibilisiert ist. Was seine Haltung betrifft, so wird diese natürlich in starkem Maße auch von der wirtschaftlichen Entwicklung abhängig sein. Sollten z. B. die Kapitalflucht, der Rückgang der Investitionen und die Finanzkrise ein Ausmaß erreichen, durch welches der französische Produktionsapparat an den Rand des Zusammenbruchs gerät, dann würde das Kleinbürgertum höchstwahrscheinlich sehr schnell wieder für die Bourgeoisie auf die Straße gehen. Die Entwicklung der Volkswirtschaft wird also das entscheidende Problem sein; und vermutlich wird es deshalb auch zu einer Reihe von Kompromissen auf europäischer Ebene kommen müssen. Im intereuropäischen Kontext ist z. B. die Wiederholung des cubanischen Experiments unmöglich. Die wirtschaftlichen, finanziellen und handelsmäßigen Verflechtungen des französischen Produktionsapparats mit den anderen westeuropäischen Ländern sind so groß, daß eine vollständige Verstaatlichung der französischen Wirtschaft fast unmöglich ist. Daher bietet sich als einziger Ausweg eine Art »geographischer Kompromiß« an. Wenn man den Realitäten genau ins Auge sieht, wird man unweigerlich zu dem Schluß

kommen, daß große Vorsicht geboten ist, daß wir in Frankreich nach 1978 nichts überstürzen dürfen. Denn wir finden nach einer Machtübernahme internationale Verpflichtungen und Bündnissysteme vor, die ursprünglich sicher nicht den Interessen der französischen Arbeiterschaft und des Volkes entsprachen, *die nun aber imperativ sind*, ob wir das schön finden oder nicht.

Frage: Dies bringt uns zu der fundamentalen ursprünglichen Fragestellung zurück: Gibt es für die Linkskräfte angesichts dieses Reigens an ökonomischen Verflechtungen, wirtschaftlich-politischen Pressionen von außen und der Feindseligkeit der Bourgeoisie im Innern überhaupt eine Möglichkeit für einen langfristigen Erfolg? Die Bourgeoisie zumindest scheint der politischen Entwicklung unter einer Volksfront das folgende Entwicklungsschema zugrunde zu legen: 1. Akt: Die Volksfrontregierung erhöht die Löhne und Gehälter; der Kaufkraftzuwachs der Menschen, die erhöhten Lohnkosten für die Unternehmer sowie der nun einsetzende Boykott des internationalen Kapitals setzen den 2. Akt, die Preisschraube, in Bewegung. Diese führt zur Inflation, welche den Reallohnzuwachs aus der 1. Phase wieder auffrißt. Verstärkte Arbeiterkämpfe, Streiks und die Unzufriedenheit der Bourgeoisie mit der Wirtschaftspolitik der Volksfrontregierung führen zu einer innenpolitischen Polarisierung, die schließlich im 3., dem Schlußakt, eine gewaltsame Intervention des bürgerlichen Herrschafts- und Staatsapparats heraufbeschwört und dem Volksfrontexperiment ein gewaltsames Ende setzt. Mit anderen Worten: der harte, kompromißlose Flügel der Bourgeoisie stellt sich auf eine Situation ein, die kürzlich ein Journalist von *Le Monde* so formuliert hat: »1978: Mitterand; 1980: Bigeard?« Es besteht kein Zweifel daran, daß die Bourgeoisie für diesen letzten Akt sowohl politisch wie auch militärisch gerüstet ist. Was aber kann die Linke tun, um diese Pläne zu durchkreuzen und einem chilenischen Schicksal zu entgehen?

Régis Debray: Wir dürfen folgendes nicht vergessen: Die Revolution kann nicht stattfinden ohne eine revolutionäre Situation. Und die Situation in Frankreich ist nicht einmal vorrevolutionär, weil wir in Europa augenblicklich keine Kriegssituation haben. Dies wird eine Linksregierung in Frankreich in ihrer ersten Phase zur Vorsicht und zu einer Reihe von Kompromissen zwingen. Nur so kann sie verhindern, daß es spätestens im Jahre 1980 zu einer gewaltsamen Machtübernahme durch den General Bigeard kommt. Ein neues Volksfrontexperiment in Frankreich wird also mit Gewißheit die Hoffnungen und romantischen Zielvorstellungen der revolutionären Gruppen enttäuschen. Denn es wird einfach notwendig sein, ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen dem Gewicht der vorgefundenen wirtschaftlichen Realitäten und den politischen Forderungen der Arbeiter zu finden. Dieser Kompromiß wird politisch von den dann regierenden Linksparteien auszuhandeln sein, d. h. die Volksfront wird gezwungen sein, zwischen Scylla und Charybdis zu wählen: sie muß zwischen sozialdemokratischem Reformismus und der Flucht nach vorn im revolutionären Sinne hin- und herlavieren. Auch in Portugal vermochte sich die revolutionäre Linie um Otelo de Carvalho nicht durchzusetzen. Wir sollten daher eher versuchen zu verhindern, daß sich eines Tages die Alternative stellt zwischen einem zwar sympathischen, aber nicht sehr ernstzunehmenden Anar-

cho-Populismus und einem »realitätsbezogenen« Sozialdemokratismus kapitalistischer Spielart. Es gilt also, mit einem Wort, zu verhindern, daß in Frankreich eine Situation entsteht wie in Portugal 1975. In welcher Form dies geschieht, kann man jetzt noch nicht genau sagen; doch die politischen Kämpfe der nahen Zukunft werden die Herausarbeitung dieses »dritten Weges« ermöglichen. Das Hauptproblem wird sein, eine Strategie des antikapitalistischen »Bruches« auszuarbeiten und zwar für eine Gesellschaft, in der noch nahezu alle Mechanismen des Kapitalismus wirksam sind.

Frage: In einem deiner ersten Bücher, *Revolution in der Revolution* hast du – damals sehr stark beeinflußt vom Guevarismus und der von revolutionären Eliten durchgesetzten cubanischen Revolution – noch eine Position verteidigt, die man als extrem »avantgardistisch« bezeichnen könnte. Das Scheitern der Expedition des Che in Bolivien, die politische Entwicklung in Lateinamerika sowie persönliche Erlebnisse (in Chile unter Allende und danach) haben dich vermutlich veranlaßt, deine damalige politisch-theoretische Grundposition zu überdenken und zu modifizieren. Bereits über das Verhältnis Avantgarde-Massen denkst du heute doch völlig anders als vor 10 Jahren . . .

Régis Debray: Ja. Als ich *Revolution in der Revolution* schrieb, war ich, wie wir fast alle, ziemlich im elitären Denken der Avantgardekonzeption befangen. Die Avantgarden waren für mich der Motor der Geschichte. Die Gefahr bei der Korrektur dieses ultraleninistisch überspitzten und daher antileninistischen Avantgardebegriffs besteht jedoch darin, in das andere, entgegengesetzte Extrem zu verfallen, d. h. ihn durch eine populistische bzw. sozialdemokratische Konzeption zu ersetzen, in der der Avantgardebegriff einer passiven Angleichung an die Massenbewegung Platz macht. Es ist nämlich sehr schwer, bei einer solchen Korrektur zu vermeiden, daß das Pendel zu sehr in die entgegengesetzte Richtung ausschlägt. Nur allzu oft wird eben ein bestimmter Fehler durch einen anderen ersetzt. Was mich selbst betrifft, so habe ich versucht, dieses Verfallen ins andere Extrem zu vermeiden. Die richtige mittlere Position zwischen dem Avantgarde-Aktivismus und der Passivität der populistischen Konzeption ist meiner Ansicht nach die leninistische. Zweifellos gibt es im Zuge der Entstehung einer revolutionären Situation einen gewissen Manövrierspielraum für die revolutionären Avantgarden und ihre Initiativen. Dies war zum Beispiel in Rußland 1917 der Fall, als die damals in der Minderheit befindliche bolschewistische Partei Lenins in der Lage war, ihre Anhängerschaft binnen kurzer Zeit zu verzehn-, ja zu verfünfzigfachen! Hier aber lagen ganz außergewöhnliche Bedingungen vor, die in der Geschichte eines Landes höchstens ein- oder zweimal im Laufe eines ganzen Jahrhunderts eintreten. Im Frankreich von heute sind solche Bedingungen nicht vorhanden. Die Avantgardehaltung mag jenen, die sie auch für Frankreich verteidigen, durchaus eine intellektuelle und libidinöse Befriedigung verschaffen, zur Schaffung radikaler Veränderungen wird diese Position jedoch nichts bei-

tragen. Es ist zwar gut, den Massen um *einen* Schritt voraus zu sein, nicht aber um *zehn!*

Frage: Mich interessiert, ob du diese Kritik an den Avantgarden verallgemeinerst, d. h. also auch auf die *heute* in Lateinamerika operierenden revolutionären Avantgarden anwendest, die z. T. – wie z. B. die Guerilla in Argentinien oder auch die bewaffneten Widerstandsorganisationen Kolumbiens – in enger Verbindung mit einer antikapitalistischen Massenbewegung in den Städten handeln (z. B. die Montoneros und die ERP im Raume Cordoba und Tucuman), oder ob du sie lieber eingegrenzt sehen willst auf die hochentwickelten kapitalistischen Länder Westeuropas.

Régis Debray: Selbstverständlich mache ich da einen Unterschied. Man kann die politische Situation in Lateinamerika ja keinesfalls mit der Europas gleichsetzen. Und die in und für Westeuropa entwickelten politischen Strategien sind nicht unbedingt eine Norm für die politische Situation Lateinamerikas. Dennoch hat meine Selbstkritik durchaus einen Totalitätsaspekt. Lateinamerika war zeitweise »Avantgardismus-krank«, so wie Europa am Reformismus erkrankt war, und der Avantgardismus stellt in Lateinamerika für eine Periode, die durchaus noch nicht abgeschlossen ist, weiterhin eine große Gefahr dar. In der Praxis ist der Avantgardismus zwar auch da schon weitgehend tot, aber er überlebt noch in der Theorie und zuweilen noch in den Aktionen einzelner Organisationen, die dafür einen hohen Preis zahlen müssen: auch, aber nicht nur in Argentinien. Die Guerillaherde in Kolumbien, die du gerade erwähntest, sind ein reiner Mythos – sie sind völlig inexistent. Die von dir erwähnten Phänomene sind eher marginal, sie haben auf das reale Leben in Kolumbien so gut wie keinerlei Einfluß bzw. sie werden von der herrschenden Klasse völlig unter Kontrolle gehalten.

Frage: Diese Entschiedenheit der Ablehnung der Avantgarde-Bewegungen verführt mich zu der Frage, ob du heute nicht doch eher Organisationsformen des traditionelleren Typs unterstützst, die du früher wegen ihres Reformismus scharf kritisiert hattest, d. h. die Organisationsform der Sozialdemokratie oder die neo-leninistische der heutigen »reformierten« KPs?

Régis Debray: Alle authentisch revolutionären Kräfte sind – das mag paradox klingen – gleichzeitig traditionalistische Kräfte. Man denke hier nur z. B. an China, wo Mao Tse-tung teilweise das geschichtliche Erbe von Sun Yat-sen aufgenommen und fortgesetzt hat, oder auch an Vietnam, wo die Kommunisten sich das Erbe des jahrhundertelangen nationalen Unabhängigkeitskampfes zu eigen machen konnten. Und auch in Cuba hätte der Sozialismus niemals Fuß fassen können, wenn er nicht auf dem Umwege einer starken Bewegung des revolutionären Nationalismus eingeführt worden wäre, dessen Ursprünge bei José Marti liegen und der noch Anfang der 50er Jahre bei den orthodoxen Parteien stark wirksam war. Ohne diese Verankerung im Traditionellen ist keine Revolution möglich, ebensowenig wie ohne eine tiefe gesellschaftliche Krise . . .

Um auf Argentinien zurückzukommen: Auch dort war es der Peronismus, der der Guerilla indirekt dazu verholfen hat, eine Basis unter den Massen zu bekommen. Die revolutionäre Bewegung hat sich dort direkt sowohl aus der Entwicklung der peronistischen Jugend wie aus den Kämpfen der argentinischen Arbeiterklasse in den 40er und 50er Jahren organisch herausentwickelt; und das große taktische Geschick der Montoneros bestand gerade darin, diese organische Verbindung zum militanten Kern der Arbeiterbewegung zu erhalten und zu konsolidieren. Die Montoneros haben eine taktisch richtige Position eingenommen; ihre Arbeit wurde jedoch dadurch erleichtert, daß der durchschnittliche argentinische Arbeiter sich zum großen Teil – seit 1945 – mit der Politik des Generals Peron identifizierte, und diese Loyalitäten sind zum großen Teil heute noch vorhanden. D. h., um gewisse Entmystifikationen vornehmen zu können, war es leider nötig, zunächst selber die Instrumente der Mystifizierung zu gebrauchen. Die eigentliche Schwierigkeit besteht darin, die Kräfte der Mystifizierung nicht gegen sich selbst zu richten, die reaktionäre von der populären Komponente im richtigen Moment abzulösen: *Das ist Politik,* und in der Politik ist dergleichen oft unerläßlich. Dies gilt für die argentinische Situation ebenso wie z. B. für den französischen CERES, dessen Mitglieder vor 10 oder 20 Jahren nicht mehr als eine kleine politische Sekte gewesen wären, die mit der Zeit völlig von der politischen Bildfläche verschwunden wären oder sich in Dutzende von verschiedenen Splittergrüppchen ohne realen Einfluß auf das gesellschaftliche Kräfteverhältnis aufgelöst hätten. Indem sie sich aber entschieden, einem völlig abgewirtschafteten und korrupten Parteiapparat, wie ihn die französische Sozialdemokratie damals darstellte, beizutreten, erlangten sie die Möglichkeit, diesen Apparat zu benutzen. Andererseits werden sie natürlich auch von ihm benutzt. Man muß sich eben manchmal etwas integrieren lassen, um auf Dauer selber Einfluß zu gewinnen. Auch das gehört mit zum revolutionären Handeln. Das habe ich Jahre lang nicht wahrhaben wollen. Jetzt meine ich, und zwar ganz und gar prosaisch, daß Politik eine Kunst ist und es von deinem taktischen Geschick abhängt, was du aus ihr machst. Für manche Ohren mag es reaktionär klingen: Zum politischen Handeln gehört eben auch ein gewisses Maß an Blindheit, sonst geht man mit all seinen Idealen sehr schnell vor die Hunde. Und marxistische Politik bedeutet, den Grad dieser notwendigen Blindheit möglichst klein zu halten. Wer aber diese Blindheit ganz ausschalten will, der mag mit seinen Ansichten zwar »richtig« liegen – politisch handeln kann er nicht.

Edmond Maire
Frankreich: dem »Gemeinsamen Programm« Beine machen

Ein Gespräch Ernst Gerhards mit dem Generalsekretär der linkssozialistischen CFDT

Edmond Maire (45) steht an der Spitze der neben der kommunistischen CGT zweitgrößten französischen Gewerkschaft, der »Confédération Française Démocratique du Travail«. Die CFDT ist 1964 aus der christlichen Gewerkschaft CFTC hervorgegangen, tritt seitdem verstärkt für einen »Sozialismus der Arbeiterselbstverwaltung« (Autogestion) ein, stand 1968 auf der Seite des Pariser Mai und unterstützte die meisten der spontanen Arbeiterkämpfe und Fabrikbesetzungen (z. B. Lip). In ihren Grundanschauungen verbindet sie die Vorstellungen Proudhons von den Arbeiterkooperativen, die föderalistisch-spontaneistischen Impulse der Kommune und die Ideale der europäischen Rätebewegung. Die CFDT hat heute etwa 1 Million Mitglieder (soviel wie die SPD in der Bundesrepublik also) und repräsentiert damit mehr als 20 Prozent der organisierten Arbeiter Frankreichs.

Frage: Dreimal haben sich in den letzten 40 Jahren Frankreichs Sozialisten und Kommunisten zu einem Regierungsbündnis zusammengeschlossen. Die Volksfront von 1936/37 scheiterte ebenso wie die Nachkriegskoalition aus Kommunisten, Sozialisten und Christdemokraten. Auf die Volksfront folgte das reaktionäre Vichy-Regime, das der Bourgeoisie die volle Revanche ermöglichte; nach dem *Tripartisme* erlebte die IV. Republik bis zu ihrem Ende den mehr oder weniger erbitterten Kampf zwischen KPF und SFIO. Der Gaullismus schließlich schob beide in die Bedeutungslosigkeit der Oppositionsrolle ab, ohne daß es dadurch zu einem Ende der sozialistisch-kommunistischen Querelen gekommen wäre.
1972 endlich schließen die KPF und die aus den Trümmern der alten SFIO neu entstandene Sozialistische Partei einen Pakt, zu dem auch die linke Fraktion der Radikalen Partei, die *Radicaux de Gauche*, stößt. Sie erarbeiten ein gemeinsames Regierungsprogramm, das *Programme commun*. Aber die Niederlage der *Union de la Gauche* bei den Parlamentswahlen von 1973 kam für niemanden überraschend. Seit jedoch bei den Präsidentschaftswahlen von 1974 der gemeinsame Kandidat der Linksunion, der Sozialist François Mitterand, mit 49,3 Prozent nur knapp unterlegen war, scheint ein Wahlsieg der im *Programme commun* zusammengeschlossenen Parteien in greifbare Nähe gerückt zu sein. Bei den klassischen Linksparteien macht sich eine gewisse Siegeszuversicht breit, die sich auf Meinungsumfragen und Erfolge bei Nach- und Kantonalwahlen stützt. Aber auch für die dem *Programme commun* ablehnend gegenüberstehende Linke ist die Regierungsübernahme durch die *Union de la Gauche* zu einer Arbeitshypothese geworden. Bei all ihrer Kritik scheint es, daß Organisationen wie die CFDT, der PSU und andere in diesem Wahlsieg die Chance sehen, ihre Vorstellungen vom Übergang zum Sozialismus verwirklichen zu können. Ist dieser bisweilen so euphorisch beschworene Wahlsieg deiner Einschätzung nach aber überhaupt wahrscheinlich? Was hat sich auf der politischen, sozialen, wirtschaftlichen Ebene gegenüber den Jahren der IV. Republik, gegenüber 1958, gegenüber dem Mai 68 verändert?

Edmond Maire: Zuerst einmal eine – vielleicht etwas schematisierende – Einschätzung: Wir von der CFDT denken tatsächlich, daß es ernsthafte

Chancen dafür gibt, daß die Linke bei den Wahlen eine Mehrheit bekommt. Allerdings würden wir vorziehen, daß dieser Wahlsieg mehr durch die Verdienste der Linken als durch die Fehler der Rechten zustande kommt – mehr als das heute der Fall ist und als das in der Vergangenheit der Fall war.
Warum ist die Möglichkeit eines Wahlsiegs heute größer als früher? Wir haben heute 18 Jahre der V. Republik hinter uns, in der das politische Leben sehr stark von dem massenpsychologisch so wirksamen Phänomen des Gaullismus beherrscht wurde. Seit 1958 ist der Einfluß des Gaullismus langsam, aber stetig zurückgegangen. Solange der Gaullismus Frankreich politisch beherrschte, konnte sich die Linke, was auch immer ihre Verdienste waren – über die kann man streiten –, nur schwer behaupten. Bei der Ablösung von de Gaulle durch Pompidou begann der Einfluß der gaullistischen Ideologie schwächer zu werden. Und seit Giscard an der Macht ist, hat der Gaullismus endgültig aufgehört, die dominierende Kraft Frankreichs zu sein. Nach meiner Meinung ist er jetzt eine politische Strömung wie alle anderen. Er restrukturiert sich, und die Ereignisse dieses Sommers zeigen deutlich, daß die gaullistische Partei zwar auch weiterhin eine wichtige Rolle spielen wird, daß sie aber eine ganz normale Partei geworden ist und nicht mehr viel mit dem klassischen Gaullismus zu tun hat.
Wenn der Gaullismus überhaupt einen solchen Zulauf und Erfolg hatte, ist dies sicher auch das Ergebnis der schwerwiegenden Fehler und der Unfähigkeit der linken Kräfte während der ganzen IV. Republik. Die beiden Hauptversäumnisse der Linken bestanden darin, daß sie das Problem der Entkolonisierung einerseits und der wirtschaftlichen Modernisierung und ihrer sozialen Folgen andererseits nicht lösen konnte. Mitte der 50er Jahre nun gab es einen Ansatz zur Erneuerung sozialistischer Politik. Ich spreche von Pierre Mendès-France, der meine Generation außerordentlich tief beeindruckte. Gerade der Mendesismus machte ein Problem deutlich, das wir ständig sehen können: daß es nämlich eine Menge Männer und Frauen in Frankreich gibt, die sich aufgrund ihrer sozialen Situation, aber auch ihrer Anschauungen, mehr links als rechts einordnen, aber in der klassischen Linken keine politische Heimat finden. Die Kraft des Gaullismus, und insbesondere de Gaulles selbst, bestand darin, einen Teil der neuen sozialistischen Strömungen und Erwartungen, die vom Mendesismus ausgegangen waren, an sich zu binden. So fanden sich zu Beginn der V. Republik bis ungefähr zum Jahre 1962 in den verschiedenen Regierungsequipen Leute, die eigentlich gar nicht dorthin gehörten. Die Tatsache aber ist bezeichnend für das, was sich in einem Teil der Arbeiterklasse abspielte, der zu diesem Zeitpunkt die KP und die SFIO verließ. Die Rückkehr de Gaulles an die Macht 1958 besiegelte das Ende der Macht der Parteien. Man darf sich keine Illusionen machen: wenn man vom Frankreich der Parteien sprach, dann meinte man das Frankreich der linken Parteien. Historisch

gesehen führten die Erneuerungsbestrebungen des Mendesismus nicht zu einer Stärkung der Linken, sondern im Gegenteil zur Machtübernahme des Gaullismus.

Frage: Du erwähntest schon den Niedergang des Gaullismus, der die in ihn gesetzten Erwartungen nicht befriedigen konnte. Die Wahlen von 1965, 1967 und ganz besonders die Ereignisse vom Mai 68 sind Stationen auf diesem Weg. Was hat nun gegenüber den Fehlern der Rechten die Linke an Positivem aufzuweisen? Es gibt hier Veränderungen, Neuorientierungen: 1970 entstand eine neue Sozialistische Partei, die mit der alten SFIO nichts mehr zu tun haben will; die KPF exerzierte auf ihrem XXII. Kongreß die große Erneuerung durch. Wie erklärst du dieses Phänomen und wie schätzt du es ein?

Edmond Maire: Allererste neue politische Impulse gingen, etwa seit 1963, zweifellos von der KP aus: die Beschlüsse des ZK zum Problem der Kultur und Ideologie, die Befragung der Parteibasis durch Waldeck Rochet und schließlich die permanente Kampagne für ein gemeinsames Regierungsprogramm mit den Sozialisten. Die Ansätze der Erneuerung wurden durch die schwierige Situation, in die sich die KP seit mehreren Jahren verstiegen hatte, erzwungen. Die katastrophalen Wahlniederlagen – man vergißt heute zu leicht, welche Bedeutung 1958 der Verlust von 1,5-2 Millionen Wählerstimmen für die KP hatte, die doch eine Wählerpartei ist – waren ein eindeutiges Warnsignal. Das führte dann auch im Inneren der Partei zu gewissen Veränderungen. Was aber auffällt, ist die Tatsache, daß diese Neuorientierungen, die Veränderungen, immer Antworten der KP auf Fragen sind, die von den anderen linken Kräften aufgeworfen werden, oder Reaktionen sind auf Initiativen der Regierung.

Bei den Sozialisten kam der Anstoß zur Erneuerung nicht von der alten Sozialistischen Partei. Die sozialistischen Kräfte Frankreichs wurden durch die gesellschaftliche Situation gezwungen, ihre Krise zu überwinden, sich eine neue Orientierung zu geben, schließlich eine neue Partei zu gründen. Ausschlaggebend dafür war die Arbeit der Gewerkschaften, insbesondere der CFDT, deren Vorstellungen einen großen Einfluß auf die sozialistische Bewegung hatten. Ganz besonders entscheidend waren natürlich die Ereignisse vom Mai 68, für die es viele mögliche Erklärungen gibt, die im wesentlichen aber ihre Ursache haben im Widerspruch zwischen dem Zwangskorsett einer sehr zentralisierten französischen Gesellschaft mit ihren völlig veralteten Strukturen und Institutionen, die bis in ihre politischen Organisationsformen überholt waren, und den Erwartungen eines Teils der Jugend und auch der etwas weniger Jungen. Die Explosion vom Mai 68 ist ein ganz außerordentliches Phänomen, dessen Bedeutung man gar nicht genug herausstreichen kann. Sie bestätigte uns eindeutig in unserer Analyse der Gesellschaft und in unserer Linie. Es wurde offenkundig, daß das Leben in dieser sich in einem rasenden Rhythmus entwickelnden Gesellschaft für große Teile der französischen Bevölkerung, und nicht nur allein für die Arbeiter, unerträglich ist. Wir fanden die Bedeutung der

Diskussionen, die schon vorher von der CFDT oder anderen Organisationen, wie z. B. dem PSU, geführt worden waren, unterstrichen: über die Probleme des Zentralismus und der Ausbildung und über den Willen großer Bevölkerungsteile, ein anderes, sprich: sinnvolleres Leben zu leben. Der Mai 68 brachte massiv zum Ausdruck, daß die neue französische Linke in ihrer Analyse, mit ihren politischen Themen richtig lag. Für eine Gewerkschaftsbewegung wie die CFDT war diese Erfahrung eine Basis, von der aus sie der Perspektive eines wirklichkeitsgerechteren Sozialismus Gestalt geben konnte. Diesen Anstoß haben Politiker, die eine Rolle spielten, aufgegriffen. So hat ein Mann wie François Mitterand sehr wohl begriffen, was das Thema *Autogestion* an in die Zukunft weisender Wichtigkeit besitzt; also hat er die Losung von der *Autogestion* übernommen und zu seiner eigenen gemacht, was nicht heißen soll, daß er sich über die Bedeutung und Tragweite des Begriffs klar war. Der Mai 68 führte nicht unmittelbar zu einer Stärkung der Linken, da die »offiziellen« Versuche, die sozialistische Politik zu erneuern, und die Fortsetzung der Massenbewegung nach 68 aneinander vorbeiliefen. Der Mai 68 hat aber eine Anzahl von neuen Anregungen freigesetzt. Doch diese Anregungen konnten von den linksradikalen Gruppen oder Parteien, wie dem PSU, nicht wirksam genug verarbeitet werden, dazu waren sie einfach zu schwach. Die vom Mai 68 ausgegangene Bewegung ist aber dennoch nicht vollends versickert. Sondern diese Bewegung hat zu einem neuen Stil beigetragen, vornehmlich bei der CFDT, aber auch ein wenig bei der CGT. Ebenso bei der KP. Sie hat also Einfluß auf die größeren Organisationen gehabt.

Die klassischen Linksparteien haben einen nicht zu unterschätzenden Erneuerungsprozeß durchgemacht. Die Sozialistische Partei hat indirekt und auf Kosten der neuen Linken vom Mai 68 profitiert; die KP hat die Flucht nach vorn antreten müssen. Darin liegt eine Chance, die allerdings erst dadurch zum Tragen kommt, daß auch eine Massenbewegung wie die CFDT beim Konzert der linken Kräfte mitwirkt. Nun, das ist natürlich ein etwas unharmonisches Konzert.

Das gemeinsame Regierungsprogramm der KPF und der Sozialistischen Partei von 1972 war nach unserer Auffassung aber allein auf gar keinen Fall in der Lage, das doch relativ große Vertrauen der Bevölkerung zu gewinnen und sie für das linke Bündnis zu mobilisieren. Hinzu trat, daß die Rechte ständig Fehler machte. Seit Pompidou hat die Politik der Rechten keine großen Leitmarken, keine gerade Linie mehr. Sie ist chaotisch und oft widersprüchlich. Sie unterstützt zwar die Umstrukturierung und Modernisierung der französischen Wirtschaft, aber diese Modernisierung vollzieht sich für die Arbeiter und auch den größten Teil der Bevölkerung unter sehr schmerzlichen Bedingungen. Man denke nur an die in Frankreich herrschenden Wohnverhältnisse. Der Modernisierungsprozeß der französi-

schen Wirtschaft war für den Arbeiter in Frankreich mit größeren Opfern verbunden, als dies für den Arbeiter in der Bundesrepublik oder in manchen anderen Ländern der westlichen Welt der Fall war.
Bei den Präsidentschaftswahlen 1974 wurde deutlich, daß wir an einem Punkt angelangt sind, von dem an man von einer gleichen Gewichtung der linken und der rechten politischen Kräfte sprechen kann. Und in den Köpfen der Franzosen setzte sich die Idee fest, daß eine Veränderung der Gesellschaft möglich ist. Bei der Wahl gab es Optimisten, die sehr große Erwartungen hatten; aber im allgemeinen war die französische Öffentlichkeit, auch die linke Öffentlichkeit, überhaupt noch nicht darauf vorbereitet, daß die Linke an die Macht kommen könnte. Inzwischen jedoch hat sich genau das geändert: schon heute stellen sich die hohen Beamten in der Verwaltung und in den Ministerien, die Unternehmer, die Wirtschaftskapitäne auf einen Wahlsieg der Linken bei den Parlamentswahlen von 1978 ein. Diese Hypothese bestimmt ihre Strategien und ihre Positionen in der tagtäglichen sozialen und politischen Auseinandersetzung.

Frage: Du deutest an, daß Organisationen wie die CFDT, der PSU u. a. die Linke tiefgreifend erneuert haben, daß sie es waren, die den traditionellen Vorstellungen vom Sozialismus eine *neue* sozialistische Perspektive entgegenstellten. Diese Erneuerung wurde also nicht von den klassischen Linksparteien selbst geleistet. Wenn die *Union de la Gauche* 1978 die Mehrheit erringt, so deshalb, weil die Mehrzahl der Franzosen in diesem Sieg die Hoffnung auf einen Sozialismus neuen Typs setzt, die das *Programme commun* nicht erfüllt. Liegt nicht in dieser Tatsache, für die CFDT zum Beispiel, der zweideutige Charakter eines solchen Wahlsiegs begründet?

Edmond Maire: Zuerst eine Bemerkung zu diesem eventuellen Wahlsieg. Was bedeutet überhaupt ein Wahlsieg der Linksparteien: er ändert doch nur die Mehrheitsverhältnisse im Parlament, während ein Präsident an der Spitze des Staates bleibt, der vom ganzen Volk für 7 Jahre gewählt ist und bis 1981 im Amt bleiben wird. Der Wahlsieg wird also nicht automatisch der Sieg der Linken sein. Die Unklarheiten, Spannungen, Konflikte, die aus dem Widerspruch der verfassungsmäßigen Gewalt des Präsidenten und der des Parlaments entstehen werden, bringen eine sehr große Unsicherheit für die weitere Entwicklung. Deshalb kommt es ganz besonders auf die Qualität der Programme, auf die Qualität der Personen, auf die Fähigkeit an, in der jeweiligen Situation im Interesse der Arbeiter zu handeln. Und ich würde sagen, daß es vor allem auf die Solidität des Regierungsprojekts der Linken ankommt. Gerade an diesem Punkt sehen wir von der CFDT die Schwächen dieser französischen Linken, uns mit eingeschlossen. Wir sehen hier aber auch unsere ganze Verantwortung, denn wir sind heute die einzige ernstzunehmende politische Kraft, die sich *nicht* dem *Programme commun* verschrieben hat. Indem die CFDT von außen agiert und sich auf die Reaktionen der Arbeiter und der Bevölkerung stützen kann, ist sie vielleicht in der Lage, auf die Schaffung und den Zusammenhalt einer Einheit aller

Volkskräfte, eine *Union des forces populaires* hinzuwirken. Wir arbeiten darauf hin, daß die Linke diese Richtung nimmt, daß die derzeitigen Hindernisse überwunden werden. Wir sehen zwei Gefahren, die wir für durchaus real halten: einmal, daß nach einem Sieg der Linken die Rechte nach kurzer Zeit wieder an die Macht kommt, weil die Linke nicht imstande war, die Situation zu meistern; zum zweiten eine relativ staatsdirigistische, zentralistische, konformistische Entwicklung, die nicht den Hoffnungen der Arbeiter entspricht, schon gar nicht unseren Vorstellungen von einem autogestionären Sozialismus. Für uns, die wir uns nicht vom äußeren Schein der Dinge täuschen lassen oder es zumindest versuchen, ist klar, daß ein Sieg der Linken in Frankreich auf jeden Fall ein zweideutiger Sieg ist. Diese Zweideutigkeit liegt im Wesen dieser Linken. Sie ist heute in zwei politische Tendenzen geteilt. Wir dürfen nicht vergessen, mit wem wir es zu tun haben: mit einer etablierten Linken, in der sich weder die Personen noch die Strukturen der Apparate sehr schnell verändern. Wir haben es zu tun mit einem immer noch nicht überwundenen Zentralismus, mit klassischen Lösungsversuchen, wie man sie im *Programme commun* finden kann.

Frage: Bei der Lektüre des *Programme commun* entsteht der Eindruck, daß der Akzent auf Maßnahmen der Verstaatlichung liegt. Hieraus spricht eine Auffassung vom Sozialismus, die, sagen wir einmal, »kommunistischer« Natur ist. Die KPF und die Sozialistische Partei haben immer auf die Notwendigkeit der Verstaatlichungen hingewiesen. Es gibt die Tendenz, Sozialismus und Verstaatlichungen gleichzusetzen.

Edmond Maire: Dazu muß man zwei Dinge sagen. Zum ersten: wenn man die Gleichung Verstaatlichungen = Sozialismus historisch betrachtet, dann zeigt sich ganz drastisch, daß Verstaatlichung allein in der Tat kein Sozialismus ist, sondern oft die Aneignung der Macht durch eine beschränkte Schicht von Parteibürokraten war. Das ist die Entwicklung, die man in den Ländern des Ostblocks verfolgen kann. Zum zweiten: wir sind dennoch der Ansicht, daß es keine Arbeiterselbstbestimmung geben kann ohne die gesellschaftliche Aneignung der Produktionsmittel. Gerade an diesem Punkt setzt unsere Kritik am *Programme commun* an. Wir sind in zweierlei Hinsicht nicht einverstanden:
Erstens aus Gründen der Methode: Das Gemeinsame Regierungsprogramm ist ein Bündnis von Parteien. In ihm wurde versucht, alle die Forderungen aneinanderzureihen, die den Hoffnungen und Erwartungen der von diesen Parteien vertretenen Volksschichten entsprechen. Auf dieser Basis wird an das Gewissen des Volkes appelliert: »Vertraut nur uns und unserem Programm, dann kommt der Sozialismus automatisch.« Diese Vorgehensweise unterscheidet sich beträchtlich von der unsrigen. Nach unserer Meinung kann es einen Sozialismus nur geben, wenn die Betroffenen an der Basis, in den Betrieben, in den Vierteln usw., mobilisiert werden, ihre Probleme selbständig diskutieren, ihre Vorstellungen und Bedürfnisse artikulieren

und sich ihre Perspektiven gemeinsam erarbeiten. Das *Programme commun* ist aber eine Zusammenstellung von unterschiedlichsten und teilweise sogar widersprüchlichen Forderungen. Um die kleinen Eigentümer nicht zu verschrecken, spricht man z. B. nicht von der Überführung des Baulandes in Gemeindebesitz; um aber auf die Erwartung der Bevölkerung mit den niedrigsten Einkünften einzugehen, spricht man von einem starken Ausbau des sozialen Wohnungsbaus zu niedrigsten Preisen. Das ist nur ein Beispiel unter vielen. Wir haben es hier mit einer widersprüchlichen Koalition zu tun, die, wenn sie unter der Belastungsprobe der Regierungsausübung steht, nicht alle Versprechen wird halten können. Irgendwelche Teile ihrer Wählerschaft wird sie dann opfern müssen, und dann wird sich das Problem der Mehrheit im Parlament, im Lande stellen.

Unsere Vorgehensweise würde dagegen so aussehen: Wir schlagen ein Projekt vor, das durch die gemeinsame Aktion und aus ihr heraus entsteht. Dieses gemeinsame Projekt jedoch muß Schwerpunkte und Prioritäten aufweisen. Es ist kein Sammelsurium von unvereinbaren Forderungen, sondern es zeigt die möglichen Etappen des Übergangs zum Sozialismus. Es ist in seiner Ambition keinesfalls beschränkter als das *Programme commun.* Auf jeden Fall ist es solider. Denn unser Projekt würde durch eine viel aktivere Volksbewegung abgesichert. Soweit zu unserer gegensätzlichen Auffassung von der Methode.

Zweitens sind wir nicht einverstanden mit den Inhalten und Zielsetzungen des *Programme commun.* Man spricht dort von Verstaatlichungen. Was soll verstaatlicht werden? Die großen wirtschaftlichen Unternehmen! Gut, aber es wird kein Wort verloren über die notwendige Umgestaltung der großen Informationsmittel, des Ausbildungs- und Erziehungssektors, der Verwaltung; kein Wort über die notwendigen Veränderungen der Beziehungen zwischen dem Staat und dem Bürger, der Armee, der zivilen Gesellschaft, der Beziehungen zwischen Gemeinden und Privatunternehmen. Nichts ist gesagt von einem im ganzen Lande zu schaffenden Typ tatsächlicher Vergesellschaftung. Man beschränkt sich auf die Verstaatlichung von einigen Großbetrieben. Wir haben durchaus keine maximalistisch übertriebenen Vorstellungen von der Zahl der Vergesellschaftungen. Wir sehen sogar ein Risiko bei Vergesellschaftungsmaßnahmen, die sich ausschließlich auf die großen ökonomischen Schaltstellen konzentrieren, ohne dabei die Zielsetzungen und den Sinn der kapitalistischen Produktion dieser Unternehmen in Frage zu stellen. Denn im Gefolge solcher Maßnahmen droht unweigerlich eine außerordentliche ökonomische Konzentration in den Händen derer, die diese Unternehmen leiten werden – und das sind, wie klar aus dem *Programme commun* hervorgeht, Staatsbeamte. Natürlich führt auch unserer Meinung nach die Entwicklung zum Sozialismus über wirtschaftliche Transformationen, aber dabei darf es keinesfalls bleiben.

Uns kommt es darauf an, daß die soziale Gleichheit geschaffen, die soziale und technische Arbeitsteilung progressiv überwunden, die Hierarchien in Frage gestellt werden. Die gesellschaftlichen Beziehungen müssen sich verändern, die Beschaffenheit der Beziehungen zwischen Mann und Frau, zwischen Lehrendem und Lernendem, zwischen dem sozialistischen Staat und dem Bürger wie zwischen den Betriebsleitern und den Arbeitern. Es geht uns um eine grundlegende Veränderung der Beschaffenheit der sozialen Beziehungen. Wir werden oft gefragt, *wie* wir uns das eigentlich vorstellen. Nun, was die Verhältnisse in den Fabriken der Zukunft betrifft, so meinen wir, daß die Größe eines Betriebes auf maximal 1000 Leute begrenzt werden muß. Die Perspektive einer solchen Veränderung fehlt im *Programme commun*. Daher rühren die Gefahren des Zentralismus und des Staatsdirigismus.

Unsere unterschiedlichen Auffassungen, unsere Kritik am *Programme commun* dürfen jedoch eines nicht vergessen machen: daß nämlich heute die *Union de la Gauche* in Frankreich eine reelle Kraft darstellt. Die Mitglieder der CFDT, die Arbeiter, die wir vertreten, sind links. Unsere Hoffnungen liegen im antikapitalistischen Kampf. Wir wollen auch nicht verheimlichen, daß die Sozialistische Partei viele Vorschläge der KPF im *Programme commun* akzeptiert hat. Sie brauchte einfach das Bündnis mit den Kommunisten, um aus ihren eigenen Zweideutigkeiten und Ungereimtheiten herauskommen zu können. Es gab ein bestimmtes Kräfteverhältnis, und die Sozialistische Partei konnte nicht umhin, sich darauf einzulassen. Mit der Hypothek der SFIO belastet, mußte sie unter Beweis stellen, daß sie wirklich eine linke Partei ist. Wir von der CFDT sind Realisten, keine Träumer. Wir träumen nicht von der idealen Revolution, die die CFDT in Frankreich ganz allein machen will. Wir sind zu sehr für Pluralismus, für den notwendigen Zusammenprall der Ideen, für Auseinandersetzungen, auch und gerade innerhalb der Linken, als daß wir uns da, nur weil wir Vorbehalte haben, heraushalten könnten. Wir sind mitten drin, allerdings auf unsere Art und Weise. Wir und die Arbeiter, die wir vertreten, setzen eine Hoffnung in den Wahlsieg der Linken. Wenn wir unseren Teil dazu beitragen, so geschieht das durch eine Mobilisierung für unsere Ziele – nicht für die des *Programme commun*. In diesem Kontext sind wir eine Kraft, die mitreißen und eine fruchtbare Spannung mit den anderen Partnern erzeugen kann. In dieser Rolle liegt die große Chance, daß nach einem Wahlsieg der *Union de la Gauche* der Übergang zum Sozialismus nicht bei einer – womöglich sogar nur teilweisen – Anwendung des *Programme commun* zum Stillstand kommt.

Frage: Anders als die CFDT kämpft die der KPF sehr nahestehende CGT mit Nachdruck für das *Programme commun*. Trotz der Aktionseinheit in den Betrieben, trotz gemeinsam geführter Aktionen auf nationalem und lokalem Niveau ist das Verhältnis zwischen euren

beiden Gewerkschaften nicht unbelastet. Die CGT unternimmt allein Initiativen, bewegt sich nicht immer auf einer Einheitslinie. Ihr Ziel scheint zu sein, als größte französische Gewerkschaft allein für die Arbeiterklasse sprechen zu können. Wäre es vorstellbar, daß es nach einem Wahlsieg 1978 zu grundsätzlichen Auseinandersetzungen käme zwischen einer CGT, die sich voll hinter die neue Regierung stellt, und der CFDT, die mit dieser Regierung verhandeln und vielleicht auch Druck ausüben will? Machen die zwei verschiedenen Vorstellungen vom Sozialismus ein einheitliches gewerkschaftliches Handeln nach 1978 nicht noch schwieriger als heute?

Edmond Maire: Wir sind Gewerkschafter. Sozialismus, das ist für uns die Selbstbestimmung der Arbeiter und des Volkes. Für die Kommunisten aber – ich hoffe, ich karikiere nicht zu stark – ist Sozialismus: die *politische* Macht für die Arbeiterklasse. Die Arbeiterklasse hat ihre eigene Partei, die sie vertritt, und das ist die Kommunistische Partei. Das aber bedeutet, da die KP nach den Prinzipien des demokratischen Zentralismus hierarchisch aufgebaut ist, daß der Sozialismus auf die Machtübernahme und Machtausübung durch die Parteiführung hinausläuft. Ich überspitze, aber es handelt sich eben doch nur um neue, andere Machthaber. Wenn also 1978 die Linke an die Macht kommt, was wird dann die CGT tun? Wird sie auf alle Kampfmaßnahmen verzichten, nur um die neue Regierung nicht in Bedrängnis zu bringen? Das glaube ich eigentlich nicht. CGT und KPF werden alles tun, damit die Regierung sich an das *Programme commun* hält, sicher nicht in allen Punkten, wohl aber was die Verstaatlichungen betrifft. Solange die nicht durchgeführt sind, glaube ich nicht, daß die CGT zum Stillhalten bereit sein wird. Die CFDT wird ihrerseits sofort in Verhandlungen mit der neuen Regierung eintreten, um eine Ausdehnung der Rechte der Arbeiter zu erreichen, in der Privatwirtschaft wie in den verstaatlichten Betrieben und im öffentlichen Dienst. Wir werden uns Gehör zu verschaffen wissen, wenn es um die Verstaatlichung weiterer Unternehmen geht, und mit allen Mitteln dafür kämpfen, daß sich eine *tatsächliche* Macht der Arbeiter entwickeln kann. Die wird am Anfang natürlich beschränkt sein auf verschiedene Bereiche: auf die Werkstatt, das Büro, die Dienststelle. Ich sage: eine tatsächliche Macht – nicht nur die *Delegierung* einer tatsächlichen Macht. Dieser Druck scheint uns auch ein unerläßliches Gegengewicht gegen das zu sein, was sich nach einem Wahlsieg der Linken ereignen könnte: Sabotage, Boykottmaßnahmen, vielleicht sogar eine Rückkehr der Rechten an die Macht. Die CFDT wird für diese Ziele kämpfen. Wir werden in dem Maße mit der Regierung übereinstimmen, wie diese Ziele verfolgt und erreicht werden. Der Kampf der CGT dagegen wird in eine andere Richtung gehen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß sie gegen uns Front machen wird. Denn wir kämpfen schließlich für Vorstellungen, die einen Widerhall bei der Bevölkerung finden und eine Rolle im sozialen Leben des Landes spielen. Es wird unseren Kollegen von der CGT nicht möglich sein, uns offen zu bekämpfen, wenn wir für die Rechte der

Arbeiter in der Privatwirtschaft und in den Staatsunternehmen eintreten. Die CGT wird andere Prioritäten setzen, es wird den normalen Kampf um den vorherrschenden Einfluß in den Betrieben geben. Aber dies wird nicht in Form einer Konfrontation geschehen. Wir würden uns gerne schon heute, nicht erst 1978, mit der CGT zusammensetzen und nach mehr Gemeinsamkeit suchen. Die CGT jedoch will im Augenblick keine solche vertiefte Diskussion, keine solche Konfrontation der Perspektiven. Sie überläßt die Entscheidungen über die anzustrebenden gesellschaftlichen Veränderungen lieber den politischen Parteien. Diese unterschiedliche Auffassung erklärt zum großen Teil die ständigen ernsthaften Spannungen heutzutage.

Frage: Ich komme auf die Frage zurück, welche Bedeutung die inneren und politischen Veränderungen der KP haben. Denn nach dem, was du gesagt hast, liegt der Schluß nahe, daß die von KPF und CGT seit jeher vertretene Konzeption des Sozialismus sich nicht geändert hat.

Edmond Maire: Ich hatte von ihrer Anpassung an neue politische Gegebenheiten gesprochen. Ihre Vorstellungen vom Sozialismus haben sich in der Tat nicht verändert. Wir haben eine andere Analyse der gesellschaftlichen Entwicklung als das Gespann KPF-CGT. Ich will es etwas überspitzt ausdrücken, denn Übertreibung veranschaulicht: Was will die KP? Sie will die Wirtschaft verstaatlichen, um die Vergeudung abzuschaffen. Für die KP kommen die Vergeudungen von Menschen und Material nicht von den besonderen Formen der kapitalistischen Industrialisierung, sondern sie sind die Folge davon, daß eine Minderheit von Profiteuren verhindert, daß Wirtschaft und Gesellschaft optimal funktionieren. Das gilt auch für andere Bereiche. Ob nun vom Erziehungswesen, vom Wohnproblem oder von den Problemen der Kultur gesprochen wird: immer geschieht dies in der gleichen traditionellen Perspektive. Der KP geht es um eine »rationelle« Lösung der Probleme; es geht ihr darum, daß es auf der einen Seite Leute gibt, die die Kenntnisse besitzen, und auf der anderen Seite Leute, die die Macht derer, die die Kenntnisse besitzen, akzeptieren müssen. Das ist die Macht der Bürokraten, der Technokraten, oder wie immer man sie nennen will. Die Optik der KP bleibt also gleich. Was sich geändert hat, ist ihre Rhetorik. Die KP kann heute nicht mehr die gleiche Sprache sprechen wie vor 10 oder 15 Jahren, weil sich die politischen Kräfte um sie herum gewandelt haben und weil selbst innerhalb ihres Wählerpotentials nicht mehr auf die gleiche Art und Weise gedacht wird. Wenn man aber von allem rhetorischen Rankenwerk und den taktischen Manövern absieht und zum Kern der kommunistischen Positionen vorstößt, sieht man, daß diese unverändert sind. Und da liegt unsere Schwierigkeit mit der KP, mit der CGT, mit der ganzen traditionellen Linken. Die CFDT stellt fest: im heutigen Stadium der gesellschaftlichen Entwicklung kann man die Probleme, mit denen die verschiedensten Teile der Bevölkerung konfrontiert sind, nicht mehr lösen, indem man die industrielle Entwicklung unbedenk-

lich weiter vorantreibt. Der sogenannte Fortschritt kann nicht einfach in der Logik weitergehen, die für die Linke vor 30 oder 40 Jahren gegolten haben mag. Die Probleme der Umweltbedrohung, des Städtebaus, des täglichen Lebens und Wohnens brennen heute auf den Nägeln. Sie belasten ernsthaft die sozialen Beziehungen. Wir müssen diese Probleme konsequenterweise auf die Tagesordnung der Arbeiterklasse setzen, wenn wir in die Richtung der Selbstbestimmung der Arbeiter gehen wollen. Man kann heute keiner Logik mehr folgen, die nur das Gesetz der Rationalisierung, nur die materielle Angleichung der sozialen Unterschiede im Auge hat. Heute muß die gesellschaftliche Entwicklung gleichzeitig aufbauen auf der Kenntnis der Bedürfnisse der Bevölkerung und auf der Möglichkeit der Bevölkerung, sich selbst auszudrücken und selbst Wege zu finden, die Widersprüche der Meinungen und Interessen aufzuheben. Ich gebe zu, daß wir uns da auf einem wenig bekannten Gebiet bewegen. Wenn wir heute z. B. mit Genossen oder Verantwortlichen der Sozialistischen Partei diskutieren, dann sagen sie uns, wie gut und schön sie unsere Vorstellungen finden. Sie passen aber nicht in ihren Rahmen. Wir haben also noch eine gewaltige Arbeit vor uns. Wir müssen unsere Vorstellungen noch massiver an die Basis tragen, damit sie von einer machtvollen politischen Strömung vertreten werden. Von einem aber sind wir überzeugt: wenn die Linke 1978 an die Macht kommt, wird sie sich nur dann halten können, wenn sie sich entscheidet, der neuen Logik zu folgen. Folgt sie dagegen der traditionellen Logik, dann wird entweder die Rechte sehr bald wieder die Macht ergreifen, denn es wird immer eine Menge Leute geben, die meinen, daß das, was die Linke macht, von der Rechten auch nicht schlechter und manchmal sogar billiger gemacht wird. Oder aber . . .

Ich möchte nicht, daß mich irgend jemand mißversteht. Bei euch in Deutschland könnte, was ich eben hervorhebe, vielleicht als Antikommunismus gewertet werden. Der liegt mir aber ganz und gar fern. Denn meine Kritik an der KP kommt nicht von rechts. Wenn ich hier auch sehr offenherzig über die Hauptfehler der KPF gesprochen habe, so muß ich doch auch sagen, daß die KPF natürlich nicht die KP der Sowjetunion ist. Die KPF ist rückhaltlos für die Freiheit der Gewerkschaften und für ein tatsächliches Streikrecht. So hat sie öffentlich kritisiert, daß es in Polen keine wirklichen Gewerkschaften gibt und die Arbeiter kein Streikrecht besitzen. Gut, die KP will ihren politischen Einfluß vergrößern, will die französische Linke beherrschen, dennoch ist sie für den Pluralismus der Parteien und würde das autoritäre Verbot anderer Parteien unter gar keinen Umständen für eine gangbare Lösung halten.

Frage: Aber sie setzt ihre Positionen mit den Interessen der Arbeiterklasse gleich, sie nimmt sich gewissermaßen einen Alleinvertretungsanspruch, ein Exclusivrecht . . .

Edmond Maire: Ja, aber dabei führt sie einen Kampf der Ideen: in der

Propaganda, in ihrem Bestreben, ihr Einflußgebiet zu erweitern, ohne mit stalinistischen Maßnahmen des Drucks und des Zwangs zu arbeiten. Denn ein dritter wesentlicher Charakterzug der KPF von heute ist, daß sie aus den Erfahrungen der Ostblockstaaten zumindest die Lehre gezogen hat, daß die Führer der Partei nicht gleichzeitig die des Staates und umgekehrt sein sollten. Es wird sicher keine Ämterhäufung in der KPF geben. Ich erwähne diese Faktoren, weil sie bei aller Kritik von einer gewissen Autonomieentwicklung der KPF gegenüber dem sowjetischen Modell zeugen. Über den Grad der Autonomie kann man streiten. Es sind aber unbestreitbar Ansätze vorhanden, und diese Tatsache ist in meinen Augen recht bedeutend. Ich muß ganz deutlich sagen, daß wir von der CFDT der Überzeugung sind, daß der Aufbau eines autogestionären Sozialismus in Frankreich keineswegs an der KP vorbeigehen kann. Unsere ganze gewerkschaftliche Arbeit, der an der Seite der CGT betriebene Aufbau der französischen Gewerkschaftsbewegung, die von uns geführte öffentliche Debatte, die Aktionseinheit und die Art und Weise, wie wir sie durchführen, – das alles hat dieses Ziel der Gemeinsamkeit. Wir kämpfen für den Sozialismus, nicht gegen die Kommunisten, sondern mit ihnen. Ich wollte dies nicht unerwähnt lassen, weil man solche Worte in der BRD vielleicht nicht so oft zu hören bekommt, auch nicht in der Linken. Man hört viel öfter von Kritik an der KPF, weniger aber von positiven Aspekten. Oder man setzt die KPF mit der SED gleich. In Frankreich oder Italien ist das aber anders. Es kann in Frankreich keine sozialistische Perspektive geben, die die Kommunistische Partei ausschließt.

Frage: Auf dem diesjährigen Kongreß der CFDT Ende Mai in Annecy sagtest du in deiner Grundsatzrede, daß die Arbeiterklasse in Frankreich ohne die CFDT keine Hoffnung haben könnte, nach einem Wahlsieg der Linken eine wirkliche Alternative zum kapitalistischen System herzustellen. Wird es ihr aber wirklich möglich sein, gegen eine traditionelle Linke, die, wie du andeutest, nicht einmal alle Punkte des *Programme commun* verwirklichen will, den autogestionären Sozialismus durchzusetzen? Die CFDT wird sich auf eine breite Massenbewegung stützen müssen, auf eventuell entstehende Räte in den Betrieben und in den Stadtvierteln, wie sie eure auf dem Kongreß verabschiedete Plattform erwähnt.

Edmond Maire: Anders als die relativ stürmische parteipolitische Entwicklung geht die Umwälzung der Gewerkschaften in den Betrieben außerordentlich langsam voran. Die CFDT steigert zwar seit jetzt 30 Jahren beständig ihre Mitgliederzahlen; ich glaube, seit 1948 haben wir nur in einem Jahr ein wenig abgenommen. Aber das geht alles sehr langsam, fällt wenig auf. Ich bin sicher, daß, egal was auch immer passieren mag, die CFDT nach 1978 mehr oder weniger dieselbe Kraft besitzen wird wie heute. Das gilt auch für die CGT. Wir machen uns da keine Illusionen. Es wird hier keine großen Umwälzungen geben. Wenn aber unsere Themen, die Forderungen der CFDT, mit dem übereinstimmen, was die arbeitende Bevölkerung will, dann werden diese Themen zwangsläufig auch auf die

CGT einwirken. Die CGT wird dann, weil sie ja ihren Einfluß bewahren will, auf ihre Weise darauf reagieren müssen. Die Kollegen von der CGT hören das Thema vom »Kampf für eine tatsächliche soziale Gleichheit« heute noch nicht sehr gerne. Trotzdem gibt es heute in Frankreich kaum einen Streik, in dem sich die Arbeiter damit begnügen, für prozentuale Lohnerhöhungen zu kämpfen. Sie wollen neben den Löhnen vor allem auch die Arbeitsbedingungen selbst verändern und denken nicht mehr daran, sich die gesundheitsschädigenden Arbeitsverhältnisse durch Prämien kompensieren zu lassen. Und mit diesen Forderungen der Arbeiter stimmen die Ziele gerade der CFDT überein. Aus diesem Grunde haben wir tatsächlich einen sehr großen Einfluß auf das soziale Geschehen in Frankreich, ohne dabei die größte, mitgliederzahlenstärkste Gewerkschaftsorganisation zu sein, zumindest nicht so bald. Wir haben einen unbestreitbaren Einfluß, das heißt aber nicht, daß wir die gewerkschaftliche und politische Entwicklung alleine bestimmen können. Das wollen wir aber auch nicht, denn das hieße ja, sich zum Gegner spontaner Massenbewegungen zu machen. Wir können feststellen, daß sich in Perioden wichtiger sozialer und politischer Umgestaltungen oft relativ spontan Räte in den verschiedensten Formen, mit den verschiedensten Namen, mit den verschiedensten Funktionen gebildet haben. Diese Räte waren bisher immer kurzlebig. Wir können uns nun vorstellen, daß wir uns mit diesen möglichen Formen der Massenbewegung, deren Räte ein Zeichen ihres Reichtums an Ausdrucks- und Organisationsmöglichkeiten sind, verbinden. Wir wissen aber nicht, ob überhaupt und in welcher konkreten Form sich 1978 eine Massenbewegung entwickelt. Es ist ja auch denkbar, daß das Vertrauen in die linken Parteien noch eine Zeitlang anhalten wird, was nicht ausschließt, daß sich die Arbeiter, die Bevölkerung gehörig zu Wort melden. Ich glaube, daß die Welle, die die Linke an die Macht trägt, zuerst zu einer numerischen Stärkung der Gewerkschaftsorganisationen und der politischen Parteien führen wird. Doch bei alledem sollte man nicht träumen. Manche unserer jungen aktiven Kollegen haben eine Neigung dazu. Sie möchten nicht nur die neuen Formen des Sozialismus, sondern auch die Formen der Aktionen festlegen. Nach ihrer Meinung sollte man schon heute in detaillierter Form festlegen, wie sich die Dinge ereignen werden, wie sie sich zu ereignen haben. Mir scheint demgegenüber am wichtigsten zu sein, für unsere präzisen Ziele einer tatsächlichen sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft eine breite Mobilisierung zu entfachen. Von dieser Mobilisierung aus werden wir dann in der Lage sein, uns umso leichter mit der Massenbewegung zu vereinen. Das ist wirksamer, als diese Bewegung in ihren Idealformen konstruieren zu wollen.

Frage: Bei deiner Kritik am *Programme commun* hast du dich hauptsächlich mit der KPF auseinandergesetzt. Die Kritik an der Sozialistischen Partei traf vor allem die Elemente dieser Partei, die du als die klassische, die traditionelle Linke apostrophierst. Insgesamt aber ist das

Verhältnis der CFDT zur Sozialistischen Partei, vor allem seit 1974, recht gut, jedenfalls nicht so problematisch wie das zur KP. Wie du schon sagtest, wird der Begriff Autogestion in der Sozialistischen Partei recht häufig, wenn auch verschwommen benutzt. Dabei darf man nicht vergessen, daß die Sozialistische Partei zu den Unterzeichnern des *Programme commun* gehört. Wie sieht es nun wirklich in der Sozialistischen Partei aus? Gibt es in ihr eine Tendenz, die, ohne nur eine kleine Minderheit zu sein, eine Konzeption des autogestionären Sozialismus vertritt, die mit eurer Vorstellung identisch ist?

Edmond Maire: Nein! Es gibt innerhalb der Sozialistischen Partei keine nennenswerte Strömung, die sich mit dem deckt, was die CFDT will und macht. Dafür gibt es im wesentlichen zwei Gründe. Der erste ist, daß die Mitglieder der CFDT, wenn sie der Sozialistischen Partei beitreten, dies völlig frei tun. Von Gewerkschaftsseite gibt es keinerlei Empfehlung. Das lehnen wir aus grundsätzlichen Überlegungen ab . . . Der zweite wesentliche Grund ist, daß die Sozialistische Partei ihrerseits offen ist für Mitglieder aller französischen Gewerkschaftsorganisationen. Von den gewerkschaftlich organisierten Parteimitgliedern kommen zwar die meisten von der CFDT, aber auch sehr viele von der FEN (Fédération de l'Education Nationale), von FO (Force ouvrière), sogar von der CGT, wobei das nicht immer Kollegen mit hohen Gewerkschaftsfunktionen sind. Die Sozialistische Partei ist also ein Sammelbecken von Mitgliedern der verschiedenen Gewerkschaftsorganisationen und spiegelt die Spaltung der französischen Gewerkschaftsbewegung wider. Sie ist wohl die einzige Partei, in der es so viele Gewerkschafter gibt.

Auf dem Niveau ihrer Texte, ihrer Verlautbarungen, der Erklärungen ihrer Führer ist die Sozialistische Partei dem autogestionären Sozialismus verpflichtet. Das bedeutet aber nicht, daß ihre Optik dieselbe wie die unsrige ist. Aber es gibt einen gemeinsamen Ansatz, und das ist schon etwas wert.

Die Sozialistische Partei ist kein homogener Block. Sie wird von Leuten gebildet, die verschiedene soziale und politische Erfahrungen mitbringen, die unterschiedliche Verantwortlichkeiten haben. Die einen hängen mehr dem Einheitsfront-Gedanken an und kümmern sich weniger um programmatische Zielsetzungen. Wichtig für sie ist, links zu sein; und die beste Art, eine linke Politik zu betreiben, ist für sie die enge Zusammenarbeit und das Bündnis mit der KP. Andere wiederum, vor allem Abgeordnete in den verschiedenen Parlamenten, wollen mehr Rücksicht auf die Teile des traditionellen sozialdemokratischen Wählerpotentials nehmen, die die neue Bündnis-Linie der Partei nicht nachvollziehen möchten. Schließlich gibt es einen gewissen Typ von Mitgliedern, in der Regel Arbeiter, die in der politischen Partei eine Zuflucht vor den Schwierigkeiten in der Gewerkschaft suchen. Denn in der Gewerkschaft muß man eben verhandeln, Kompromisse schließen, dort kann man nicht auf den Tag X warten, an dem sich die gesellschaftlichen Verhältnisse ändern werden. Das Problem der Zukunft wird nun sein, ob die Sozialistische Partei 1978 in der Lage ist,

mit Bestimmtheit eine autogestionäre Linie zu vertreten, also entschieden erneuernd zu wirken, und dabei gleichzeitig zu verhindern, in verschiedene Richtungen auseinanderzufallen. Da wird es sicherlich Schwierigkeiten geben.
Eine völlige Übereinstimmung von CFDT und Sozialistischer Partei gibt es also nicht. Und das ist sehr gut so für uns. Wir lehnen solche starren Bindungen auch ab, weil nach unserer Ansicht der Sozialismus in Frankreich nur siegen kann, wenn die Gewerkschaftsbewegung völlig selbständig ist. Gewerkschaften und Parteien müssen erst einmal autonom handeln, was Gemeinsamkeiten nicht ausschließt. Selbstverständlich werden wir als Gewerkschafter versuchen, unsere Perspektiven durchzusetzen. Eine Partei wie die Sozialistische Partei wird davon gewisse Elemente berücksichtigen, andere aber eher ablehnen. Dagegen ist auch gar nichts einzuwenden, denn wenn die Sozialistische Partei ganz und gar einer einzigen Gewerkschaft verpflichtet wäre, dann müßte sie einen Teil ihrer Wählerschaft abschreiben. So bemühen wir uns, offen und in aller Freiheit auf das *gesamte* politische Feld der Linken einzuwirken; das heißt: genauso auf die Sozialistische wie auf die Kommunistische Partei.

Frage: Als es nach dem Wahlsieg der Volksfront 1936 zu den großen Massenstreiks kam, empfand Léon Blum dies wie eine Ohrfeige. In Annecy hast du diese Haltung Blums als einen Fehler bezeichnet, den eine künftige Linksregierung nicht machen dürfe. Aber wäre das Entstehen einer Massenbewegung, eine Zuspitzung der sozialen Kämpfe, die die CFDT für wahrscheinlich und wünschenswert hält, für Mitterand und Marchais nicht auch eine Ohrfeige?

Edmond Maire: Das ist nicht das gleiche. Das hängt von der Politik ab, die sie tatsächlich machen. Das kann natürlich eintreten. Aber man muß auch bedenken, daß Mitterand und Marchais gegenüber Léon Blum aus der Geschichte gelernt haben. Sie wissen, was sich 1936 und zwischen 45 und 47 ereignet hat. Ich denke da z. B. an die Streiks bei Renault. Außerdem sind sie gewarnt – von der CFDT. Wir sind der Überzeugung, daß sich eine Massenbewegung entwickeln muß. Diese Bewegung muß sich konzentrieren auf den Kampf gegen die Unternehmer und für die notwendigen unmittelbaren Umgestaltungen der Gesellschaft. Und diese Mobilisierung wird dann mit den Anstrengungen der Regierung übereinstimmen, wenn diese sich an ihre Versprechungen hält. Wenn die Regierung diese Massenbewegung als gegen sich gerichtet ansieht, dann stimmt da etwas nicht mehr. Wir haben jedenfalls gewarnt. Ob das ausreicht, weiß ich nicht.

Frage: Wenn die Linke in Frankreich 1978 an die Macht kommt, geschieht das nicht im luftleeren Raum. Es gibt den internationalen Kontext. 1936 sagte Marceau Pivert: »Tout est possible.« Wird auch 1978 alles möglich sein?

Edmond Maire: Wir sind uns durchaus der Tatsache bewußt, daß eine auf ein einziges Land beschränkte sozialistische Entwicklung große Schwierig-

keiten haben wird. Daher ist der Grad der Mobilisierung und des Klassenbewußtseins der Gewerkschafts- und Arbeiterorganisationen in den anderen Ländern sehr wichtig. Aber es gibt auch so etwas wie eine mitreißende Wirkung. Spürbare Fortschritte in Frankreich werden eine günstige Wirkung auf die Arbeiterbewegungen in den Nachbarländern haben, die dann nicht zulassen werden, daß ihre Regierungen eine feindselige Haltung gegenüber dem sozialistischen Frankreich einnehmen. Es wird sicher einen gewissen Spielraum geben. Aber wahr bleibt, daß man nicht isoliert in einem Land die Arbeitsbedingungen der Menschen von Grund auf ändern kann, wenn ringsherum alles beim Alten bleibt.

Es gibt hier ein Problem, das wir in der CFDT diskutieren, von dem ich nicht weiß, ob es euch in der BRD viel Freude macht: wird es möglich sein, die Grenzen völlig offen zu lassen? Die westlichen Länder sind von der Alternative des Alles oder Nichts beherrscht: Entweder völlige Öffnung der Grenzen für alles und jeden oder totale Schließung und Autarkie. Ich glaube, weder das eine noch das andere ist das beste Mittel, um die französische Entwicklung nach 1978 zu schützen und zu fördern. Man kann die Grenzen nicht dichtmachen, das ist ein Unding. Es ist eine Tatsache, daß Frankreich nicht aus der internationalen Arbeitsteilung ausscheren kann; in der hochentwickelten Technologie ist bisweilen eine internationale Kooperation notwendig, weil die nationalen Möglichkeiten nicht ausreichen. Es ist aber nun typisch für die kapitalistische Ideologie, daß aus dieser objektiven Notwendigkeit die zwangsläufige Unterwerfung unter die beherrschenden kapitalistischen Kräfte und das unvermeidbare Scheitern jeder sozialistischen Entwicklung neuen Typs abgeleitet wird. Angesichts der Kräfteverhältnisse in der Welt würde die totale Öffnung des französischen Marktes unweigerlich zur Beherrschung der nationalen Wirtschaft durch multinationale Firmen und den US-Imperialismus – um nur diesen zu nennen – führen. Wir werden nicht zulassen können, daß durch Devisenspekulation und gezielte Sabotage unsere sozialistische Entwicklung von außen in Frage gestellt wird. Es wäre also ebenfalls ein Unding, diejenigen im Lande wirken zu lassen, die unsere Entwicklung kaputtmachen wollen. Man kann nicht im eigenen Land gegen den kapitalistischen Liberalismus kämpfen und gleichzeitig meinen, daß der internationale Liberalismus völlig unangetastet bleiben soll.

Unsere wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Nachbarländern muß einen völlig neuen Charakter bekommen. An die Stelle des »freien« internationalen Wettbewerbs müssen genau definierte Kooperationsverträge treten, die langfristig unseren objektiven Notwendigkeiten Rechnung tragen.

Das Gespräch wurde am 27. August 1976 im Haus der CFDT in Paris geführt.

Hanser verlegt:

Max Fürst
Talisman Scheherezade
Die schwierigen zwanziger Jahre.

Leinen DM 34.–

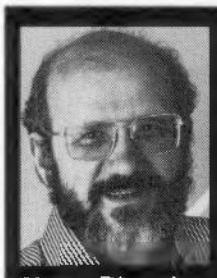
Der Autor von ›Gefilte Fisch‹ erzählt weiter. Im zweiten Teil seiner Erinnerungen schildert er auf ebenso unaufdringliche wie genaue Art seine Berliner Zeit. Die »goldenen 20er Jahre« verfärben sich in seiner Lebensgeschichte. Für Fürst ist es die Zeit der Arbeitslosigkeit und der politischen Kämpfe, aber auch der Solidarität.

S.Hermlin (Hg.)
Deutsches Lesebuch
Von Luther bis Liebknecht.

Ln. DM 29.80

Das ›Deutsche Lesebuch‹ ist ein Spiegel der deutschen Geschichte und des deutschen Charakters. Mit Luther beginnend, endet es mit Texten vom Beginn des 20. Jahrhunderts.

»Dieses ›Deutsche Lesebuch‹ ist das seltene Beispiel der vollkommenen Identifikation eines Herausgebers mit den von ihm ausgewählten Texten.«
›Süddeutsche Zeitung‹



Horst Bienek
Gleiwitzer Kindheit
Gedichte aus 20 Jahren.

Ln DM 19.80

Klaus Stiller
Die Faschisten
Italienische Novellen. 116 Seiten. Englische Broschur DM 18.–

Botho Strauß
Trilogie des Wiedersehens
Theaterstück. 128 Seiten. Engl. Broschur DM 18.–

Paul Wühr
Grüß Gott ihr Mütter ihr Väter ihr Töchter ihr Söhne
Gedichte. 80 Seiten. Engl. Broschur DM 16.80

L 76

Demokratie und Sozialismus

Politische und literarische Beiträge

Herausgeber:
Heinrich Böll, Günter Grass, Carola Stern
Redaktion: Heinrich Vormweg

HEFT NR. 1

3 Wochen nach Erscheinen bereits über 6000 Exemplare verkauft

aus dem Inhalt

Günter Grass, Als das Radieschen umbenannt werden sollte · *Dieter Lattmann*, Freiheit in der Bundesrepublik · *Walter Adler*, Preisrede · *Arthur Miller*, Das Jahr, in dem alles zerbrach *u. a.*

HEFT NR. 2
erscheint November

aus dem Inhalt

Günter Grass über die Situation nach den Wahlen · *Zdenek Mlynar* über das Aktionsprogramm der KPC von 1968 und sein Verhältnis zum westdeutschen Kommunismus · *Peter Bender* über die Bedeutung von Ideologie in Osteuropa · *Walter Haubrich* über die Sozialisten in *Spanien* · *u. a.*

L 76 erscheint 4 x jährlich und kostet im Abonnement 50,– DM, im Einzelbezug 15,– DM

EVA Europäische Verlagsanstalt
Postfach 210140
5000 Köln 21

Werner Herzog
Spanien: der Faschismus, die »Demokratische Opposition« und die revolutionäre Linke

Die Szene spielte sich in Vallecas ab, einem Arbeiterquartier im Osten Madrids, mitten im urbanistischen Chaos der spanischen Hauptstadt. Der Saal des »Gran Cine Paris« hatte sich zeitig gefüllt, und noch Hunderte begehrten vergebens Einlaß. Auf der Bühne saßen junge Politiker der Revolutionären Arbeiterfront ORT und Sympathisanten wie die Schauspielerin Lola Gaos. Über das Mikrophon und mit Lichtbildern erklärten sie den 2000 Zuhörern im Halbdunkel die Lebensweise in der Volksrepublik China. Sachlich erfuhren die Leute von Vallecas von der Organisation der Landwirtschaft, den Leistungen der Industrie, dem Erziehungswesen, von der Rolle der Frau; vernahmen, wie die Arbeiter in den Fabriken ihre Probleme diskutieren, und ließen sich die chinesische Staatsverfassung auseinanderlegen. Die Redner brauchten gar nicht zu Propagandaphrasen zu greifen, denn Enthusiasmus herrschte im Saal auch so. Harter und kurzer Applaus unterbrach jeden Redner. Ein Volk, wie das chinesische, das auf allen Gebieten die Initiative an sich reißt, ein solches Volk begeistert die Arbeiter von Vallecas. Ihr Interesse wurde auf Probleme gelenkt, die auch bei ihnen seit Jahren auf eine Lösung warten: die medizinische Versorgung ist ungenügend, das Schulgeld für die Kinder reißt Löcher in die schmalen Familien-Budgets und die Arbeiter müssen machtlos zusehen, wie neureiche Unternehmer mit ihren Wohnungen spekulieren . . . Ohne viel Pathos demonstrierten die Leute der Revolutionären Arbeiterfront, daß auch die Arbeiter von Vallecas ihre Probleme in die eigene Hand nehmen müssen.

Zur gleichen Zeit machten sich vor dem Kinogebäude etwa drei Dutzend Sicherheitspolizisten der »Policía Armada« mit Helm, Knüppel und Maschinenpistole zum Einsatz bereit. Mit einem Dutzend vergitterter Jeeps und einem Wasserwerfer hatten sie Stellung bezogen. Der Einsatz der »Grauen« aber war unnötig. Die Plakate »Con China Socialista« und die roten Flaggen wurden eingezogen, die 2000 Besucher zerstreuten sich ruhig.

Was in anderen Ländern Westeuropas zum Alltag gehört, ist für Spanien eine Errungenschaft, die zu Lebzeiten Francos ganz undenkbar war: Eine maoistische politische Organisation hatte in einem öffentlichen Lokal vor 2000 Personen ungehindert Propaganda machen können, die Polizei hatte ihre Flaggen nicht heruntergerissen, keine Teilnehmer verprügelt und niemanden verhaftet. Ein junger ORT-Militanter erklärte nach dem Treffen spontan: »Das neue Spanien ist wohl diejenige Nation Europas, in der das

Proletariat den stärksten Willen zur Überwindung der kapitalistischen Machtstrukturen zeigt und bereit ist, dafür auch auf die Barrikaden zu gehen.« Dies ist kaum übertrieben. Die Lage der meisten Arbeiter ist dermaßen schlecht geblieben, daß die objektiven Voraussetzungen für soziale, wirtschaftliche und auch politische Konflikte in großem Maße gegeben sind. In den Fabriken der Wohnviertel, in der Jugend- und Frauenbewegung sind in den vergangenen 12 Monaten erstaunliche Aktionen in Gang gekommen.
Die Revolutionäre Arbeiterfront ORT ist eine von den drei größeren linksrevolutionären Gruppen, welche diese Aktionen unterstützen. Wie viele progressive Bewegungen in Spanien hat sie ihren Ursprung in der Kirche. Sie entstand aus einem Arbeiterapostolat und verwandelte sich Ende der 60er Jahre in eine marxistische Partei mit maoistischer Linie. Ganz oben auf dem Parteiprogramm steht die »Diktatur des Proletariats über die Finanzoligarchie« und die Errichtung eines revolutionären Sozialismus. Die Partei agierte immer im Untergrund. Selbst heute ist die Zusammensetzung des ZK's nur wenigen bekannt. Die ORT trat vor dem Tode Francos vor allem im Landesnorden hervor. Sie organisierte den Generalstreik von Navarra (1973) und war an den drei Generalstreiks im Baskenland beteiligt (1974-76). Der Streik von Pamplona im Winter 1974/75 wurde von der ORT angeführt und mobilisierte die ganze Provinz Navarra. Der 30jährige ORT-Bergarbeiter Jesus Sanmartin schloß sich nach gescheiterten Tarifverhandlungen mit der Direktion der Kaliwerke Potasa 15 Tage lang zu einer Protestaktion mit 48 Kameraden in einer 250 Meter tiefen Grube ein. Aufläufe löste die Polizei mit Tränengas und Gummigeschossen auf. Die Priester ergriffen Partei für die Streikenden, predigten von der Kanzel die soziale Gerechtigkeit und prangerten die Gewalttätigkeit der Ordnungskräfte an. Und Bischof Méndez zahlte das Bußgeld von umgerechnet 25 000 Mark, welches die Regierung dem Priester Bernardo Maisterra wegen seiner »Angriffe auf die Grundprinzipien und Institutionen des Staates« auferlegte.

Der Repressionsapparat funktioniert: Polizei, Armee, Verwaltung

Trotz des neuen Versammlungsgesetzes, das halb-öffentliche Auftritte politischer Gruppen zuläßt, verfolgt die Regierung die revolutionären Parteien nach wie vor vehement.
Vier Angehörige der marxistisch-leninistischen Partei der Arbeit (PTE) wurden im Herbst 1976 wegen Verteilung von Parteipropaganda eingekerkert. Ähnliches passierte auch Kommunisten der PCE und selbst Mitgliedern der Sozialistischen Arbeiterpartei PSOE. Der PTE-Mann Nazario

Aguado darf die meisten seiner vorgesehenen Vorträge nicht halten. Bis zum Herbst 1976 war es noch schlimmer. Im Juli erschoß die Guardia Civil nahe der Stadt Alemía den 19-jährigen Javier Verdejo, als er »Brot, Friede und Arbeit« auf eine Hausmauer schreiben wollte und flüchtete. Im Frühling ließ der Polizeikommandant der baskischen Stadt Tolosa die 23jährige Amparo Arangoa (ORT) von ihrem Arbeitsplatz in der Fabrik weg verhaften und spitalreif schlagen. Amparo Arangoa hatte bei der Organisation eines Streiks mitgeholfen. In den acht Monaten nach dem Tode Francos kamen 30 Spanier aus politischen Gründen ums Leben. Die meisten erschoß die Polizei bei Manifestationen.

Trotz der langsamen Demokratisierung hat sich der Repressionsapparat des Franquismus zu halten versucht. Innenminister Martín Villa traut sich nicht, das Polizeikorps rigoros umzuwandeln. Seine Devise heißt: »Nicht entlassen, zur Demokratie umerziehen!« Vor allem die 63 000 Mann der Guardia Civil (Landpolizei) und die 30 000 Mann starke Policía Armada (Sicherheitspolizei in den Städten) haben eine so große Macht behalten, daß sie die politische Entwicklung gefährden. Im März 1976 erschossen Polizisten in der nordspanischen Stadt Vitoria vor einer Kirche 5 Arbeiter, just zu einem Zeitpunkt, als der zuständige Innenminister im Ausland war.

Offiziell ist die Guardia Civil dem Innenminister und die Policía Armada dem Generaldirektor für Sicherheit (und somit ebenfalls dem Innenministerium) unterstellt. In Wirklichkeit aber dominieren ultrarechte Generäle des Heeres diese beiden Ordnungskräfte. Die Guardia Civil, die Generaldirektion für Sicherheit (DGS) und die Armee beschäftigen zudem ihre eigenen »Aktionsgruppen« und Sicherheitsdienste. Das Machtzentrum der Ultras ist der Informations- und Sicherheitsdienst der Armee (SEIS), der der einzige ausländische Sicherheitsdienst mit direktem und dauerndem Kontakt zur CIA ist. Zu den Archiven des SEIS haben weder die Regierung noch der Regierungschef Zugang. Die Zahl der Telefone, welche der SEIS vor allem in Barcelona und Madrid abhört, wurde im Juni 1976 auf 10 000 geschätzt. Solange diese Sonderdienste der Streitkräfte und der Polizei nicht unter Kontrolle gebracht oder abgeschafft werden, bleiben die Ultras und ihr Repressionsapparat das größte Hindernis für die (auch nur kleinste) Demokratisierung.

Uneindeutiger als bei den Polizeikräften ist die Unterdrückung durch die Armee. In Aufbau und Funktion entsprechen die Streitkräfte allerdings nach wie vor der franquistischen »Tradition«, nach der die spanische Armee das eigene Land besetzt hält. Die gleichmäßige Aufteilung des Territoriums in neun Militärregionen mit je einem Generalkapitän an der Spitze und die nur sehr beschränkte Zusammenarbeit der drei Waffengattungen deuten an, daß die Franco-treuen Organisatoren der Streitkräfte weniger an die Bekämpfung eines Feindes von außen als an die Ordnung im Landesinnern

dachten. Und bis heute gibt es in der Armeespitze eine faschistische Minderheit, die einen unverändert harten Kurs vertritt. Zu dieser Minderheit gehören der Guardia Civil-Chef Angel Campano und die Generalkapitäne Teix Planas, Merry Gordon und Prada Canillas. Obwohl man dem keine zu große Bedeutung zumessen darf, ist nicht zu vergessen, daß von den 87 Generälen und Admiralen in den höchsten Rängen (Brigadegeneral und höher) nur zwei den spanischen Bürgerkrieg nicht auf der Seite der Nationalisten mitgemacht haben.
Ein weiterer repressiver Faktor sind die Zivilgouverneure in den 50 Provinzen des Landes. Diese Zivilgouverneure sind gleichzeitig Provinzchefs der immer noch nicht aufgelösten Einheitspartei »Movimiento« und werden vom Innenminister ernannt. Sie sind zuständig für die Aufrechterhaltung der Ordnung in ihrem Territorium und befehligen die Guardia Civil. Der Zivilgouverneur entscheidet, welche Versammlungen erlaubt und welche untersagt sind. Die Repression hält vor allem im Baskenland unvermindert an. Mehrere Dorfverwaltungen in der Provinz Guipuzcoa traten im Herbst 1976 zurück, weil die Polizeikräfte ihre Anweisungen nicht befolgten und der Zivilgouverneur nicht einschritt. In den meisten Fällen stammen die Zivilgouverneure nicht aus der Provinz, der sie vorstehen. Ende August versammelte Premierminister Suarez sämtliche 50 Provinzchefs und besprach mit ihnen die Strategie der Vorwahlzeit. Offiziell wurde über die Abmachungen nichts bekannt. Es ist aber anzunehmen, daß linksextreme Gruppen bis zur Wahl schonungslos verfolgt und die Kommunisten nur toleriert werden, wenn sie nicht unter ihrem Parteinamen Propaganda betreiben.

Brüche im Franquismus und Widerstand der Demokraten

Ist es den demokratischen Kräften möglich, die anhaltende Unterdrückung in einer revolutionären Aktion zu beseitigen? Oder müssen sie sich darauf beschränken, in einem Kampf um jede Parzelle ihren Spielraum auszuweiten, und erst objektive Bedingungen für eine Überwindung des spanischen Kapitalismus schaffen? Oder ist selbst das unmöglich?
Eine Reihe von Ereignissen, die teils schon vor dem Tode Francos begannen, weisen darauf hin, daß eine Veränderung in Gang gekommen ist, welche mindestens die erste Phase, die Eroberung und Ausübung der bürgerlichen Freiheiten ermöglichen müßte. Die wirtschaftliche Krise und die politische Machtübergabe an Juan Carlos haben zu Widersprüchen innerhalb der autoritären Machtverwaltungen geführt und zwingen diese zu immer größeren Anpassungsmanövern. In den Streitkräften werden die Falken mehr und mehr aus den Schlüsselposten verdrängt. Dies ist eine höchstpersönliche Operation des Königs. Nach vorsichtigem und erfolgrei-

chem Lavieren hat er zwei liberale Männer auf einflußreiche Posten gebracht. General Vega Rodríguez ist Chef der strategisch entscheidenden Militärregion Madrid und General Gutiérrez Mellado hat in der Regierung den Ultra de Santiago als Vizepremier für Verteidigungsfragen abgelöst. Die beiden führen die liberale Gruppe in der Armee an, die vor allem bei den Hauptleuten, die den Bürgerkrieg nicht erlebt haben, steigendes Ansehen genießt.

Das Armeemotto »Für Franco und auch für Juan Carlos«, das die Krise beim Tode des Diktators überwinden half, hat keine Zukunft. Juan Carlos bedeutet eine neue Etappe. Das Machtgeflecht der Falken wird durch die Neuberufungen dünner. In der Armee ist zudem mit einer Mehrheit von flexiblen, »professionellen« Generälen zu rechnen, welche in erster Linie ihren Posten und die damit verbundenen Privilegien nicht verlieren wollen (hohe Renten, Vergünstigungen vom Lebensmitteleinkauf bis zum Spitalaufenthalt). Diese Mehrheit ist zwar eindeutig antikommunistisch, unterstützt aber das evolutionistische Experiment des Königs. In der Aussprache, welche Regierungschef Suarez im September mit der Armeespitze über seine – potentiell – demokratischen, bürgerlich-konservativen Reformvorhaben führte, soll von einem Dutzend anwesenden Generälen nur einer Einwendungen gemacht haben. Angesichts dieser Lage kann man annehmen, daß die Armee nur dann intervenieren wird, wenn dem König und der Regierung die Kontrolle über die politische Entwicklung entgleitet und eine revolutionäre Stimmung aufkommt. Auch dann wird sich die Armee noch lange zurückhalten. Bei einem Putschversuch träte die Uneinigkeit in ihren Rängen sofort ans Tageslicht. Eine große Anzahl von jüngeren Truppenkommandanten würde sich einem Rechtsputsch etwa zur Verhinderung von freien Wahlen mit Sicherheit offen widersetzen.

Auch in den Schaltstellen der Großbanken ist in den letzten Monaten ein Tauwetter aufgekommen. Bis zum Tode Francos war das Bankkapital eine sichere Stütze für die Reaktion. Franco selbst hatte mit dem Verbot der Gründung von neuen Banken dem alteingesessenen Kapital von 1938 bis 1962 totalen Spielraum für Expansion und Bereicherung gelassen. Und bis heute gilt das Gesetz, daß ausländische Banken in Spanien keine Filialen eröffnen dürfen. Die »sieben Großen« des Landes (die Hispano-Americano, Central, Banesto, Popular, Bilbao, Vizcaya und die Banco de Santander) haben selber Industriebanken gegründet und beherrschen das schwache einheimische Industriekapital. Die beinahe unheimliche Expansion hat aber den franquistischen Isolationismus gerade in Frage gestellt. Die Banken wollen in ausländische Finanzmärkte eindringen. Junge Technokraten haben die franquistischen Kapitalherren von Generaldirektorenstühlen auf Verwaltungsratsposten abgeschoben. Die Annäherung an Europa ist zwar kein Lieblingsthema der Altbankiers. Ihren Zwecken dienliche Liberalisie-

rungen wollen und können sie aber nicht mehr verhindern. Denn sie sind ein Resultat der verschärften Konkurrenz im Landesinnern. Glaubte man beim Tode Francos, die Großbanken würden sich zusammenschließen und jede effektive Demokratisierung zu unterbinden suchen, so mußte man im Herbst 1976 feststellen, daß das Bankkapital den Reformplan von Suárez tolerierte und eine zwar leicht verunsicherte, aber abwartende Haltung einnahm. »Solange die Entwicklung nicht auf extreme Positionen zusteuert, werden die Großbanken bei den rechten Generälen nicht um Hilfe anklopfen, dies stimmt mich optimistisch«, erklärte ein Finanzfachmann, bei einem Gespräch u. a. über die Ausübung der demokratischen Grundfreiheiten.

Von den nicht ins System integrierten Kräften ist es – neben der politischen Opposition – zweifellos die Presse, welche die Reaktionäre am meisten zur Anpassung an die neue Zeit gezwungen hat. Seit der Abschaffung der Vorzensur durch Fraga Iribarne im Jahre 1966 ist die Tagespresse – zuerst zaghaft, dann immer resoluter – in den neuen Freiraum vorgestoßen. Ab 1974 verstärkten die Wochenzeitschriften (*Cambio 16, Triunfo, Cuadernos para el Diálogo*, etc.) »den Kampf um die Wahrheit«. Dutzende Male wurden sie beschlagnahmt. Die unabhängige Presse wurde dennoch das »papierene Parlament« genannt. Es gelang ihr, als »4. Macht« das Volk bereits in in der Ära Francos über die Manipulationen des Regimes aufzuklären.

Ein Beispiel: Regierungschef Arias behauptete, die Meinung, es gäbe zwischen dem offiziellen und dem wirklichen Spanien einen Unterschied, sei Demagogie von »interessierten Kreisen«. *Cambio 16* ließ dazu eine Meinungsumfrage durchführen und widerlegte den franquistischen Bürokraten Arias mit den Umfrageergebnissen schwarz auf weiß. Schon die Tatsache, daß *Cambio 16* die Wahrheit berichten durfte, empfanden die Menschen damals als aufregend. Im Frühling 1976 gesellte sich das liberale Madrider Blatt *El País* der Kampfpresse hinzu. Heute ist der Durchbruch allgemein gelungen. Alle politischen Gruppen, auch die baskischen Nationalisten der ETA, können ihre Stimme hörbar machen: die Presse ist der Spiegel des wirklichen Spaniens geworden. Die Tatsache, daß etwa *Cambio 16* das Francoregime offen eine »Diktatur« nennen konnte und nach unaufgeklärten Bombenattentaten eine genaue Untersuchung vornahm und anschließend die Polizei der Tat verdächtigte, zeigt an, daß ein Teil der Presse sich auf allgemein westeuropäischem Niveau bewegt. Selbst die Unterwanderung des staatlich kontrollierten Rundfunks und Fernsehens durch oppositionelle Redakteure beginnt erste Früchte zu tragen. War es im Frühjahr 1976 noch eine kleine Sensation, als die Sozialistische Arbeiterpartei im Fernsehen ohne das Beiwort »illegal« erwähnt wurde, informieren heute die Nachrichtensprecher detailliert über die Aktivitäten der linken Demokratischen Koordination. Solche Veränderungen helfen mit, das Bewußtsein vor

allem der weiten Bevölkerungsschichten zu entwickeln, die die politische Tagespresse nicht lesen. Die Beteuerung der fortschreitenden »Europäisierung« Spaniens zwingt die Regierung, ob sie will oder nicht, zu wenigstens kleinen Demokratiebeweisen.

Der Zusammenschluß der Linken: die »Demokratische Koordination«

Die Regierung kann auch nicht mehr umhin, ihren politischen Gegner, die linke Opposition, zu akzeptieren. Arias versuchte es mit Scheinzugeständnissen und scheiterte. Sein Nachfolger Suárez hat diese Opposition noch nicht als Einheitsorganisation anerkannt, setzte sich aber immerhin mit ihren wichtigsten Vertretern (die Kommunisten ausgenommen) an einen Tisch. Dies verwundert nicht. Denn inzwischen ist der Dachverband der linken Opposition ein mächtiger, wenn auch aus sehr verschiedenen politischen Gruppen zusammengesetzter Gegenspieler.
Diese politische Heterogenität kam im September 1976 im Madrider Hotel Eurobuilding zum Ausdruck. Erstmals versammelten sich Vertreter der Demokratischen Koordination zusammen mit den oppositionellen Gruppen der einzelnen Regionen und arbeiteten ein gemeinsames Grundsatzprogramm aus. Am Tisch der 96 Delegierten saßen zwei Abgesandte der erst kurz vorher gegründeten »Assemblea Democrática« von der kleinen Mittelmeerinsel Ibiza, unweit davon sprach der PSOE-Sozialist Enrique Múgica im Namen einer Partei mit 80jähriger Tradition, die im ganzen Land vertreten ist. Und der Rechtsanwalt Antonio García Trevijano vertrat eine »unabhängige Gruppe«, der kaum mehr als einige Dutzend Persönlichkeiten angehören. Der Einigungsprozeß der spanischen Linken hat zu einem nur noch schwer durchschaubaren Gemisch von historisch verwurzelten Parteien, in den letzten Francojahren entstandenen Gruppen und regionalen Vereinigungen geführt. *Die Stärke dieser Linken – ihr breites ideologisches Spektrum – könnte zu ihrer Schwäche werden.* Wie verlief ihr Werdegang?
Das Zusammenrücken der Linken beginnt mit einem Überraschungscoup. Am 30. Juli 1974 kündigten im Pariser Hotel Continental der KP-Generalsekretär Santiago Carrillo und der Monarchist Rafael Calvo Serer der Presse die Gründung einer oppositionellen »Junta Democrática« an. Der Zweck dieser Junta sollte die »Förderung und Garantie der Wiedereinführung der Demokratie in Spanien« sein. Die Junta sollte bestehen bleiben, bis freie Wahlen stattgefunden und eine demokratisch legitimierte Regierung ihre Arbeit aufgenommen haben. Dieser Erklärung fügten die beiden Wortführer gleich ein Zwölfpunkteprogramm hinzu, das den Weg in die Demokratie festlegen sollte.

Die Überraschung war nicht der *Zeitpunkt* der Ankündigung: Franco schien dem Ende nahe. Die Überraschung bei der Pariser Pressekonferenz war der Mann neben Santiago Carrillo. Rafael Calvo Serer war und ist ein glühender Anhänger des Opus Dei, ein Mann, der von der Rechten kommt und in den vierziger Jahren an der Franco-Ideologie mitbastelte, ehe er in den Kronrat des liberalen Don Juan, des Vaters von König Juan Carlos, eintrat. Calvo Serer vertrat nur sich, sonst niemanden.

Wieso saß neben Carrillo kein Sozialist? Im Verlaufe von Wochen sollte sich klären, warum die sozialistische Arbeiterpartei PSOE der Junta nicht beigetreten war. Die Kommunisten hatten sie mehrere Male darum gebeten. Als Grund ihrer Ablehnung gaben die PSOE-Politiker an, daß sie zwar Bündnissen nicht abgeneigt seien, solche aber nur mit Parteien und nicht mit einzelnen und nicht repräsentativen Persönlichkeiten eingingen. Der wirkliche Grund aber lag anderswo. Die Sozialisten mußten einsehen, daß die KP durch ihre jahrelange Arbeit an der Basis einen entscheidenden Organisationsvorsprung gewonnen hatte. In den Nachbarschaftsvereinen, in Jugendbewegungen und anderen Massenorganisationen hatte die PSOE fast keine Vertreter. Ihre Kader waren 1974 noch sehr klein. Erst vier Jahre vorher hatte sie sich schließlich vom historischen Parteiflügel im Exil getrennt und ihre Aufbauarbeit im Inneren begonnen. Die KP dagegen hatte von Anfang an, auch wenn sie anderes behauptete, ein starkes Übergewicht in der Junta und drohte die PSOE zu erdrücken. Die Frage der Hegemonie innerhalb der Opposition sollte den beiden Parteien noch unnötige Rivalitäten und Konflikte bringen.

Die Gründung der Junta entsprach einer langgepflegten Strategie der KP. Schon 1970 schlug die Partei einen »Freiheitspakt« aller demokratischen Kräfte zum Sturz des Franco-Regimes vor. Diesem Pakt sollten sich auch bürgerliche Parteien anschließen. Der Tod von Carrero Blanco im Dezember 1973 beschleunigte die Verwirklichung der KP-Pläne. Die Parteistrategen kalkulierten 1974 allerdings falsch. Sie glaubten, das Francoregime würde nach der Entmachtung oder dem Tod des Diktators in kurzer Frist zusammenbrechen und der Übergang zur Demokratie könne durch einen so raschen Bruch erfolgen, daß Juan Carlos gar nicht dazu käme, die Macht auszuüben. Eine provisorische Regierung der Demokraten sollte das entstehende Machtvakuum ausfüllen und neben einer breiten Oppositionsfront sollte in dieser »Makrooperation« die Armee mitwirken.

Das Zwölfpunkte-Programm war gemäßigt gehalten, damit es auch von einer aufgeschlossenen Bourgeoisie akzeptiert werden konnte. Die wichtigsten Forderungen der Junta waren die Meinungs- und Gewerkschaftsfreiheit, das Versammlungs-, Demonstrations- und Streikrecht und die totale Amnestie für politische Häftlinge. Im institutionellen Bereich verlangten Carrillo und Serer die Einsetzung einer provisorischen Regierung und – nach zwölf bis 18 Monaten Übergangszeit – freie und direkte Volkswahlen zur Errichtung eines Parlaments und Entscheidung über die künftige Staatsform. Die Frage der politischen Zukunft der Nationalitäten und Regionen Spaniens war ebenfalls mit Mäßigung angegangen worden. Im Punkt neun des Programms verteidigte die Junta bei gleichzeitiger Respektierung der Rechte der Katalanen, Basken und Galizier und »aller Regionen, die diese in demokratischer Weise forderten«, das Prinzip des Einheitsstaates. Die zurückhaltende Formulierung dieses sehr heiklen Punktes sollte der Junta bei den weiteren Einigungsbestrebungen noch erhebliche Schwierigkeiten bringen.

Die Prognosen der KP erfüllten sich nicht. Franco erholte sich, die Armee rührte sich nicht, ein Bruch mit dem Regime schien nicht bevorzustehen. Der Freiheitspakt hatte zu einem Bündnis geführt, das bei weitem nicht so

breit war, wie die Kommunisten gehofft hatten. Eingestiegen waren vorerst die Volkssozialisten von Tierno Galván (was die Rivalen der PSOE ärgerte), die kleine sozialistische Allianz von Kastilien (ASC) und wenige unabhängige Persönlichkeiten wie etwa der Rechtsanwalt García Trevijano. Im März 1975 gesellte sich die Partei der Arbeit (PTE) dazu. Ein PTE-Politiker erklärte zum späten Eintritt in die Junta: »Die KP ließ uns fünf Monate lang warten. Sie wollte keine Konkurrenz von links. Was sie suchte, war ein Anbau nach rechts.« In der Junta fehlten die PSOE-Sozialisten, die Christdemokraten von Ruiz Giménez (ID) und auch die Linksextremen der Kommunistischen Bewegung MC und der Revolutionären Arbeiterfront ORT. Die ORT hatte abgesagt, weil die Junta weder die Monarchie noch den franquistischen Zentralismus ausdrücklich bekämpfte.

Trotz ihrer bescheidenen Reichweite wuchs die neue Allianz rasch. Im Frühling 1975 wirkten in vielen Landesgegenden bereits Untergruppen. In Vororten von Industriestädten wie Madrid arbeiteten Junta-Vertreter in Nachbarschaftsvereinen. Juntas wurden in freiberuflichen Organisationen (Anwaltskammern, etc.), in Spitälern, in Schulen und selbst in öffentlichen Syndikaten und in fünf Ministerien gegründet. Unablässig warb der parteilose Sozialist José Vidal Beneyto, der zu einem der wichtigsten Köpfe des Bündnisses avancieren sollte, für den Ausbau der Junta. Die Presse begann von einer »sogenannten« oder einer »illegalen« Junta zu berichten, als deren Vertreter bereits internationale Kontakte geknüpft hatten. Vidal Beneyto und Calvo Serer sprachen beim Europarat in Straßburg, in der EG und bei Kongreßmitgliedern in Washington vor. Beim Gespräch in Washington sollen sie für den Fall einer Unterstützung durch amerikanische Regierungskreise nichts weniger als die Beibehaltung der US-Stützpunkte in Spanien versprochen haben.

Es dauerte beinahe ein Jahr, bis die Sozialisten der PSOE eine Antwort auf die kommunistische Initiative bereit hatten. Im Sommer 1975 erfuhr die Öffentlichkeit von der Gründung der »Plattform der Demokratischen Konvergenz«. In einem Sechspunkte-Manifest erklärten die Unterzeichner, daß sich diese Plattform der von der Demokratischen Junta vorgesehenen Weiterführung des Regimes unter dem Deckmantel der Monarchie widersetze und die Souveränität des Volkes nach dem Bruch mit dem alten Regime durch freie Wahlen zum Ausdruck kommen müsse. Mehrere Forderungen (Gewährung der demokratischen Freiheiten, etc.) hatte bereits die Junta gestellt. Aber anders als die kommunistisch inspirierte Junta verlangte die »Demokratische Konvergenz« eine föderalistische Staatsstruktur. Dies bewog die linken Revolutionäre der ORT und der MC zum Eintritt in das neue Bündnis. Elf Gruppen unterzeichneten das Programm. Das politische Spektrum reichte von den Linksrevolutionären (ORT, MC) über die linkssozialistischen Karlisten, die Sozialisten der PSOE und ihrer

Gewerkschaft UGT und die kleine Gruppe der Sozialdemokraten (USDE) bis zu den fortschrittlichen Christdemokraten um Ruiz Giménez. Bestimmend in der »Demokratischen Konvergenz« sollte das Tandem PSOE – Christdemokraten werden. Die guten Beziehungen zwischen diesen beiden Parteien waren nicht nur taktischer Natur, sondern mehrere wichtige PSOE-Mitglieder kommen aus der Umgebung des allseits respektierten Rechtsprofessors Ruiz Giménez.

Die stille Konkurrenz der beiden linken Allianzen, der »Demokratischen Junta« und der »Demokratischen Konvergenz«, hätte wahrscheinlich längere Zeit angedauert, wenn nicht äußere Einflüsse zur *Einigung* getrieben hätten. Die Repression des Franquismus verschärfte sich im Herbst 1975 extrem. Beim Durchlesen des »Antiterrorismusgesetzes« vom August 1975 glaubte man sich in die Jahre nach dem Bürgerkrieg zurückversetzt. Selbst die Presse wurde wieder geknebelt. Die elf Todesurteile und die fünf Exekutionen von linken Freiheitskämpfern mobilisierten ganz Europa und selbst den Papst. Im September veröffentlichten die Junta und die Demokratische Konvergenz erstmals ein gemeinsames Kommunique. Die Opposition rief zu friedlichen Massenkundgebungen auf und versprach, Anstrengungen zur Einigung und zur Schaffung einer »demokratischen Koalition« zu unternehmen. Bald darauf einigten sich die beiden Gruppen auf erste gemeinsame Programmpunkte. Ende Oktober gelangten sie mit einem Flugblatt an die »Völker Spaniens«. Bereits dieser Titel verriet, daß die KP in der Frage des Föderalismus nachgegeben hatte. Die politischen Rechte der verschiedenen Nationalitäten wurden von nun an ausdrücklich anerkannt.

Nach dem Tode Francos kamen die Junta und die Demokratische Konvergenz in ihrem Einigungsbestreben monatelang nicht voran. Erst die Streikwelle im Januar 1976 brachte die Kommunisten und die Sozialisten wieder an einen Tisch. In diesen Streiks zeigte sich erneut, daß die Sozialisten und ihre UGT-Gewerkschaft zur Mobilisierung der Massen nur unwesentlich beisteuern konnten und beinahe die gesamte Initiative den Arbeiterkommissionen überlassen mußten. Die Sozialisten wurden von den Streiks förmlich getragen. Die PSOE begann sich die Einigung ernsthafter zu überlegen.

Der endgültige Auslöser zur Einigung war ohne Zweifel das Polizeiattentat gegen streikende Arbeiter in Vitoria Anfang März 1976: Ende März standen die Statuten der *Demokratischen Koordination*. Die KP hatte eingewilligt, die unabhängigen Persönlichkeiten, wie es von den Sozialisten verlangt wurde, in einer »Gruppe der Unabhängigen« zusammenzufassen. Unter den 15 teilnehmenden Gruppen sollten die »Unabhängigen« nur eine Stimme erhalten. In der Frage der Monarchie machten beide Lager Konzessionen. Das gemeinsame Programm griff die fehlende Legitimierung von Juan Carlos nicht direkt an. Das Problem der Staatsform rückte vor dringenderen Problemen in den Hintergrund. Das linke Zweckbündnis soll nach der Einführung der demokratischen Grundfreiheiten für alle Spanier, einer Amnestie für alle

politischen Häftlinge und nach Arbeitsbeginn eines frei gewählten Parlaments wieder aufgelöst werden.

Das gemeinsame Programm, »die einzige friedliche Möglichkeit zur Errichtung eines demokratischen Staatswesens«, konnte aber gar nicht verkündet werden. An jenem 29. März verhaftete die Polizei die Linkspolitiker, die eben dies versuchten und bereits die Presse geladen hatten. Die Demokratische Koordination war für die Regierung Arias eine zu große Herausforderung. *Die Einigung der Kommunisten mit den Sozialisten, das war genau, was sie befürchtet hatte und verhindern mußte.* Die unterschiedliche Behandlung der sechs Verhafteten zeigte diese Absicht der Regierung deutlich an: Während die Sozialisten Morodo und Solana und der Unabhängige García Trevijano nach wenigen Stunden Verhörs freigelassen wurden, hat man die drei Vertreter der Kommunisten und Linksrevolutionäre (unter ihnen Gewerkschaftsführer Marcelino Camacho) ins Gefängnis gesteckt.
Die Demokratische Koordination buchte dennoch Erfolge. Die Forderung nach Zulassung aller Parteien beantworteten die Franquisten im Ständeparlament vorerst mit dem Verbot aller Gruppierungen, die einer »internationalen Disziplin« unterstehen und »totalitäre« Absichten hegen, also der Kommunisten und Linksrevolutionäre. Mehr wollte Arias nicht zugestehen. Auch Kontakte zu linken Demokraten kamen für ihn nicht in Frage. Drei Wochen nach dem Entscheid des Ständeparlaments setzte Juan Carlos ihn ab. Am 1. Juli war die erste Phase nach Francos Tod, die »Demokratisierung« Spaniens durch die Franquisten, zu Ende. Zum Sturz von Arias hatte die geschlossene Front der Demokratischen Koordination nicht wenig beigetragen.
Ihr Erfolg in der zweiten Etappe, die zur »ausgehandelten Demokratisierung« werden soll, ist noch ungewiß. Das linke Bündnis wuchs im Sommer weiter an. In den Regionen, die politische Autonomie fordern, hatten sich ebenfalls Linskoalitionen gebildet und suchten Anschluß an die Demokratische Koordination. Im Madrider Treffen vom September waren erstmals linke Allianzen von Valencia (Taula), Katalonien (Assemblea) und Galizien (Taboa und Consello) anwesend. Als Beobachter nahmen Vertreter der noch nicht integrierten Sozialistischen Föderation (FPS) und der christdemokratischen Föderation von Gil Robles (FPD) teil. Später näherten sich auch liberale Gruppen der Demokratischen Koordination an. Die Liberalen hatten sich schon vor dem Tode Francos in die Opposition begeben und verlangten ebenfalls einen Bruch mit dessen autoritären Institutionen. Mit ihrer Forderung der Bürgerfreiheiten wollten sie sich für den fortschrittlichen Mittelstand politisch attraktiv machen.
Das Madrider Treffen zeigte, daß die Ausweitung der demokratischen Einheitsfront auch Nachteile mit sich brachte. Das Regionenproblem brachte der Demokratischen Koordination einen Rückschlag. Wichtige

baskische Gruppen waren zu Hause geblieben und der katalanische »Conseil de Forces Politiques« beharrte sogar darauf, die Regionenfrage direkt mit der Regierung auszuhandeln. Die Ungeduld der Autonomisten, die ihre Probleme gleichzeitig mit freien Wahlen lösen wollten, erschwerte eine einheitliche Stellungnahme der Demokratischen Koordination. Zweitens erhob sich die Frage nach der Art der Verhandlungen mit der Regierung Suárez. Wer genau sollte mit Suárez sprechen und worüber sollte verhandelt werden? Die »96 von Madrid« lösten das Problem nach der Meinung vieler Beobachter erheblich zu langsam. Die Regierung machte sich diese Zeit zunutze und lancierte eine Gegenoffensive. Die Linksrevolutionäre zogen sich angesichts dieser Schwerfälligkeit der »Koordination« auf eine Position des »Nichtverhandelns« zurück.
Immerhin aber bewahrheitete sich die Prognose nicht, daß die Demokratische Koordination nach der Ankündigung von freien Wahlen, wie sie die Reformpläne von Suárez versprechen, auseinanderfalle. Und trotz aller inneren Schwierigkeiten bleiben in diesem linken, durch die Franco-Repression allmählich zusammengewachsenen Bündnis ideologisch so unterschiedliche Gruppen wie die Maoisten, die KP, die Sozialisten, die Sozialdemokraten und die Christdemokraten vereinigt.

Die Parteien und das Volk

Was hält nun das Volk von den linken Oppositionsparteien und ihrer Demokratischen Koordination? Steht der »kleine Mann auf der Straße« hinter ihnen, diskutiert er ihre Probleme und Zukunftschancen? Eugenio del Río, der junge Generalsekretär der Kommunistischen Bewegung MC bemerkte illusionslos, daß »über 90 Prozent aller Spanier« sich noch nicht im klaren sind, welche Partei sie in den kommenden Wahlen unterstützen sollen. Die Demokratische Koordination weiß um ihren mangelnden Rückhalt im Volk. In einem Kommunique im September erklärte sie, weder die Regierung noch die Opposition seien »demokratisch legitimiert«. Freie Wahlen seien deshalb dringend notwendig. Trotz der besseren Basisarbeit in den letzten Monaten darf man nicht vergessen, daß die Mitgliederzahlen der Linksparteien noch sehr bescheiden sind; die wenigsten Gruppen wollen die wirklichen Zahlen bekanntgeben. Schätzungsweise (Herbst 76) aber kommt die KP auf etwa 50 000-60 000, die PSOE auf rund 30 000 und kommen die Linksrevolutionäre, die Volkssozialisten, die Sozialdemokraten und die Christdemokraten von Ruiz Giménez auf etwa 3000 bis 12 000 Mitglieder. Die von Franco beinahe zwei Generationen lang systematisch betriebene Entpolitisierung hat hier einen Schaden angerichtet, der nicht unterschätzt werden darf. Für die Kommunisten kann das bedeuten, daß

sie, obwohl sie einerseits für freie Wahlen kämpfen, andererseits bei diesen Wahlen unverdient schlecht abschneiden werden. Gerade sie wären dann Opfer der jahrzehntelangen franquistischen Hetze gegen ihre Partei.

Nachbarschaftsvereine gegen hohe Mieten, teure Schulbücher und für billiges Brot

Dies heißt allerdings keineswegs, daß der politische Bewußtseinsprozeß des Volkes in den letzten 12 Monaten keine Fortschritte gemacht hätte. Im Gegenteil. Die Forderung demokratischer Spielregeln durch das Volk ist die größte Garantie für die Überwindung der reaktionären Widerstände. Aber die kleinen Leute konzentrieren sich (durch das plötzliche »Überangebot« so vieler Parteien verwirrt) vor allem auf ihre unmittelbaren Probleme wie z. B. die Arbeitslosigkeit, die Teuerung und die Wohnungsnot. In diesen Bereichen hat seit dem Tode Francos ein gesteigertes demokratisches Bewußtsein zu Massenbewegungen geführt, die über Parteigrenzen hinweggehen. Ein Beispiel: Im September fand im Madrider Arbeitervorort Moratalaz eine Kundgebung gegen die Teuerung der Lebensmittelpreise statt. 50 000 Leute demonstrierten in Sprechchören und mit Spruchbändern gegen skandalöse Spekulationen von Hausbesitzern und Staatsfunktionären. Die Kundgebung endete friedlich. Die Disziplin und der Enthusiasmus der Teilnehmer waren bemerkenswert. Zur Versammlung aufgerufen hatte der Madrider Verband der »Nachbarschaftsvereine«, dem heute über 70 Untergruppen vor allem aus den Arbeitervororten angeschlossen sind. Diese Vereine sind meist erst wenige Monate alt und sind von linksrevolutionären Militanten und KP-Mitgliedern, aber auch von politisch unabhängigen Demokraten gegründet worden. Vor allem in den Wohnquartieren der großen Industriestädte haben sich spontane Interessengemeinschaften gebildet, welche die noch autoritären sozialen und wirtschaftlichen Strukturen des Landes erfolgreich angreifen. Im Sommer kämpften in Madrid Nachbarschaftsvereine z. B. für die Verbilligung des Brotes. Sie wollten verhindern, daß die Bäckermeister die Preise künstlich hoch hielten. Nach monatelangem Einsatz und Aussprachen mit dem Bürgermeister verkauften Nachbarschaftsvereine in ihren eigenen Lokalen das Brot bis zu 20 Prozent billiger. Ein Streit entbrannte ebenfalls um die Preise der Schulbücher. Buchhändler und auch Schulverwalter verkauften das obligatorische Schulmaterial mit hohen Gewinnen. Die Nachbarschaftsvereine denunzierten die Methoden des kapitalistischen Erziehungswesens und wollen die Bücher selber billiger verkaufen oder die Buchhändler zu Preisreduktionen zwingen. Im Viertel von Orcasitas wurde nach Bauskandalen – wenige Jahre nach der Fertigstellung der Häuser waren sie abbruchreif – ein neuer

Zonenplan errichtet. Erstmals bauten Arbeiter des Viertels an Modellwohnungen und bestimmten deren Grundriß mit. Die Wirkung dieser Aktionen ist groß: Die ausgebeuteten Schichten, die meist aus ländlichen Gegenden in die Städte abgewandert sind, lernen die wirtschaftlichen und auch politischen Strukturen zu durchschauen. Ob sich diese »Lehrzeit« des Proletariats über letztlich systemkonforme Mitbestimmungsansprüche hinaus auch in politischen und sozialen Hegemonieansprüchen niederschlagen wird, ist heute noch ungewiß. Dagegen spricht die konservativ-katholische Erziehung der überwiegenden Zahl der Arbeiter.

Jugend, Frauen und Soldaten

Die Arbeit der Jugendorganisationen ist schwieriger als die der Nachbarschaftsvereine, weil die Jugend den Parteien direkter angeschlossen ist. Sozialistische und vor allem kommunistische Jugendgruppen versuchen, in den »Clubs Juveniles« der Städte zu agieren. KP-Jugendliche, die zum Teil schon mit 14 oder 15 Jahren in die Partei eintreten, vermengen in diesen Clubs Freizeitbeschäftigung mit politischer Bildung. Fehlende Berufsausbildung, Ausbeutung zu Mindestlöhnen und ungenügende soziale Unterstützung während des 18monatigen Militärdienstes sind Themen in diesen Clubs. Gegen den »Demokratischen Jugendverband« (ADJ), der noch nicht legal funktioniert und inoffiziell ein Ableger der »Partei der Arbeit« ist, hat die Polizei hart durchgegriffen. Sie verhaftete den Präsidenten Raúl Murcia und acht weitere Mitglieder, als sie ein Symposium über die Menschenrechte organisieren wollten.
Eine weitere Front bilden die Frauenbewegungen. Die demokratische Frauenbewegung (ADM) hat mehrere Demonstrationen organisiert. Ziele wie das »Recht auf Schwangerschaftsabbruch« und die Scheidung bleiben aber in Spanien noch Zukunftsmusik. Unmittelbareren Erfolg hatte dagegen der Hausfrauenverband (Federación de Amas de Casa). Mit Einkaufsboykotten legte er mehrmals einige Märkte lahm und machte auf Korruption und Wucher im Lebensmittel-Zwischenhandel aufmerksam. 1975 hat der Kampf der Linksparteien die Armee erreicht. Nach der »Demokratischen Militärunion« (UDM), die von politisch meist unabhängigen Offizieren des mittleren Kaders gegründet wurde, entstand der »Demokratische Soldatenbund« (UDS). Dahinter steht hauptsächlich die »Partei der Arbeit«. In Pamphleten forderte die UDS höheren Sold, besseres Essen in den Kasernen und günstigere Transportmöglichkeiten. Im Frühjahr 1976 traten Rekruten in 20 Kasernen in der Provinz Madrid in einen Essensstreik. Die Presse berichtete über den Vorfall nichts.

Arbeiterkommissionen und Gewerkschaften

Bei weitem das größte Agitationsfeld findet die Linke immer noch in den Fabriken. Die Gründung der Arbeiterkommissionen zu Beginn der 60er Jahre hat einen Solidarisierungsprozeß erzeugt, dem das Franco-Regime nur schärfste Repression entgegensetzen konnte, und der nun zur Auflösung der *staatlichen* Einheitsgewerkschaft führen wird. Fortschrittliche Unternehmer erkannten diese Entwicklung und setzten sich bereits im Frühling 1976 mit Vertretern der noch illegalen Gewerkschaften zu ersten Gesprächen zusammen. Die Streikwelle im Januar, die zu 50 Millionen ausgefallenen Arbeitsstunden führte, ließ erkennen, daß die Arbeiterschaft nicht Appellen zu »politischer Vernunft« folgt und ihre Forderungen auch auf die Gefahr von Entlassungen und Lohnentzug hin nicht zurückstellt. Nach Regierungschef Arias wurden die Januarstreiks von Kommunisten inszeniert, welche das Volk in »Armut und Not« stürzen wollten. In vielen Fällen aber war genau das Gegenteil der Fall. Beim Streik der Madrider Metro-Arbeiter etwa trugen KP-treue Gewerkschafter wesentlich zum Abbruch der Aktionen bei, als erst ein Viertel der Forderungen durchgesetzt war. Die Kommunisten wollten die totale Konfrontation mit der Regierung vermeiden.

In den Fabriken, in den Vororten der Industriestädte und in den von Madrid unterdrückten Regionen ist vermehrt mit der politischen Teilnahme von unabhängigen Kräften zu rechnen. Diese Erscheinung des »Spontaneismus« macht politische Zukunftsprognosen schwieriger und gibt vor allem zentralistisch geführten (tendenziellen) Großparteien mit schwacher Verwurzelung im Proletariat Probleme auf. Hauptsächlich die PSOE ist noch nicht fähig, diese im Ansatz spontanen Massenaktionen zu kanalisieren. Die schon 1888 gegründete UGT-Gewerkschaft ist nach dem Bürgerkrieg entscheidend geschwächt worden, hat heute nur in ganz wenigen Regionen (etwa in Asturien) Rückhalt und ist kaum ein effektiver Machtfaktor. Selbst die Partei von Santiago Carrillo, die sich jahrelang der Massenmobilisierung gewidmet hat, wird heute von parteiunabhängigen Kräften angefeindet. Ein Beispiel dafür ist die Entwicklung in den Arbeiterkommissionen. Die KP-Gewerkschafter scheinen heute die unabhängige, politisch bewußte Arbeiterschaft zu fürchten. Im Generalsekretariat der Kommissionen sitzen 20 Kommunisten, je zwei Vertreter der Linksrevolutionäre (ORT, MC und PTE) und – mit Symbolwert – ein Delegierter der Volkssozialisten. Die klare Beherrschung der Spitze der Kommissionen durch die KP ist nach deren ZK-Mitglied Marcelino Camacho »unbedeutend«. Die Linksrevolutionäre erklären aber, daß das Generalsekretariat keineswegs die Stärkeverhältnisse an der Basis der Kommissionen widerspiegelt. Die PTE wie die MC und die ORT deckten Machenschaften der Kommunisten auf, mit

denen sie ihre Vorherrschaft über diese wichtigste, aber noch sehr lose strukturierte Arbeiterbewegung verankern wollen.
Die KP vertrat die Linie, die Umwandlung der Kommissionen in ein herkömmliches Syndikat erst durchzuführen, wenn die Ausübung der demokratischen Grundfreiheiten garantiert sei. (Heute spiegeln die Arbeiterkommissionen noch immer ihre spontane Entstehung wider und haben weder Statuten noch Mitgliederregister.) Mit dieser Taktik wollte die KP eine Neuverteilung der Macht hinausschieben. Beim Delegiertentreffen der Kommissionen vom Sommer in Barcelona vertrat die KP den Standpunkt, daß die nationale Delegation später von bereits installierten Arbeiterkommissionen in den Fabriken gewählt werden müsse. Die linksextremen »Kleinen« beharrten darauf, daß jeweils die ganze Betriebsbelegschaft diese Vertreter zu bestimmen habe – und verloren. »Am Treffen in Barcelona hätten 500 Delegierte teilnehmen sollen«, bemerkte ein militanter Kommunist, »davon rund 150 Linksextreme. Bei Beginn der Sitzung stellten wir fest, daß es insgesamt 650 waren, weil die KP in letzter Minute 150 parteitreue Leute eingeschleust hatte.« Der PTE-Mann Nazario Aguado unterstrich, von seiner Partei hätten 30 Delegierte die Einladung nach Barcelona »nicht erhalten«.
Im Herbst sagten sich mehrere Arbeitergruppen von der nationalen Führung der Kommissionen los. Im galizischen Vigo entstand ein unabhängiges Bauarbeitersyndikat (SOG). Dessen Führer betonten, daß sie die Vorherrschaft einer Partei nicht dulden. Im Transportsektor und in der Postverwaltung sollen ebenfalls von den Kommissionen unabhängige Syndikate entstehen. Die linksrevolutionären Parteien unternehmen alles, um diese neuen Ableger zu kontrollieren und die Vorherrschaft der KP in den Kommissionen zu unterlaufen. Aus den Kommissionen austreten wollen sie »auf keinen Fall«. Dafür sind sie ihnen zu wichtig. Tatsächlich traten die meisten jungen Arbeiter, die sich in den vergangenen Tarifkämpfen profiliert hatten, den Arbeiterkommissionen und nicht der UGT bei.
Trotz der Schwierigkeiten innerhalb der Arbeiterkommissionen und der höflichen Distanz untereinander haben sich die drei wichtigsten Linksgewerkschaften im Sommer zu einem Dachverband, der Gewerkschaftskoordination (COS) zusammengefunden. Der Zweckverband wurde in Erwartung eines »heißen Herbstes« gegründet und sollte vor allem kurzfristig handeln. Die sozialistisch-linkskatholische USO (Gewerkschaftsorgan der Sozialistischen Föderationsparteien FPS), die UGT und die Arbeiterkommissionen kamen überein, Massenmobilisierungen gemeinsam durchzuführen und die Schlagkraft der Arbeiterschaft auf diese Weise zu erhöhen. Ihre Spitzenvertreter gaben zu verstehen, daß die COS keine Verpflichtung zu einem zukünftigen Einheitssyndikat darstelle. Dieses langfristige Ziel wird zwar von allen drei Organisationen verbal anerkannt (die vierte Gruppe, die

Anarchisten der CNT, geht auch hier ihre eigenen Wege), ist in Wirklichkeit aber umstritten; und zwar derart umstritten, daß Nicolás Redondo, der Generalsekretär der UGT in einem Anflug von Realpolitik sagte, daß nach der Auflösung der staatlichen Zwangsgewerkschaft die jetzigen vier Syndikate parallel nebeneinander bestehen werden. Ob die Arbeiter ein neues Einheitssyndikat wollen, »werde man dann noch sehen«. Der UGT-Führer dachte dabei freilich an eine künftige Vorherrschaft der Sozialisten in den Linksparteien und hofft auf eine weitere massive Unterstützung der UGT von außen, vor allem durch den englischen Gewerkschaftsverband TUC und den bundesdeutschen DGB.

Die Wahlen und die Zukunft Spaniens zwischen bürgerlicher und sozialistischer Demokratie

All dies zeigt, daß die Kräfteverhältnisse im Spanien des Übergangs noch sehr unklar sind. Einzelne Gruppen der Rechten und auch der Linken befinden sich in einem oft opportunistischen Anpassungsprozeß an die von der Regierung propagierte Formel einer parlamentarischen Demokratie. Ihre Aktionen stehen teils mit den eigenen Klasseninteressen im Widerspruch und erschweren die Übersicht und politische Prognosen. Darüber hinaus ist festzustellen, daß über die politische Haltung der Land-Bevölkerung keine zuverlässigen Informationen vorliegen. Diese macht aber rund ein Viertel der Gesamtbevölkerung aus. Dennoch will ich versuchen, die Zukunftsmöglichkeiten der einzelnen Linksparteien und der verschiedenen Machtblöcke aufzuzeigen.
Die Errichtung eines Parlaments mit bürgerlichen Spielregeln könnte zu einer konservativen Mehrheit führen. Trotzdem blicken sogar linksrevolutionäre Parteien mit einigem Optimismus in die Zukunft. Vor allem die Kommunistische Bewegung MC und die »Partei der Arbeit« wollen die Zeit vor den Wahlen benutzen, um aus dem Untergrund herauszutreten und sich in Propagandaaktionen dem Volk vorzustellen. Wie groß dabei die Toleranzmarge der Regierung ist, ist noch nicht abzusehen. Alle marxistischen, leninistischen und maoistischen Gruppen sind gesetzlich verboten. Dennoch konnten Repräsentanten solcher Gruppen bereits offen auftreten. Die Kommunistische Bewegung MC und die »Partei der Arbeit« sind sogar gewillt, an den Wahlen teilzunehmen. Beide Parteien sind bereit, in einem konstituierenden Parlament sozialrevolutionäre Entwürfe für eine neue Staatsverfassung auszuarbeiten, deren Hauptpunkte republikanische Staatsform, Föderalismus, Arbeiterkontrolle über Planung und Produktion sind. Ein demokratisches Parlament ist für sie die erste Phase im Kampf um die sozialistische Revolution. Gleichzeitig mit Wahlvorbereitungen wollen sie

die Massenmobilisierung vorantreiben. Mit dieser Doppelstrategie versuchen sie der Alternative »Bruch mit dem Regime« / »demokratische Reform und langsamer Übergang« zu begegnen. Die MC-Politiker hoffen, bis zu den Wahlen eine Koalition von linksrevolutionären Gruppen zustandezubringen, in die neben ihnen die Karlisten, die ORT-Maoisten, die »Partei der Arbeit«, die linkssozialistische Föderation FPS und baskische und katalanische sozialrevolutionäre Gruppen eintreten. Kommt diese revolutionäre Allianz nicht zustande, so argumentieren sie, dann gehen viele Stimmen der Arbeiterschaft an die »Reformisten« von PSOE und KP verloren. Ihrer Theorie zufolge wird in dieser ersten Phase die Bourgeoisie erfolgreich sein; die Schwierigkeiten für die Bourgeoisie begännen erst nach den Wahlen. Denn die von Franco geerbten Wirtschafts- und Staatsstrukturen wird sie in der anhaltenden Wirtschaftskrise nicht kurzfristig demokratisieren können. In dieser unausweichlichen Schwäche einer bürgerlichen Regierung sehen die Linksrevolutionäre ihre Zukunftschance.

Möglichkeiten zu langfristiger Zusammenarbeit mit der Partei Carrillos sehen die Linksrevolutionäre kaum. Für die ORT-Politiker hat die KP den revolutionären Weg »völlig aufgegeben«. Manuel Azcárate, einer der wichtigsten KP-Theoretiker, deutet den Begriff einfach neu: Der »revolutionäre Weg« führt für die KP heute über den demokratischen Konsensus einer Volksmehrheit. Die KP hat laut Azcárate das veraltete Konzept der »Diktatur des Proletariats« aufgegeben, will öffentlich auftreten und die bürgerliche Legalität respektieren. Ziel der kurzfristigen Strategie der Leute um Carrillo ist die Legalisierung der Partei und die Teilnahme an den Wahlen. Das Vehikel für dieses Ziel ist die Demokratische Koordination, die laut Übereinkunft erst nach der Zulassung aller politischen Parteien aufgelöst werden soll. Dabei ist die Abhängigkeit der KP von den Sozialisten nicht zu übersehen. Denn die Strategie der Regierung läuft auch heute noch darauf hinaus, die Sozialisten zum Austritt aus dem Bündnis zu bewegen und die KP zu isolieren. Die Partei Carrillos hat jetzt schon versprochen, im Falle eines linken Wahlsieges mit allen sozialistischen Kräften zu paktieren und die Macht keinesfalls alleine anzustreben. Selbst im liberalen Lager wird angenommen, daß die Zulassung der KP bei der Fortsetzung der gegenwärtigen Entwicklung nur eine Frage der Zeit ist. Mit ihrer großen finanziellen Unterstützung aus dem Ausland – hauptsächlich aus Rumänien, aber auch aus der Sowjetunion sollen zusammen rund fünf Millionen Dollar monatlich nach Madrid fließen – kann die KP bis dahin selbst aus der Illegalität heraus eine starke Rolle spielen.

Die Sozialistische Arbeiterpartei PSOE ist in einer privilegierten und heiklen Lage zugleich. Nach Meinungsumfragen kann sie eine starke Wählerpartei werden.

Die Sozialisten reden nicht gern von den Wahlen. Sie wollen flexibel bleiben

und halten sich an eine kurzfristige Strategie. Ihre Devise ist der »konstante Druck auf die Regierung«. Sie sind sich bewußt, daß ihre Position für den Zusammenhalt der Opposition entscheidend ist. Felipe González, der Generalsekretär, klagte die Regierung an, daß sie mit der Einrichtung einer oberen Parlamentskammer, welche die Mehrzahl der unterbevölkerten und konservativen Provinzen begünstigt, den Franquisten in die Hände spielen will. Mit der Demokratischen Koordination kämpfen die Sozialisten auch gegen das Plebiszit, in dem das Volk – wenn es nach dem Willen der Regierung geht – im Winter den Reformplan gutheißen und die Monarchie gleichzeitig de facto anerkennen soll. Die PSOE ist überzeugt, daß Suárez auch in Zukunft nicht mit der Demokratischen Koordination verhandelt und nicht auf deren Forderung eingeht, das Volk nur über die Errichtung einer verfassungsgebenden Versammlung abstimmen zu lassen. Trifft das zu, dann bleiben für die Sozialisten anschließend zwei Möglichkeiten: Zuerst werden sie versuchen, die Legalisierung aller Parteien durch verstärkten Druck durchzusetzen. König Juan Carlos selbst soll in die Zange genommen werden und sich klar zu der Frage äußern, ob er, wie er angibt, demokratische Verhältnisse in seinem Lande will, oder ob er sich mit dem Verbot der marxistischen Parteien als Helfer der Franquisten entlarvt. Für Juan Carlos stehen seine demokratische Legitimierung vor dem Volk und letztlich sein Thron auf dem Spiel. (Es soll nicht vergessen werden, daß sein Großvater, König Alfons XIII, 1931 stürzte, weil er sich gegen den linken Druck auf die Konservativen stützte und diese in Wahlen geschlagen wurden.) Erfüllt Juan Carlos diese wesentlichste Forderung, die Legalisierung aller Parteien, der Demokratischen Koordination nicht, dann ergibt sich für die PSOE eine zweite Möglichkeit: Entweder boykottiert sie mit der gesamten Linken die Wahlen oder sie funktioniert diese – bei genügenden Garantien für eine faire Durchführung – zum Plebiszit um. Das Volk soll mit seiner Unterstützung der Linken zeigen, daß es demokratische Grundfreiheiten für alle Spanier wünscht. Für beide Varianten wünschen die Sozialisten einen »frente amplio«, eine »breite Linksfront«. Diese könnte sich – im besten Falle – von den Linksrevolutionären bis zu den Liberalen erstrecken. Ob die Liberalen oder die Christdemokraten von Ruiz Giménez für diesen »frente amplio« zu gewinnen sind, ist allerdings fraglich. Für die noch kleine Gruppe der liberalen Parteien ist zwar die Freiheit ebenso unteilbar wie für die Linke. Aber im liberalen Hauptquartier in Madrid rieb man sich schon im Herbst dieses Jahres die Hände und sprach von der Eroberung der 35 bis 40 Prozent der Stimmen, die nach liberalen Sondierungen auf die politische Mitte entfallen werden. Kann aber die Linke mit dieser dann relativ schmalen Front (Sozialisten und Marxisten) noch eine Entscheidung erzwingen? Der beste Weg scheint der Druck auf den König mittels Massenmobilisierung und internationaler Hilfe zu sein.

Die PSOE-Leute denken, daß freie Wahlen für alle Parteien die stärkste Möglichkeit sind. Für die Zeit danach aber stellt sich die Frage: Bleibt der »frente amplio« zusammen? Die Linken in der PSOE bejahen die Frage. Verschiedene Beobachter sind aber der Meinung, daß nach den Wahlen das Ende der Demokratischen Koordination gekommen sei. Die liberalen Helfer und die Christdemokraten vom rechten Flügel des Bündnisses würden sich auf Stimmenfang nach der Mitte hin begeben; beide sind schließlich bürgerliche Parteien. Und vor einer »Volksfront« zwischen Marxisten und Sozialisten schrecken auch die PSOE-Politiker zurück. Schon das Wort »Volksfront« ruft den Schrecken des Bürgerkrieges in Erinnerung und versteift die Haltung der Liberalen und der Rechten. Die Sozialisten vermeiden es deshalb, wo sie können. 1977 ist für sie nicht 1936. Damals war das hungernde Proletariat zur Revolution und das Bürgertum zu faschistischer Repression bereit. Beides ist heute nicht mehr der Fall. Von einer Volksfront raten den Sozialisten auch ihre internationalen Freunde ab, allen voran Willy Brandt, der Felipe Gonzáles besonders nahe steht. Und der Rat der SPD wiegt. Schließlich erhalten die spanischen Sozialisten von der bundesdeutschen Bruderpartei rund 2,5 Millionen Mark im Jahr. (Die Hilfe der schwedischen und holländischen Sozialdemokraten ist nicht bekannt. Insgesamt erhält die PSOE im Vergleich zu der KP aber eine nur sehr bescheidene finanzielle Unterstützung.) Felipe González betonte, in einem freien Wahlgang gehe es erst einmal darum, die Spreu vom Weizen zu trennen. Jede Partei solle sich zuerst einmal allein präsentieren. Erst die Wahlergebnisse würden zeigen, ob die Linke zur Durchsetzung ihrer sozialistischen Parteiprogramme in der teils neu zu schaffenden Staatsverfassung eine Allianz eingehen soll.

Dieses Kalkül ist für viele bereits auf zu lange Zeit gestellt. Vorläufig sind die meisten Parteien von den angekündigten Wahlen wie gebannt. Über die kurzatmigen Strategien hinaus kommt es aber darauf an, die Interessen der Machtblöcke hinter den Parteien zu beleuchten. Die Wahlen schaffen nicht automatisch günstigere Bedingungen für eine sozialistische Politik. Wird eine rechtsorientierte Regierung 1977 den ausgeprägt kapitalistischen Kurs, der in den 60er Jahren begonnen wurde, weiterführen, wird Spanien also dem griechischen Beispiel folgen, oder erhält der Sozialismus eine Chance? Der Franco-Staat garantierte dem Industrie- und vor allem dem Finanzkapital die wirtschaftliche Machtausübung. Diese auch heute dominierende Klasse wird alles unternehmen, um ihre Herrschaft im neuen demokratischen Rahmen ungestört weiterauszuüben. Die einst erzreaktionäre Bankenoligarchie stellt sich dem Demokratie-Trend so lange nicht entgegen, wie keine Vorherrschaft der Arbeiterschaft zu befürchten ist. Ihre größte Sorge ist die Nationalisierung der Banken, wie sie in Portugal erzwungen wurde. Das Finanzkapital stellt sich auch dem Industriekapital nicht mehr

entgegen. Spanien ist in 15 Jahren zur zehnten Industrienation der Welt aufgerückt. Die Großindustriellen suchen die Öffnung nach Europa, sie brauchen neue Absatz- und Kreditmärkte und akzeptieren als Preis dafür den demokratischen Rechtsstaat samt Parlamentarismus und Gewerkschaftsfreiheit. Vertreter des Industriekapitals (etwa Joaquín Garrigues Walker) sind schließlich so weit gegangen, den Bruch mit dem Franco-Regime selber zu verlangen. Die Taktik dieser Unternehmerkreise läuft auf die Entschärfung der Widersprüche zwischen der Arbeiterklasse und dem Kapital bei gleichzeitiger Demontage der autoritären Staatsstrukturen hinaus. Sie wollen den autoritären in einen »aufgeklärten« Kapitalismus verwandeln. Für dieses Zugeständnis verlangt das Kapital aber von den Arbeitern bereits eine Gegenleistung. Im vergangenen Sommer boten Unternehmer den linken Syndikatsvertretern einen »sozialen Pakt« zur Überwindung der Wirtschaftskrise an. Die Arbeiter sollten sich verpflichten, auf massive Tarifforderungen und auf Streiks zu verzichten. Die Initiative schlug fehl. Die Arbeitervertreter machten auf die einfache Tatsache aufmerksam, daß sie noch gar nicht legal auftreten könnten, um die Interessen der Arbeiterklasse auf friedlichem Weg durchzusetzen. Interessanterweise waren es allein die Kommunisten (allen voran ihr Wirtschaftsfachmann Ramón Tamames), welche die Idee des Sozialpaktes und den Schulterschluß mit dem Industriekapital befürworteten.

Die Möglichkeiten eines kurzfristigen Übergangs in den Sozialismus sind trotz der relativ starken Arbeiterbewegung nicht sehr günstig einzustufen. Zuviel verlorenes Terrain muß die Linke noch aufholen, zu viele Bevölkerungsschichten und auch Linksparteien verwerfen auch den revolutionären Weg. Für die Arbeiterklasse gibt es zunächst wohl nur eine Lösung. Bis zu den Wahlen werden ihre politischen Führer versuchen, *die Vertreter des Industriekapitals in eine breite Linksfront einzubeziehen* und die letzten Überreste des Antikommunismus der franquistischen Rechten vereint zu beseitigen. Je mehr die Rechte die Marxisten aus der politischen Öffentlichkeit ausschalten will, desto eher ist diese Linksfront möglich. Dabei darf die Linke jedoch einen Fehler nicht machen: den Abschluß eines Sozialpaktes. Denn der Sozialpakt schlüge ihr die wirksamste, ja einzige Waffe aus der Hand. Auch die Wahlen können zu einer Zäsur führen, die für den sozialistischen Block unvorteilhaft ist. Finden sie nämlich in der von der Regierung Suárez vorgesehenen Form statt und zielt die Regierung auf ein möglichst frühes Wahldatum ab, ist durchaus ein Sieg der bürgerlichen Kräfte und der Rechten möglich. Dessen sind sich die Sozialisten und die Kommunisten bewußt. *Sie, die jahrelang auf die Ausübung der bürgerlichen Freiheiten gedrängt haben, sind nun vielleicht »Opfer« ihrer eigenen Politik.* Sie akzeptieren es. Wenn die bürgerlichen Parteien siegen, liegt die Initiative nach dem Wahlgang beim Industriekapital. In der teils neu zu

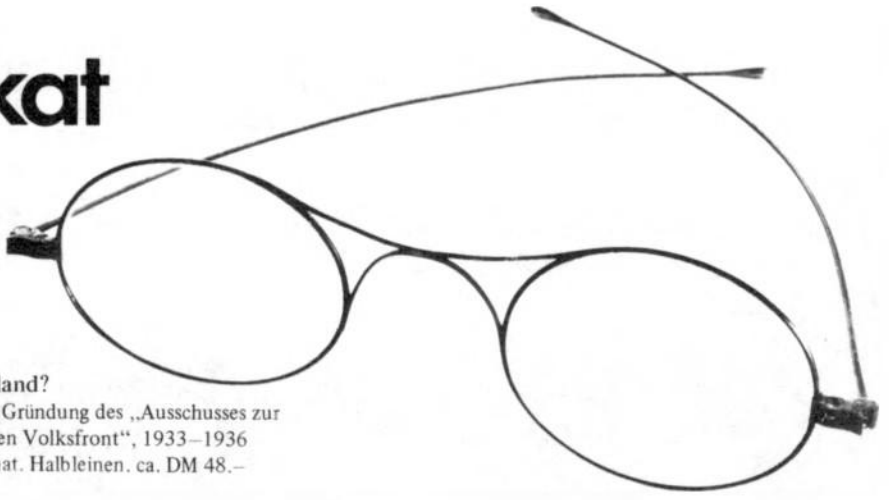
schaffenden Staatsverfassung wird der sozialistische Block seine Programmpunkte (Steuerreform, Agrarreform, Nationalisierung oder Sozialisierung der Banken, Arbeiterkontrolle in den Betrieben, föderalistisches und republikanisches Staatssystem) nicht oder höchst ungenügend verwirklichen. Das Industriekapital wird sich vom Linksblock absetzen und auch in der Gewerkschaftsfrage seine wirklichen Interessen vertreten. Die »neodemokratischen« Franquisten werden sich vor allem im Bankwesen und auf dem Lande breitmachen.

Dem Proletariat verbliebe die soziale Agitation und ein punktuelles Arrangement mit dem Industriekapital. Sozialisten und Kommunisten scheinen mit dieser Entwicklung bereits jetzt stark zu rechnen und hoffen auf Stimmengewinne und einen Mehrheitsblock in *späteren* Wahlgängen. Vielleicht ist in einer zweiten Phase das stark angewachsene liberale Bürgertum, das jetzt eine Pufferzone zwischen der Arbeiterklasse und dem Kapital bildet, für eine progressivere Politik zu gewinnen.

Verzichtet die Arbeiterklasse aber auf Wahlen und greift sie die Interessen des Finanz- und Industriekapitals direkt und gleichzeitig an, ist die Antwort unweigerlich ein Zusammenrücken zwischen dem wirtschaftlich dominierenden Block und dem Militär. Die Theorie vom linksrevolutionären »Bruch« ist angesichts dieser Lage kurz- und auch mittelfristig wenig tragfähig. Entschließen sich die Linksparteien kurz vor der Parlamentswahl zum Boykott, ist außerdem damit zu rechnen, daß mindestens die Liberalen aus der Linksfront austreten und mit den Zentrums- und den Rechtsparteien den Wahlgang alleine bestreiten werden. Die dann aber noch fehlenden demokratischen Freiheiten würden für die Linke besonders ins Gewicht fallen und den Ordnungskräften die Unterdrückung von Kundgebungen und sozialer Agitation erleichtern. Angesichts einer derartigen Anfechtung würde sich Juan Carlos mit großer Wahrscheinlichkeit auf die Einheit der Armee und die Sicherung seines Thrones konzentrieren.

Der evolutionistische Weg scheint für die Linke bis zu einer gewissen Zeit nach den Wahlen der realistischste zu sein. Das Hauptgewicht ihrer Aktionen muß auf jeden Fall in der raschen politischen Aufklärungsarbeit vor allem auf dem Lande und der gesteigerten Massenmobilisierung liegen. Der gleiche Druck der Massen, der zur Ausübung der Grundfreiheiten führen muß, muß Hauptinstrument für weitergehende Forderungen bleiben. Ob in einer zweiten Phase die Oligarchie und das Bürgertum an der teils von ihr selbstverschuldeten Wirtschaftskrise scheitern und entscheidende Zugeständnisse an die Linke machen müssen, bleibt abzuwarten. Günstiger als diese Entwicklung wäre für die Strategen des Sozialismus aber, wenn sie siegreich aus den Wahlen hervorgehen. Doch selbst die Durchführung dieser Wahlen ist noch alles andere als klar.

Syndikat



Ursula Langkau-Alex
Volksfront für Deutschland?
Band 1: Vorgeschichte und Gründung des „Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront", 1933–1936
Etwa 400 Seiten. Großformat. Halbleinen. ca. DM 48.–

Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst der Volksfront. Es hat, wie jedes Gespenst, eine reale Präexistenz. In Frankreich z. B. ist sie historisch greifbar, nicht aber in Deutschland: hier war die Volksfront von Anfang an irreal. Erst in der Emigration kamen Kommunisten, Sozialdemokraten und Liberale zu einer schwierigen Verständigung über Bedingungen und Möglichkeiten einer gemeinsamen Politik (*nach* dem faschistischen „Spuk"), während Nazi-Deutschland schon im Begriff stand, Europa zu erobern. Die Geschichte dieser mühsamen, oft illusionären Auseinandersetzungen und Annäherungen wird hier für die Jahre 1933–1936 minutiös nachgezeichnet, anhand von vielen bisher unbekannten Quellen. Ein zweiter Band soll die Zeit bis zum Kriegsausbruch behandeln.

Eduard Parow / Fritz Hegi /
Hans Harald Niemeyer / Reinhard Stromer
Über die Schwierigkeit, erwachsen zu werden
Rauschmittel und Adoleszenzkrise
572 Seiten. Broschur. DM 14.–

Maud Mannoni
„Scheißerziehung"
Von der Antipsychiatrie zur Antipädagogik
Aus dem Französischen von Grete Osterwald
256 Seiten Großformat. Halbleinen. DM 28.–

Johann August Schülein
Psychotechnik als Politik
Zur Kritik der Pragmatischen Kommunikationstheorie
181 Seiten. Broschur. DM 12.–

Wolfgang Pohrt
Theorie des Gebrauchswerts
oder über die Vergänglichkeit der historischen Voraussetzungen, unter denen allein das Kapital Gebrauchswert setzt
223 Seiten. Broschur. DM 14.–

Alain Touraine / Hans Peter Dreitzel / Serge Moscovici /
Richard Sennett / Rudi Supek / Norman Birnbaum
Jenseits der Krise
Wider das politische Defizit der Ökologie
Aus dem Englischen und Französischen
von Reinhard Kaiser und Nils Th. Lindquist
220 Seiten Großformat. Kartoniert. DM 24.–

Pierre Bourdieu
Die politische Ontologie Martin Heideggers
Aus dem Französischen von Bernd Schwibs
Flugschrift. 121 Seiten. Großformat. Kartoniert. DM 10.–

John Stuart Mill / Harriet Taylor-Mill / Helen Taylor
Die Hörigkeit der Frau
Über Frauenemanzipation
Über Ehe und Scheidung
Herausgegeben und eingeleitet von Hannelore B. Schröder
278 Seiten. Broschur. DM 16.–

Claude Meillassoux
„Die wilden Früchte der Frau"
Über häusliche Produktion und kapitalistische Wirtschaft
Aus dem Französischen von Eva Moldenhauer
208 Seiten. Großformat. Kartoniert. DM 24.–

Martin Warnke
Bau und Überbau
Soziologie der mittelalterlichen Architektur
nach den Schriftquellen
239 Seiten. 12 Abbildungen. Großformat.
Halbleinen. DM 44. -

Francis D. Klingender
Kunst und industrielle Revolution
270 Seiten. 124 Abbildungen.
Sonderformat 24 x 27,5 cm. Halbleinen. DM 38.–

Johann Benjamin Erhard
Über das Recht des Volkes zu einer Revolution und andere Schriften
Herausgegeben und mit einem Nachwort von H. G. Haasis
Syndikat-Reprise. 279 Seiten. Broschur. DM 16 –

Das Programm ist in
jeder guten Buchhandlung erhältlich.
Am Syndikat Interessierte werden regelmäßig
durch Zirkulare informiert.

Ich bin an regelmäßigen Informationen interessiert:

.....

.....

.....

Autoren- und Verlagsgesellschaft
SYNDIKAT
Savignystr. 63
6000 Frankfurt/Main 1

Geschichte des »Stalinismus«

Jean Elleinstein
Geschichte des 'Stalinismus'
Aus dem Französischen von Norbert Wolter
ca. 200 Seiten; Paperback; DM 14.80

Jean Elleinstein ist führendes Mitglied der KPF und stellvertretender Leiter des Zentrums für Marxistische Studien und Forschungen (CERM).

Zum ersten Mal geht ein führendes Mitglied einer Kommunistischen Partei das Problem des „Stalinismus" offensiv an und untersucht dessen ökonomische, politische und historische Grundlage.
Die bisher üblichen Formen der Bewältigung dieser Epoche der Arbeiterbewegung – Kritik an „Personenkult" und an der „Abweichung von der sozialistischen Gesetzlichkeit" – reichen nicht mehr aus, um die Entwicklung der Sowjetunion, der anderen sozialistischen Länder und der Kommunistischen Parteien in Westeuropa differenziert beurteilen zu können.
„Niemand kann heute diesem tragischen Drama entrinnen: Entweder kann das Stalinsche Phänomen aus den historischen Bedingungen der ersten sozialistischen Revolution der Geschichte erklärt werden, ist also ein Zufall des Kommunismus. Oder es ist dessen natürliches, unvermeidliches Resultat. Diese grundsätzliche Frage werden wir in diesem Buch zu beantworten versuchen."

VOLKSFRONT konkret:

Enrico Berlinguer/Antonio Gramsci/
Luigi Longo/Palmiro Togliatti
Der Historische Kompromiß
Mit weiteren Beiträgen von Amendola, Chiaromonte, Gruppi, Ingrao u.a.
Herausgegeben von Pietro Valenza
203 Seiten; Paperback; DM 14,–

Helga Koppel
P.C.I. (partito comunista italiano)
Die Entwicklung der italienischen KP zur Massenpartei; 160 Seiten;
Paperback; DM 12,–

Santiago Carrillo/Regis Debray/
Max Gallo
Spanien nach Franco
Interview mit dem Generalsekretär der KP Spaniens; XII/196 Seiten;
Paperback; DM 14,80

Mario Soares
Portugal – welcher Weg zum Sozialismus ?
Interview mit Dominique Pouchin;
200 Seiten; Paperback; DM 14,80

VSA

VSA, Erkelenzdamm 7, 1000 Berlin (West) 36,

Christiane Gerhards / Malte Rauch / Samuel Schirmbeck
Portugal: sozialistische Verfassung und soziale Realität

I. Die fortschrittlichste Verfassung der kapitalistischen Welt

»Die Verfassungsgebende Versammlung bestätigt die Entscheidung des Portugiesischen Volkes, seine nationale Unabhängigkeit zu verteidigen, die grundlegenden Rechte der Bürger zu garantieren, die Grundlagen für eine Demokratie zu errichten, das Primat des demokratischen Rechtsstaats zu sichern und den Weg zu öffnen für eine sozialistische Gesellschaft, in der Achtung des Willens des Portugiesischen Volkes mit dem Ziel, ein freieres, gerechteres und brüderlicheres Land aufzubauen.«

So steht es in der Präambel zur portugiesischen Verfassung, die am Abend des 2. April 1976 im São Bento-Palast von Lissabon verkündet wurde. In der Präambel ist außerdem vom »Geist des 25. April« die Rede, vom Programm der MFA und von der Revolution, die den Portugiesen die grundlegenden Rechte und Freiheiten wiedergegeben hat.
Nach den spärlichen aber scheinbar eindeutigen Nachrichten, die man in der Bundesrepublik vom »25. November« (1975) bekam, wonach es einen gewaltigen Rechtsruck in der portugiesischen Politik gegeben hatte, muß diese Verfassung wie eine Farce anmuten.
Doch weder Präambel noch die Verfassung selbst scheinen auf jene »Freiheit und Democracy« zu verweisen, mit der Brecht 1947 den *bundesdeutschen* Neubeginn unter amerikanisch-französisch-britischen Vorzeichen besungen hatte:

»Allons, enfants, god save the King
und den Dollar, kling, kling, kling.«

Sicher hatten auch die Mitglieder der Verfassungsgebenden Versammlung in Lissabon moderne französische und englische Verfassungstexte in der Tasche (»um zu sehen, wie man so etwas formuliert«), aber zu ihrem Marschgepäck gehörte eben noch etwas mehr.
»Die Verfassung hat die Revolution vom 25. April nicht verraten«, sagte ein Kommentator vom linken Flügel der Sozialistischen Partei (PS) nach der Verabschiedung. Und die Kommunistische Partei Portugals (PCP) nannte die neue Verfassung »die fortschrittlichste der kapitalistischen Welt«.
Dennoch mehren sich gerade in letzter Zeit die Stimmen, welche die neue Verfassung Portugals als ein schönes Stück Papier abtun. Das ist aber zumindest voreilig. Für die engagierten Demokraten und Sozialisten in der Bundesrepublik nämlich etwa, die versuchen, aus den spärlichen und

zweideutigen »sozialen« Artikeln des Grundgesetzes mehr Rechte für die arbeitende Bevölkerung im Betrieb und in der Wirtschaft herauszuquetschen, bietet die neue portugiesische Verfassung Möglichkeiten, von denen bei uns niemand zu träumen wagt.

Die demokratische Machtausübung der arbeitenden Klassen

In ihren detaillierten Formulierungen, in ihren umfangreichen Rechten und Garantien im politischen und wirtschaftlichen Bereich gehört die neue portugiesische Verfassung nicht nur zu den längsten, sondern ist tatsächlich auch eine der originellsten und progressivsten Verfassungen der Welt. Gerade unter dem Begriff »wirtschaftliche Organisation« sind weitgehende Rechte für die arbeitende Bevölkerung garantiert. So ist etwa neben dem Recht auf Arbeit und dem Recht zur Bildung von Gewerkschaften auch das Recht zur Gründung von Arbeiterkommissionen im Betrieb in der Verfassung verankert.
Neben der Garantie des uneingeschränkten Streikrechts steht das Verbot von Aussperrungen (lock-out). Den bereits gegründeten und noch zu gründenden Arbeiterkommissionen spricht die Verfassung ein Kontrollrecht über die Leitung des Betriebes zu, verbunden mit dem Recht, im Betrieb »alle Informationen zu erhalten, die zur Ausübung ihrer Aktivitäten notwendig sind«. Sie können außerdem »in die Reorganisierung der Produktionseinheiten eingreifen« und »an der Ausarbeitung der Arbeitsgesetzgebung und der wirtschaftlich-sozialen Planung teilnehmen, die den entsprechenden Sektor betreffen«. Die Verfassung verbietet ausdrücklich, die Verstaatlichung bzw. die im Rahmen der Agrarreform durchgeführte Kollektivierung rückgängig zu machen. Diese Bestimmungen sind dem Artikel 80 der Verfassung untergeordnet, der folgendes als »Fundament der wirtschaftlich-sozialen Organisation« beschreibt:

»Die wirtschaftlich-soziale Organisation der portugiesischen Republik beruht auf der Entwicklung von sozialistischen Produktionsverhältnissen durch die kollektive Aneignung der wichtigsten Produktionsmittel und des Bodens ebenso wie der Naturvorkommen und auf der demokratischen Machtausübung der arbeitenden Klassen.«

Entlassungen ohne »gerechten Grund« oder aus ideologischen Gründen sind illegal.
Das neue portugiesische »Grundgesetz« ist nicht nur für die Regierung und die Behörden, sondern – laut Artikel 18 – »direkt anwendbar« auch für Einzelpersonen. Wo es noch keine entsprechenden Einzelgesetze gibt, gelten die Artikel der Verfassung als Gesetz. Bisherige oder von der Regierung noch zu erlassende Gesetze werden automatisch ungültig, wenn sie den Artikeln der Verfassung widersprechen. Ein in die Verfassung aufgenommenes Widerstandsrecht soll dieser Regelung Nachdruck verleihen.

Das Recht der Völker auf Erhebung

Schon ein kurzes Überfliegen des Verfassungstextes zeigt, daß die genannten Artikel im ökonomischen Bereich keine Ausnahme sind. Einige Beispiele:

»Internationale Beziehungen« (Art. 7°). »Portugal tritt für die Abschaffung aller Formen des Imperialismus, Kolonialismus und der Aggression ein, für gleichzeitige und kontrollierte allgemeine Abrüstung, die Auflösung der politisch-militärischen Blöcke . . .« »Portugal anerkennt das Recht der Völker auf Erhebung gegen alle Formen der Unterdrückung, besonders gegen den Kolonialismus und den Imperialismus . . .«

Unter »Grundlegende Aufgaben des Staates« (Art 9°) sind gezählt: »Die Mittel der Produktion und des Reichtums vergesellschaften . . . die Bedingungen schaffen, die das Wohlergehen und die Lebensqualität des Volkes, besonders der arbeitenden Klassen fördern, und die Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen abschaffen.« Unter »Soziale Rechte und Pflichten« wird verstanden: Alle haben ein »Recht auf Schutz der Gesundheit durch die Schaffung eines nationalen Gesundheitsdienstes, der universal, allgemein und kostenlos ist«.
Im Art. 65° wird ein »Wohnrecht« formuliert, das ein an das Familieneinkommen angepaßtes System der Mieten verlangt. Kapitel IV der Verfassung legt »kulturelle Rechte und Pflichten« fest und verpflichtet den Staat, im Erziehungswesen »die Festlegung auf die gesellschaftliche Arbeitsteilung zu überwinden«.
Unter »Finanzierungs- und Geldsystem« wird schließlich im Art. 105° die Unterordnung des Finanzsystems unter »die fortschreitende und wirkungsvolle Vergesellschaftung der Wirtschaft« festgelegt.
Wie konnte es dazu kommen, daß die Verfassungsgebende Versammlung ein solches Verfassungswerk vorschlug und auch nach dem 25. November noch aufrecht erhielt? Denn die am 25. April 1975 gewählten Abgeordneten zur Verfassungsgebenden Versammlung gehörten keineswegs alle sozialistischen oder kommunistischen Parteien an. 116 Abgeordnete waren von der PS entsandt worden, 30 von der PCP, 5 von der antifaschistischen und sozialistischen Demokratischen Bewegung (MDP/CDE) und einer von der maoistisch-linksradikalen UDP. Die sozialdemokratisch-technokratische PPD verfügte über 30 und die rechtskatholisch-caetanische CDS (die am Ende als einzige gegen die Annahme der Verfassung stimmte) über 16 Abgeordnete. Da in der PS-Fraktion die Linken knapp die Mehrheit hatten, überwogen in der Versammlung wohl die Vertreter, die an einem sozialistischen Modell der Demokratie interessiert waren, oder zumindest – wie es immer wieder verkündet wird – an einem »Weg zum Sozialismus«. Entscheidender aber war, daß der *wirkliche* revolutionäre Prozeß schon Fakten geschaffen hatte, an denen auch die Verfassungsgebende Versammlung

nicht vorbeikam: Die herrschende Klasse, die in Portugal weitgehend von den »20 Familien« bestimmt war, hatte am 25. April nicht nur ihre politische Macht verloren, sondern bald danach auch den größten Teil ihrer wirtschaftlichen Basis. Spinola war es nicht gelungen, seine neokolonialistische Politik in Afrika durchzusetzen. In Mocambique und Angola hatte die portugiesische Bourgeoisie einen Großteil ihres akkumulierten Kapitals und ihrer Macht verloren. Die Verstaatlichung der Banken und wichtigen Industrien im Mutterland nach dem 11. März 1975, sowie die Besetzung und Aneignung des Großgrundbesitzes im Süden des Landes haben sie weiter geschwächt. Gegen das verfassungsmäßige Verbot der Reprivatisierung der bis zum 25. November 1975 enteigneten Großbetriebe und Großgrundbesitztümer hat sich darum in der Versammlung kein ernstzunehmender Widerstand erhoben.

Gesetze gegen die Arbeiter sind tote Buchstaben

Andererseits hatten die Arbeitskämpfe, die besonders im industriellen Gürtel um Lissabon und im Raum Porto unmittelbar nach dem 25. April begannen, die Unmöglichkeit gezeigt, mit Gesetzen gegen die Forderungen der Arbeiter nach besseren Lebensbedingungen und wirtschaftlicher Demokratie vorzugehen. Das (Anti)Streik-Gesetz der Regierung Spinola/Palma-Carlos war selbst in einer Situation nicht von den Arbeitern akzeptiert worden, als die PCP, die einen starken Einfluß in der Intersindical-Gewerkschaft hat, zur Einhaltung des Gesetzes aufgerufen hatte. Das Gesetz und alle anderen Verordnungen und Gesetze blieben dann toter Buchstabe, wenn sie eindeutig gegen die Interessen der arbeitenden Bevölkerung gerichtet waren. Die Massenbewegungen, die von den Generalstäben der Parteien gern als anarcho-populistisch bezeichnet werden (ein Bild davon versuchen unser rororo-Taschenbuch *Volkserziehung in Portugal* und unser Film »Viva Portugal« zu vermitteln) hatten auch einen Teil der MFA-Offiziere beeinflußt und griffen auf die Soldaten und Sergeanten in den Kasernen über. Auch Rundfunk und Fernsehen sowie viele Tageszeitungen hatten sich auf die Seite dieser Massenbewegung geschlagen. Eine Telejournal-Sendung (Tagesschau) aus dieser Zeit sah manchmal so aus, als sei der Sender von Landarbeitern oder sonstigen Gruppen der arbeitenden Bevölkerung besetzt worden. Das Entscheidende war, daß zum ersten Mal in Europa eine politische Bewegung von der Basis her zunehmend in die gesellschaftlichen Prozesse eingriff, ohne daß (wie etwa die Besatzungstruppen in Deutschland nach 1945 oder die Polizei im Mai/Juni 1968 in Frankreich) Fabrikbesetzungen und selbstorganisierte Widerstandsaktionen, Mieterselbsthilfen und Hausbesetzungen, Landbesetzungen und kollektive Selbstorganisation von einer bewaffneten Macht gestoppt wurden,

bevor sie überhaupt gesellschaftlich wirksam werden konnten. Nach dem Sturz der Caetano-Diktatur und dem bedingungslosen Rückzug der Kolonialarmee aus Afrika war diese Weigerung der Streitkräfte, unter keinen Umständen gegen die arbeitende Bevölkerung vorzugehen (PSP- und GNR-Polizei standen unter ihrem Kommando), sicher der großartigste Beitrag der MFA zur portugiesischen Revolution.

Jede Partei hat ihr »Ahlener Programm«

Im Frühjahr und Sommer 1975, als die Verfassungsgebende Versammlung die 312 Artikel konzipierte (jede Partei hatte einen kompletten Verfassungsentwurf bereits vorgelegt), schlugen die Wellen »draußen« manchmal bis an den São-Bento-Palast heran, etwa als über 10 000 Bauarbeiter das »Hohe Haus« Tage und Nächte belagerten. Und immer wieder wurde von Seiten der demonstrierenden Arbeiter deutlich gemacht, daß sie der »Constituinte«, in der Rechtsgelehrte und Professoren den Ton angaben, die Fähigkeit absprachen, eine sozialistische Verfassung zu entwerfen, die dem revolutionären Prozeß im Lande gerecht würde. Die politisch führenden Kräfte der MFA, die sich nach dem 11. März 1975 um den Revolutionsrat gruppierten, teilten diese Skepsis gegenüber den Verfassungsgebern, besonders wegen des immer heftiger werdenden Streits zwischen PS und PCP, der eine gemeinsame Plattform aller linken Kräfte immer unmöglicher zu machen schien. Daß bei dieser Auseinandersetzung erstmals seit dem 25. April wieder ungehemmt antikommunistische Parolen (durch die PS-Führung) öffentlich geäußert wurden, hatte der PPD und dem CDS unverhofften Auftrieb gegeben. Einen Wahlsieg dieser Parteien und eine Mehrheit in der Versammlung konnte man nicht mehr ausschließen. Schließlich war die jahrzehntelange antikommunistische und antidemokratische Manipulation der Meinungen durch das Salazar- und Caetano-Regime erst ein Jahr zuvor beendet worden.

Nach einer kurzen und verspäteten Parlamentarismusdebatte unter den MFA-Führern und dem mißlungenen Versuch, die Wahlen zu verschieben, machte die MFA ihre Zustimmung zu den Wahlen für die Verfassungsgebende Versammlung von einer Abmachung abhängig, dem »Pakt der portugiesischen Parteien mit der Bewegung der Streitkräfte«, den am 7. April 75 alle später in der Versammlung vertretenen Parteien außer der UDP unterzeichneten. In dem »Pakt«, der die künftige Struktur und Aufgaben der Staatsgewalt festlegte und ein Kontroll- und Mitspracherecht der MFA in der Verfassungsgebenden Versammlung verankerte, hieß es:

»Die von den Streitkräften am 25. April 1974 eingeleitete revolutionäre Bewegung hat eine Dynamik erlangt, die sich aufgrund der berechtigten Erwartungen des portugiesischen Volkes . . . akzentuiert . . . Die schwerwiegenden konterrevolutionären Ereignisse des 11. März

haben eine Institutionalisierung der Bewegung der Streitkräfte notwendig und unaufschiebbar gemacht . . . Durch das Gesetz (zur Verfassung) Nr. 5/75 (Schaffung des Revolutionsrats) sollen keineswegs wahrhaftig demokratische politische Parteien ersetzt oder in Randpositionen gedrängt werden, die ehrlich um die Erfüllung des Programmes der MFA bemüht sind; vielmehr zielt es auf eine Aktivierung (»Dinamização«) und Überwachung des revolutionären Prozesses ab, der in immer engerer Verbindung mit dem portugiesischen Volk und denjenigen politischen Parteien durchzuführen ist, die seine berechtigten Interessen vertreten.«

Die Folge davon war, daß sich auch die Rechtsparteien bemühten, zu denjenigen Parteien zu gehören, die die Interessen des Volkes vertreten; zumal die MFA gleichzeitig das Projekt einer parallelen Machtstruktur von der Basis her durch eine Verbindung von Armeeinheiten mit Arbeiterkommissionen und Dorfräten diskutierte. Eine allgemeine »Stimmung zum Sozialismus« war nach dem 25. April bei allen politischen Parteien vorhanden (wie ja auch in Deutschland nach der Hitlerdiktatur, was nicht nur die SPD sondern auch die Ahlener CDU einmütig bestätigen). Die CDS (Mitglied der europäischen christlichen und konservativen Parteien) wollte allerdings einen »portugiesischen Sozialismus . . . der gleichzeitig die individualistischen Kapitalismen und die totalitaristischen Sozialismen überwindet und ablehnt.« Wie groß das Verlangen auch der Rechtsparteien war, links oder gar sozialistisch zu erscheinen, zeigten die Debatten um die Verabschiedung einzelner Artikel. Als etwa die PPD gegen den Artikel 1 des Grundgesetzes stimmte, weil er den Passus »Umwandlung in die Gesellschaft ohne Klassen« enthielte, was marxistisch sei, erhob sich Freitas do Amaral, der Generalsekretär der CDS und sprach sich für diesen Passus aus, denn die Umwandlung Portugals »in eine Gesellschaft ohne Klassen« sei schon Bestandteil der Prinzipien der CDS vom 19. Juli 1974 gewesen.

Eine Verfassungsänderung vor 1980 ist unmöglich

Von den vielen opportunistischen Strömungen nach dem 25. April 74 war die CDS nach dem 25. November 75 die erste, die »vernünftig« wurde. Bei der Schlußabstimmung im Frühjahr 1976 lehnte sie als einzige Partei den erarbeiteten Verfassungstext ab. Die »Stimmung« war umgeschlagen. Nach dem Propaganda-Krieg Westeuropas (besonders der Bundesrepublik) gegen das neue Portugal, den Mario Soares' Partei auf dem Wege antikommunistischer Kampagnen ins Landesinnere getragen hatte, durch den damit verbundenen Wirtschaftsboykott, durch die von Kirche und MDLP-CDS-Gruppen inszenierten Überfälle und Bombenattentate im Norden und schließlich durch die Fraktionierung und Spaltung der MFA war es zu jener Patt-Situation und Lähmung der politischen Kräfte gekommen, die zum 25. November, zu einer vorübergehenden Stärkung der Rechten, zur Ausschaltung des revolutionären Flügels der MFA und schließlich zu deren Auflösung geführt hat.

Man konnte erwarten, daß die Verfassungsgebende Versammlung, die ja auch nach dem 25. November noch weiterarbeitete, angesichts des Abflauens der Massenbewegung bereits formulierte oder schon ausgehandelte Artikel wieder zurücknehmen oder dem weiteren Verlauf der Arbeiten eine neue Richtung geben würde. Tatsächlich ist nichts dergleichen geschehen. Der Grund dafür ist, daß es sich die PS nicht leisten konnte, durch eine so abrupte Kehrtwendung in das Lager von CDS und PPD zu geraten und von den Abgeordneten der PCP, MDP/CDE und UDP als sozialdemokratische Totengräber des 25. April gebrandmarkt zu werden. Außerdem saßen in der PS-Fraktion zwar viele Intellektuelle, aber doch in der Mehrzahl fortschrittliche Intellektuelle, deren Sozialismus vielleicht in Bibliotheken, progressiven Anwaltsbüros und literarischen Cafés entstanden war, die aber kein Interesse daran hatten, ihr Projekt schon so früh zu Grabe zu tragen. (Typisch für diese Gruppe sind etwa Marcelo Curto, später Arbeitsminister der ersten PS-Regierung, der ein prominenter Theoretiker der Arbeiterselbstverwaltung ist, oder Lopes Cardoso, später Landwirtschaftsminister, ein Spezialist der Kooperativen-Bewegung, der auf die Frage nach der Perspektive der Agrarreform nach einem Beitritt Portugals in die EWG achselzuckend sagt: »Ein Giscard d'Estaing ist immer noch besser als ein Pinochet«.) Dazu kam, daß eine starke Gruppe von Mitgliedern der Versammlung aus Arbeitern und Gewerkschaftsfunktionären bestand, deren moralisches Gewicht größer war als ihre numerische Stärke. Sie kamen nicht nur aus den Reihen der PCP und der MDP/CDE sondern auch aus den Reihen der PS (so etwa der Textilarbeiter Kalidàs Barreto vom linken Flügel der PS). Als das Gesetz über das Kontrollrecht der Arbeiterkommissionen über die Leitung der Betriebe mit 130 Stimmen bei 35 Enthaltungen angenommen war, brach bei dieser Abgeordnetengruppe Jubel aus. Spontan feierten sie diesen Sieg mit erhobener Faust. Beobachter verschiedener Richtungen sind sich einig, daß auch nach dem 25. November in der Verfassungsgebenden Versammlung eine praktische Allianz zwischen PS und PCP herrschte. Der eigentliche Testfall kam, als CDS- und PPD-Fraktionen mit Unterstützung einiger prominenter Abgeordneter des rechten PS-Flügels dafür eintraten, die Verfassung schon in der ersten Legislaturperiode (4 Jahre) ändern zu können. Ihr Argument war, daß andernfalls – und das sei gefährlich – die Verfassung nur durch einen Staatsstreich geändert werden könnte. Das nationale Sekretariat der PS trat zusammen, ihr linker Flügel behielt noch einmal die Oberhand, und auch in der Versammlung gelang es, mit einem Block aus PS, MDP/CDE und PCP ein Verbot jeglicher Verfassungsänderung während der ersten vier Jahre durchzusetzen. Bestimmte Artikel wurden von der Möglichkeit der Änderung überhaupt ausgeschlossen.

II. Das Militär (nach dem Ende der MFA)

Was aber nützt die beste Verfassung, wenn es die Basis, auf der sie entstanden ist, im Portugal von 1976 nicht mehr gibt? Diese Basis wären zum einen die Massenbewegungen in den Fabriken und vor allem auf dem Land und zum anderen die »Bewegung der Streitkräfte«, die MFA. Betrachten wir zunächst die MFA: Tatsächlich gibt es sie seit ihrer letzten Vollversammlung in Tancos vom Sommer 75 nicht mehr. Aber es gibt noch immer die Macht der Militärs und keineswegs nur der disziplinierten Militärs, die man auch die »Zurück-in-die-Kasernen-Bewegung« genannt hat. Die Macht der Militärs konzentriert sich heute, wie schon nach dem 11. März 75, im Revolutionsrat; und bei genauerem Hinsehen ist dort mehrheitlich ein Teil derselben Offiziere versammelt, die am 25. April 1974 den revolutionären Prozeß in Gang setzten, wie z. B. Melo Antunes. Genau ein Jahr nach dem Zerfall der MFA und dem dadurch drohenden Mißbrauch der Armee durch konservative und reaktionäre Offiziere, Ex-Generäle und Parteistrategen, ist der Revolutionsrat (nach den Umgruppierungen vom August 76) geschlossener denn je. Er ist einmütig auf die Wahrung des nach dem 25. April Erreichten bzw. auf die Einhaltung der Verfassung eingeschworen. Mit dem Präsidentschaftskandidaten General Ramalho Eanes hat diese Gruppe einen Mann ausgewählt (und PPD, CDS und PS sowie über 60% der portugiesischen Wähler haben diesen Schritt bei der letzten Präsidentschaftswahl mitvollzogen), der am besten geeignet schien, die Spaltung des Landes in Fortschrittliche und Zurückgebliebene, in Nord und Süd, in proletarische Revolutionäre und kleinbürgerliche Möchtegern-Kapitalisten überwinden zu helfen; und zwar ohne hinter die Verfassung zurückzugehen.

Der Zerfall der MFA im Spätsommer 75 hatte seine Wurzeln schon in den allerersten Anfängen. Schon gleich nach dem 25. April hatten sich zwei Konzeptionen in der Bewegung der Streitkräfte herausgebildet. Die eine wollte aus der MFA den revolutionären Motor der Massenbewegung machen: die Bewegung der Streitkräfte sollte eine Art portugiesische Befreiungsbewegung werden, wie sie die MFA-Offiziere aus Guinea durch die PAIGC kannten. Die MFA als Avantgarde-Armee, das hätte jedoch nicht nur geheißen, das zum größten Teil bürgerliche und konservative Offizierskorps zu »revolutionieren«, sondern die Armee hätte das Land auch zugleich aus der wirtschaftlichen und kulturellen Zurückgebliebenheit herausführen müssen. »Was wir vorhaben, ist das Werk von Giganten«, hatte Vasco Gonçalves uns nach dem ersten gescheiterten Putschversuch Spinolas im September 1974 gesagt. Und er hatte – ohne eine Spur von Resignation – hinzugefügt: »aber wir sind keine Giganten«.

Die zweite Konzeption vertraten solche Militärs, die zwar – ebenso wie die

erste Gruppe – eine tiefgreifende Veränderung »im Geiste des 25. April« wollten, aber nicht an das revolutionäre Potential einer klassischen Armee glaubten. Sie wollten die MFA so schnell wie möglich in der Gesamtarmee aufgehen lassen und die Macht in zivile Hände übertragen. Diese Gruppe hatte von Anfang an auch alle antirevolutionären und antidemokratischen Kräfte in ihrem Fahrwasser.
Bis zum Sommer 1975 war die Entwicklung in Portugal von beiden Strömungen geprägt, wobei die erste scheinbar immer mehr zu dominieren begann. Bis zuletzt schien jedoch ein Kompromiß zwischen den beiden Vorstellungen möglich, denn während die einen auf immer größere Schwierigkeiten innerhalb der konservativ und reaktionär gebliebenen Armee stießen, machten die anderen immer neue bittere Erfahrungen mit den politischen Parteien: Angefangen von der ersten konservativen Regierung mit Palma-Carlos und Sá Carneiro, die angesichts eines angeblichen »Wirtschaftschaos« schon im Juni 74 für ein autoritäres Notstandsregime plädierten, über den demagogisch geführten Machtkampf von Mario Soares, der vor allem stets ein Ziel anzuvisieren schien: die Macht für Mario Soares, bis hin zur Enttäuschung auch über den »cupulismo« der PCP, d. h. die von der Basis schwer zu beeinflussende Politik der Parteispitzen und deren taktische Manöver.

Parteien und Militär

Als im Spätsommer und Herbst 1975 die Rechte (Spinolas MDLP, rechte Offiziere, Kirche, Rechtsparteien im Norden und der Bauernverband CAP unter Führung der Großbauern und der Zwischenhändler) mit Unterstützung des Mario Soares die Revolution immer massiver angriffen: die Landreform, die 5. Regierung unter Vasco Gonçalves, die COPCON-Truppen unter Otelo Carvalho und schließlich die MFA selbst, waren die progressiven Offiziere der »Bewegung der Streitkräfte« infolge ihrer Fraktionierung gelähmt und konnten zu einer revolutionären Lösung der Krise immer weniger beitragen. Und auch die (linken) Parteien waren dieser Lösung gegenüber mehr als nur ambivalent. Der Basis der PCP gelang es zwar im Süden, die Partei für die Landbesetzungen zu gewinnen. Aber als im Frühjahr die ersten großen Streikbewegungen im Raum Lissabon begannen, hat die PCP vor diesen »unverantwortlichen Aktionen« mit dem Argument gewarnt, sie kämen wirtschaftlichen Sabotagehandlungen gleich. Und das unter der Regierung Spinola/Palma-Carlos! Die erste große Arbeiterdemonstration, bei der 20 000 Werftarbeiter der LISNAVE und SETENAVE gegen Arbeitslosigkeit, für die »Entnazifizierung« und gegen die NATO-Manöver vor Portugals Küste demonstrierten, mußte *gegen* die Warnungen der PCP und gegen ein Verbot durch den der PCP nahestehenden Gouver-

neur von Lissabon durchgeführt werden. Erst die Haltung der Soldaten und Offiziere leitete den großen Emanzipationsprozeß ein: sie weigerten sich, das Verbot durchzusetzen, und schlossen sich stattdessen der Arbeiterdemonstration an. Später, unter der sechsten, einer von PS und PPD getragenen Übergangsregierung im Herbst 1975, erreichte dieser Prozeß seinen Höhepunkt, als über hunderttausend Bauarbeiter die Regierungsgeschäfte lahmlegten und das COPCON unter Otelo sich weigerte einzuschreiten. »Die Bourgeoisie kann nur mit Repression regieren, aber sie hat keinen Repressionsapparat, die Macht der Waffen ist in den Händen der Linken«, sagte ein Sprecher der Revolutionäre damals. Und als die über hunderttausend Bauarbeiter nach einer mehr als 30-stündigen Belagerung des Regierungspalastes einen Abgesandten zu Premierminister Pinheiro d'Azevedo schickten, fanden sie ein verzweifeltes Führungsteam vor. Der cholerische Premierminister ließ die verdutzten, kommunistisch orientierten Bauarbeiter-Gewerkschafter wissen, daß er zu Verhandlungen über die Machtübergabe bereit sei. Doch die Gewerkschafter antworteten ihm, er solle keinen Unsinn reden, es gehe ihnen doch nur um höhere Löhne. Diese Geschichte illustriert viel besser die Situation, die der Wende im November vorausging, als das Bild von einem »neuen Prag«, welches Mario Soares den begierigen internationalen Presseagenturen verkaufte.
Doch während Soares und die Verfassungsgebende Versammlung im November 75 einen Umzug nach Porto-Versailles vorbereiteten, von wo aus mit Flugzeugen und Söldnern der Angriff auf die »Lissaboner Kommune« erfolgen sollte, wurde zugleich auch folgendes klar: die revolutionären Offiziere und Soldaten, die die neuen Rekruten eben noch auf die sozialistische Revolution schwören ließen, wären einem Angriff von Killer-Trupps à la Pinochet nicht gewachsen gewesen, und sei es nur deswegen nicht, weil sie nicht auf andere Soldaten geschossen hätten, selbst wenn diese von reaktionären Offizieren befehligt worden wären, und weil die Arbeiter und progressiven Offiziere einem Bürgerkrieg jede andere Lösung vorzogen.

Soares und der portugiesische Noske

Als Eliteeinheiten (darunter hochbezahlte Söldner) des rechten Obersten Jaime Neves (der einer der Hauptverantwortlichen der Massaker von Wyryamu in Mocambique war) und Panzereinheiten von Ramalho Eanes nach dem 25. November die Absetzung von Otelo und die Auflösung der linken COPCON-Einheiten in Lissabon sozusagen mit vorgehaltenen Kanonen erzwangen, war klar, daß Neves und die hinter ihm stehenden rechten Militärs die Macht fordern würden. Neves (der unveröffentlichten Berichten zufolge sofort das Amt des Präsidenten verlangt haben soll) hatte sich

der sechsten (PS-PPD-)Regierung schon vorher als portugiesischer »Noske« empfohlen. Soares persönlich hatte die von Neves befehligten gepanzerten Comandos-Fahrzeuge gegen den »Mob« von Kriegsversehrten zuhilfe gerufen, die den São-Bento-Palast belagert hatten, um höhere Renten zu fordern. Und die PS hatte Neves' Eingreifen mit einer Demonstration vor der Comandos-Kaserne unterstützt. Als Neves später auch die erwähnte Bauarbeiter-Demonstration auflösen sollte, machte er zur Bedingung, daß er auch in den Zeitungen, im Fernsehen usw. jene Leute hinauswerfen können müsse, »die mich immer als Faschisten bezeichnen«. Dazu kam es aber nicht. Soares, der in der 6. Regierung kein Amt hatte, berichtete später über Neves: »Da niemand den Mut hatte, ihm diesen Befehl zu geben, blieb er in der Kaserne.« Am 25. November widersetzten sich Eanes' Truppen einer Massenverhaftung, wie Neves und die Leute hinter ihm sie gefordert hatten, und am 26. hielt Melo Antunes im Fernsehen eine Rede zur Situation, bei der er die unverzichtbare Mitarbeit der PCP beim Aufbau des neuen Portugal in den Mittelpunkt stellte.

III. Die Wirtschaft

Die alten Rezepte des Internationalen Währungsfonds

Wenn die Wirtschaftspolitik der gegenwärtigen Regierung ganz offensichtlich nicht vom Programm der sie tragenden Partei und nicht von der Verfassung des Landes inspiriert ist, woher hat sie dann ihre Ideen? »Es sind die alten Rezepte des Internationalen Währungs-Fonds« (IMF), schrieb eine Lissaboner Morgen-Zeitung. Tatsächlich hatte schon vorher, im Zusammenhang mit der Zunahme von Krediten, die unabhängige Monatszeitschrift *Economia e Socialismo* bedauert, daß die portugiesische Öffentlichkeit die Bedingungen nicht kenne, unter denen die Kredite gewährt werden, und aus den Standardbedingungen des IMF zitiert, daß die »soliden ökonomischen Prinzipien«, die der IMF fordert, stets eine massive Einwirkung auf die Politik des Landes bedeuteten. Neben der Finanzpolitik beträfe dies besonders die Haltung der Regierung zur Gewerkschaft, die Lohn- und Preis-Politik und die öffentlichen Ausgaben für Schulbau und zur Subventionierung von Energie und öffentlichem Transport; kurz Maßnahmen, die garantieren, daß sich die Investitionen lohnen und daß das politische Klima »ruhig« ist. Wie konkret und massiv diese Einmischung sein kann, geht nicht nur aus dem chilenischen Lehrstück hervor, sondern das konnte man jüngst auch in Peru sehen, wo es die (von Monat zu Monat überprüften) Bedingungen eines US-Banken-Konsortiums waren, die das progressive Gesellschaftsmodell der Offiziersjunta in einem der letzten nicht-faschistischen Länder Süd-Amerikas zu Fall brachten. (Die Londoner

Financial Times hat am 27. Juli erstmals in aller Offenheit und detailliert darüber berichtet.)

Mário Soares hatte im April des vergangenen Jahres, im selben Moment als er seine antikommunistische Kampagne begann, zugleich mit immer stärkerem Nachdruck auf die Notwendigkeit internationaler Kredite und die Eingliederung Portugals in den Gemeinsamen Markt hingewiesen. Die MFA hatte (besonders in der 4. und 5. Regierung) eine Politik der nationalen Unabhängigkeit dadurch angestrebt, daß sie die Kredite aus kapitalistischen Ländern durch die Steigerung der Eigenproduktion im Agrarbereich und eine Drosselung der Exporte möglichst klein hielt. Diese Politik aber wurde als »kommunistisch gelenkt« und als »Sozialismus der Misere« verteufelt. Der PS-Beitrag zur Entzündung der antikommunistischen Ausschreitungen und Zerstörungen, die in Rio Maior begannen und dann auf den ganzen Norden übergriffen, war diese demagogische Behauptung vom »Sozialismus des Elends«. Als der Korrespondent von *Le Monde* den (PS-)Bürgermeister von Rio Maior damals nach dem Grund für die Zerstörung des PCP- und des FSP-Büros fragte, sagte der, die Kommunisten seien am Elend der Bauern schuld, denn sie verhinderten, daß die Kredite der EWG ins Land flössen. Tatsächlich hat aber die 5. Regierung – und Soares wußte das sehr wohl – um die Kredite, die Portugal etwa als Mitglied des Internationalen Währungs-Fonds zustanden, nachgesucht und auch Gebrauch von ihnen gemacht, soweit sie zugebilligt wurden. Erst als die 5. Regierung gestürzt war und eine PS-PPD-Regierung (mit nur nomineller Beteiligung der PC) sie ablöste, beschloß die Außenministerkonferenz der EG plötzlich die Unterstützung Portugals, was dem Land auf der Stelle sämtliche Kreditmöglichkeiten des IMF und der Weltbank erschloß.

Der Wirtschaftswissenschaftler Celsa Ferreira beurteilte die wirtschaftspolitische Taktik der Sozialistischen Partei bzw. ihres Führers Soares im Sommer 1975 folgendermaßen (in: *Economia et Socialismo* 4/76):

»Den ›Bankrott‹, von dem Soares allzu schnell zu Beginn des letzten Sommers redete, bekämpft man in einem so kleinen Land, das für 100 Mil. Contos Waren kauft und lediglich für 50 Mill. verkauft, nicht, indem man auf die Transformation des Goldes in Devisen zurückgreift oder systematisch an ausländische ›Hilfe‹ appelliert . . . Und wenn es auch stimmen mag, daß, um das Land zu entwickeln, wir ein Minimum an Zahlungsmitteln für das Ausland benötigen, so ist es nicht weniger wahr, daß mit jedem Tag, der vergeht, ohne daß wir uns entschließen, unseren Prozeß selbst zu kontrollieren, die Kontrolle Dritter über unser Land wächst.«

USA und SPD präsentieren die Rechnung

Chile hatte 1973, als Pinochet die Macht übernahm, nicht nur eine intakte Bourgeoisie, die Zeitungen und Rundfunksender besaß, es steckte auch – durch die Politik der christlich-demokratischen Regierungen vor 1970 – bis

zum Hals in Schulden, und zwar bei den imperialistischen Ländern, die der Demokratie schließlich in Zusammenarbeit mit der Armee und der heimischen Bourgeoisie das Genick brachen.

Portugal hatte durch die ultra-konservative Finanzpolitik Salazars, die von seinem Nachfolger Caetano erst spät geändert wurde, ein beträchtliches Devisenpolster und große Goldreserven. Entsprechend einem alten Vertrag zwischen Portugal und der Republik Südafrika wurde für die Arbeit der schwarzen Bergarbeiter aus Mocambique Gold in die portugiesische Staatskasse gezahlt, die ihrerseits die Arbeiter nach ihrer Rückkehr aus den südafrikanischen Bergwerken mit nahezu wertlosem Papiergeld abfand. Gegenüber einem der Hauptpressionsmittel des amerikanischen und europäischen Imperialismus hatte also Portugal (trotz der weltweiten Rezession und »Ölkrise«) einen relativen Spielraum. Hauptbelastung für die Devisen waren die Importe von Rohöl, zuletzt vorwiegend aus Angola (!) und – im Agrarland Portugal – der Import von Nahrungsmitteln (ca. 40% der Importe). Da das Rohöl aus Angola (Angola produzierte die doppelte Menge des gesamten portugiesischen Verbrauchs) in Lissabon und Porto raffiniert wurde, ist es leicht vorstellbar, wie zwischen den (verstaatlichten) Raffinerien und dem Ölliferanten Angola Handelsbeziehungen fern jeder neokolonialistischen und imperialistischen Konstellation möglich gewesen wären.

Unter dem Einfluß der PS verschlechterten sich jedoch die Beziehungen zu Angola, wie auch zu Mocambique. Denn Soares war gegen eine Anerkennung der MPLA. Auch in Punkto Landreform war der Beitrag der PS – zumindest was den Parteiapparat um Soares betrifft – »gleich Null«. Pereira de Moura, der dies bestätigt (er saß in den entscheidenden Sitzungen der vierten Regierung mit den Sozialisten zusammen im Kabinett), erklärt das mit dem zunehmenden Druck der Amerikaner und der deutschen SPD auf Soares, nachdem die PS bei der ersten Wahl im April 1975 die meisten Stimmen bekommen hatte:

»Die Verstaatlichungen hatten ja vor den Wahlen stattgefunden. Nach den Wahlen, bei denen die Sozialisten gewannen, war bei Soares und den anderen in den ersten Reaktionen noch keine Veränderung festzustellen. Sie waren sehr zufrieden, gewonnen zu haben. Auch die Zusammenarbeit mit der Kommunistischen Partei ging fast wie vorher weiter. Ungefähr eine Woche später begannen die Dinge sich sehr, sehr schnell zu ändern. Meine Interpretation ist, daß die Rechnung international präsentiert wurde. Man hat gesagt, jetzt seid ihr die Mehrheitspartei, jetzt ist eine sozialistische Regierung angebracht. Das war der Moment, glaube ich, wo die Vereinigten Staaten und die deutsche Sozialdemokratie die Rechnung präsentiert haben.«

Pereira de Moura hält das Problem durch diese Unterstützung für die PS jedoch keineswegs für gelöst.

»Das Problem in Portugal liegt nicht beim Geld. Das wahre Problem ist, daß die Arbeiter eine bestimmte Wirtschafts- und Sozialpolitik nur dann akzeptieren, wenn eine klare allgemeine politische Orientierung vorliegt, eine Politik, die dem Arbeiter seine Eroberungen sichert und

die zugleich die bestehenden Ungleichheiten, die Privilegien beseitigt. Andererseits sind für die kleine und mittlere Bourgeoisie zwar die Verstaatlichungen keine große Gefahr, denn sie haben genug Garantien, auch von seiten der Kommunistischen Partei, daß im Moment an weitere Verstaatlichungen nicht gedacht ist. Das Problem für sie sind die Arbeiter, sind die Gewerkschaften. Die Angst der Sozialistischen Partei, bei Arbeitern und Gewerkschaftern zugunsten des kleinen und mittleren Bürgertums durchzugreifen, erklärt zum großen Teil die Widersprüche innerhalb dieser Partei und eine gewisse Auswegslosigkeit ihrer Politik.«

Andererseits kann eine Politik im Interesse der Europäischen Gemeinschaft nur eine Politik der großen Konzerne sein. Und dies gilt ebenso für das Projekt des sozialistischen Außenministers, engere Wirtschaftsbeziehungen zu Brasilien aufzunehmen, wo nicht nur die großen amerikanischen und westdeutschen Multis das Feld beherrschen, sondern wo auch die enteigneten portugiesischen Großindustriellen einen Teil ihres Imperiums gerettet haben.

IV. Die Gewerkschaften

Ein kleines olivgrünes Buch hielt sich wochenlang auf der Lissaboner Bestsellerliste: der *Juristische Arbeiterführer*. In handlichem Format faßt er die wichtigsten Verfassungsartikel für den Alltagsgebrauch zusammen: Vollversammlungen, Kooperativengründungen, Zeitungsredaktionen, Militärkommandanturen. Offensichtlich sollte die neue Verfassung kein einsam glänzendes Schaustück progressiver Jurisprudenz sein und ihr Dasein nicht im Museum des europäischen Parlamentarismus führen.

Mitbestimmung statt/oder Arbeiterkontrolle

Im Oktober standen die Ausführungsbestimmungen zum Artikel über die Arbeiterkontrolle auf der parlamentarischen Tagesordnung. Sie waren Ende 1975 bereits schon einmal abgefaßt worden, und zwar von der sechsten Übergangsregierung, in der die Sozialistische Partei die Schlüsselpositionen inne hatte. Die entsprechenden Dekrete hatten aus der *Kontrolle* der Betriebsleitung durch die Arbeiter eine *Mitbestimmung* konsultativen Charakters gemacht. Die Arbeiterkommissionen sollten »Ansichten äußern«, »beitragen«, »wachen«, »sich beteiligen« – bestimmen und kontrollieren sollten sie nicht. »Die Kontrolle der Betriebsleitung darf die normale Aktivität des Unternehmens weder behindern noch in die Funktionen seiner leitenden Organe eingreifen«, hatte die sechste Regierung unter Pinheiro d'Azevedo beschlossen. Die Presse stellte dazu fest: »Der Gesetzgeber entleerte die Verfassungsbestimmungen jeden Inhalts.« Arbeiter und Gewerkschaften bezeichneten die Dekrete als »verfassungswidrig«. Staatspräsident Costa Gomes lehnte eine Unterschrift ab, der Revolutionsrat, in

seiner Besetzung damals rechter als der heutige, war ebenfalls nicht einverstanden. Die Einheitsgewerkschaftszentrale *Intersindical* hatte Staatspräsident Costa Gomes ihre klare Ablehnung der Dekrete wissen lassen.

Spaltungsversuche unter dem Mantel von Einheitskongressen

Etwa zur gleichen Zeit hatten die Angriffe auf die *Intersindical* an Intensität gewonnen und sich zu einer Kampagne für »Gewerkschaftsfreiheit« formiert. Nicht Arbeitervollversammlungen oder Gewerkschaftsdelegierte hatten die Kampagne begonnen, sondern eine Anzahl von Gewerkschaftsvorständen, die dem rechten Flügel der Sozialistischen Partei nahestanden und mit PPD-nahen Vorständen zusammenarbeiteten, oder Leuten der »maoistischen« MRPP, die in einem kürzlich erschienenen Buch des ehemaligen Vorstandsmitgliedes Sanchez als eine vom CIA instrumentalisierte Gruppe beschrieben werden. Der PS-PPD-MRPP-Koalition ging es um die Ausschaltung des kommunistischen Einflusses auf die Gewerkschaftsbewegung, der auf die Aktivierung der PCP-Gewerkschafter im antifaschistischen Untergrund zurückging. Damals hatte sich aus verschiedenen Aktions- und Streikkomitees die *Intersindical* gebildet, die Anfang 1975 von der Bewegung der Streitkräfte als Einheitsgewerkschaftszentrale legalisiert wurde. Zugleich legte die MFA die Gewerkschaftseinheit gesetzlich fest. Politischer Pluralismus, d. h. das »Recht auf Tendenzen« innerhalb der Gewerkschaftsbewegung sollte durch regelmäßige Neuwahlen der Gewerkschaftsvorstände durch die Basis garantiert werden.
Gegen diese gesetzliche Festlegung der Gewerkschaftseinheit richtete sich der Angriff der PS-PPD-MRPP-Koalition. Sie bestritt der *Intersindical* jede Legitimität, tat so, als gäbe es die Zentrale nicht, und schlug die Bildung einer Gewerkschaftszentrale auf dem für Ende 1976 geplanten Gewerkschaftskongreß vor. Für die Organisationskommission dieses Kongresses forderte die PS-Gruppe volle Parität, obwohl sie nur 20 Prozent der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten (vornehmlich aus dem Bereich von Banken und Büros) repräsentierte, während die *Intersindical* 80 Prozent der organisierten Arbeiter (hauptsächlich aus den mitgliederstarken Bereichen der Grund- und Schwerindustrie) hinter sich hatte. Am 4. September 1976 lehnte eine Vollversammlung aller portugiesischen Gewerkschaften diese Forderung der PS-Leute ab und bot ihnen, obwohl ihre Vertreter nicht erschienen waren, in einer Kommission sieben von 20 Sitzen an.
Für die EG-freundliche Ausrichtung der Wirtschaftspolitik durch Mario Soares und den rechten PS-Flügel kamen die Spaltungstendenzen nicht ungelegen. Auf der anderen Seite kam es der PS-PPD-MRPP-Fraktion darauf an, vorsichtig zu taktieren, um von der eigenen Basis nicht als

einheitsfeindlich beargwöhnt zu werden. Denn bereits Ende August, Anfang September wuchs der innergewerkschaftliche Widerstand gegen einen Machtkampf, in dem die Gewerkschaftsvorstände zu Brückenköpfen der verfeindeten Parteien, insbesondere von PS und PCP, und die Mitglieder zum Fußvolk der verschiedenen Lager zu werden drohten. Zwar gab es innerhalb der *Intersindical*-Gewerkschaften harte Kritik am »cupulismo«, d. h. an autoritär-doktrinären Tendenzen im Sekretariat, aber diese Tendenzen sollten auf den Betriebs- oder Delegiertenvollversammlungen bekämpft werden – und nicht durch Spaltung der Gewerkschaftsbewegung. Auch im PS-PPD-MRPP-Lager verurteilten zahlreiche Delegierte der Büroangestelltengewerkschaft die eigenen Gewerkschaftsvorstände, weil sie sich zur Mitarbeit an der Anti-*Intersindical*-Kampagne bereit erklärt hatten, ohne sich mit der Basis abzusprechen.

Trotz ihrer ideologischen Differenzen bildeten die PCP und die links von ihr stehenden Gruppierungen, vor allem die UDP, bei der Verteidigung der gesetzlich verankerten Gewerkschaftseinheit eine Front. Die noch unter der MFA festgelegten Gewerkschaftsstatuten garantierten der Basis Rechte gegenüber den Vorständen, die weit genug gingen, um diese Vorstände in ihrer politischen Haltung zu verändern. Die Vorstandsmitglieder wurden in direkter Wahl von den Arbeitern nominiert.

Nachdem die antikommunistische PS-PPD-MRPP-Fraktion die Gewerkschaftsdiskussion mit ihrer Forderung nach voller Parität absichtlich in eine Sackgasse manövriert hatte, blieb ihr nur noch die Gründung einer zweiten Gewerkschaftszentrale. Diese Spaltung hätte jedoch für die PS-Regierung in der politischen Situation Mitte Oktober einen weiteren Verlust an Glaubwürdigkeit bei den Arbeitern bedeutet. Darüber hinaus wäre die neue Zentrale vorerst im wesentlichen auf den Dienstleistungsbereich beschränkt geblieben und hätte für die PS bedeutet, ihre Hoffnung, die Gewerkschaftsbewegung künftig insgesamt zu kontrollieren, vorläufig aufgeben zu müssen.

Gleichzeitig zeichnete sich im Oktober 1976 jedoch eine andere Strategie ab: durch die Gründung von Parallelgewerkschaften auf das Fernziel einer totalen Gewerkschaftskontrolle zu verzichten, um durch die Spaltung ein Nahziel zu erreichen: die Förderung sowohl der Privatwirtschaft als auch der Auslandsinvestitionen. Denn eine Arbeiterkontrolle über Betriebsleitungen würde mit mehreren sich bekämpfenden Gewerkschaften schwieriger als mit einer Einheitsgewerkschaft sein.

Gegen diese Strategie mobilisierte Ende August der linke PS-Flügel. Kalídas Barréto, Vorstandsmitglied der Textilarbeitergewerkschaft und Sprecher der linken PS-Gewerkschafter gründete zusammen mit anderen PS-Linken die »Gruppe zur Verteidigung des Programms der Sozialistischen Partei«. Als Abgeordneter der Verfassungsgebenden Versammlung hatte er den

rechten Flügel der Partei auch öffentlich kritisiert (und war dann in der Nationalversammlung nicht mehr als Abgeordneter vertreten). In der Gewerkschaftsfrage hatte er zwar eine gesetzliche Verankerung des Prinzips der Einheitsgewerkschaft abgelehnt (»weil ich nicht an die Minderjährigkeit der Arbeiter glaube«), den Gewerkschaftspluralismus jedoch als Manöver des Imperialismus und der portugiesischen Bourgeoisie abgelehnt. Als vor der Verfassungsgebenden Versammlung der Artikel »Gewerkschaftsfreiheit« debattiert wurde, erklärte er, die Arbeiter würden

»frei und im Interesse der Klasse eine einzige Gewerkschaftszentrale zu wahren wissen. Das Argument, die Gewerkschaftszentrale werde heute von einer bestimmten Linie beherrscht, kann nur jenen als Auftrieb gelten, denen die ganze Entwicklung nicht paßt, und die die Einheitszentrale zerstören wollen«.

Nicht ein noch »typisch bürgerlicher Staatsapparat« könne die Einheit der Arbeiter herstellen, sondern »die Einheit der Arbeiter kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein«. Und an die Adresse der Einheitsgegner hatte er im São-Bento-Palast erklärt:

»Jeder Spaltungsversuch – über den Trick des Gewerkschaftspluralismus – wird von den Arbeitern mit allen Mitteln zurückgeschlagen werden, bis hin zur Gewalt. Obwohl ich nicht gewalttätig bin, sehe ich doch ein, daß die Gewalt zuweilen das große Argument, das große Erziehungsmittel für die Verräter der Klasse ist.«

Die Vorbereitungen für den Kongreß der Sozialistischen Partei Ende Oktober, Anfang November waren ein neues Alarmsignal für diese Gruppe. Auf Anregung von Mario Soares wurde die Diskussion des Parteiprogrammes von der Tagesordnung gestrichen. Damit versuchte der parteiintern als »gemäßigt« bezeichnete Flügel die »Gruppe zur Verteidigung des Programmes der Sozialistischen Partei« um Kalídas Barréto an den Rand zu drücken. Die Vertreter der Basis legten als Gegenoffensive ein Projekt vor, das vor allem den Betriebszellen der Sozialistischen Partei einen nicht nach numerischer Stärke berechneten Einfluß auf die Parteipolitik sichern sollte. »Die Betriebsgruppen sind zwar zahlenmäßig schwächer als die Ortsgruppen, aber sie sind wesentlich aktiver und bestehen aus Arbeitern mit weit größerer Militanz«, erklärten sie. Für den Parteikongreß forderten sie ein Sonderstatut, da »alle anerkennen, daß die PS von Grund auf eine Arbeiterpartei sein muß«. Zum gleichen Zeitpunkt hielten sich in Lissabon hartnäckige Gerüchte, nach denen der internationale Druck auf die PS weiter zunahm und nicht nur der (auf offizieller Ebene bereits vollzogene) endgültige Bruch mit der PCP und der übrigen Linken gefordert wurde, sondern auch die »Ausmerzung« der Linken innerhalb der sozialistischen Partei selbst.
Der Kampf um die Gewerkschaftseinheit, der Kampf des Arbeiterflügels in der PS um mehr Einfluß auf die Parteipolitik waren Ausdruck der Unzufriedenheit mit einer Parteiführung, die, legalistisch-demagogisch, ihre

Wahlsiege mit den Illusionen und Ängsten des Kleinbürgertums errungen hatte. Das Schreckgespenst des »gonçalvismo« hatte aber Mitte Oktober bereits stark an Wirkung verloren: Kleinbauern, Kleinhändler, die Aufsteiger aus den Dienstleistungsbereichen und die PS-Arbeiterschaft verlangten stärker als zuvor nach einer konkreten, ihren jeweiligen Interessen entsprechenden Politik. Nachdem Soares der Arbeiterschaft darauf mit Drohungen antwortete, mobilisierte der Kampf um die Gewerkschaftseinheit jene Basis, die schon nach dem 25. April entscheidende Veränderungen – wenn notwendig auch gegen Parteispitzen von PS und PCP – durchgesetzt hatte.

V. Die Agrarreform oder »Freiheit statt Kommunismus«

Daß die PS-Linke in Betrieben und Gewerkschaften dabei nur auf ein begrenztes Verständnis der sozialistischen *Regierung* hoffen konnte, zeigt das Beispiel der Agrarreform. Denn die Regierungslinke war im Prinzip immer nur solange bereit, Widerstandskräfte gegen die Rechte zu mobilisieren, wie diese Mobilisierung kein Risiko für eine Zunahme des kommunistischen Einflusses mit sich brachte. Im Gegensatz zur Partei-Rechten war sie für die Verteidigung der »revolutionären Eroberungen«, jedoch immer nur nach dem Motto: »Freiheit statt *Kommunismus*«.
Im Namen dieser Freiheit bekämpfte auch die Linke der Sozialistischen Partei seit Übernahme des Landwirtschaftsministeriums den »kommunistischen Agrarstaat im Süden«, die Errichtung von »Sovchosen« durch die Landarbeitergewerkschaft STA und die PCP. Dabei verfuhr sie so, als ob sie nicht wüßte, daß die Landreform in erster Linie das Ergebnis einer Masseninitiative war, der sich die Führung der Kommunistischen Partei erst auf Drängen der Landarbeitergewerkschaft angeschlossen hatte. Die Sozialistische Partei hatte in diesem Prozeß dagegen kaum eine Rolle gespielt. Mario Soares hat später sogar (in der 4. Regierung) die Gesetzgebung zur Agrarreform zu verhindern versucht. Die »Sowchosen«, deren kommunistische Führungen die Landarbeiter angeblich in ein totalitäres Zwangssystem steckten, um die Macht der Partei zu festigen und sich als die »neuen Herren« auf dem Rücken der Arbeiter als »Volksrepublik Alentejo« zu etablieren, waren eine paranoide Vorstellung der PS, die eher dem eigenen Hegemoniestreben entsprach als der Wirklichkeit im Alentejo. Denn dort gab es weder Politkommissare und Soll-Pläne, noch eine technokratisch-bürokratische Herrschaftsstruktur. Daß es sich um die erste Landreform in der Geschichte Portugals überhaupt handelte, die noch während ihrer »Probezeit« eine Produktionssteigerung brachte, kann als ein weiterer Beweis dafür gelten, daß sie von »unten« getragen wurde. Wenn die Sozialistische Partei eine »Entideologisierung« der Agrarreform forderte,

dann war dabei also an die Ausschaltung des klassenkämpferischen Elans gedacht, solange dieser im Einklang mit der PCP-nahen Landarbeitergewerkschaft stand.

Für die Rechte in der Sozialistischen Partei ist die Lösung einfach: da veröffentlicht die ihr nahestehende »sozialistische, pluralistische und unabhängige« Zeitung *A Luta (Der Kampf)* einen großen Bericht über die Agrarreform, in dem zwei gleich große (und namentlich nicht genannte) Güter A und B verglichen werden: das eine Gut privat, das andere kollektiv bewirtschaftet. Das Ergebnis ist klar: das Privatgut braucht weniger Kredite und erwirtschaftet weit mehr Gewinn als das kollektive Gut. Beweise für die Behauptung werden nicht erbracht. Vor dem Hintergrund der portugiesischen Massenarbeitslosigkeit aber infam ist der Vergleich der Arbeitskräfte von Gut A und Gut B: Gut A kommt mit einem Zehntel der Arbeitskräfte aus, die Gut B beschäftigt. In derselben Ausgabe der Zeitung wird auf der ersten Seite ausführlich über den Besuch eines amerikanischen Landwirtschaftsexperten berichtet, der sich auf die »Agrarprobleme Brasiliens, Südvietnams, Israels und Boliviens spezialisiert« und auch für Portugal die *rentabelste Lösung* gefunden hat: kleine und mittlere Betriebe natürlich.

Für den rechten PS-Flügel heißt also das Rezept: Reprivatisierung.
Die Reprivatisierung jedoch ist unvereinbar mit der *Verfassung*, derzufolge »die Agrarreform eines der grundlegenden Instrumente beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaft« ist.
Die Parteilinke um Lopes Cardoso fordert darum auch einen anderen Weg: sie befürwortet die Errichtung kleiner Kooperativen – im Gegensatz zu den großen, kommunistisch orientierten, kollektiven Produktionseinheiten. Die kleinen Kooperativen sollen, wenn es nach den Vorstellungen der Linkssozialisten geht, später in regionalen Verbänden zusammengefaßt werden. Dazu wurde als Koordinationsorganismus die »Vereinigte Kooperativenbewegung«, die MUC geschaffen. Die parteipolitische Bindung dieser Kooperativen an die Sozialistische Partei ist offensichtlich. Um zu vermeiden, daß auch in Zukunft landfremde PS-Anhänger diese Kooperativen leiten, wurde mit der Ausbildung von Landarbeitern in betriebswirtschaftlichen Kursen begonnen. Die daran teilnehmenden Landarbeiter haben eine bessere Schulausbildung als der Durchschnitt und bilden eine Art ländlichen Kleinbürgertums, auf das die PS ihre Kooperativenbewegung stützen will. Die Perspektive: Die Kleinkooperativen als Teil einer entpolitisierten Genossenschaftsbewegung ließen sich eines Tages ohne große Schwierigkeiten in ein marktwirtschaftlich ausgerichtetes Wirtschaftssystem integrieren; bei einem EG-Beitritt Portugals brauchte Brüssel nicht zu fürchten, in der Landwirtschaft kommunistische Experimente subventionieren zu müssen.
Noch aber machen die kollektiven Produktionseinheiten, in denen kommunistische und antikapitalistisch eingestellte Landarbeiter ein für die Sozialistische Partei nicht käufliches Potential an Widerstand bilden, die große Mehrheit der besetzten Ländereien aus.

Und Portugals Zukunft . . .

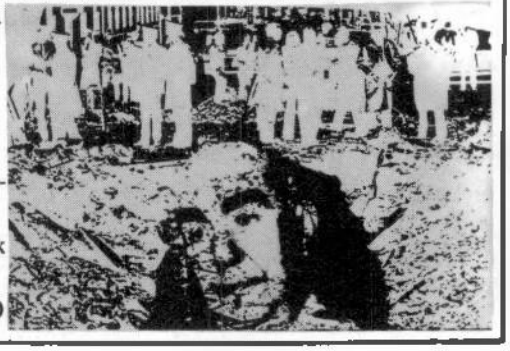
Der prominente Wirtschaftswissenschaftler und linkskatholische Politiker Pereira de Moura, der als Mitglied der MDP/CDE in der ersten und vierten Regierung, und als Unabhängiger Mitglied der fünften Regierung war (und bei der Wahl zum Staatspräsidenten die Kampagne von Otelo unterstützte) sieht in der Präsenz progressiver Militärs auch weiterhin eine der Hoffnungen für den Sozialismus in Portugal.

»Sehen Sie«, sagte er uns im September 1976, »keine der wichtigen Dinge, die nach dem 25. April erreicht wurden, sind bisher verloren: die Streitkräfte, die mit dem Präsidenten und dem Revolutionsrat die eigentliche Macht haben, aber auch die Sozialistische Regierung und die Versammlung der Republik (Parlament), in allen diesen Machtorganen, und ich glaube, daß das Wichtigste davon der Revolutionsrat ist, werden die Dinge, die erreicht worden sind, für unwiderrufbar gehalten. Das betrifft nicht nur die Entkolonialisierung und die politische Demokratie, sondern vor allem auch das, was für die Agrarreform getan wurde und was die Arbeiter an Rechten erobert haben.«

Die weitere Entwicklung in Portugal hängt nun auch von der Entwicklung in anderen Ländern des Mittelmeerraums ab. Eduardo de Sousa Fereira vom wirtschaftswissenschaftlichen Institut in Lissabon faßt die gegenwärtige Situation so zusammen:

»Portugal hat einen Schritt gemacht, so klein er ist. Man hat die direkte Kontrolle auf niedriger Ebene organisieren können und auf regionaler Ebene. Was fehlte, war die nächste Stufe. Während auf der unteren Ebene viel Macht erreicht wurde, ohne die Parteien, hat man dann im weiteren versagt. Aber allein dieser erste Schritt war eine derartige potentielle Gefahr, daß sich sofort alle Kanäle in Europa dagegen verschlossen haben. Man wird den Sozialismus nicht isoliert in Portugal aufbauen können. Etwas anderes wäre schon eine Einheit Portugal-Spanien. Das hätte schon eine andere Dimension, eine andere Kraft. Aber selbst für Portugal und Spanien wäre es nicht möglich, eine sozialistische Insel zu schaffen, wie etwa Cuba gegenüber den USA, wenn nicht zugleich auch andere Länder wie Italien und Frankreich eine Entwicklung in Richtung Sozialismus einschlügen.«

Wie und warum wir C. Blanco hingerichtet haben. Analysen und Dokumente von ETA.
Erst wollten die Mitglieder der revolutionären baskischen Organisation ETA Blanco nur entführen, um die Freilassung von 150 politischen Gefangenen zu erzwingen. Dann entschlossen sie sich für ein Bombenattentat. Die beteiligten Militanten der ETA schildern hier genau, Tag für Tag, die monatelangen, mühsamen Vorbereitungen für die Operation Menschenfresser. 232 Seiten 15 Mark
Kramer Verlag + Trikont Verlag
Josephsburgstr. 16 8 München 80



Erzähler der DDR

Johannes Bobrowski
Levins Mühle
34 Sätze über meinen Großvater
Roman
Band 956 / DM 4,80

Werner Heiduczek
Mark Aurel oder Ein Semester Zärtlichkeit
Roman
Band 1587 / DM 3,80

Stefan Heym
Der König David Bericht
Roman
Band 1508 / DM 4,80

Hermann Kant
Die Aula
Roman
Band 931 / DM 5,80

Das Impressum
Roman
Band 1630 / DM 8,80

Günter Kunert
Tagträume in Berlin und andernorts
Kleine Prosa, Erzählungen, Aufsätze
Band 1437 / DM 4,80

Reiner Kunze
Der Löwe Leopold
Fast Märchen, fast Geschichten
Band 1534 / DM 3,80

Irmtraud Morgner
Die wundersamen Reisen Gustav des Weltfahrers.
Lügenhafter Roman mit Kommentaren
Band 1568 / DM 3,80

Ludwig Turek
Ein Prolet erzählt
Lebensschilderungen eines deutschen Arbeiters
Band 1571 / DM 5,80

Christa Wolf / Gerhard Wolf
Till Eulenspiegel
Band 1718 / DM 5,80

Neue Erzähler der DDR
Hg.: Doris und Hans-Jürgen Schmitt
Originalausgabe
Band 1570 / DM 4,80

19 Erzähler der DDR
Hg.: Hans-Jürgen-Schmitt
Originalausgabe
Band 1210 / DM 4,80

Die großen sozialistischen Erzähler
Hg.: Doris und Hans-Jürgen Schmitt
Originalausgabe
Band 1755 / DM 5,80

FISCHER TASCHENBÜCHER

edition suhrkamp

Rossana Rossanda
Über die Dialektik von Kontinuität und Bruch
Zur Kritik revolutionärer Erfahrungen – Italien, Frankreich, Sowjetunion, Polen Polen, China, Chile *es 687; DM 9.–,*

Rudolf Goldscheid/Joseph Schumpeter
Die Finanzkrise des Steuerstaats
Beiträge zur politischen Ökonomie der Staatsfinanzen. Herausgegeben von Rudolf Hickel *es 698; DM 10.–,*

Oskar Negt
Keine Demokratie ohne Sozialismus
Über den Zusammenhang von Politik, Geschichte und Moral *es 812; DM 14.–,*

Wolfgang Abendroth
Ein Leben in der Arbeiterbewegung
Gespräche, aufgezeichnet und herausgegeben von Barbara Dietrich und Joachim Perels *es 820; DM 9.–,*

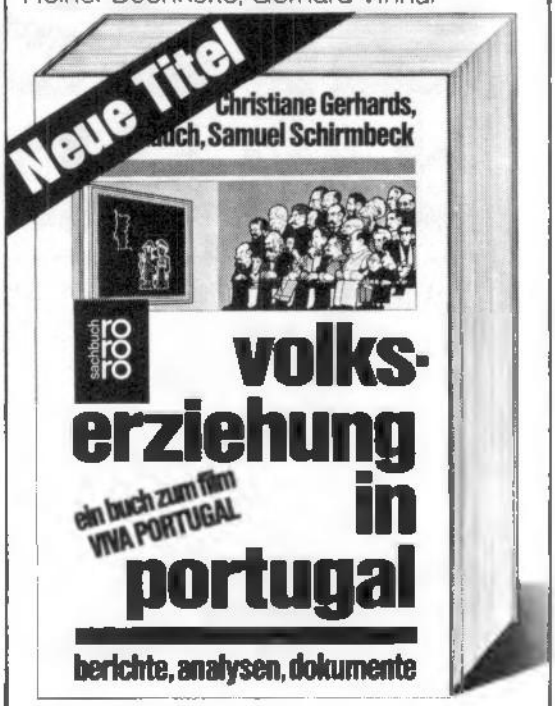
Otto Kirchheimer
Von der Weimarer Republik zum Faschismus: Die Auflösung der demokratischen Rechtsordnung
es 821; DM 8.–,

Rossana Rossanda, Lucio Magri u. a.
Der lange Marsch durch die Krise
Herausgegeben und eingeleitet von Burckhard Kroeber *es 823; DM 9.–,*

In allen Buchhandlungen.
Prospekte durch Suhrkamp Verlag, Suhrkamp Haus, 6 Frankfurt 1.

Politische Erziehung

Herausgegeben von Johannes Beck, Heiner Boehncke, Gerhard Vinnai



Dieser Band berichtet von Zielen und Methoden der gemeinsamen Anstrengung von Intellektuellen und »Unwissenden«, um alle an der gesellschaftlichen Entwicklung des nachfaschistischen Portugal teilnehmen zu lassen. (rororo Sachbuch 6984 – DM 9,80)

Beck, Johannes/Bergmann, Klaus/ Boehncke, Heiner (Hg.)
Das B. Traven-Buch. Lesestücke – Unterrichtsmaterialien (rororo sachbuch, 6986/DM 10,80)

Stückrath-Taubert, Erika (Hg.)
Erziehung zur Befreiung. Volkspädagogik in Lateinamerika, Paulo Freire: Rezeption und Kritik (rororo Sachbuch, 6877/DM 8,80)

Beck, Johannes/Boehncke, Heiner (Hg.)
Jahrbuch für Lehrer 1977. Hilfen für die Unterrichtsarbeit (rororo Sachbuch, 6988/ca. DM 9,80)

Dauber, Heinrich/Weber, Heribert
Eltern aktiv. Handbuch für eine humane Schule. Kernprobleme der Elternarbeit, Leistungsbeurteilung, neue Lehrinhalte, Unterrichtsmethodik, Hausaufgaben, Nachhilfeunterricht (rororo Sachbuch, 6993 DM 6,80)

sachbuch rororo

Ursula Schmiederer
Skandinavien: die Volksfront auf der Regierungsbank?

Die Sozialdemokratie und die Linke in Schweden, Norwegen und Dänemark

Wenn sich im Europa von heute sozialdemokratische, kommunistische und linksbürgerliche Kräfte zu politischen Bündnissen zusammenschließen, dann sprechen wir meist etwas vorschnell von »Volksfront«. Streng genommen haben diese Volksfrontbündnisse aber nur wenig mit ihren »klassischen« Vorbildern der 30er Jahre zu tun. Denn Charakteristikum und Triebkraft der alten Volksfront war die politische *Abwehr*, und zwar die Abwehr des in Europa bereits etablierten oder vor der Tür stehenden Faschismus. Und in diesem, in erster Linie defensiven Bündnis konnten die Organisationen der Arbeiterschaft mit den demokratischen Kräften der Bourgeoisie für eine begrenzte Zeit zusammenfinden. Die Beteiligung der Arbeiterschaft an dieser Politik jedoch war erstens aus der Bedrohung geboren, war zweitens ein Zeichen ihrer Schwäche und war drittens als eine vorübergehende Lösung gedacht.

Die aktuelle Situation sieht anders aus. Nicht der Kampf gegen den Faschismus nötigt die Arbeiterschaft in die Volksfront, sondern die Volksfront ist ein Instrument, den Spielraum von Macht und Einfluß der Linken zu vergrößern, staatliche Verantwortung zu übernehmen und die Interessen der Arbeiterschaft über Parlamentsmehrheiten durchzusetzen – in den Grenzen der bestehenden und durchaus nicht akut bedrohten bürgerlichen Demokratie.

In diesem Sinne stimmt die Kombination »Skandinavien und Volksfront« erst einmal ratlos. Denn gemessen am neuen Bild der Volksfront, müßte sie in Skandinavien, getragen von den sozialdemokratischen Parteien, schon lange »herrschen«. Schließlich sind in Schweden, Norwegen und Dänemark sozialdemokratische Parteien an der Regierung, die, wo es ihnen politisch geboten erscheint, mit bürgerlichen Parteien zusammenarbeiten, ihrem Selbstverständnis nach aber im Interesse der Arbeiterklasse wirken. Eine Volksfront also an der Macht? Und was bedeutet das? Eine Politik der Kompromißlerei? Ein Stück Sozialismus? Oder etwa die von niemandem so recht bemerkte Revolution? Diese Ungereimtheiten lösen sich auf, wenn wir dem »demokratischen Sozialismus« genauer auf die Finger gucken und den sensationellen Anstrich der – und das ist meine These – sozialdemokratisch vorweggenommenen Verwirklichung des Eurokommunismus illu-

sionslos und nüchtern abtragen. Was dann hinter der demokratisch-sozialistischen Kulisse und der eurokommunistischen Schminke sichtbar wird, ist ein Problem, welches so alt ist wie die Arbeiterbewegung: das Problem des Reformismus.

I. Der Reformismus an der Macht

Schweden gilt als Musterland einer sozialdemokratischen Gesellschaft, mit der ein hochkonzentrierter und bei aller Anarchie wohlorganisierter Kapitalismus entstanden ist, dessen Stromlinienförmigkeit auf Ewigkeit gestellt scheint. Man redet von Schweden auch als dem Land der »fünfzehn Familien«, welche die schwedische Wirtschaft kontrollieren, die ungefähr vierzig größten Unternehmen beherrschen und an immerhin drei der fünf Großbanken (die über ca. 85% des Marktanteils verfügen) herummanipulieren. Der Sozialstaat dagegen kontrolliert zwar die Eisenerz- und Energieindustrie; der Investitionsgröße nach aber ist der öffentliche Sektor nur halb so groß wie in Frankreich oder Italien. Mit anderen Worten: die Industrie ist fest in privater Hand. Ein Bilderbuchkapitalismus also, von dem FIAT-Chef Agnelli nur träumen kann. Vor diesem »hochkapitalistischen« Hintergrund müssen dem kritischen Blick die sozial- und wohlfahrtsstaatlichen Anstrengungen der Sozialdemokratie folglich wie eine Augenwischerei erscheinen. Sicherlich: mit dem »Sicherheits- und Gleichheits«-Programm der 60er Jahre sollte nach sozialdemokratischer Absicht Gerechtigkeit geschaffen werden; der Ausgleich aber fand horizontal, nicht vertikal statt: zwischen den Lohnabhängigen wurde zwar nivelliert, die großen Einkommen jedoch blieben, der progressiven Besteuerung zum Trotz, unangetastet.[1]

Nichtsdestoweniger hat Schweden das nach den USA höchste Volkseinkommen, gibt der Staat überdurchschnittlich viel für Bildung, Wohnungsbau und sozialpolitische Programme aus (z. B. Einführung der Volkspension im Jahre 1957). Hinzutreten eine, verglichen mit anderen Ländern, einigermaßen menschliche Städteplanung und ein »soziales Sicherheitsnetz«, das u. a. auf dem Wege einer gezielten Arbeitsmarktpolitik einen relativ hohen Lebensstandard für viele Arbeiterfamilien sichert. Das heißt: die »mixed economy« der schwedischen Sozialdemokratie garantiert, soweit das in einer kapitalistischen Gesellschaft möglich ist, einerseits die ungestörte und profitable Reproduktion des schwedischen Kapitals. Andererseits aber haben Verteilungs- und Einkommenspolitik auch eine beträchtliche »soziale Gerechtigkeit« geschaffen. Und auch heute noch erhebt die Sozialdemokratie den Anspruch, Politik nach menschlichen Prioritäten und im Interesse der Arbeiterklasse zu machen.

1. Exkurs: Varianten des Reformismus

Die skandinavischen Gesellschaften als kapitalistisch zu kritisieren, ist kein großes Kunststück. Und über die Sozialdemokratien festzustellen, sie seien nicht revolutionär, ist eine Banalität. Denn sie selber wollen es gar nicht sein. Schon schwieriger und auch wichtiger ist die Frage nach den Mechanismen, über die der *Reformismus an der Macht* seine Vorstellungen von *Gerechtigkeit* und *Gleichheit* durchzusetzen versucht und wo und auf welche unterschiedliche Weise er seine Ziele »im Interesse der Arbeiterklasse« verfolgt. Denn ein für alle Staaten gültiges Muster des Reformismus gibt es nicht. Diesseits des »Grundwiderspruchs von Lohnarbeit und Kapital«, des »inneren Bandes« und der »stummen Zwänge« müssen sich durch Unterschiede in der historisch-konkreten Entwicklung der einzelnen Länder auch Unterschiede der politischen Machtausübung herausbilden. Eben dies ist auch in Skandinavien der Fall: bei allen gemeinsamen Merkmalen des »skandinavischen« Sozialstaates bestehen zwischen den skandinavischen Staaten beträchtliche ökonomische und politische Differenzen, die nicht nur mit anderen sozialstrukturellen Bedingungen, sondern auch mit den unterschiedlichen politischen Strategien des an die Macht gelangten Reformismus selbst erklärt werden müssen.[2]

Als 1899 erstmals ein sozialistischer Minister, ein gewisser Millerand, in eine bürgerliche Regierung eintrat, kommentierte Rosa Luxemburg kurz und bündig: »In der bürgerlichen Gesellschaft ist der Sozialdemokratie (i. e. der sozialistischen Partei – U. Sch.) dem Wesen nach die Rolle einer *oppositionellen Partei vorgezeichnet,* als *regierende* darf sie nur auf den Trümmern des bürgerlichen Staats auftreten.« Auch eine »reine« Arbeiterregierung mit dreißig- bis vierzigjähriger Regierungszeit wie in Norwegen und Schweden bleibt ohne diese »Trümmer« eine bürgerliche Regierung. Wie »radikal« sie immer antritt, die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten, als Träger staatlicher Funktionen kann sie keine Klassenpolitik machen. Wenn es das vorrangige Charakteristikum des bürgerlichen Staates im allgemeinen ist, die Reproduktionsbedingungen der kapitalistischen Produktionsweise zu sichern[4], dann muß die Regierung diesen Funktionen gerecht werden. Ihre Aufgabe ist, ob sie will oder nicht, die Sorge um das Allgemeinwohl. Und mehr noch. Schon in der Perspektive, die politische Macht zu erringen, liegt fast naturwüchsig der Verlust der Klassenposition. Der Weg dorthin geht über Wählerstimmen und Wahlerfolge und über Mehrheiten im Parlament. Wie, wenn nicht als eine »Volkspartei«, soll man dabei ans Ziel kommen? Eine Volkspartei kann durchaus die sozialen Interessen der Schwachen und Benachteiligten vertreten; aber auf dem Boden einer antagonistischen Klassengesellschaft kommt sie selbst damit nicht sehr weit. So ergibt sich die paradoxe Situation, als »Arbeiterregie-

rung« den Klassenkampf mit Hilfe des sanktionierten Regelsystems der bürgerlichen Demokratie zu führen. Dies aber ist doppelt unmöglich: die politische Zwangsjacke besteht zum einen in den Funktionen der Staatsgewalt und zum anderen in der notwendigen sozialen Öffnung für Interessengruppen, deren Platz in der bürgerlichen Gesellschaft nicht-antagonistisch ist und die die Einpassung ins politische System verlangen. Das ist das alte und neue Dilemma des Reformismus. Reformismus bedeutet danach nicht eine geistesgeschichtliche Umkippsituation in der Arbeiterbewegung (die meist Bernstein in die Schuhe geschoben wird), sondern ist jenseits aller revolutionären Phraseologie ein »Weg zur Macht« in dem von der bürgerlichen Gesellschaft gesetzten institutionellen Rahmen, der sogenannten großen »Politik«. Der Eurokommunismus wiederholt dieses Dilemma. Freilich wäre es politische Schwarz-Weiß-Malerei zu behaupten, daß sozialdemokratische Politik, nur weil sie keine revolutionäre ist, sich automatisch bis zur Unkenntlichkeit an die Argumente der bürgerlichen Parteien anpaßt, wie das bei der SPD der Fall ist. Gerade die skandinavische Sozialdemokratie steht für die Beibehaltung gewisser Ziele im Interesse der Arbeiterklasse.

Norwegen

Die norwegische Sozialdemokratie kommt aus einer vergleichsweise radikalen Tradition, die bis in die Mitte des letzten Jahrhunderts zurückreicht, als Marcus Thrane unter dem Einfluß von Louis Blanc erste radikale Organisationsschritte unternahm. Nach dem Ersten Weltkrieg war sie vorübergehend in der Komintern und hatte – für Skandinavien untypisch – auch später als etablierte und führende Arbeiterpartei immer wieder mit radikalen Strömungen zu tun. In den 20er Jahren machte ihr die Studenten- und Intellektuellengruppe »Mot Dag« zu schaffen.[5] Mit der Krise kam die DNA 1935 an die Regierung und führte, bei einer traditionell neutralistischen Außenpolitik, eine Reihe wichtiger sozialer Reformen durch. Mit dem Eintritt in die NATO im Jahre 1949 wurde ein Grund für neue Fraktionierungen geschaffen, die 1953 mit der Gruppe um die Zeitschrift *Orientering* Gestalt annahmen und im sogenannten Osteraufruhr von 1958 gipfelten: einer Unterschriftensammlung in der Partei gegen die Atomwaffen der NATO in Europa. Diese pazifistisch-neutralistische Haltung spielte bei der Gründung der Sozialistischen Volkspartei im April 1961 keine geringe Rolle, und die *neue* Partei rekrutierte ihre Anhänger nicht unwesentlich aus unzufriedenen Sozialdemokraten. In den 60er Jahren radikalisierten sich in Norwegen die pazifistischen Gruppen, und mit dem Vietnamkrieg begann die politische Kriegsdienstverweigerung[6]. Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre bildete sich im Zuge der Kampagne gegen den EG-Beitritt eine

neue Fraktion in der Partei. Auch von ihr gab es inzwischen Abspaltungen.
Das innerparteiliche Leben der DNA ist also zur Zeit recht spannend; die größeren Konflikte entzündeten sich allerdings weniger am »Reformismus« der DNA als an internationalen Problemen. Für ihre »nationale« Politik hatte die DNA nicht nur die lange allgemeine Konjunktur des Nachkriegskapitalismus auf ihrer Seite, sondern auch eine gut integrierte Arbeiterklasse, die ihre Interessen über die Gewerkschaften und die dadurch automatisch gegebene kollektive Mitgliedschaft in der Sozialdemokratie aufgehoben sah. Die langjährige Dominanz der Sozialdemokratie in der Arbeiterbewegung machte linken Oppositionsgruppen einen Einbruch naturgemäß schwer. Die DNA konnte alle Schwankungen und Anpassungen ihrer Politik fast unkontrolliert und mit Unterstützung der Gewerkschaften als einen Kampf im Interesse der Arbeiterklasse ausgeben. Erst in den letzten Jahren hat sich dies geändert.

Schweden: »Walhalla des Revisionismus«

Noch souveräner, weil von innen und außen ungefährdeter, konnte die schwedische Sozialdemokratie sich mit der Arbeiterbewegung gleichsetzen. In ihrer Regierungszeit, von 1932 bis 1976*, schuf die SAP jenen Sozialstaat, der als ein Wunder an Krisenfreiheit, Konfliktarmut und Klassenversöhnung gilt. In dieser Zeit haben sich institutionalisierte Formen der Kompromißfindung zwischen Kapital und Arbeit und der regierenden Sozialdemokratie herausgebildet, die heute häufig als »Bürokratisierung« und »Bonzentum« beklagt werden. Diese technokratische Machtstruktur aber garantiert die Reproduktion des schwedischen Kapitalismus. Und in den Zeiten der Konjunktur schien es sogar, als seien mit den sozialen Gleichheits- und Freiheitsprogrammen und mit einer Einkommenspolitik,

* Inzwischen ist das Ereignis also eingetreten: das »Ende einer Ära« und der »Machtwechsel«. Es wird sich nun zeigen müssen, wie der Bürgerblock mit dem Sozialstaat umgeht. Freilich hat der neue Premierminister Fälldin vom Zentrum schon allseits versichert, an der Wohlfahrtsgesellschaft werde nicht gerüttelt, wohl aber werde ein Kurs gegen den »Sozialismus« gesteuert, den – so meinen die Bürgerlichen – Sozialdemokratie und Gewerkschaften auf kaltem Weg hätten einführen wollen. Tatsächlich platzte der Gewerkschaftskongreß mit dem »Meidner-Plan« in den Wahlkampf, der die Gewerkschaften im Laufe der nächsten zwanzig Jahre zu Eigentümern der schwedischen Industrie machen soll. Ein denkwürdiges Modell! Was eigentlich, wenn die Gewerkschaften das Privateigentum an Produktionsmitteln übernehmen? Sind sie dann gesamtgesellschaftlicher Monopolkapitalist oder »bürokratische Kollektivisten« (wie A. Carlo das sowjetische System bezeichnet)? Und die Arbeiterklasse, was hat sie davon . . .? Nachdem Fälldin sein großes Versprechen, den Stopp und Abbau von Atomkraftwerken, schon gebrochen hat, wird in Schweden bereits über die Lebensdauer der neuen Regierung spekuliert. Der Sozialstaat und die »sozialdemokratische« Gesellschaft indes gehen über Nacht und durch Wahlen nicht über Bord!

die man »solidarische Lohnpolitik« nannte, die alten reformistischen Ideale von gerechter Verteilung und ausgleichender Gerechtigkeit verwirklicht.[7] Der historische Pakt zwischen Kapital und Arbeit datiert auf das Jahr 1938, als in einem allgemeinen Rahmenabkommen die Sozialpartnerschaft aus der Taufe gehoben, dem Unternehmertum freie Entfaltung garantiert, den Gewerkschaften Tarifrecht eingeräumt und der Sozialdemokratie die politische Mitsprache und Kontrolle übertragen wurde. Was als »Geist von Saltsjöbaden« (dem Ort der Verhandlungen) gepriesen wurde, ein Geist, der »sicherlich wesentlich zu den relativ gesunden Verhältnissen beitrug, die jahrzehntelang im Bereich der schwedischen Arbeitsmarktorganisation herrschten«[8], ist im Klartext die Fixierung der Gewerkschaften aufs Allgemeinwohl. Mit den institutionalisierten Regelungsmechanismen wird die ohnehin vorhandene zentralistische Struktur der Gewerkschaften zudem erheblich gefördert. Da die Gewerkschaftsbürokratie mit der Sozialdemokratie eng verflochten ist, haben gewerkschaftliche Basisinteressen gegenüber den staatspolitischen und gesellschaftserhaltenden Verpflichtungen der Gewerkschaftsspitze allemal das Nachsehen. In Zeiten guter Konjunktur haben die Arbeiter sich damit abgefunden. Aber in letzter Zeit scheint der Geist von Saltsjöbaden an Altersschwäche zu leiden.

Auf einen Nenner gebracht, ist in Schweden als Ergebnis der jahrzehntelangen und unangefochtenen Regierung der Sozialdemokratie eine sehr starke soziale Verfilzung entstanden, die auf der Basis keynesianischer Wirtschaftspolitik und der »mixed economy«, der »solidarischen Lohnpolitik«, der Einkommens- und Umverteilungspolitik und mit Hilfe zentralisierter, enorm starker, aber der Sozialdemokratie verpflichteter Gewerkschaften jenen Sozialstaat verkörpert, der als Vorbild für eine politische Arbeitermacht bestaunt wird, aber alle Widersprüche des Kapitalismus in sich trägt: Schweden ist heute, wie Perry Andersen in der *New Left Review* zutreffend schreibt, eine Art »Walhalla des Revisionismus«.

Dänemark

Die dänische Sozialdemokratie steht vor ganz anderen Schwierigkeiten als ihre Schwesterparteien. Zwar beherrscht auch sie Gewerkschaften und Arbeiterbewegung, doch war sie seit jeher entweder gezwungen, die politische Macht zu teilen, oder sie hatte sie nur mit Unterbrechungen inne. Alleine war die dänische Sozialdemokratie selten regierungsfähig, es sei denn als Minderheitsregierung wie zur Zeit. Meist aber ist sie, um in die Regierung zu gelangen, Koalitionen mit bürgerlichen Parteien eingegangen, und zwar vorzugsweise mit den Liberalen, der Radikalen Venstre. Dadurch war sie gehalten, viel mehr Kompromisse zu schließen, und war nicht in der Lage, eine so konsequente Wohlfahrts- und soziale Pazifizierungspolitik zu

verfolgen wie die Schweden. Das soziale und politische Konfliktpotential trat viel stärker an die Oberfläche und an die Öffentlichkeit und konnte trotz des Zugriffs der sozialdemokratisch beeinflußten Gewerkschaften nicht so reibungslos ausgeglichen werden wie in Schweden. Die traditionell erheblich größere Kampf- und Streikbereitschaft der dänischen Arbeiter, auch wenn sie der Sozialdemokratie weitgehend die Treue halten, machte der Partei vielmehr den einen oder anderen Strich durch die Rechnung.

2. Exkurs: Moralische Leistungen des Reformismus

Zwei Dinge scheinen mir in diesem Zusammenhang beachtenswert: Anstatt darüber zu weinen, daß die skandinavische Sozialdemokratie das Kapital nicht knebelt und den Sozialismus nicht schon längst »eingeführt« hat, sollte man zur Kenntnis nehmen, in welch erstaunlichem Ausmaß der skandinavische Reformismus die Arbeiterklasse integrieren konnte. Und wenn man nicht abermals in die historische Trickkiste der Arbeiterbewegung greifen und den immerzu bösen Bürokraten, Funktionären und Arbeiteraristokraten vorwerfen will, sie und nur sie führten die Arbeiter in die Irre, so muß man, bei allem Unbehagen, die Erklärung für das Integrationswunder bei den Arbeitern selber suchen. Das ist das eine. Das andere ist dies: Freilich konnte etwa die schwedische Sozialdemokratie auf sozusagen subkulturelle Traditionen zurückgreifen, wie die Genossenschaftsbewegung, die Arbeiterbildungsbewegung, die Abstinenzlerbewegung, die alle miteinander einen hohen Integrationswert für die Arbeiter hatten. Entscheidend ist aber, daß sie ihre politische Tradition *nicht* aufgegeben hat – wie etwa die deutsche Sozialdemokratie. So hat sie z. B. die Neutralitätspolitik durchgesetzt; die Diskussion über einen EG-Beitritt Schwedens wurde offen auch in der Partei geführt – und von einem so prominenten Parteimitglied wie Gunnar Myrdal wesentlich mitgetragen. Und wo sonst hat man es erlebt, daß an der Spitze einer Vietnamdemonstration der (damals noch designierte) Ministerpräsident Olof Palme ging? Wo sonst sah man in den 60er Jahren, als der Vietnamkrieg erst richtig »entfaltet« wurde, daß ein (kleines) Land sich durch seinen Ministerpräsidenten mit der Supermacht USA anlegte, weil es amerikanische Deserteure aufgenommen hatte und die nordkoreanische und nordvietnamesische Regierung anerkannte? Und selbst wenn Olof Palme neuerdings eine prominente Rolle im schwedisch-bundesrepublikanisch-österreichischen Triumvirat der Erneuerer der sozialdemokratisnhen Internationale spielt, einem Triumvirat, das, wie es ihm gefällt, sozialdemokratische Parteien aus dem Boden stampft und für Ruhe und Ordnung in Europa sorgen will (wie kürzlich in Portugal und demnächst wohl in Spanien) – es bleibt doch ein Unterschied.

II. Die Linke und der Reformismus

Die Sozialdemokratie prägt in den skandinavischen Ländern so sehr das Bild der politischen Öffentlichkeit, daß selbst die Entwicklung programmatischer und organisatorischer Alternativen der Linken[9] von dieser Dominanz gefärbt ist. Herbert Marcuse hat in seinem Buch über den Sowjetmarxismus[10] schon recht früh darauf verwiesen, daß die Volksfrontkonzeption der Komintern, die sich ab Mitte der 30er Jahre in den nationalen kommunistischen Parteien durchsetzte und auch nach dem Krieg nicht aufgegeben wurde, diesen Parteien die Möglichkeit gab, »in wichtigen Aspekten zu den politischen Erben der sozialdemokratischen Parteien zu (werden)«; und zwar in dem Maße, wie die sozialdemokratischen Parteien zu Volksparteien wurden und nicht mehr die Klasseninteressen der Arbeiterschaft vertraten. Im Zuge dieser Wandlung konnten die kommunistischen Parteien zu Vertretern der nicht-revolutionären Interessen des Proletariats werden. Voraussetzung für diese Erbfolge war allerdings die allmähliche Auflösung der Bindung »an Moskau«. Verglichen etwa mit den ganz aktuellen Einfällen der französischen KP, an der der Mai 1968 noch verhältnismäßig spurlos vorüberging, fanden gewisse Loslösungsprozesse in den kommunistischen Parteien Skandinaviens schon früh statt; allerdings mit unterschiedlichem Ausgang.

Der Übergang von den Volksfrontvorstellungen zur Strategie des antimonopolistischen Kampfes bedeutete keinen Bruch, sondern war lediglich das neu aufgeputzte alte Programm. Bis in die Mitte der 60er Jahre schien sich dieser Prozeß auch ganz konventionell zu vollziehen. Aus der dänischen KP waren die Dissidenten ausgetreten; und diese Partei verkörpert bis heute noch am ehesten den traditionellen Typ. Die norwegische und die schwedische KP gingen andere Wege. Da in Dänemark und Norwegen jedoch die Sozialistischen Volksparteien (SF) entstanden, wurden die kommunistischen Parteien in neue Konfrontationen gedrängt. Aber auch für die Volkssozialisten war die Auseinandersetzung mit den Sozialdemokraten ein zentrales Problem, und an einer Entwicklung im Sinne der von Marcuse benannten Perspektive kamen auch sie nicht vorbei.

Dänemark

In der dänischen KP rumorte es seit den Erschütterungen des sozialistischen Lagers in Ungarn und Polen des Jahres 1956, und im Februar 1959 wurde die SF wesentlich von dissidenten Kommunisten gegründet.[11] 1960 zog sie ins Parlament ein und war nun gezwungen, sich gegenüber der Sozialdemokratie auch politisch-praktisch zu verhalten. Bis zur Spaltung der Partei im Dezember 1967 kristallisierte sich zunehmend eine Art

Einheitsfrontpolitik heraus: die Sozialdemokratie galt als Arbeiterpartei, die man durch partielle Unterstützung oder durch Druck von links zur Besinnung auf ihre »eigentlichen« Ziele zwingen wollte. Und als die SF mit den Wahlen im November 1966 schließlich ihre Mandatszahl verdoppelte und die Sozialdemokratie eine begrenzte Koalition einzugehen bereit war, wurde dieses Ereignis in der SF als »Systemwechsel« gefeiert, da sie davon ausging, nun könne im Parlament eine klare Arbeiterpolitik betrieben werden. In der Praxis aber brachte diese Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie für die SF Schritt für Schritt ein Abgehen von ihren Grundsätzen, mit denen sie einst als Alternative zur SD angetreten war. Zuerst stimmte sie der unsozialen Mehrwertsteuer zu, welche vor allem die Verbraucher, also auch die Arbeiter traf. Dann stimmte sie für den Haushalt und unterstützte damit den Militäretat. Dadurch kam es im Dezember zur Spaltung und zum Sturz der »Arbeiterregierung«. Interessant hierbei ist, daß es, mit einigen Ausnahmen, nicht die aus der KP herübergekommenen Teile der SF waren, die die Parlamentszusammenarbeit als Anpassung an die SD und als Verzicht auf eigene Positionen kritisierten, sondern die jüngeren Teile der Partei, die im allgemeinen Aufbruch der Neuen Linken um die Mitte der 60er Jahre zur SF gestoßen waren, also keine kommunistische Vergangenheit und wenig Beziehungen zu den alten Strömungen der Arbeiterbewegung hatten. Diese Linken gründeten eine neue Partei, die Venstresocialister (VS), die bis heute einzige skandinavische Partei, die aus dem Parteienspektrum markant herausragt.[12]

Norwegen

Wenngleich die norwegische SF nach ihrer Gründung im April 1961 als eine Art Ableger der dänischen Partei gelten konnte, zeigte sich doch recht schnell, daß ihre Haltung zur Sozialdemokratie, aus der viele der SF-Leute kamen, auf eine ganz andere Weise radikal war als die Haltung der dänischen Volkssozialisten. Nach den Wahlen 1961 zog die SF mit zwei Vertretern ins Parlament und spielte bei einem bürgerlich-sozialdemokratischen Patt das »Zünglein an der Waage«. Und tatsächlich brachte es die kleine SF bei einer Debatte über ein Unglück in einem staatlichen Grubenwerk 1963 fertig, mit ihren beiden Stimmen die seit 28 Jahren regierende DNA zu stürzen. Zwar half sie kurz darauf der Sozialdemokratie wieder in den Regierungssattel, doch sie hatte ihr erst einmal einen Denkzettel verpaßt, der für die DNA ein Skandal war, zugleich aber als ein Signal dafür wirkte, daß ihre Politik nicht mehr kritiklos als Arbeiterpolitik akzeptiert wurde. Nach einer erheblichen Krise im Jahr 1969, als der Jugendverband »marxistisch-leninistisch« wurde, konsolidierte sich die SF so weit, daß sie als treibende Kraft bei der Kampagne gegen den Eintritt in die EG auftreten

konnte. Aus der Kampagne entstand zu Anfang der 70er Jahre ein Wahlbündnis zwischen SF, KP, ausgetretenen Sozialdemokraten und unabhängigen Sozialisten, und dieses Bündnis gelangte nach der Wahl 1973 mit 16 Abgeordneten ins Parlament. Im März 1975 wurde aus dem Wahlbündnis eine neue Partei. Damit kam ein beachtliches Experiment in Gang, das immerhin darauf hinauslaufen soll, daß die »alten« Parteien – z. B. die KP (!) – sich auflösen und in der neuen Partei aufgehen.[13]

Schweden

An Schweden, dem Musterland an Stabilität, gingen diese Bewegungen der Neuen Linken erst einmal vorbei. Und als 1964 Veränderungen in der Kommunistischen Partei stattfanden, wurden sie im wesentlichen vom neuen Parteivorsitzenden, C. H. Hermansson, initiiert, nicht aber aus der Mitgliedschaft dringlich verlangt. Hermannssons Versuche, seine stalinistische Partei durch die Ideen und Diskussionen der Neuen Linken zu beleben, waren zwar für eine Reihe unabhängiger Sozialisten, die sonst mit der KP nichts anzufangen gewußt hätten, attraktiv, den alten Parteikadern aber waren diese Neuerungen sehr suspekt. Beim Kongreß 1967 wurde die Partei in »Linkspartei, Kommunisten« (Vänsterparti Kommunisterna, VpK) umbenannt, und bei den Wahlen 1964 und 1966 verbuchte sie Stimmengewinne, so daß die alte Isolation überwunden schien. Die schwedische KP hat allerdings eine ausgeprägte demographische Struktur: neben ihrem Einfluß in den großstädtischen Zentren hat sie eine starke Bastion im Norden Schwedens unter den Waldarbeitern und in der Eisenerzindustrie (mit 20-25% Wähleranteil). Hier aber wurden die Experimente mit Mißtrauen betrachtet. Einerseits kam aus dieser Gegend der Widerstand gegen allzu viel Kritik an der Sowjetunion (die Hermansson den Verdacht einbrachte, Maoist zu sein), andererseits lief die zunehmend schärfere Kritik an der SAP und den Gewerkschaften der kommunistischen Linie der Arbeitereinheit zuwider (was den Verdacht des Linksradikalismus schürte). Hermansson hatte die Vorstellung, die Reformfreudigkeit, welche innerhalb der Partei nur sehr partiell vorhanden war, »von außen« durch Diskussionen anzukurbeln und die Partei damit zum Sammelbecken der Linken zu machen. Dadurch aber ist in den letzten Jahren eine widersprüchliche Situation für die Partei entstanden. Es ist zu heftigen Flügelbildungen gekommen, und die »Traditionalisten« sind auf Kollisionskurs gegangen. Zum anderen hat die Partei jedoch allein zwischen 1971 und 1974 ungefähr so viele neue Mitglieder bekommen wie in den zwanzig Jahren zwischen 1951 und 1970 zusammen.

Insgesamt läßt sich sagen, daß es in den 60er Jahren in Skandinavien nicht solche vehementen Aufbrüche wie in der west- und mitteleuropäischen

Protestbewegung gab. Und auch die Arbeiterklasse bewegte sich kaum. Was an Ansätzen einer neuen sozialistischen Bewegung vorhanden war, wurde meist von den bestehenden Organisationen absorbiert. In diesen Organisationen aber spielte die Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie immer eine große Rolle; das ihnen gemeinsame Problem wird mit dem Wort »Arbeitermehrheit« ausgedrückt.

3. Exkurs: Der Eurokommunismus als der Erbverwalter der Sozialdemokratie

Faszinierend an den neuen Volksfrontstrategien des »Eurokommunismus« wirkt offenbar, daß sich kommunistische Parteien darauf besinnen, unter bestimmten »nationalen«, sozialen und politischen Verhältnissen zu existieren und zu arbeiten. Was aber ist daran so aufregend? Viel aufregender ist doch die Tatsache, daß Parteien, die jahrzehntelang von sich behaupteten, sie seien marxistisch, leninistisch und materialistisch, diese Behauptung in ihrer Politik gerade *nicht* bestätigt haben! Wie – und das ist die große Frage – war es möglich, daß kommunistische Parteien mit einer Ideologie und Organisationsstruktur, die aus der Sowjetunion importiert waren und kaum einen realen Bezug zu den nationalen Erfordernissen dieser Länder hatten, dennoch ihren Rückhalt und ihre Basis in der Arbeiterklasse nicht verloren haben, jedenfalls in West- und Südeuropa nicht?
Die bürgerliche Wahlsoziologie hat festgestellt, daß in den Ländern Europas, die eine starke Sozialdemokratie haben, die kommunistischen Parteien klein und schwach sind, und daß umgekehrt in Ländern, in denen die kommunistischen Parteien groß und stark sind, keine nennenswerten sozialdemokratischen Parteien aufkommen. Heißt das, daß es ganz gleichgültig ist, welche der beiden säkularen Richtungen der Arbeiterbewegung die Arbeiter in der Politik der bürgerlichen Gesellschaft repräsentiert? Das hieße, daß die neue Volksfront für eine Aufräumarbeit steht, in der die Kommunisten sich zur nicht-revolutionären Interessenvertretung offen bekennen. Und dann wäre die Theorie untermauert, daß im »Repräsentationsprinzip an sich« schon die politische Abkehr vom Klassenantagonismus steckt, weil in ihm, im Gegensatz zum Räteprinzip, die Mediatisierung der Politik auf die Ebene der Zirkulation passiert und die bürgerliche Trennung von Ökonomie und Politik angelegt ist.[14] Die kommunistischen Parteien in West- und Südeuropa würden somit, wenn auch unter anderen Umständen, gleichsam einen Prozeß nachvollziehen, den die Sozialdemokratie Anfang des Jahrhunderts mit dem Revisionismusstreit durchgemacht hat.

III. Die Linke und das Problem der Arbeitermehrheit

Im Dilemma der skandinavischen Linken mit der »Arbeitermehrheit« spiegelt sich das so beschriebene Problem angesichts einer Situation, in der der *Reformismus an der Macht* immer noch für sich reklamieren kann, Arbeiterinteressen zu vertreten. Das Phänomen der »Arbeitermehrheit« hebt die Frage der Einheitsfront sozusagen auf die Ebene von Parlament und Regierung. Zugleich hat die Arbeiterklasse in Skandinavien bis heute auch im »ökonomischen« Kampf der Sozialdemokratie die Gefolgschaft nicht aufgekündigt. Die sozialdemokratisch dominierten Gewerkschaften können sich weiterhin als Interessenvertretung der ganzen Klasse verstehen. Das verdoppelt das Dilemma für die Linke.
Als die dänischen Volkssozialisten sich auf die Regierungszusammenarbeit mit der Sozialdemokratie einließen, redete der damalige Außenminister Per Haekkerup davon, nun sei die SF »unters Joch« geraten. Tatsächlich spitzte sich das Problem der Arbeitermehrheit auf eine Situation zu, in der von einer sozialistischen Partei jene Kompromisse gefordert wurden, die die Sozialdemokratie zum Wohle des Ganzen schon lange eingeht. Wenn die Erhaltung der »Arbeiterregierung« für wichtig gehalten wird, verkehrt sich unter bestimmten Umständen die Absicht der Sozialisten, die Sozialdemokratie durch Druck von links zu einer konsequenten Politik im Interesse der Arbeiterklasse zu zwingen, in eine Unterjochung durch »Sachzwänge« und staatspolitische »Verantwortung«. Oder aber die sozialistischen Parteien kommen bei prekären Mehrheiten möglicherweise in den Konflikt, die »Arbeiterregierung« zu Fall zu bringen, und setzen sich dann dem Vorwurf aus, gegen die Arbeiterinteressen zu handeln. »Arbeitermehrheit« als Einheitsfrontpolitik bleibt unter Konstellationen wie den skandinavischen also ein Dilemma der Linken und droht die Entfaltung autonomer sozialistischer Positionen durch ihre Mediatisierung im Feld reformistischer Machtpolitik zu verhindern.

IV. Zwei hoffnungsvolle Experimente der Linken

Bislang bewegen sich diese Überlegungen zum Verhältnis von regierender Sozialdemokratie und alternativen sozialistischen Positionen im Umfeld einer gleichsam eingefrorenen Klassenkampflandschaft. In den Zeiten der unvergleichlichen Konjunktur des Kapitalismus der 50er und 60er Jahre konnte es so aussehen, als seien »Sicherheit« und »Gleichheit«, »solidarische Lohnpolitik« und »Gerechtigkeit« von der Energie der »Arbeiterregierung« bestimmt, die Verteilungsprobleme sozial gerecht zu lösen.
Mit den großen Streiks der Grubenarbeiter in Kiruna und der Hafenarbeiter

in Göteborg Ende 1969 und Anfang 1970, die eine Streikwelle in ganz Schweden und auch in Dänemark auslösten, zeichnete sich eine neue Situation ab.[15] Und erst recht hat sich die Situation mit der nunmehr seit 1973 anhaltenden Krise verändert. Die Krisenlösungsstrategien der skandinavischen Sozialdemokratie folgen dem internationalen Schema: sie gehen auf Kosten der Arbeiter. Für Schweden hielt sich die Krise in Grenzen. Norwegen kann über seinen neuen »Reichtum« durch das Öl einige Auswirkungen auffangen. Auf Dänemark mit seiner traditionellen Außenhandelsabhängigkeit und großen Verschuldung brach die Krise voll herein. Dort ist seit dem allgemeinen Streik im Mai 1974 die soziale Unruhe am stärksten und das neue Krisenprogramm der sozialdemokratischen Minderheitsregierung trägt nicht zur Beruhigung bei. So gehören seit einigen Jahren Streiks und Arbeitskämpfe wieder zum täglichen gesellschaftlichen Leben der lange Zeit nahezu leblos scheinenden, idyllischen Wohlfahrtsgesellschaft. Und es ist klar geworden, daß auch die mixed economy keine krisenfreie Reproduktion und die sozialdemokratische Arbeiterregierung keine Sicherheit und Gleichheit garantieren können.

Mit den Arbeiterkämpfen ist auch für die linken Parteien in Skandinavien die Stunde gekommen, den bisherigen Schwerpunkt ihrer Politik in der Parlamentsarbeit zugunsten der Konflikte im Produktionsbereich zu verschieben. Zwar haben die Streiks und Arbeiterkämpfe nicht dasselbe gesellschaftliche Ausmaß erreicht wie beispielsweise in Italien, so daß sie neue Politik- und Organisierungsansätze herausgefordert hätten. Doch ist eine Umorientierung jener linken Politik, die sich ihr Handeln wenigstens indirekt von der Sozialdemokratie diktieren ließ, auf die Klassenbewegung selbst inzwischen unumgänglich. Aufgrund der sozialdemokratischen Dominanz haben es autonome sozialistische Positionen zwar nach wie vor nicht leicht. Aber für die Umorientierung der Linken gibt es derzeit zwei recht spannende Versuche.

Die dänischen Linkssozialisten (VS), ohnehin die einzige skandinavische Partei, die seit ihrer Gründung im Dezember 1967 bewußt versucht hat, Ansätze der Protestbewegung zu verarbeiten, hat in letzter Zeit durch eine radikalisierte Kritik der Gewerkschaften, des Parlamentarismus, des Wirtschaftswachstums und der sozialistischen Strategie auch auf die Kommunisten und Volkssozialisten Einfluß gehabt. Zumindest hat sie immer wieder Auseinandersetzungen und Diskussionen angeregt, die es den anderen Parteien schwer machen, kritiklos auf parlamentarische Politik und »Arbeitermehrheit« zu setzen; ein Ferment also, das – obgleich von der kleinsten der drei Parteien entwickelt – neue autonome sozialistische Strategien durchaus fördern kann.

Das andere Experiment vollzieht sich in Norwegen mit der neuen, der Sozialistischen Linkspartei (Sosialistik Vernstreparti, SV).[15] Allein der (er-

wähnte) Zusammenschluß der SF und der KP mit verschiedenen Gruppen macht eine Debatte über den Charakter der neuen Organisation notwendig. Aus der freimütigen Selbstkritik an alten Organisationsstrukturen, die auch bei der SF verhältnismäßig unkritisch aus der traditionellen Arbeiterbewegung übernommen wurden und in Front zur DNA, geht es nun um die neue Organisation als eine »Massenpartei mit kollektiver Führung«, um das Verhältnis von parlamentarischer und außerparlamentarischer Arbeit. Diese Debatte wird noch geraume Zeit andauern, denn die verschiedenen Gruppen, die jetzt in der Partei zusammentreffen, sind politisch nicht homogen. Nicht zufällig wurde von der schwedischen Zeitschrift *Zenit*[16] eine begrenzte Analogie zu den Fraktionierungen in der VpK gesehen. Der politische und strategische Vereinheitlichungsprozeß in der SV zwischen Altkommunisten, Exsozialdemokraten, Volkssozialisten und »populistischen« Strömungen (»Umwelt- und Graswurzeldemokraten«) wird zweifellos noch Konflikte mit sich bringen. Allerdings wird es auch jetzt, wie schon bei der EG-Kampagne, den neuen Linkssozialisten »von außen« erleichtert, ihre Probleme praktisch politisch zu wenden.

Das neue Problem Norwegens ist das Öl, von dem allgemein eine nicht geringe wirtschaftliche und soziale Umstrukturierung der norwegischen Gesellschaft erwartet wird. Während die sozialdemokratische DNA auf Wachstum und nationalen Reichtum durch schnelle Ausbeutung der Ölreserven setzt und dafür auch neue gesellschaftliche Strukturprobleme in Kauf nimmt, warnen die Linken vor Disparitäten, die aus dem Norden Norwegens einen »Mezzogiorno« machen könnten. Man rechnet im direkten oder indirekten Zusammenhang der Ölförderung mit einer Zahl von 80 000 Berufswechslern. Und die Sozialisten befürchten eine Massenflucht aus Nordnorwegen und eine entsprechende soziale und ökonomische Verödung. Hier also findet die neue Partei ein wesentliches Feld von politischen Möglichkeiten für sozialistische Alternativen und für eine Konsolidierung der Organisation.

In welchem Maße diese Experimente tatsächlich zu autonomen sozialistischen Positionen führen werden, hängt auch in Zukunft sehr stark davon ab, wie die Auseinandersetzung mit der skandinavischen Sozialdemokratie geführt wird. Dabei wird es heute weniger um die »Arbeitermehrheit« gehen, sondern eher darum, ob und wie es der Linken in Skandinavien gelingen wird, den wohlfahrtsstaatlichen Entfremdungszusammenhang zu durchbrechen und – wie es norwegische Linkssozialisten formulieren – in einem langen Marsch eine eigene Hegemonie für die Sozialisten zu gewinnen.

1 Vgl. etwa Victor Pfaff und Mona Wikhäll (Hg.), *Das schwedische Modell der Ausbeutung*, Köln 1971, S. 15 ff.

2 Es ist immer etwas unverantwortlich, einfach über »Skandinavien« zu schreiben. Zum einen fallen dabei meist (wie auch hier) Island und Finnland heraus; zum anderen sind die historischen und aktuellen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnisse durchaus nicht so gleichförmig, wie es hierzulande den Anschein hat. Schließlich wird im folgenden, auch aus Platzgründen, fast vollständig darauf verzichtet, auf die vorhandenen Differenzierungen in der skandinavischen Linken einzugehen. So bleiben die maoistischen Gruppen und Parteien praktisch unerwähnt, obwohl sie, besonders in Schweden, eigentlich nicht übergangen werden können. So werden auch kleinere, informelle oder um Zeitschriften versammelte Gruppierungen ignoriert, was schon gar nicht zu rechtfertigen ist: etwa *Zenit* und *Folk i Bild* (mit Jan Myrdal) in Schweden, oder *Pax* und *Kontrast* in Norwegen.

3 Zit. nach Paul Frölich, *Rosa Luxemburg – Gedanke und Tat*, Frankfurt 1967, S. 87.

4 Vgl. Elmar Altvater, »Zu einigen Problemen des Staatsinterventionismus«, in: *Prokla* Nr. 3, Mai 1972.

5 Diese Gruppe »Dem Tag entgegen« sorgte auch nach ihrem Ausschluß für eine theoretische Diskussion und die Verbreitung marxistischer Theorie, etwa durch die Übersetzung des *Kapital* ins Norwegische. Sie war in gewisser Weise im so gerne beschworenen »pragmatischen« Milieu Skandinaviens und der skandinavischen Arbeiterbewegung ein etwas untypisches Phänomen.

6 Vgl. »Politische Kriegsdienstverweigerung«, in: *Kursbuch 13*, Juni 1968.

7 Vgl. Lucio Colletti, *Bernstein und der Marxismus der Zweiten Internationale*, Frankfurt 1971, S. 59 ff.

8 Zit. nach *Spontaneität und Massenaktion im ›Wohlfahrtsstaat‹. Die schwedischen Streiks im Winter 1969/70*, Frankfurt 1970, S. 94.

9 Noch einmal: was hier durchgängig »die Linke« genannt wird, deckt sich nicht mit den realen Existenzweisen von kommunistischen, sozialistischen usw. Gruppen und Parteien in Skandinavien. Wir beschränken uns, weil für unser Problem die behandelten Parteien besonders wichtig sind. Die allgemeine linke Landschaft in Skandinavien wird damit nicht umfaßt.

10 *Die Gesellschaftslehre des sowjetischen Marxismus*, Neuwied 1964, S. 83.

11 Vgl. allgemein, Ursula Schmiederer, *Die Sozialistische Volkspartei Dänemarks*, Frankfurt 1969.

12 Vgl. unten.

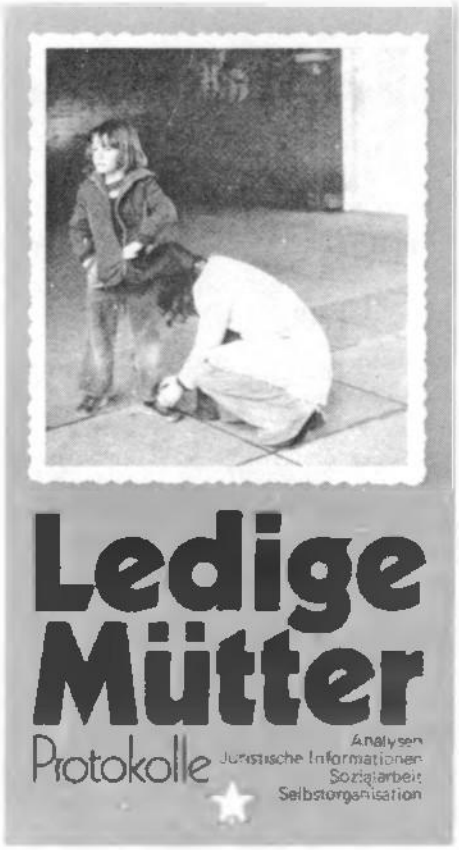
13 Vgl. ebenfalls unten.

14 Vgl. Enzo Modugno, »Arbeiterautonomie und Partei«, in: Claudio Pozzoli (Hg.), *Jahrbuch Arbeiterbewegung*, Bd. 3: *Die Linke in der Sozialdemokratie*, Frankfurt 1975, S. 284 ff.

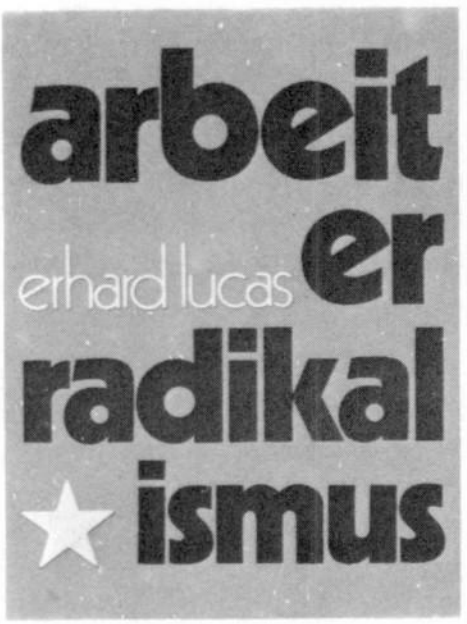
15 Vgl. dazu Pfaff, Wikhäll, a.a.O. und *Spontaneität und Massenaktion . . .*, a.a.O.

16 Vgl. dazu allgemein und laufend die Zeitschrit *Orientering*.

17 *Zenit*, Nr. 40, April/Mai 1975: »Vänsterns partisamling i Norge. En reflektion«, S. 56 ff.



190 S., DM 14.-
So übersichtlich, daß jede Frau leicht die gewünschte Information finden kann...ein sehr empfehlenswertes Buch!
– Verband alleinstehender Mütter, Münster



336 S., 44 Abb., DM 26.-
Eine äußerst genaue Analyse der „proletarischen Lebenswirklichkeit" (bis hin zur Einbeziehung der alljährlichen Kinnessen!)
– Bochumer Studentenzeitung (BSZ)

Bitte fordern Sie unseren kostenlosen Almanach 1976/77 an, diesmal mit Kalendarium!

Postfach 180147, 6 Frankfurt/M
Verlag Roter Stern

Ein Rotbuch über die Vergangenheit (1923 bis 1933) für unsere Gegenwart.
Rotbuch 154. 240 Seiten. 14,- DM

Ein Rotbuch über unsere Gegenwart (1949 bis 1976) für die Zukunft.
Rotbuch 152. 160 Seiten. 8,– (7,–) DM

Robert Havemann
Volksfront im Westen – Sozialismus im Osten: ein Widerspruch?

Um es gleich zu sagen: Ja. Und zwar ein tiefer, unaussöhnlicher Widerspruch. Die neue Volksfront, die noch nicht fertig da ist, sich aber unüberhörbar ankündigt und eine andere sein wird als die zur Zeit Léon Blums, wird im Ergebnis nichts Geringeres sein als die Wiederherstellung der Einheit der Arbeiterbewegung – während der reale Sozialismus das Endprodukt ihrer Spaltung ist.

Die Tragik des revolutionären Prozesses, der von der Oktoberrevolution zum realen Sozialismus führt, beginnt damit, daß die Bolschewiki nicht nur die Zarenmacht überwinden, sondern auch die Menschewiki besiegen mußten. Schon in der Geburtsstunde der unvollendeten Revolution also die Spaltung!

Die Arbeits- und Organisationsprinzipien der konspirativ-illegalen Organisation von Berufsrevolutionären, die Lenin in *Was tun?* schon 1902 entwikkelt hat, werden zur »Partei neuen Typs« umstilisiert, deren demokratischer Zentralismus nichts anderes ist als die vollständige Aufhebung der innerparteilichen Demokratie. Lenin hat die durch die konspirative und illegale Arbeitsweise unvermeidliche Einschränkung der innerparteilichen Demokratie noch als einen gefährlichen Prozeß aufgefaßt, der nach dem Sieg der Revolution sofort wieder rückgängig gemacht werden müsse. Aber er hat nicht bedacht, daß das politisch-strukturelle Grundprinzip, aus dem die zentralistisch-konspirative Organisationsform hervorgeht, immer dann gilt, wenn es heißt: Wenige gegen Viele. Solange die Vielen die organisierte Staatsmacht des Zarismus oder heute des Faschismus sind, scheint die Rechnung auch zu stimmen. Aber wenn die Vielen die Mehrheit der Arbeiter, die Mehrheit der Bauern, die Mehrheit der Intelligenz, kurzum die Mehrheit des Volkes sind – was dann? Dann haben wir die Herrschaft der Politbüros und den realen Sozialismus. Dann stimmt die Rechnung nicht mehr.

Hat sie überhaupt je wirklich gestimmt? In der Lage der Wenigen gegen die Vielen befanden sich stets die Herrschenden, die Fürsten, die Ausbeuter, die Konzernherren, doch nie die Revolutionäre. Ihre Existenzbedingung heißt vielmehr: Viele gegen Wenige. Oder ›immer mehr‹ gegen ›immer weniger‹. Denn wenn die Gesellschaft umgewälzt werden soll, wird die überwältigende Mehrheit des Volkes gebraucht. Die sozialistische Revolu-

tion findet eben nicht in der Form eines Staatsstreiches statt. Sie vollzieht sich im Schoße der herrschenden Ordnung, deren endgültige Aufhebung nicht der Beginn der Revolution, sondern ihr Ende ist, ihr endgültiger Sieg.

Die Geschichte der Entwicklung der Bourgeoisie im Schoße der feudalen Gesellschaft belegt dies aufs Deutlichste. Daß dies aber auch für den Sozialismus und die Arbeiterklasse gelte, wird bis heute von unseren Dogmatikern mit aller Entschiedenheit bestritten. Dies gelte, so verkünden sie, nur für die bürgerliche Klasse und Gesellschaft, denn die Arbeiterklasse könne nicht, wie seinerzeit die Bourgeoisie, die ökonomische Macht erringen, bevor sie nicht die politische Macht errungen und die Diktatur des Proletariats errichtet habe. Es ist ganz offensichtlich, daß diese Theorie beinahe zwangsläufig zu der Vorstellung führt, die sozialistische Revolution könne nur durch einen bewaffneten Aufstand siegen.

Die russische Revolution entsprach diesem Schema tatsächlich noch. Die Arbeiterschaft war, entsprechend der technischen und ökonomischen Rückständigkeit des Landes, noch schwach und unterentwickelt. Von einer ökonomischen Macht der Arbeiter konnte keine Rede sein, und weder auf dem Lande noch in der Industrie gab es auch nur die geringsten Andeutungen einer zukünftigen sozialistischen Gesellschaft. Ja selbst für die bürgerliche Gesellschaft existierten im Zarenreich nur wenig Anzeichen. Das Land war ein riesiger Feudalstaat mit nur schwacher Zentralmacht und ein Agrarland, dessen armselige Bauernschaft eine in Luxus und Verschwendung lebende aristokratische Herrschaftsklasse zu ernähren hatte. In diesem Land stand die sozialistische Revolution weder aus politischen noch aus ökonomischen Gründen auf der Tagesordnung. Sie war einfach ein umgekehrter Anachronismus. Der Sieg der Revolution in einem solchen Land, das weder die bürgerliche Demokratie noch ein großes Industriekapital kannte, konnte nur unter einer Voraussetzung gelingen, nämlich nur dann, wenn diese Revolution zum Auftakt einer weiter greifenden Umwälzung in den großen Industriestaaten, zum Auftakt also der Weltrevolution würde. An diese Voraussetzung jedoch haben Lenin und seine Genossen fest geglaubt. Die Kette war an ihrem schwächsten Glied gerissen. Nun sollte das ganze kapitalistische System zerbrechen.

Der Kapitalismus setzte seine stürmische Entwicklung auf technischem und ökonomischem Gebiet in den folgenden Jahrzehnten aber fort. Die Kette blieb intakt. Nirgends wurden die kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu Fesseln für die Entwicklung der Produktivkräfte. Die größten und folgenschwersten technischen Errungenschaften wurden sogar erst nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffen: die Automation, die Atomtechnik, die elektronische Datenverarbeitung, die Computer- und die Weltraumtechnik. In der gleichen Zeit durchlief die Sowjetunion eine ununterbrochene Serie

der bedrohlichsten Krisen und brachte jene entsetzliche gesellschaftliche Fehlentwicklung zustande, die man in sehr oberflächlicher Weise als Stalinismus bezeichnet hat: die Massenmorde an Unschuldigen, das Hinschlachten fast aller Generäle und Führer der Roten Armee und die ekelhaften Schauprozesse gegen die gesamte Garde der Bolschewiki sind davon nur die Spitze eines Eisberges. In den letzten zwanzig Jahren hat sich zwar einiges geändert. Nikita Chruschtschow hat den Archipel Gulag aufgelöst und die Verbrechen der Stalin-Ära vor dem XX. Parteitag enthüllt. Aber Chruschtschow scheiterte. Und die Gesellschaft, die den Eisberg der Stalin-Ära zum Gefrieren brachte, hat sich in nur leicht verfeinerter Form neu gebildet. Es ist dies die widerspruchsvolle politisch-ökonomische Struktur eines Systems, das sich in einer merkwürdigen Mischung aus Scham und Stolz den »realen« Sozialismus nennt.
Man muß bedenken, daß die Völker der Sowjetunion, die eine entwickelte bürgerliche Demokratie niemals kennengelernt haben, den realen Sozialismus nur am Maßstab der Schrecken der jüngsten Vergangenheit messen können; an der Ära des Personenkults, wie man den »Stalinismus« dort verlegen bezeichnet. Und bei diesem Vergleich schneidet der reale Sozialismus relativ vorteilhaft ab. Aber in den Ländern, welche bei hohem industriellen Entwicklungsstand die parlamentarische Demokratie bereits gründlich praktiziert haben, sieht der Vergleich anders aus. Denn man kann die demokratischen Rechte und Freiheiten, die sich ein Volk einmal erobert hat, nicht mir nichts, dir nichts außer Kraft setzen. Wenn aber ein System, in dem kaum ein einziges der selbstverständlichsten demokratischen Bürgerrechte gilt, sich selber Sozialismus nennt, dann bleibt nicht aus, daß sich die Sozialisten und Kommunisten in den bürgerlich-demokratischen Ländern des Westens von diesem Sozialismus distanzieren müssen, wenn sie nicht jede Aussicht auf eine Massenbasis verlieren wollen.

Forderungen der westlichen Kommunisten . . .

Auf der Berliner Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas im Juni 1976 haben sich die Vorsitzenden der größten kommunistischen Parteien des Westens in zwar rücksichtsvollen aber unmißverständlichen Worten zu einem Sozialismus bekannt, in dem alle demokratischen Rechte und Freiheiten der bürgerlichen Gesellschaft in Kraft bleiben – mit einer Ausnahme: mit Ausnahme der Freiheit, andere Menschen unter Ausnutzung ihrer materiellen Abhängigkeit und Schwäche für sich (privat und egoistisch) auszubeuten. Im Sozialismus, wie er von den westlichen Kommunisten verstanden wird, soll es nicht nur Rede-, Presse- und Versammlungsfreiheit, nicht nur das Streikrecht und die freie Wahl des Berufes,

sondern auch Parteienpluralismus geben, d. h. die Abwählbarkeit der Regierung und die uneingeschränkte Freizügigkeit aller Bürger einschließlich des Rechts auf Auswanderung. Jede von oben herab, also staatlich verfügte Weltanschauung, Philosophie oder Religion wird für unzulässig erklärt. Und in dem von allen Delegationen angenommenen Schlußdokument wird sogar ausdrücklich festgestellt, daß Kritik am Sozialismus und an der Politik sozialistischer Staaten keineswegs von vornherein als »Antikommunismus« denunziert werden darf, sondern berechtigt und für die Weiterentwicklung der Gesellschaft notwendig ist.

. . . *und Realitäten des realen Sozialismus*

In den Ländern des realen Sozialismus gilt – uneingeschränkt – kein einziger dieser Grundsätze und ist keine einzige dieser Freiheiten in Kraft. Die meisten existieren nicht einmal auf dem Papier. Artikel 27 der Verfassung der DDR garantiert zwar die Redefreiheit, allerdings mit dem kautschukartigen Zwischensatz: »den Grundsätzen dieser Verfassung gemäß«. Aber im Widerspruch zu diesem Artikel 27 bedroht das Strafgesetzbuch der DDR die sogenannte »staatsfeindliche Hetze« mit schweren Freiheitsstrafen, wobei *jede Kritik* an der Politik der Regierung als staatsfeindliche Hetze verfolgt werden kann und in der Praxis auch verfolgt wird. Meine beiden Söhne wurden zu einer Zeit, als der eine noch minderjährig war, zu solchen Freiheitsstrafen verurteilt. Der eine, weil er am Tage nach der 68er Invasion in die ČSSR eine tschechoslowakische Fahne aus dem Fenster unserer Wohnung herausgehängt hatte; der andere, weil er, gemeinsam mit einem Freund, den Namen Dubček mit Ölfarbe an eine Hauswand gemalt hatte. Und weil er aus dem Buch Me-Ti von Bert Brecht einige Sätze über die Polizei abgeschrieben und sie dann auf große Plakate geklebt hatte, die am »Tag der Volkspolizei« an den Litfaßsäulen angeschlagen waren, wurde ihm von Staats wegen seine Schreibmaschine (!) weggenommen. Man stelle sich einmal vor, etwas auch nur vergleichsweise Ähnliches hätte sich ein Gericht in Frankreich oder Italien geleistet! Solche Beispiele könnte ich, bis in die jüngste Zeit hinein, serienweise aufführen, aber ich beschränke mich aus Gründen, die eben im System des realen Sozialismus liegen, auf den »Fall« meiner eigenen Söhne.

Die Lage, in welcher sich die führenden Parteikader des realen Sozialismus befinden, ist gleichermaßen tragisch, beschämend und hoffnungslos. Sie leben vom Volk, von der Partei und wohl auch voneinander weitgehend isoliert. Sie haben Angst, sich frei zu bewegen. Sie leben in einem abgeschlossenen Ghetto, in Wandlitz, abgesichert durch Mauern, Stacheldraht, Wachtürme und Infrarotsperren. Ein vor dem Volk verstecktes Leben. Sie

haben die Macht im Staate, eine, wenigstens in der DDR, immer noch nur entlehnte Macht. Und jeder weiß das. Aber dafür werden sie auch, nicht immer zu Recht, für alles Mögliche verantwortlich gemacht, und zwar gerade darum um so mehr, als sie jeder Verantwortung entzogen sind. Sie wurden nie gewählt und können nicht mehr »abgewählt« werden. Sie sind unser Schicksal.

Zur »Diktatur des Proletariats«

Für diese kleine herrschende Gruppe gilt mit aller bedenklichen Konsequenz jenes fatale Grundschema des »Wenige gegen Viele«. Darum hat ihre Herrschaft alle Merkmale der Diktatur. Als sich die kommunistische Partei Frankreichs in diesem Jahr von der alten marxistischen Forderung nach der Diktatur des Proletariats lossagte, erschien im *Neuen Deutschland* ein mit marxistischen Klassikerzitaten gespickter Artikel, in dem nachzuweisen versucht wurde, daß es ohne die Diktatur des Proletariats niemals einen erfolgreichen Sozialismus geben könne und daß zweitens die »sozialistische Republik«, wie sie in den osteuropäischen Staaten existiert, nichts anderes sei als eben diese Diktatur des Proletariats. Damit ergibt sich das fatale Kuriosum, daß zwischen den Theoretikern der SED und der Führung der westdeutschen CDU/CSU wenigstens in dieser Frage eine lückenlose Übereinstimmung besteht. Es ist wohl unumstritten, daß Marx und Engels sich die Diktatur des Proletariats nicht als die Diktatur eines Politbüros vorgestellt haben, sondern als die Unterdrückung einer kleinen Minderheit einstiger Ausbeuter durch die Massen des Volkes. Wer das staatliche System, das gegenwärtig noch in den sozialistischen Ländern Osteuropas existiert, als Diktatur des Proletariats bezeichnet, der mag dies tun – auf den marxschen Begriff aber kann er sich dabei wahrhaftig nicht berufen.
Da jedoch ein Begriff, wenn er ständig und lange Zeit mißbraucht wird, zwangsläufig seinen Sinn ändert, ließe sich umgekehrt auch sagen, daß die Vertreter des realen Sozialismus die Diktatur des Proletariats erst auf den Begriff gebracht haben, und zwar auf den Begriff, der ihnen paßt. Für den freiheitlichen Sozialismus, nach dem die Völker streben, aber ist der (mißbrauchte) Begriff damit gestorben. Denn alle Diktaturen, und nicht zuletzt die stalinistische, haben sich mit dem Blut des Volkes besudelt. Darum ist es gut, was die französischen Kommunisten getan haben.

Man könnte glauben, daß diese ganze Angelegenheit ein letztlich nur terminologischer Streit sei. Tatsächlich trifft sie aber das zentrale Problem der sozialistischen Revolution. Ohne einem historischen Determinismus das Wort reden zu wollen, meine ich, daß die besonderen Bedingungen, unter denen die Oktoberrevolution vor sich ging, sie selbst und die ganze ihr folgende Entwicklung mit einer unerbittlichen Logik geprägt haben. Ein winziges Proletariat macht unter der Führung einer noch winzigeren Gruppe von Intellektuellen sozialistische Revolution! Das Schema der revolutionären Avantgarde war dabei nicht nur das Produkt elitärer Überheblichkeit, sondern entsprach den vorgefundenen objektiven historischen Bedingungen. Erst später verselbständigte sich das historische Schema zum unhistorischen Dogma nach folgendem Muster: das Proletariat ist die Avantgarde des ganzen Volkes, dessen Mehrheit von Bauern gebildet wird, die zur Revolution nicht »berufen« sind; die Partei ist die Avantgarde des Proletariats; das Politbüro die Avantgarde der Partei – und der Genosse Stalin ist die Avantgarde des Politbüros. Nichts anderes also als ein neues, streng hierarchisches System! Und so war es ganz konsequent, daß die sowjetische Partei in und mittels der Komintern die in allen Fragen entscheidende Führerin des Weltkommunismus wurde. Eine riesige internationale revolutionäre Organisation – beherrscht von ein paar Leuten, letzten Endes sogar von einem einzigen Mann.

Die politischen Verhältnisse in den Ländern des realen Sozialismus sind das Endergebnis dieser Entwicklung. Keine kommunistische Partei in den hochindustrialisierten kapitalistischen Staaten, die nach einer breiten Basis in den Volksmassen strebt, kann sich mit diesen Verhältnissen identifizieren, und auch nicht mit dem Weg, der zu diesen Verhältnissen führte. Denn Weg und Ziel hängen offenbar eng miteinander zusammen. Vom Standpunkt der Vertreter des »realen« Sozialismus aber, die sich für die einzigen konsequenten Marxisten halten, stellt die neue politische Linie der Parteien des »Eurokommunismus« nichts anderes dar als ein bedauerliches opportunistisches Zurückweichen vor dem sich verschärfenden Antikommunismus. Diese Linie wird bestenfalls als eine vorübergehende Taktik geduldet, von der man nicht viel Aufhebens machen sollte. Aus den Reden, die die Genossen Georges Marchais, Enrico Berlinguer und Santiago Carrillo auf der Berliner Konferenz gehalten haben, geht klar hervor, daß sie, bei aller Deutlichkeit ihrer Kritik, in grundsätzlichen Fragen bemüht waren, jede unnötige Schärfe zu vermeiden, um den östlichen Genossen zu helfen, das Gesicht zu wahren. Im Grunde ist es eher diese Rücksichtnahme vor der Empfindlichkeit der realen Sozialisten, die wir als opportunistisches Zurückweichen kritisieren müssen. Denn es geht in diesem letzten Viertel des

Jahrhunderts um mehr als um den ruhigen Schlaf einiger Politbüros. Es geht um nichts weniger als um die Frage, ob es den vereinigten Kräften der Sozialisten, Kommunisten und progressiven Gruppen gelingen wird, die schon beängstigend nahe Katastrophe abzuwenden, die der bevorstehende Zusammenbruch der kapitalistischen Weltwirtschaft und die ökologische Krise uns mit Sicherheit bescheren werden, wenn in den großen Industriestaaten des Ostens und des Westens nicht endlich ein umwälzender Wandel der politischen Verhältnisse erreicht wird.

Gegenüber den Dogmen des realen Sozialismus stellt das Bündnis der französischen Kommunisten mit den Sozialisten Mitterands und der italienischen Kommunisten im »Historischen Kompromiß« mit den progressiven Kräften der Democracia Christiana die vollständige Umkehrung des Schemas der Oktoberrevolution dar. Jetzt heißt es nicht mehr: Führung durch eine Avantgarde, sondern demokratische Entscheidungsfreiheit der Volksmassen, und jetzt gilt in aller Konsequenz der revolutionäre Grundsatz: Viele gegen Wenige. Mit dem alten Schema der Revolution, dem bewaffneten Aufstand, dem Umsturz, wird hier Schluß gemacht. Und zwar nicht nur deshalb, weil dieses Schema zu dem System führen könnte, das den heutigen Sozialismus in aller Welt um seine Glaubwürdigkeit gebracht hat; und nicht nur deshalb, weil ein bewaffneter Aufstand in den USA, in Frankreich oder der Bundesrepublik Deutschland – mit Barrikaden, Handgranaten oder Panzern – eine absolute Absurdität wäre (ja sogar ein Verbrechen, und das nicht nur im Sinne der herrschenden Staatsmacht); sondern deshalb, weil dieses alte Revolutionsschema auf einem totalen Irrtum, auf einem totalen Mißverständnis des revolutionären Prozesses beruht, dessen ständige Zeugen und Zeitgenossen wir heute sind: Die sozialistische Revolution liegt nicht vor uns, sie findet auch nicht in einem einzelnen Land statt, sie hat längst begonnen.

Volksfrontpolitik ist daher keine Politik vorübergehender taktischer Bündnisse. Diese Auffassung entspräche dem alten Strategie-und-Taktik-Schema. Es geht aber nicht mehr um vorübergehende, sondern um dauernde Bündnisse, um politisches Zusammenwirken bei gleichzeitiger Pluralität der Anschauungen und Zielsetzungen. Einheit in der Vielheit. Tatsächlich vollzieht sich heute vor unseren Augen die Überwindung der tragischen Spaltung der alten Arbeiterbewegung; nicht einfach als Wiederherstellung der früheren Einheit, sondern als Entstehung einer ganz neuen umfassenden Solidarität in den Massen, welche dem fundamentalen Wandel gerecht wird, der sich in der Klassenstruktur der Gesellschaft und in der Struktur der Klassen selbst vollzogen hat. In der Volksfrontpolitik – unabhängig davon, ob gerade eine Volksfrontregierung an der Macht ist – wächst und formiert sich die kommende herrschende Klasse im Schoße der alten Gesellschaft. Die Entwicklung in Frankreich und besonders in Italien zeigt mit aller

Deutlichkeit, wieviel politische und ökonomische Macht schon in den Händen der heranwachsenden neuen Klasse ist, ohne daß davon auch nur die geringste Gefahr für den Frieden der Gesellschaft ausgeht. Im Gegenteil: gerade hierdurch wurde und wird er gewahrt.

Das Mißtrauen zwischen Volk und Regierung

Der schwerste Klotz am Bein der sozialistischen Revolution sind in diesem Szenario nach wie vor wir. Es ist ein Irrtum zu glauben, wir hätten in der DDR, zwar nicht ganz mit dem Einverständnis unserer Bürger, aber trotzdem eine Art Anfang mit dem Sozialismus gemacht. Es komme nun darauf an, bei aller Unzulänglichkeit des Bisherigen an der schrittweisen Weiterentwicklung und dem fortschreitenden Ausbau der sozialistischen Demokratie zu arbeiten. Wie will man aber eine Demokratie »ausbauen«, die noch gar nicht existiert? Wie kann man von Freiheit reden, wenn man das ganze Volk hinter einer Mauer mit Minenfeldern und Selbstschußanlagen einsperren muß, damit dieses Volk nicht in den kapitalistischen Westen »abhaut«? Wie kann man sich über Menschenhandel empören, wenn man die eigenen politischen Gefangenen gegen Westmark an die geschmähte Bundesrepublik verkauft? Wie kann man sich über die üble Praxis der Berufsverbote in der Bundesrepublik beschweren, wenn man selber das gleiche seit Jahr und Tag praktiziert, und nicht nur gegen Biermann und mich, sondern gegen jeden, der es wagt, sich ernsthaft kritisch zu äußern? Glauben denn unsere Herren Genossen, daß die Menschen alles Schlimme, das ihnen widerfahren ist, gleich wieder vergessen? Ihr denkt vielleicht, ihr schafft es mit protzigen Bauten, mit dem Ausbau des Zentrums von Ost-Berlin nach der Art, wie sich der kleine Moritz Metropolis vorstellt. Ihr möchtet zeigen, daß ihr es auch könnt »wie die im Westen«, und glaubt, daß die Leute dann stolz sagen: Wir. Aber seit wann beurteilen wir die Freiheit der Menschen nach der Höhe der Betonklötze, in denen sie wohnen? Auf diesem Gebiet wird vorläufig, und wie ich hoffe auch für immer, Amerika unerreichbar bleiben. Sehnen wir uns deshalb nach Amerika? Ist etwa New York unser Traum? Diese riesige, stinkende, sterbende Stadt: Sie zeigt doch nur das eklige Ende einer Epoche, die wir, bei Strafe unseres Untergangs, überwinden müssen.

Die zentrale politische Aufgabe in den Ländern des realen Sozialismus ist die Überwindung des abgrundtiefen Mißtrauens zwischen Volk und Regierung.

Daß die Überwindung des Circulus vitiosus des Mißtrauens möglich ist, hat die tschechoslowakische KP im Jahre 1968 gezeigt. Die Partei gewann in wenigen Monaten das Vertrauen der Volksmassen, ein absolutes Novum in

den Ländern des realen Sozialismus. Durch die militärische Intervention der fünf Warschauer-Pakt-Staaten wurde damals eine einzigartige Chance zunichte gemacht und der sozialistischen Bewegung in der Welt ein schwerer Schaden zugefügt. In den acht Jahren, die seitdem vergangen sind, hat sich vieles verändert. Der Vietnamkrieg wurde beendet; ein kleines mutiges Volk besiegte eine Weltmacht. Die faschistische Junta Pinochets zertrümmerte die junge sozialistische Demokratie in Chile. Die USA erlebten den schmählichen Abgang ihres korrupten Präsidenten Nixon. Schließlich die Ölkrise und die weltweite Wirtschaftskrise in den großen kapitalistischen Staaten. Das sind nur einige Stichworte. Wie vieles geschah noch: in Afrika, im Nahen Osten, in Indien, Australien und Südamerika! Ich erinnere daran, weil ich weiß, daß sehr viele von uns nichts schneller vergessen als unsere eigene jüngste Geschichte. Von dieser Vergeßlichkeit aber zehrt die Macht der Mächtigen.

Nichts bleibt, alles fließt. Die Welt hat sich in unserem Jahrhundert mehr und schneller verändert als je zuvor in vielen Jahrhunderten. Und weil die Welt im Fluß ist, kann man sie ändern. Einen Fluß können wir umlenken, aufstauen und kanalisieren, ein stehendes Gewässer nicht. Jeder Fatalismus in den sozialistischen Staaten ist daher gefährlich wie eine schlimme Krankheit. Wir dürfen nicht tatenlos zuschauen, wie sich die Sozialisten und Kommunisten Westeuropas abmühen, jenes Vertrauen der Massen zu gewinnen, das durch unsere Politik erschüttert und gefährdet ist. Wir müssen vielmehr alles tun, den Sozialismus so attraktiv zu machen, daß wir nicht nur keine Mauer mehr brauchen, um die Arbeiter und Bauern daran zu hindern, aus dem Arbeiter- und Bauernstaat fortzulaufen. Sondern wir müssen dafür arbeiten, daß unser Staat in jeder Hinsicht für das ganze deutsche Volk zum Beispiel dafür wird, daß es ohne Sozialismus keine Demokratie und ohne Demokratie keinen Sozialismus geben kann.

Acht Vorschläge zur Demokratisierung des realen Sozialismus in der DDR

Ich bin bei aller Schonungslosigkeit meiner Kritik an den politischen Zuständen der DDR noch immer der festen Überzeugung, daß von den beiden deutschen Staaten die DDR der bessere ist. Weil ich die Hoffnung nicht aufgeben will, daß es uns gelingen wird, auch bei uns die große sozialistische Solidarität zustande zu bringen, die die Basis des Vertrauens bilden muß. Der große chinesische Weise Lao Tse sagt: »Schenkst du kein Vertrauen, so findest du kein Vertrauen.« Um das Mißtrauen abzubauen, langsam und schrittweise abzubauen, müssen unsere führenden Genossen endlich den Mut haben, wenn auch zuerst nur in kleinen Portionen, Vertrauen zu schenken. Ich mache hierzu einige konkrete Vorschläge, die

ich zum Teil schon an anderer Stelle veröffentlicht habe. Ich möchte sie aber hier erläutern und ergänzen.

1. *Schrittweiser Abbau der Mauer durch schrittweise Senkung der Altersgrenze für Westreisen.* Ich bin überzeugt, daß es eine stärkere Westflucht aus der DDR bei offener Grenze nur so lange gibt, wie die Bevölkerung noch damit rechnet, daß die Mauer eines Tages überraschend wieder zugemacht werden könnte. Darum schlage ich vor, die Altersgrenze zunächst auf 50 Jahre zu senken. Außerdem müßten alle Fälle von Westflucht dieser Altersgruppe veröffentlicht werden. Wer frei reisen will, wird die illegalen Auswanderer dann mit weniger Mitgefühl betrachten als heute noch. Außerdem müßte die legale Auswanderung dieser Altersgruppe sehr erleichtert werden. Ich bin überzeugt, daß die legale und die illegale Auswanderung sich in den harmlosesten Dimensionen bewegen würde, in Dimensionen, die überhaupt keiner staatlichen Kontrolle mehr bedürfen. Wenn sich herausstellt, daß die Sache mit der Altersgrenze bei 50 gut funktioniert (wovon ich überzeugt bin), kann man die Grenze weiter und weiter senken.

2. *Bildung eines Reisedevisenfonds für Auslandsreisen der DDR-Bürger, in den alle Deviseneinnahmen aus dem Zwangsumtausch der Besucher aus der Bundesrepublik, aus Westberlin und dem kapitalistischen Ausland eingezahlt werden.* Der Fond sollte seine Einnahmen und Ausgaben öffentlich darlegen. Wäre es nicht im Interesse des Sozialismus und der Würde unseres Staates, wenn unsere Bürger bei Reisen nach Westdeutschland nicht auf die Portemonnaies ihrer Freunde und Verwandten und die Unterstützung durch den westdeutschen Staat angewiesen sind, sondern eigenes gutes Geld in der Tasche haben?!

3. *Generalamnestie für alle politischen Gefangenen einschließlich der Grenzverletzer.* Kein Kommentar.

4. *Aufhebung des verfassungswidrigen Paragraphen 106 des Strafgesetzbuches der DDR über die staatsfeindliche Hetze.* Wie ich in meinem Buch *Fragen, Antworten, Fragen* (Piper, München 1970) ausführlich dargelegt habe, ist dieser Paragraph unvereinbar mit Artikel 27 der Verfassung der DDR, dessen erster Abschnitt lautet: »Jeder Bürger der Deutschen Demokratischen Republik hat das Recht, den Grundsätzen dieser Verfassung gemäß, seine Meinung frei und öffentlich zu äußern. Dieses Recht wird durch kein Dienst- und Arbeitsverhältnis beschränkt. Niemand darf benachteiligt werden, wenn er von diesem Recht Gebrauch macht.« Das heißt: Alle Urteile nach § 106 sind nachträglich zu kassieren, die Betroffenen müssen entschädigt werden.

5. *Wiedereinführung des Streikrechts*, das in der ersten Verfassung der DDR noch garantiert war, in der zweiten, jetzt gültigen, jedoch nicht mehr vorkommt. Selbstverständlich hat der Streik im Sozialismus einen anderen

Charakter als im Kapitalismus, weil das Element des Klassenkampfs fehlt. Aber auch im Kapitalismus ist der Streik kein reiner Trade-Unionismus, wie es Lenin unter den unentwickelten Betriebsverhältnissen im Rußland der Jahrhundertwende noch annehmen konnte. Heute ist der Streik ein Stück legaler Macht der Arbeiter im Betrieb. Das ist er auch im Sozialismus. Er ist das letzte Mittel, das die Arbeiter eines Betriebes mit Recht anwenden, wenn die Werksleitung glaubt, gegen den Willen der Arbeiter entscheiden zu können.

6. *Zulassung einer unabhängigen Zeitung*, in der an Partei und Regierung und allen gesellschaftlichen Erscheinungen Kritik geübt werden kann. Eine Zeitung, in der z. B. auch dieser Artikel erscheinen könnte.

7. *Zulassung mehrerer, von der Nationalen Front und der SED unabhängiger Bewerber für jedes Volkskammermandat.* Jedermann in der DDR weiß, daß er bei den sogenannten Wahlen überhaupt nicht an einer Wahl teilnimmt, sondern nur einer Wahl zustimmt, die vor ihm längst andere getroffen haben, als nämlich hinter den verschlossenen Türen der Parteibüros die Einheitsliste der Kandidaten zusammengestellt wurde, die der Wähler durch Einwurf eines Zettels in einen Kasten bestätigen darf. Diese »Wahlen« sind ein Selbstbetrug, weil sie auf Mißtrauen beruhen und neues Mißtrauen säen. Ist es nicht eine phantastische Zumutung, ein ganzes Volk an die Wahlurne zu rufen, ohne daß dem Wähler tatsächlich irgendeine Wahl bleibt! Das einzige Risiko bei Wahlen von der Art, wie ich sie vorschlage, besteht darin, daß möglicherweise andere Kandidaten gewählt werden, als den Herren in den Parteibüros lieb ist. Wäre das ein Schaden?

8. *Zulassung wenigstens einer unabhängigen Oppositionspartei.* Die sogenannten »Block-Parteien« der DDR (CDU, LDP, NDP usw.) werden eine echte Demokratisierung kaum überleben, wenn sie bleiben, was sie jetzt verkörpern.

Für eine Volksfront im breitesten Sinn!

Ich beschränke mich vorläufig auf diese acht Punkte, deren Realisierung der Sache des Sozialismus in Europa ganz sicher einen enormen Auftrieb gäbe. Aber ich höre schon die Stimmen meiner Kritiker innerhalb und außerhalb des Parteiapparats. Von außerhalb bekomme ich zu hören: Du bist ein Phantast. Denkst du, die werden das je mitmachen? Da können sie gleich die Bude zumachen. Das ist einfach naiv, solche Demokratie hat es nie und nirgends gegeben und wird es nie und nirgends geben, und in der DDR am allerwenigsten. Und du denkst, das würden die Russen erlauben? Mit solchen Vorschlägen machst du uns das Leben schwerer, nicht leichter; uns ehrlichen Fortschrittlichen, die langsam und behutsam vorgehen wollen, zu den gleichen Zielen zwar, aber ohne sie ständig herauszuposaunen.

Diese Meinung, daß man mit unseren führenden Genossen wie mit rohen Eiern umgehen müsse, ist unter unseren Tuis sehr verbreitet. Ich teile sie nicht, sondern halte sie für eine Vorsicht, die eher zur Anpassung führt. Die Gegenargumente der Parteigenossen werden, in zwei Hauptkomplexen, etwa die folgenden sein:

1. »Die Gefährdung der inneren Sicherheit durch ideologische Aufweichung: Wahlreform, Oppositionspartei und -zeitung, Außerkraftsetzung des Staatsfeindliche-Hetze-Paragraphen und Streikrecht öffnen der antisozialistischen Propaganda Tür und Tor und bereiten die Konterrevolution vor.« Ich halte diese Einwände für grundlegend falsch. Nichts öffnet der durch Radio und Fernsehen ohnehin in breitem Strom in unser Land flutenden antisozialistischen Propaganda mehr und wirksamer die Tore als eben das Fehlen der von mir vorgeschlagenen demokratischen Rechte und Freiheiten. Gerade davon, daß es eben nicht so ist, zehrt diese Propaganda. Daß Sozialismus und Freiheit miteinander unvereinbar seien, ist nicht zufällig der Wahlslogan der westdeutschen CDU/CSU.

2. »Die Gefährdung der äußeren Sicherheit infolge einer Unterschätzung des aggressiven Charakters des Weltimperialismus. Die interkontinentalen Raketen mit ihren nuklearen Sprengköpfen sind die furchtbarste Drohung, unter der die Menschheit bisher zu leben hatte. In dieser Situation muß der Sozialismus in jeder Hinsicht stark und unangreifbar sein, wenn er den imperialistischen Aggressor zügeln will.« Derartige Worte höre ich. Ich bin sehr für die Stärkung des Sozialismus. Aber ist er nicht gerade darum schwach, weil in unseren Ländern das Verhältnis zwischen der Regierung und den Volksmassen durch gegenseitiges Mißtrauen vergiftet ist? Gerade weil ich die große Gefahr des nuklearen Untergangs für so schrecklich und bedrohlich halte, bin ich dafür, daß alles geschieht, um den Sozialismus zu stärken, und zwar durch eine Volksfront im breitesten Sinne.

am Beispiel Peter-Paul Zahl
EINE DOKUMENTATION
Hrsg. von E. Fried, H. Novak und der Initiativgruppe P.P. Zahl, 208 S., DM 7,-

Die Initiativgruppe P.P. Zahl hat eine Dokumentation über den „Fall" zusammengestellt. An seinem Beispiel soll gezeigt werden, wie haltlos das Feindbild des kaltblütigen Terroristen ist, der durch ein Urteil von 15 Jahren exemplarisch abgeschreckt werden soll. Der Band enthält die Urteile beider Prozesse und eine vergleichende Würdigung derselben von P.O. Chotjewitz, Zahls Reden im zweiten Prozeß, einen einleitenden Beitrag von W.F. Schoeller über das Schweigen in den Medien, eine literarisch-politische Kontroverse zwischen M. Buselmeier und P.P.Zahl sowie zahlreiche Dokumente.
Zu beziehen gegen Vorauszahlung von Dm 7,- auf das Postscheckkonto Eva Michel, Konto-Nr. 517714-607, Postscheckamt Frankfurt, Stichwort: P.P.Zahl, sowie in allen linken Buchhandlungen.

sozialmagazin

SOZIALMAGAZIN will einen Kommunikations-Zusammenhang zwischen Sozialpädagogen und Sozialarbeitern aus verschiedenen Arbeitsbereichen herstellen, indem es

- neue Praxis-Ansätze vorstellt
- Praxis theoretisch aufarbeitet
- Ansätze öffentlich macht, die bisher unpubliziert sind, bzw. die keine Chance haben, publiziert zu werden
- theoretische Beiträge zur Diskussion stellt.

SOZIALMAGAZIN braucht deshalb die Leser als Autoren: als Informationsträger, als Theoretiker, als Kritiker.

Dazu erscheinen als ständige Rubriken in SOZIALMAGAZIN:

- Projekte - Selbstdarstellungen aus der Praxis
- Modelle - exemplarische Aufarbeitungen von Alternativer zur traditionellen Sozial-Arbeit: Gruppendynamik, Familientherapie, Ästhetische Erziehung, Gemeinwesenarbeit ...
- Magazin aktuell - die Redaktion wertet alle Fach- und Verbandszeitschriften aus und faßt die wichtigsten Informationen zusammen. Dazu: sozialpolitische Nachrichten, die in anderen Medien oft nicht erscheinen (dürfen)
- Medienteil - vollständiger Überblick über alle Neuerscheinungen. Rezensionen
- Enzyklopädie der Sozial-Arbeit: In dieser ständigen Rubrik werden neue Fachbegriffe bzw. wichtige Termini stichwortartig erklärt

Themen aus den ersten Heften:

- Das Elend der Kinder
Über die offene und versteckte Gewalt im Alltag von Kindern? Thesen, Materialien ... Auswege
- Neustrukturierung der sozialen Dienste
"Reform von Oben" soll die Aktivitäten der Basis einbinden, kanalisieren. Sozialarbeiter berichten
- Tagebuch aus dem Knast
Selbsterfahrung eines Strafgefangenen, der darum gekämpft hat, in drei Jahren Knast nicht kaputt zu gehen
- Solidarität lernen, Leben lernen, Kämpfen lernen. Arbeitsvorschläge und Perspektiven aus dem Unabhängigen Jugendzentrum Kornstraße in Hannover - ein Bericht von Alvons Diemer
- Was wir bei den Nonnen erlebten. Über die Zustände in einem Erziehungsheim, über ihre Versuche, dem Heim zu entkommen und ihre Situation zu verändern, berichten Mädchen aus dem Dortmunder Vincenz-Heim

---

Ich möchte die neue Zeitschrift SOZIALMAGAZIN kennenlernen und bestelle

☐ **ein Jahresabonnement zum Einführungspreis von DM 28,-** (99)

(statt DM 40,–) inkl. Versandkosten und MwSt. Voraussetzung für diesen vorteilhaften Preis: **Die Bestellung muß bis 31. 12. 76 erfolgen.**
Wenn ich nach Erhalt des ersten Heftes feststelle, daß mir das Magazin nicht gefällt, schicke ich Ihnen die unbezahlte Rechnung zurück und der Fall ist für mich erledigt.

☐ **ein Probeabonnement** (100)

(4 Hefte) zum Vorzugspreis von DM 10,– inkl. Versandkosten und MwSt.

Bitte beachten: Nach Ablauf des verbilligten Jahresabonnements und des Probeabonnements liefern wir zum regulären Bezugspreis (Jahresabonnementspreis DM 40,– inkl. Versandkosten und MwSt) weiter, falls 8 Wochen vor Ablauf der verbilligten Abonnements keine Abbestellung bei uns erfolgt.

Bitte nicht ausfüllen!

10	11	12	15	16	17	18	18a	19a	20

Unterschrift

Absender:

Name

Vorname

Straße

PLZ/Ort

Schreiben Sie an:
Beltz Verlag
Postfach 1120
6940 Weinheim

Ulrich Albrecht
Was sagt die NATO?

Wenn es in der Vergangenheit um Fragen zur NATO ging, dann waren die Antworten lange Zeit eindeutig und klar; großer Interpretationen bedurfte es daher nicht. Für den »Westen« war die NATO immer ein notwendiges Militärbündnis zur Verteidigung der westlichen Freiheit – im »Osten« und von den kommunistischen Parteien im kapitalistischen Europa wurde sie stets als imperialistische Bedrohung empfunden. Im »Westen« und im »Osten« hat sich an dieser Eindeutigkeit auch bis heute nichts geändert. Relativ neu (und für manchen Beobachter verblüffend) ist dagegen die Haltung führender Kommunisten im kapitalistischen Europa, die der Italiener Enrico Berlinguer, stellvertretend für andere Repräsentanten des Eurokommunismus, so formuliert:

»In keinem Artikel des NATO-Vertrages wird die Atlantische Allianz als antikommunistisch definiert. Wir halten uns an den Text des Vertrages, in dem die Allianz als Verteidigungsallianz begründet wird.«[1]

Darum schlage die KPI »nicht den NATO-Austritt vor, selbst im Falle einer Regierungsbeteiligung nicht. (Denn) in der Welt herrsche ein Entspannungsprozeß, dessen Hauptarchitekten die Sowjetunion und die USA seien; ein einseitiger Rückzug aus der NATO würde einen solchen Prozeß gefährden«.[2]

Frage dieses Beitrages soll sein, wie die NATO selbst auf das Phänomen des Eurokommunismus reagiert und wie ihre Vertreter die Möglichkeit einer oder mehrerer kommunistischer Regierungsbeteiligungen in NATO-Ländern beurteilen.

Der ehemalige Oberbefehlshaber des NATO-Kommandos Europa Mitte, General Johann Adolf Graf Kielmansegg, schrieb dazu am Beispiel der Entwicklung in Portugal:

»Wenn es nun nicht mehr ausgeschlossen werden kann, daß in einiger Zukunft ein Mitglied des westlichen Paktes . . . die innenpolitische Struktur, die außenpolitische Haltung und die Denk- und Handlungsweise des östlichen Systems annimmt, dann ist es sicher angebracht, darüber nachzudenken, was dies für die Atlantische Allianz bedeuten würde.«[3]

Der General hält daher eine terminologische Korrektur für notwendig. Statt wie bisher vom Mittelmeerraum als der »Südflanke« der NATO zu sprechen, müsse bei einer kommunistischen Regierungsbeteiligung in Portugal in Zukunft von der »Südfront« der Allianz die Rede sein. Denn die militärische Konsequenz im Falle eines kommunistisch (mit)regierten Portugal sei für Südeuropa u. a., daß Italiens Position und Rolle »sich erheblich

ändern (würden), aus einer ziemlich abgesicherten Mittelfeldfunktion würde eine exponierte Vorwärtsverteidigung«[4].

Für ein kommunistisch (mit)regiertes Portugal gibt es nach Ansicht des Generals zwei Möglichkeiten: »Gerade noch zu ertragen« wäre »das Ausscheiden Portugals aus der NATO«, verbunden mit einer blockfreien Außenpolitik des Landes. Eine »außerordentlich ernste Bedrohung des Bündnisses« – also eine Gefahr, gegen die die NATO sich nach Kräften zu wehren hätte – liege dagegen in einem »Portugal, das sich der Sowjetunion öffnet . . . Rußland (!) hätte dann, was es bisher nie hatte, Stützpunkte am und im Nordatlantik und den freien Weg in den Südatlantik, d. h. eine Position im Rücken von NATO-Europa«[5].

Auch die militärischen Konsequenzen eines kommunistischen Machtwechsels in Italien sind von der NATO seit längerem erörtert worden. So heißt es in einem 1960 mit einem Vorwort des damaligen Bundeskanzlers Adenauer versehenen Statusbericht über die NATO:

»Die strategische Bedeutung Italiens für die Verteidigung des Westens ergibt ein Blick auf die Karte. Wäre das Land in den ersten Nachkriegsstürmen, als die Kommunisten in der italienischen Kammer eine überragende Rolle spielten und in der Regierung sowjetfreundliche Minister saßen, den Kommunisten in die Hände gefallen, so wäre an eine wirksame Abwehrfront im Mittelmeerraum kaum mehr zu denken. Frankreich läge im Süden am Eisernen Vorhang, und ein sowjetisches Italien könnte jederzeit die Schiffahrt vom westlichen ins östliche Mittelmeer für die freie Welt sperren.«[6]

An dieser Einschätzung hat sich in den maßgebenden NATO-Kreisen auch in den 70er Jahren nichts geändert. Obwohl zwei Entwicklungen eingetreten sind, die das Kommunisten-Bild der NATO eigentlich differenzieren müßten, ist für die Allianz im Grunde alles beim alten geblieben. Die eine Entwicklung ist eine historische: zwischen 1944 und 1947 waren z. B. die französischen Kommunisten an verschiedenen Kabinetten beteiligt, haben dort loyal mitgearbeitet und sind schließlich aus der Regierung wieder ausgeschieden. Dennoch hält die NATO-Ideologie nach wie vor an der uralten Unterstellung fest, die Kommunisten gäben die Macht, hielten sie sie einmal in den Händen, friedlich und freiwillig nicht mehr ab. Die andere Entwicklung ist eine aktuelle: die Politik der kommunistischen Parteien in Frankreich, Italien und Spanien lebt mehr und mehr davon, daß sie sich vom Kreml unabhängig macht. Dennoch halten die NATO-Strategen diese offensichtlichen Autonomiebestrebungen für lediglich taktische Manöver, die Macht auf kaltem Wege zu erlangen.

Dies wird vor allem durch die Art und Weise bewiesen, mit der der Eurokommunismus im NATO-Land USA verfolgt wird: bis heute ist den Äußerungen amerikanischer Politiker und Militärs nicht zu entnehmen, daß sie zwischen Kommunismus und Sozialismus überhaupt unterscheiden. Wer das nicht glaubt, dem sei jede beliebige amerikanische NATO-Äußerung zur Entwicklung in Frankreich und Italien empfohlen: das Wort

»Sozialismus« wird er in diesen Statements nahezu vergeblich suchen. Für diese Amerikaner bleibt der »Internationale Kommunismus«, wie zu Zeiten Stalins, eine unterschiedslose Gefahr – mag sie nun vom Generalsekretär der sowjetischen KP, von Berlinguer oder aus Peking kommen. Freilich wissen die Amerikaner von der Aufspaltung der kommunistischen Weltbewegung in eine sowjetisch geführte Richtung, den Maoismus, die Linie Titos, die Reformvorstellungen Dubčeks, die Autonomietendenzen in Südeuropa und die Befreiungsbewegungen in Afrika und einigen Ländern Asiens. Aber den Politstrategen in Washington bleiben diese Aufspaltungen, die sie zwar zur Kenntnis nehmen, aber offenbar nicht verstehen, dennoch suspekt.
Als eine Art Kronzeuge für diese These läßt sich Henry Kissinger anführen:

»Er halte den Historischen Kompromiß für ein äußerst ernstes Risiko und sei nicht bereit, der demokratischen Aufrichtigkeit der KPI irgendeinen Kredit zu gewähren; er lasse sich durch Bekenntnisse zum Pluralismus nicht betrügen. Die Tätigkeit der Geheimdienste in Italien sei so notwendig wie in Chile, da ›noch härtere Kritik‹ geübt würde, wenn Italien kommunistisch würde. Alle würden dann sagen, die Vereinigten Staaten hätten nicht genug getan, um Italien zu retten.«[7]

Daß Kissingers Worte keine bloße antikommunistische Rhetorik sind, belegen einschlägige Berichte[8], nach denen in Italien 80 CIA-Leute stationiert und etwa 1500 Personen zur »Bekämpfung und Zurückdrängung des italienischen Kommunismus« in Arbeit sind.
In jüngster Zeit hat der amerikanische Außenminister seine Äußerungen noch verschärft. So berichtete die Presse im Frühjahr 1976:

»Falls kommunistische Parteien die Regierungen von mehreren westeuropäischen Staaten übernehmen sollten, kann die NATO nach Auffassung von . . . Kissinger ›so wie sie ist, nicht überleben‹. Für die Vereinigten Staaten, denen in einem solchen Fall Isolierung drohe, komme ein Dialog innerhalb der NATO mit Kommunisten nicht in Frage.«[9]
Und Kissinger weiter: »Eine dominierende Stellung der kommunistischen Parteien in den Regierungen in Rom und Paris wäre für die NATO eine Katastrophe.«

Katastrophen aber beugt man vor . . .

Zum Antikommunismus amerikanischer Präsidenten

Eine auch nur im Entwurf befindliche »gemäßigte« Alternative zu dieser starren Haltung gibt es innerhalb der NATO nicht. Welcher Konformitätszwang in den Theorien einflußreicher Militärs und Politiker wirksam ist, wenn es um die Bekämpfung »kommunistischen Einflusses« geht, läßt sich besonders anschaulich an der Politik der amerikanischen Präsidenten zeigen.
So mußten alle US-Nachkriegspräsidenten um ihren »demokratischen« Ruf

fürchten, wenn sie es zugelassen hätten, irgendwo auf dem Globus ein Land »kommunistisch« werden zu lassen (»to go communist«). Die Schlüsselerfahrung[10] derartiger Befürchtungen sind die Angriffe, derer sich Präsident Truman seinerzeit zu erwehren hatte, »weil der sich geweigert hatte, im chinesischen Bürgerkrieg zu intervenieren und die chinesischen Kommunisten daran zu hindern, an die Macht zu gelangen«[11]. Erst durch die amerikanische Intervention in den Koreakrieg konnte der unter »Verdacht« geratene Präsident sich rehabilitieren. Und ein Mitarbeiter Eisenhowers berichtet, wie aufgeregt der Präsident während des Wahlkampfes 1956 reagierte, als Averell Harriman ihn beschuldigte, »dem Kommunismus gegenüber lau zu sein«[12].

Von Kennedy wird berichtet, daß seine Sorge um seine Wiederwahl 1964 die Vietnam-Politik der USA entscheidend beeinflußt habe. Als Beleg führt der Berichterstatter u. a. eine Kontroverse Kennedys mit Senator Mansfield an, der damals Mehrheitsführer im amerikanischen Kongreß war und das Vietnam-Engagement der USA mehrfach öffentlich kritisiert hatte. Über eine Besprechung im kleinen Kreis heißt es:

»Der Präsident informierte Mansfield darüber, daß er sich Mansfields Argumente ernsthaft überlegt habe, und daß er nunmehr mit der Sichtweise des Senators übereinstimme. Ein vollständiger militärischer Rückzug aus Vietnam sei erforderlich. ›Aber ich kann dies erst 1965 tun – nachdem ich wiedergewählt worden bin‹, sagte Kennedy zu Mansfield. Kennedy ging (nämlich) davon aus – und Mansfield stimmte ihm zu –, daß es einen wilden konservativen Aufschrei dagegen geben würde, ihn für ein zweites Mal zum Präsidenten zu machen, wenn er vor der Wahl 1964 einen vollständigen Rückzug des amerikanischen Militärpersonals aus Vietnam ankündigen würde.«[13]

Soweit Kennedy. Johnson und Nixon dagegen standen nie in Verdacht, Helfershelfer des »Internationalen Kommunismus« zu sein.

In welcher Weise diese Einstellungen und allergischen Reaktionsmuster für die mit Regierungs- und Verwaltungsaufgaben befaßten Amerikaner allgemein typisch sind, erhellt eine Untersuchung des amerikanischen Politikwissenschaftlers Halperin. Halperin stellt einer umfassenden Untersuchung über »regierungsamtliche Entscheidungsprozesse in Washington« einen Katalog von »shared images« voran, das sind Vorstellungen, die die überwältigende Mehrzahl der Washingtoner Beamten bis in die jüngste Zeit für allgemein verbindlich hält. Der Antikommunismus nimmt in diesem Katalog geradezu die Rolle eines Leitmotivs ein. So heißt es etwa:

»Der Friede ist unteilbar. Daher ist kollektive Verteidigung notwendig. Die neue internationale Ordnung basiert hauptsächlich auf der Übernahme der Verantwortung für die Sicherheit anderer Staaten durch die USA. Die USA müssen sich demzufolge bereit zeigen, Aggressionen zu widerstehen. Daher *muß jeder* Expansion kommunistischen Einflusses Widerstand entgegengesetzt werden.«[14]

Angesichts dieser fest verankerten antikommunistischen Stimmung erscheint die Spekulation realitätsfern, daß die USA und ihre NATO-Partner

eurokommunistische Regierungen in quasi »aufgeklärter« Manier tolerieren könnten. Es gibt Leute, die behaupten, das antikommunistische Feindbild könne notfalls aufgegeben werden, solange sich eurokommunistische Regierungen nicht gegen NATO und EG stellen und Distanz zum Warschauer Pakt halten. Von NATO-Verlautbarungen werden diese Ansichten bislang jedoch nicht gestützt.

Der Sonderfall Island

Erstaunlicherweise hat die Militärkoalition die Beteiligung von Kommunisten an der Regierung eines ihrer Mitgliedsländer dennoch jahrelang hingenommen. Gemeint ist Island. Auf Seiten konservativer Kritiker tut man sich schwer, diese »Laxheit« zu erklären. Im allgemeinen aber wird der Fall Island nicht für eine Gefahr gehalten, denn die NATO-Spitzen gehen beruhigt davon aus, daß von der »abgelegenen Insel keine Ansteckung anderer Mitgliedsländer zu befürchten war«[15]. Mehr noch als die geographische Distanz des »Krankheitsherdes« Island dürfte allerdings etwas anderes für die Passivität der NATO ausschlaggebend gewesen sein. Die Tatsache nämlich, daß von Island »ohnehin kein aktiver Beitrag zur gemeinsamen Verteidigung erwartet (wurde), . . . sondern nur ein passives Bereithalten von Militärbasen«[16]. In der Tat läßt die seltsame Symbiose von 3300 Mann US-Militärpersonal (die die Wirtschaft anregen) und der kommunistisch mitgetragenen Regierung kaum allgemeine Schlüsse zu, es sei denn den Schluß, daß die NATO in Kleinstaaten auf der Einhaltung ihrer ideologischen Prinzipien nicht so drastisch besteht.

Vom Neutralismus zur »Sowjetisierung«

Die entscheidende Gefahr für die NATO als Militärbündnis ist die Umstellung eines (kommunistisch mitregierten) westeuropäischen Landes auf einen neutralen außenpolitischen Kurs. Mit Neutralität ist dabei keineswegs immer ein förmliches Ausscheiden eines Landes aus dem Bündnis oder die Wahl einer anderen Militärstrategie gemeint; die Schwelle liegt tiefer.

»Allzu leicht könnte sich innerhalb der Atlantischen Allianz eine Gruppe von Staaten bilden, die zwar von dem Bündnis immer noch Schutz im äußersten Notfall erwartet, aber selbst immer weniger zur Aufrechterhaltung der Verteidigungsbereitschaft beiträgt, und statt dessen Zuflucht in mehr oder minder neutralistischen Gedankengebäuden sucht.«[17]

Als »neutralistische Abweichung« aber gilt aus NATO-Sicht bereits der Wunsch, sich aus der Nuklearrüstung herauszuhalten. Nach Auffassung der Militärplaner ist nämlich einem Mitgliedsland, das zunächst Kernwaffen

ablehnt, ein sozusagen gesetzmäßiger weiterer Entwicklungsweg vorgezeichnet. So erklärte Taviani[18], der christdemokratische Verteidigungsminister Italiens, einmal, daß es von der Nuklearabrüstung bis zur Neutralisierung nur ein kurzer Schritt sei, und daß der Schritt von der Neutralisierung bis hin zur Sowjetisierung noch kürzer wäre.

Sanktionen und die neue Rolle der Bundesrepublik

Die Instrumente der NATO, einer kommunistischen Regierungsbeteiligung in westlichen Ländern vorzubeugen oder sie, wo sie zustandekommt, zu bekämpfen, sind nicht auf feindselige Erklärungen oder politischen Druck beschränkt. Im Gegenteil: recht freimütig werden materielle Sanktionen erörtert. So erklärte Helmut Schmidt gegenüber Pressevertretern (in der Fassung des *Spiegel*),

»daß sich beim Siebener-Gipfel in Puerto Rico die Regierungschefs von Großbritannien, Frankreich, USA und Westdeutschland einig geworden waren, bei einer kommunistischen Regierungsbildung in Rom den Italienern keinen Währungsbeistand mehr zu leisten«[19].

Auch US-Präsident Ford[20] hatte, nicht so spektakulär wie Schmidt, verschiedentlich ähnliche Schritte gegen ein linkes Portugal und »kommunistisches« Italien erwogen. Die im Fall Portugal spürbare Zurückhaltung der europäischen NATO-Länder erläutert das einflußreiche Bonner *Europa-Archiv* so:

»Wenn andere Mitgliedsstaaten nicht bereit waren, die gleiche Konsequenz zu ziehen (wie Ford), so allein in der Hoffnung, daß der kommunistische Einfluß noch rechtzeitig zurückgedrängt werden könne. Es war ein Glücksfall für den Westen, daß die Rechnung der beteiligten europäischen Regierungen aufging.«[21]

Für den wirtschaftlichen Krieg ist die Marschrichtung damit vorgezeichnet. Kritik an einer solchen Politik der Erpressung wird u. a. mit den Worten abgetan:

»Gegenüber dem Vorwurf, die Gemeinschaft mische sich auf diese Weise in die inneren Verhältnisse (eines Landes) ein, sollte man nicht übermäßig empfindlich sein; wer Hilfe in Anspruch nimmt, muß sich in aller Welt Bedingungen unterwerfen.«[22]

Die Folgen solcher und ähnlicher Sanktionen sind im einzelnen noch unabsehbar. Wahrscheinlich aber ist, daß mit jedem kommunistisch mitregierten westlichen Land die Bedeutung konservativer NATO-Staaten wachsen wird. Damit ist weniger Spanien gemeint (»je unsicherer Portugal wird, desto mehr müßten NATO und EG den Weg nach Madrid, die Spanier den nach Brüssel finden«, sagte General Graf Kielmansegg[23]). Sondern die bedeutendste Konsequenz einer eurokommunistischen Entwicklung in Europa wäre die Aufwertung der Stellung Westdeutschlands in der Allianz. Die schon jetzt recht intime Beziehung zwischen Bonn und

Washington (mit Bonn als kontinentaleuropäischer Führungsmacht der NATO) würde noch enger werden. Denn die USA würden einen derartigen Aufstieg Bonns als subimperialistische Macht so gut wie mit Sicherheit nach Kräften fördern. Aus der Sicht eines von kommunistischen Ministern mitregierten Frankreichs oder Italiens würde die Bundesrepublik Deutschland zum Gefahrenherd Nummer 1: unser Land, in dem mehr amerikanische Soldaten als sonst irgendwo außerhalb der USA stationiert sind, wäre dann die Operationsbasis für alle NATO-Pläne, die das Ziel haben, ein abtrünniges Mitglied wieder unter amerikanische Kontrolle zu bringen.

Anmerkungen

1 Interview in der Illustrierten *Stern*, Nr. 26/1976, S. 154.
2 Interview in *Time Magazine* vom 30. 6. 1975, zit. nach Petra Rosenbaum, *Italien 1976 – Christdemokraten oder Kommunisten?* Eine Einführung in das italienische Parteiensystem, Reinbek bei Hamburg 1976, S. 62 (dort die Übersetzung des Zitats).
3 J. A. Graf Kielmansegg, »Portugal und die Strategie der NATO«, in: *Die Welt*, 4. 4. 1975.
4 Ebd.
5 Ebd.
6 Hubertus Prinz zu Löwenstein u. Volkmar von Zühlsdorff, *Die Verteidigung des Westens*, Bonn 1960, S. 323.
7 Petra Rosenbaum, a.a.O., S. 83, nach Pressemeldungen zitierend.
8 Ebd., S. 86.
9 »Kissinger befürchtet den Zerfall der NATO«, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 8. 4. 1976 (dort auch das zweite Zitat in diesem Absatz).
10 Vgl. die wiederholten Hinweise bei Morton Halperin, *Bureaucratic Politics and Foreign Policy*, Washington D. C. (Brookings Institution) 1974, etwa zu dem in Anmerkung 12 erwähnten Eisenhower-Vorgang.
11 Ebd., S. 69.
12 Arthur Larson, *Eisenhower: The President Nobody Knew*, New York 1968, S. 81, zit. nach Halperin, a.a.O., S. 152.
13 Kenneth O'Donnell, »LBJ and the Kennedys«, in: *Life*, vol. 69, 7. 8. 1970, zit. nach Halperin, a.a.O., S. 69 f.
14 Ebd., S. 12.
15 Wolfgang Wagner, »Kommunisten im westlichen Bündnis?«, in: *Europa-Archiv. Zeitschrift für internationale Politik*, Folge 10/1976, S. 315.
16 Ebd.
17 Ebd., S. 322.
18 Zit. nach Prinz zu Löwenstein/von Zühlsdorff, a.a.O., S. 333.
19 *Der Spiegel* Nr. 31/1976, S. 19.
20 Vgl. etwa *The New York Times* vom 27. 5. 1975 (»Common Market to Help Lisbon, But Ties Aid to Democratic Rule«).
21 Wagner, a.a.O., S. 315.
22 Ebd., S. 324.
23 Kielmansegg, a.a.O.

Otto Kallscheuer, geboren 1950, arbeitet an einer Dissertation zur »Kritik der Dialektik im Marxschen Kapital«. Zeitschriftenveröffentlichungen u. a. über »Anti-Hegelianismus in der Arbeiterbewegung« und zur »Innenkritik der sowjetischen Gesellschaft«.

Ekkehart Krippendorff, geboren 1934, ist seit 1969 Professor für ›Internationale Beziehungen‹ an der John Hopkins Universität in Bologna und für Geschichtsphilosophie in Urbino. 1970 erschien von ihm *Die Amerikanische Strategie*.

Régis Debray, geboren 1941, war Dozent an der Universität von Havanna. Er begleitete Che Guevara auf seiner Expedition nach Bolivien, wurde dort 1967 von bolivianischen Regierungstruppen verhaftet und nach drei Jahren wieder freigelassen. 1971/72 mehrfach in Chile *(Gespräche mit Allende)*. 1976 erschien sein Roman *Der Einzelgänger*. Lebt in Paris.

Edmond Maire, geboren 1931, ist Chemotechniker und arbeitet seit 1960 aktiv in der Gewerkschaft. 1971 wurde er zum Generalsekretär der CFDT gewählt (Wiederwahl 1976). Ende 1976 erschien von ihm *Demain L'autogestion* (Arbeiterselbstverwaltung in Frankreich).

Werner Herzog, geboren 1942, studierte Romanistik und Geschichte. Seit 1974 ist er Iberien-Korrespondent der *Frankfurter Rundschau* und des *Zürcher Tagesanzeigers*.

Christiane Gerhards (geb. 1945), *Malte Rauch* (geb. 1937) und *Samuel Schirmbeck* (geb. 1941) sind freie Mitarbeiter bei Funk und Fernsehen. Gemeinsam haben sie den Film »Viva Portugal« gedreht und das Buch *Volkserziehung in Portugal* geschrieben.

Ursula Schmiederer, geboren 1936, ist Professorin für ›Internationale Politik‹ an der Universität Osnabrück. Publikationen u. a.: *Die Sozialistische Volkspartei Dänemarks* (1969) und *Die sowjetische Theorie der friedlichen Koexistenz* (1968).

Robert Havemann, geboren 1910, ist Naturwissenschaftler und war eine Zeitlang Volkskammer-Abgeordneter der DDR. Seine Kritik am bürokratischen Sozialismus der DDR hat ihn in zunehmende Widersprüche zur SED gebracht: seit langem hat er totales Berufsverbot. Im Westen wurde er u. a. durch sein 1964 erschienenes Buch *Dialektik ohne Dogma* bekannt.

Ulrich Albrecht, geboren 1941, ist Professor für Friedens- und Konfliktforschung an der FU Berlin. Arbeitsschwerpunkte: Rüstungsexport, Militär in Entwicklungsländern, Bundeswehr (u. a. *Der Handel mit Waffen*, 1970; *Rüstung und Unterentwicklung*, 1976).

Der Aufsatz von *Peter Brandt* über »Einheitsfront und Volksfront in Deutschland« (Weimar/Emigration) erscheint aus Platzgründen in der März-Ausgabe der *Prokla*.

Kursbuch 47 März 1977

Die heutige Frauenbewegung hat innerhalb kurzer Zeit verschiedene Sprachrohre gefunden. Zwischen dieser Frauenliteratur und der traditionellen »Frauenliteratur« klafft eine Lücke. In sie will dieses Heft hineinleuchten. Sind Frauen anders, als von hier und dort behauptet wird?

Kursbuch 48 Juni 1977

Im Juni 1967 begann in Westberlin, was dann die studentische Protestbewegung hieß. Zehn Jahre später ist wenig davon übriggeblieben: der Katzenjammer verflog, die Nostalgie blüht. Welche Perspektiven gibt es heute, woran gilt es festzuhalten, wessen sich zu entledigen? Zehn Jahre danach – ein Blick in die Zukunft.

Wagenbach:

Frauen und Gewalt

Frauenhäuser. Gewalt in der Ehe und was Frauen dagegen tun.
Herausgegeben von Sarah Haffner.
WAT 25. 224 Seiten DM 10.-

Maria-Antonietta Macciocchi
Jungfrauen, Mütter und ein Führer
Frauen im Faschismus. Politik 73. 112 Seiten DM 7.50

Literatur

Tintenfisch 9
Jahrbuch: Deutsche Literatur
Herausg. Michael Krüger. 128 Seiten DM 7.80

Elke Erb, Einer schreit: Nicht!
Geschichten und Gedichte. 80 Seiten. DM 7.80

Peter Rühmkorf
131 expressionistische Gedichte
Mit Kommentaren u. Daten. WAT 18. 160 Seiten DM 7.50

Herbert Heckmann, 80 Barockgedichte
Mit Einführung u. Daten. WAT 27. 128 Seiten DM 6.50

Theater und Maschine

Heinar Kipphardt
Leben des schizophrenen Dichters Alexander M.
Ein Film. Mit Bildern. 96 Seiten DM 9.80

Grand Guignol: Das Vergnügen tausend Tode zu sterben
Frankreichs blutiges Theater. Von Caroline Neubaur und Karin Kersten. WAT 17. 128 Seiten. DM 6.50

Der Automatenmensch
E.T.A. Hoffmanns Erzählung vom Sandmann. Mit Bildern aus Alltag und Wahnsinn. Von Lienhard Wawrzyn
WAT 24. 160 Seiten. DM 7.50

Franz Kafka.
In der Strafkolonie
Eine Geschichte aus dem Jahr 1914. Mit Materialien aus der Arbeiter-Unfall-Versicherungsanstalt, Chronik, Anmerkungen v. Klaus Wagenbach
WAT 1. 96 Seiten. DM 4.-

Politische Biographien

Peter Brückner, Ulrike Meinhof und die deutschen Verhältnisse
Ein politischer Lebenslauf.
WAT 29. 192 Seiten. DM 8.50

Corrado Stajano, Der Staatsfeind
Das kurze Leben des Franco Serantini. Aus dem Italienischen und mit Anmerkungen von Peter O. Chotjewitz.
WAT 26. 160 Seiten. DM 7.50

Zapata
Bilder aus der mexikanischen Revolution. Von Barbara Beck und Horst Kurnitzky.
WAT 14. 160 Seiten. DM 6.50

1886, Haymarket
Die deutschen Anarchisten von Chicago.
Lebensläufe und Reden. Hrsg. Horst Karasek.
WAT 11. 192 Seiten. DM 7.50

Peter O. Chotjewitz / Aldo De Jaco
Die Briganten
Aus dem Leben süditalienischer Rebellen.
WAT 19. 192 Seiten. DM 7.50

Regionalismus

Tintenfisch 10
Thema: Regionalismus
Herausgegeben von Lars Gustafson. 5 Thesen zum Regionalismus v. Robert Jungk, ein Dossier, zahlreiche Bestandsaufnahmen. 128 Seiten, DM 9.80

Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv
Wyhler Bauern erzählen: Warum Kernkraftwerke schädlich sind. Wie man eine Bürgerinitiative macht und sich dabei verändert. Herausgegeben von Nina Gladitz.
Politik 65. 176 Seiten. DM 8.50

„Jean"
Elsaß: Kolonie in Europa
Ein Bericht aus elsässischer Sicht. Lieder, Berichte, Bilder. Politik 74. 128 Seiten. DM 8.50

Zwiebel

heißt unser Verlagsalmanach. Schreiben Sie uns eine Postkarte – wir schicken Ihnen als sofortige Lebenshilfe gratis eine Zwiebel: Verlag Klaus Wagenbach 1000 Berlin 30, Bamberger Straße 6

Heinar Kipphardt, geboren 1922, Psychiater, Dramaturg, lebt als Schriftsteller in der Nähe von München. Er wurde durch seine Dramen, für die er viele Literaturpreise bekam, auch international bekannt: „In der Sache J. Robert Oppenheimer", „Joel Brand, die Geschichte eines Geschäfts", „Die Soldaten" u.a.

»... ›März‹ ist ein Buch, das man gar nicht oft genug lesen kann, um alles mitzukriegen, was es enthält.«
Monika Sperr/Deutsche Zeitung

252 Seiten
26.– DM

»Poesie ist die Bildschärfe des Gedankens« heißt es einmal – Kipphardts Poesie ist tatsächlich.
Yaak Karsunke/SFB

»... konkret, sinnlich, plastisch, ja spannend ... ein außerordentlich wichtiges, sehr beunruhigendes Buch, ein gezieltes, gelungenes und notwendiges Ärgernis.«
Wolfgang Hädecke/Stuttg. Zeitung

Stichproben kostenlos anfordern.

Postkarte genügt!
An: C. Bertelsmann/München
Steinhauser Straße 1
8000 München 80

KRITIK DER POLITISCHEN ÖKONOMIE

Nr. 8/9/10
SPANIEN
Die zweite Revolution?
Nr. 11/12
USA, SÜDAFRIKA

Einfachheft DM 6.-; Doppelheft DM 9.-; Dreifachheft DM 15.-
Abo. 4 Nrn. DM 21.- (incl. Porto)
PschKto BlnW 47006 - 104

Roy Medvedev
SOLSCHENIZYN UND DIE SOWJETISCHE LINKE
Eine Auseinandersetzung mit den drei Bänden des Archipel GULag und andere Schriften.
100 Seiten - DM 7,80

Bitte fordern Sie unseren Katalog unter Beifügung einer 50-Pfg-Marke an: Verlag Olle & Wolter, Postfach 4310, 1000 Berlin 30

olle&wolter

Eberhard Schmitt: Einführung in die Geschichte der Französischen Revolution

140 Seiten. Paperback DM 16.80
(Beck'sche Elementarbücher)

Eine Einführung in die Grundinterpretationen der Ereignisse zwischen 1789 und 1799 und zugleich ein Überblick über die neuere Forschung und ihre Ergebnisse.

Georg Lehmann In Acht und Bann

Politische Emigration, NS-Ausbürgerung und Wiedergutmachung am Beispiel Willy Brandts. 387 Seiten mit 20 Abbildungen im Text. Paperback DM 29.80

Eine brillant geschriebene, wissenschaftlich fundierte Monographie über die NS-Ausbürgerungen und ihre Hintergründe, sowie ihre Konsequenzen bis in die Gegenwart. Kombiniert mit einer Studie über den „Fall Willy Brandt".

Oswald Schwemmer Theorie der rationalen Erklärung

Zu den methodischen Grundlagen der Kulturwissenschaften. 270 Seiten. Paperback etwa DM 29.80 (Edition Beck)

In den Kulturwissenschaften spielt – anders als in den Naturwissenschaften – die Erklärung menschlicher Handlungen eine zentrale Rolle. Welche Voraussetzungen muß eine strengen wissenschaftlichen Kriterien genügende Erklärung menschlicher Handlungen erfüllen? Schwemmers Buch expliziert und löst wesentliche Probleme einer Wissenschaftstheorie der Kulturwissenschaften.

Verlag C. H. Beck München

Ralph Günther Mohnnau ★★★★★★★★★★★

GAMMASTRAHLEN

Gedichte, 115 Seiten. Großformat, kartoniert. Bibliophile Ausstattung DM 12,80

In diesem dritten Gedichtband zieht Ralf Günther Mohnnau alle Register seiner Sprach- und Formulierkünste. Neue, überraschende Gedicht- und Versformen, fast akrobatische Sprachzaubereien, sprühender Wortwitz werden hier an Themen, die rundherum typisch für unsere Zeit sind, zu Gedichten verschmolzen, die unverwechselbar nur im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts, geschrieben sein können.

Ralph Günther Mohnnau ★★★★★★★★★★★

ANTIKÖRPER

Gedichte 48 Seiten · Großformat, kartoniert DM 6,80

In diesen „wissenschaftlichen Gedichten" verarbeitet Ralph Günther Mohnnau, auf A. Huxley aufbauend, Sprache, Denkweise und Erkenntnisse der (Natur-) Wissenschaften und erweitert auf eine ebenso neue wie überraschende Weise den bisherigen Horizont der Dichtung.

Ralph Günther Mohnnau ★★★★★★★★★★★

ROTE BLUTKÖRPERCHEN

Gedichte 71 Seiten · Kartoniert DM 4,80 · Leinen DM 6,80

Sprachlicher Übermut und formale Askese, lyrische Verspieltheit und unterkühlte Sachlichkeit sind die gegensätzlichen Pole, die diesen Gedichten Ralph Günther Mohnnaus ihren außergewöhnlichen Reiz und dialektische Aussagekraft verleihen.

Ralph Günther Mohnnau ★★★★★★★★★★★

PLAKATGEDICHTE

An die Weltautomobilindustrie
4-Farben-Druck (numeriert und signiert) DM 18,–
Lob des 20. Jahrhunderts
4-Farben-Druck (numeriert und signiert) DM 18,–
Frühlingsgedicht 2-Farben-Druck (numeriert und signiert) DM 10,–
Diese Gedichte sind erschienen in „Antikörper"

6 Frankfurt/Main
August-Siebert-Str. 9

★★★★★★★★★★★★ **Alpha Literatur Verlag**

Lieferbare Kursbücher:

Kursbuch 46:
Volksfront
in Europa?

Kursbuch 45:
Wir Kleinbürger

Kursbuch 44:
Unsere Unterwelt

Kursbuch 43:
Arbeitsorganisation – Ende des Taylorismus?

Kursbuch 42:
Unsere
Bourgeoisie

Kursbuch 41:
Alltag

Kursbuch 40:
Beruf:
Langer oder
kurzer Marsch?

Kursbuch 39:
Provinz

Kursbuch 38:
Lohnarbeit

Kursbuch 37:
Verkehrsformen
II Emanzipation
in der Gruppe

Kursbuch 36:
Geld

Kursbuch 35:
Verkehrsformen
I Frauen Männer
Linke

Kursbuch 34:
Kinder

Kursbuch 33:
Ökologie und
Politik oder Die
Zukunft der Industrialisierung

Kursbuch 32:
Folter
in der BRD

Kursbuch 31:
Staatsgewalt
und
Reformismus

Kursbuch 30:
Der Sozialismus
als Staatsmacht

Kursbuch 29:
Das Elend
mit der Psyche
II Psychoanalyse

Kursbuch 28:
Das Elend
mit der Psyche
I Psychiatrie

Kursbuch 27:
Planen Bauen
Wohnen

Kursbuch 26:
Klassenkämpfe
in Italien

Kursbuch 24:
Schule Schulung
Unterricht

Kursbuch 23:
Übergänge zum
Sozialismus

Kursbuch 21:
Kapitalismus in
der BRD

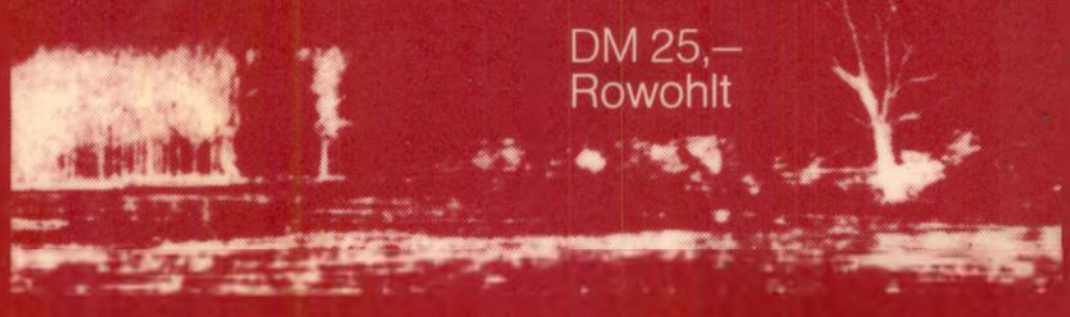
Jährlich erscheinen vier Kursbücher.
Mit einem Umfang von jeweils 192 Seiten.
Fast alle Kursbücher enthalten eine Plakatbeilage – den Kursbogen.
Einzeln kostet das Kursbuch 8 Mark (21–38 nur 7 Mark).
Im Jahresabonnement kostet das Kursbuch 6 Mark (21–38 für Neu-Abonnenten im Nachbezug nur 5 Mark)
Vergriffen sind die Kursbücher 1–20, 22 und 25.
Ausführliche Informationen über neue und alte Kursbücher enthält »Das kleine Rotbuch«. Schreiben Sie uns eine Karte – Sie erhalten es kostenlos!

R Rotbuch Verlag
Potsdamer Straße 98
1 Berlin 30

Nicolas Born

Die erdabgewandte Seite der Geschichte

Dieser Roman handelt von Menschen, die in einem kriminellen Zwischenzustand leben, in dem sie weder zusammenbleiben noch auseinandergehen können. Die Unsicherheit ihrer Erfahrungen und Gefühle treibt sie in eine Art privaten Untergang, dem sie selbst als ihre einzigen Zeugen zusehen. Es ist dies eine Geschichte der total gewordenen Unsicherheit und sogar des Zweifels an den besten menschlichen Substanzen, nämlich der Gefühle, Gedanken und der Fähigkeit zur Vernunft. Das ist der Zustand, dem die Personen allerdings mit aller verzweifelten Anstrengung zu entrinnen versuchen.



DM 25,–
Rowohlt